

Stenographisches Protokoll

118. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 25. Jänner 1979

Tagesordnung

1. Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage
2. Kunstbericht 1977
3. Hydrographiegesetz
4. Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit Finnland
5. Zweite Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen
6. Elfte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 11949)

Fragestunde (72.)

Auswärtige Angelegenheiten (S. 11949)

Dr. Lenzi (666/M); Dkfm. DDr. König, Dr. Scrinzi
 Dr. Ettmayer (669/M); Dr. Frischenschlager, Dr. Jolanda Offenbeck
 Dkfm. DDr. König (672/M); Dr. Eduard Moser
 Dr. Blenk (671/M); Dr. Stix, Dr. Reinhart, Dr. Wiesinger
 Dr. Ermacora (670/M); Dr. Scrinzi, Radinger, Dr. Blenk
 Peter (677/M); Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Scrinzi

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 11960 f.)

Verhandlungen

- (1) Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage
 Debatte: Dr. Taus (S. 11962), Dr. Fischer (S. 11972), Peter (S. 11979), Vizekanzler Dr. Androsch (S. 11984), Dr. Keimel (S. 11988), Mühlbacher (S. 11995), Dr. Stix (S. 11998), Ing. Gassner (S. 12005), Dallinger (S. 12013), Deutschmann (S. 12018), Dr. Nowotny (S. 12021), Dkfm. DDr. König (S. 12027), Dkfm. Gorton (S. 12035), Wille (S. 12039), Brandstätter (S. 12043), Vetter

(S. 12045), Kittl (S. 12049) und Dr. Blenk (S. 12051)

- (2) Bericht des Unterrichtsausschusses über den Kunstbericht 1977 (III-138) des Bundesministers für Unterricht und Kunst (1171 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Schnell (S. 12058)

Redner: Luptowits (S. 12058) und Dr. Kaufmann (S. 12061)

Kenntnisnahme (S. 12064)

- (3) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (993 d. B.): Hydrographiegesetz (1047 d. B.)

Berichterstatter: Maier (S. 12064)

Redner: Kriz (S. 12064)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 12066)

- (4) Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (998 d. B.): Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit der Republik Finnland (1172 d. B.)

Berichterstatter: Haas (S. 12066)

Genehmigung (S. 12067)

- (5) Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (1076 d. B.): Zweite Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1166 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Lenzi (S. 12067)

Genehmigung (S. 12067)

- (6) Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (1077 d. B.): Elfte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1167 d. B.)

Berichterstatter: Lafer (S. 12068)

Genehmigung (S. 12068)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Dr. Mock und Genossen betreffend Änderungen des Unvereinbarkeitsrechtes (155/A)

Anfragen der Abgeordneten

Radinger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend den Bau der S 37 (2305/J)

Dr. Schmidt, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend aufklärungsbedürftige Vorgänge im Zusammenhang mit einer Amtshandlung der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung (2306/J)

Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Renovierung des Gebäudes des Bundesrealgymnasiums in Wien-Leopoldstadt, Vereinsgasse (2307/J)

Dr. Schranz, Sekanina und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Augarten in Wien-Leopoldstadt (2308/J)

Dr. Neisser, Dr. Ermacora, Dr. Prader und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Ankauf von Abfangjägern (2309/J)

Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend aeromagnetische Forschung in Österreich (2310/J)

Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend aeromagnetische Forschung in Österreich (2311/J)

Dr. Frühwirth und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Umwidmung einer Grundfläche im Areal der Geologischen Bundesanstalt zu einer öffentlichen Parkanlage (2312/J)

Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Finanzierung von Sanierungs- und Ausbauvorhaben der Magdeburgkaserne und der Marinekaserne-Tegetthoff in Klosterneuburg (2313/J)

Dr. Reinhart, Weinberger, Egg, Dr. Lenzi, Wille und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend B 171, Tiroler Straße - Kreuzung Austräße/Rum (2314/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaufmann und Genossen (2200/AB zu 2213/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (2201/AB zu 2241/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (2202/AB zu 2257/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (2203/AB zu 2222/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (2204/AB zu 2272/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (2205/AB zu 2255/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Pansl**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Mondl, Wilhelmine Moser, Ottilie Rochus und Dr. Gruber.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Dr. Lenzi (SPÖ) an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

666/M

Über die räumliche Unterbringung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sowie der österreichischen Vertretungsbehörden ist in der Vergangenheit zahlreich Klage geführt worden. Ich frage Sie daher, war es möglich, diesbezüglich in den letzten Jahren eine grundsätzliche Verbesserung der Situation zu erreichen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. Lenzi! Der Personalstand des Außenministeriums hat sich vor allem in der Zeit seit 1973 ganz bedeutend erhöht. Darüber hinaus war und ist leider noch zum Teil immer die Unterbringung des Außenministeriums nicht so, daß sie wirklich eine funktionsgerechte Arbeitsweise zuläßt. Es ist daher mein Bemühen genauso wie das Bemühen meiner Amtsvorgänger gewesen und es ist es weiterhin, für eine bessere Unterbringung der Beamten des Außenministeriums zu sorgen.

Ich möchte hier darauf hinweisen, daß allein in den letzten zwei Jahren erstmals die Kultursektion zusammengefaßt und geschlossen untergebracht werden konnte. Vor kurzer Zeit ist das Völkerrechtsbüro in neue Räume eingezogen, die eine funktionelle Arbeitsweise erlauben. Die Voraussetzungen für eine geschlossene Unterbringung der Wirtschaftspolitischen Sektion sind nunmehr gegeben. Dann wird es auch möglich sein, die restlichen beiden Sektionen beziehungsweise Abteilungen, die politische

und die Protokollabteilung, die keine gute Unterbringung haben, entsprechend unterzubringen.

Präsident: Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter Dr. **Lenzi:** Herr Bundesminister! Ich möchte Sie fragen, wie sich die Raumsituation im Inland entwickelt hat.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter! Es war möglich, seit 1973 67 zusätzliche neue Arbeitsräume für die Zentrale des Außenministeriums zu gewinnen. Es handelt sich hierbei um echte Arbeitsräume und nicht etwa um Archive, Gänge oder ähnliches. Insgesamt kann man sagen, daß sich der verfügbare Arbeitsraum in der Zentrale um etwa ein Drittel erhöht hat. Damit sind die von mir schon eingangs erwähnten Verbesserungen bei der Unterbringung möglich geworden.

Präsident: Weitere Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. **Lenzi:** Sie haben erwähnt, Herr Bundesminister, daß das Außenministerium in den letzten fünf Jahren den Bestand um etwa ein Drittel vergrößern konnte. Wie hat sich in dieser Zeit vergleichsweise der Personalstand in der Zentrale entwickelt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** In der Zentrale, Herr Abgeordneter, hat sich in diesem Zeitraum der Personalstand um etwa ein Viertel erhöht, das heißt, insgesamt gesehen steht heute mehr Raum zur Verfügung, auch unter Bedachtnahme auf diese Personalvermehrung, als vor etwa acht, neun Jahren.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich konnte mich vergangenes Jahr aus eigener Anschauung überzeugen, daß unsere äußerst rührige Botschaft bei der UNO in New York noch über vorsintflutliche Fernschreiber verfügt. Die sind so alt und so gebrechlich, daß es bei sehr wichtigen vertraulichen Mitteilungen immer wieder vorkommt, daß sie ausfallen, sodaß die Meldungen dann offen durchgegeben oder gar nicht durchgegeben oder erst mit Verzögerungen durchgegeben werden müssen.

11950

Nationalrat XIV. GP – 118. Sitzung – 25. Jänner 1979

Dkfm. DDr. König

Nun haben Sie in Ihrem Budget 2,5 Millionen Schilling für ein großes, nennt sich Kulturveranstaltung, Kulturspektakel, würde ich sagen, veranschlagt aus Anlaß der Eröffnung der UNO-City, etwas, was sicher nicht unbedingt notwendig ist, wenn hier die UNO-City bezogen wird.

Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, aus diesen Beträgen Mittel für die dringend notwendige Sanierung dieses Fernschreibnetzes bereitzustellen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. König! Ich bin nicht bereit, Mittel, die vom Parlament für einen bestimmten Zweck dem Außenministerium bewilligt sind, für einen anderen Zweck zu verwenden. Ich darf Sie aber beruhigen. Die Modernisierung des Fernschreibnetzes, vor allem die Anschaffung von Chiffregeräten, die damit im Zusammenhang steht, ist ein Anliegen, das ich von allem Anfang an sehr intensiv verfolgt habe, weil mir auch diese Mängel, die Sie genannt haben, bewußt sind.

Tatsächlich haben wir noch im vergangenen Jahr eine größere Anzahl von Fernschreibern kaufen können, und damit werden die Vertretungsbehörden ausgerüstet. Die Verzögerung war vor allem auch dadurch bedingt, daß es gar nicht leicht ist, Chiffregeräte, die ja bei uns in einem notwendigen Zusammenhang mit den Fernschreibern stehen, zu beschaffen. Aber auch dieses Problem konnte gelöst werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Bundesminister! Beim Besuch zahlreicher Vertretungen im Ausland hören wir immer wieder Klagen, daß die Lösung von Unterbringungsproblemen an der sehr schwerfälligen, noch nach theresianischen Prinzipien funktionierenden Kameralistik unserer Verwaltung scheitert. Es fällt aber auf, daß auf der anderen Seite die Außenhandelsvertretungen mit sehr viel mehr Dynamik und Möglichkeiten ihre Unterbringungsprobleme zu lösen vermögen.

Meine Frage lautet: Hielten Sie es nicht für zweckmäßig, hier eine Koordinierung zu versuchen, um gemeinsam die Unterbringungsfragen sowohl für die Außenhandelsvertretungen als auch für die Auslandsvertretungen zu lösen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter

Primarius Dr. Scrinzi! Wir haben in Fällen, in denen sich das als zweckmäßig erweist, den Versuch unternommen – manchmal mit Erfolg –, gemeinsam mit der Bundeskammer neue Amtsgebäude zu errichten, zu kaufen, einzurichten, in denen beide Stellen untergebracht sind.

Insgesamt darf ich sagen, weil Sie gemeint haben, wegen der kameralistischen Methode der Verwaltung des Bundes sei das sehr schwerfällig: Wir haben in den letzten sechs Jahren rund 300 Millionen Schilling aufgewandt, um die Unterbringung unserer Vertretungsbehörden im Ausland zu sanieren. Das ist ein sehr beachtlicher Betrag. Wenn Sie ins Kalkül ziehen, wie viele neue Vertretungsbehörden, Amtsgebäude, Residenzen wir in diesen letzten Jahren angeschafft, gebaut oder general saniert haben, und das vergleichen mit dem, was in der Vergangenheit geschah, dann werden Sie sehen, daß wir auf diesem Gebiet jetzt auch sehr fortschrittlich operieren.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP) an den Herrn Minister.

669/M

Was hat Österreich zum Schutze seiner Staatsbürger im Iran unternommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer! Das erste Problem, mit dem sich das Außenministerium im Falle einer Krisensituation konfrontiert sieht – und im Iran konfrontiert gesehen hat –, war die Erfassung der österreichischen Staatsbürger im Iran.

In Österreich fehlen Vorschriften, die Österreicher zwingen, sich bei der Vertretungsbehörde in dem Staat zu melden, in dem sie sich aufhalten. Wir haben die Kolonie im Iran errichtet und Kontaktstellen eingerichtet, um jederzeit mit den Mitgliedern der österreichischen Kolonie in Verbindung treten zu können. Weiters haben wir an die Mitglieder der österreichischen Kolonie ein Informationsblatt verteilt, in dem wir auf Vorsichtsmaßnahmen hingewiesen haben, die in dieser derzeit bestehenden Krisensituation befolgt werden sollen, um möglichen Schäden auszuweichen. Wir haben ihnen weiters Schutzbriefe und Plaketten, mit denen sie ihr Eigentum als österreichisches Eigentum kennzeichnen konnten, zur Verfügung gestellt. Das Wichtigste war aber für uns zu gewährleisten, daß die Menschen im Falle einer Krisensituation das Land verlassen können. Wir haben daher für den Zeitpunkt, zu dem es keinen ordentlichen normalen Flugverkehr mehr gibt, mit befreundeten Staaten, insbesondere Schwe-

Bundesminister Dr. Pahr

den, Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, Fühlung genommen und mit ihnen vereinbart, daß sie im Falle einer Evakuierung auch österreichische Staatsbürger in ihr Evakuierungsprogramm einbeziehen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister! Nach Ausbruch der Unruhen im Iran haben die meisten westeuropäischen Außenminister ganz offen die im Iran lebenden Staatsbürger ihres Landes aufgefordert, das Land zu verlassen, und diese Hilfe auch ganz offen dargelegt. Ich habe mit Firmen gesprochen, die Arbeitnehmer im Iran beschäftigt haben, und die sagten mir, daß ihnen vom Außenministerium diese Hilfe nicht angeboten wurde.

Ich darf Sie daher ganz konkret fragen: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Österreichern im Iran zu helfen, das Land zu verlassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer! Ich nehme an, daß Sie nicht vollständig informiert sind. Es haben gerade wieder mit Österreich vergleichbare Staaten, wie Schweden, Schweiz, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, es unterlassen, bewußt unterlassen, ihre Staatsbürger auf eine Evakuierung ausdrücklich hinzuweisen. Es liegt nicht in unserem Interesse, Panik zu verursachen.

Unser Interesse war es – ich habe Sie gerade davon in Kenntnis gesetzt –, auf die Gefahren hinzuweisen und ihnen zu sagen, was sie tun sollen, um Gefahren zu vermeiden. Wir haben sie auch ersucht, ständig mit den Vertretungsbehörden in Kontakt zu bleiben.

Ich weiß nicht, mit welchen Firmen Sie gesprochen haben, aber wir sind mit großen Firmen wie etwa der Porr AG und mit anderen Firmen, die im Iran eine größere Anzahl von österreichischen Staatsbürgern haben, in ständiger Fühlungnahme und haben mit diesen vereinbart, wie die Evakuierungen allenfalls, sollten sie sich als notwendig erweisen, durchgeführt werden sollen. Tatsächlich ist auf Grund der bisherigen Maßnahmen die Anzahl der Österreicher im Iran – dies ist der Stand von voriger Woche – von ursprünglich rund 1 500 auf 250 gesunken.

Präsident: Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit Krisen, die in der näheren oder weiteren Entfernung von unserem

Land entstehen, erhebt sich ja die Frage, wer für das Krisenmanagement zuständig ist. Ich möchte Sie daher fragen, ob es im Außenministerium einen Krisenmanagementstab gibt beziehungsweise ein Krisenmanagementkonzept und nach welchen Gesichtspunkten das funktioniert.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Für die Krisen und die Probleme, die ein Österreicher im Ausland hat, ist das Außenministerium zuständig. Ich habe mich immer nicht nur als Außenminister betrachtet, sondern auch als Minister der Österreicher im Ausland und habe mich daher gerade um die Ausgestaltung der Konsularsektion des Außenministeriums sehr intensiv bemüht, die mit diesen Dingen befaßt ist und die auch genaue Überlegungen über die Bewältigung jeder Krise hat. Es war auch diese Sektion, die die notwendigen Vorbereitungen für den Iran getroffen hat, genauso wie wir in anderen ähnlichen Fällen – etwa im Libanon – Überlegungen angestellt haben, wie wir die Österreicher vor allfälligen Nachteilen schützen können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben gemeint, daß eine Evakuierungsempfehlung der österreichischen Kolonie deshalb noch nicht gerechtfertigt wäre, um nicht weitere Panikstimmung zu erzeugen. Glauben Sie nicht, daß das, was im Iran jetzt passiert, ja bürgerkriegsähnlichen Zuständen doch sehr nahekommt, sodaß eine zusätzliche Panik durch eine derartige Empfehlung nicht mehr ins Gewicht fiele, also daß die Sicherheit unserer österreichischen Mitbürger da vorginge vor derartigen Befürchtungen, daß zusätzliche Panik entstünde?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Die bisherigen Abreisen aus dem Iran erfolgen im Wege des normalen Flugverkehrs. Aus verständlichen Gründen wünschen sehr viele Menschen, Fremde, den Iran im gegenwärtigen Zeitpunkt zu verlassen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß auch die meisten Österreicher den Iran schon verlassen haben. Hätten wir – oder auch ein anderer Staat; wir arbeiten hier sehr intensiv mit den uns befreundeten Staaten zusammen – eine generelle Evakuierungsempfehlung, eine generelle Empfehlung, das Land zu verlassen, ausgesprochen, so wäre es zu noch viel größeren Schwierigkeiten im Flugverkehr gekommen, als es bisher schon gekommen ist.

11952

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Bundesminister Dr. Pahr

Wir haben daher diesen Weg beschritten, der sich auch als richtig erwiesen hat, nämlich langsam vorzugehen: Zuerst die Frauen, die Kinder und so weiter, die ja ohnehin ein großes Interesse haben, das Land zu verlassen, und die tatsächlich schon ganz allgemein das Land verlassen haben. Wir haben daher diesen Weg beschritten, der erfolgreicher war.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Offenbeck.

Abgeordnete Dr. Jolanda **Offenbeck** (SPÖ): Herr Bundesminister! Falls eine generelle Evakuierung der Österreicher erfolgt: Wie sieht es aus mit der Tragung der Kosten in Fällen, in denen die einzelnen österreichischen Staatsbürger diese Kosten nicht selbst tragen können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Frau Abgeordnete! Wie ich schon sagte, haben wir mit der Schweiz, mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Schweden, die ja über Fluglinien verfügen, die den Iran regelmäßig anfliegen und angeflogen haben, vereinbart, daß im Falle einer Evakuierung auch die österreichischen Staatsbürger in die entsprechenden Evakuierungsoperationen einbezogen werden. Wir haben diesen Staaten zugesichert, daß Österreich für die Flugkosten, für die Evakuierungskosten haftet. Das heißt: Grundsätzlich muß wohl der Österreicher selbst für seine Evakuierungskosten aufkommen, aber der Staat bevorschußt diesen Betrag und übernimmt die Garantie für den Fall, daß der Betreffende selbst nicht dazu in der Lage sein sollte.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

672/M

Welche Maßnahmen haben Sie auf Grund der Strafanzeige im Douglas-Bestechungsskandal im Rahmen des Amtshilfeabkommens mit der Schweiz und mit Liechtenstein eingeleitet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. König! Sie haben mich gefragt, welche Maßnahmen ich auf Grund der Strafanzeige im Douglas-Bestechungsskandal im Rahmen des Amtshilfeabkommens mit der Schweiz und mit Liechtenstein eingeleitet habe.

Ich darf zunächst feststellen: Es gibt kein Amtshilfeabkommen Österreichs mit diesen Staaten, weder mit der Schweiz noch mit Liechtenstein. Ich darf daher annehmen, daß

Ihre Frage darauf abzielt, ob im Wege der Rechtshilfe seitens des Außenministeriums in dieser Angelegenheit etwas veranlaßt wurde.

Dazu möchte ich folgendes sagen: Die Rechtshilfe in Strafsachen – und um eine solche würde es sich wohl handeln – richtet sich im Verhältnis zu Liechtenstein und zur Schweiz nach den Bestimmungen des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens. Das Europäische Rechtshilfeübereinkommen in Strafsachen sieht einen direkten Verkehr zwischen den Gerichten vor; eine Einschaltung der Außenministerien insbesondere ist nicht vorgesehen.

Das heißt, schon von der rechtlichen Lage her könnte ich mit dieser Angelegenheit nicht befaßt worden sein, ich bin auch nicht befaßt worden und habe keine Maßnahmen getroffen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Austrian Airlines haben die Strafanzeige erstattet. Es haben sich ja die Massenmedien ausführlich mit dem Fall beschäftigt. Es ist wohl anzunehmen, daß auf Grund des zutage liegenden Sachverhaltes ein Strafverfahren eingeleitet wird. Ist nach Ihren Informationen dieses Europäische Rechtshilfeabkommen, von dem Sie gesprochen haben, ausreichend, um im Falle der Durchführung eines Strafverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Einblick in die Schweizer Konten, die ja bekannt sind, zu nehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Über das konkrete Strafverfahren kann ich nichts sagen. Das fällt außerhalb meines Wirkungsbereiches.

Ich kann nur eines sagen: Das Europäische Rechtshilfeübereinkommen, dem die Mitgliedstaaten des Europarates angehören, hat sich in zigtausend Fällen als ausreichend erwiesen. Mir ist nicht bekannt, daß es bei der Handhabung dieses Abkommens Mängel gäbe. Würde es solche Mängel geben, so hätten sicherlich insbesondere die Abgeordneten zum Europarat bereits auf diese Mängel hingewiesen und eine Änderung dieses Übereinkommens beantragt.

Präsident: Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Da der Vorstand der AUA dankenswerterweise in New York, das heißt in Amerika, die Belege beschafft hat, Kopien der Überweisungsbelege an die Schweizer Bank, ist der Empfänger eindeutig bestimmt, es sind die Beträge bekannt sowie der Zeitpunkt der Überweisung.

Dkfm. DDr. König

Nach Ihren Ausführungen halten Sie das Europäische Rechtshilfeabkommen für ausreichend. Ich nehme an, daß Sie der Auffassung sind und die Auffassung teilen, daß es nur an den Strafbehörden liegt, das heißt, an der Staatsanwaltschaft, das Verfahren einzuleiten, um im Wege dieses Europäischen Rechtshilfeabkommens von der Schweiz die gewünschten Auskünfte zu verlangen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. König! Ich habe schon darauf hingewiesen, daß ich für gerichtliche Strafverfahren nicht zuständig bin. Ich bin zuständig für die Vermittlung von Rechts- und Amtshilfe. Wenn ich um eine Rechts- und Amtshilfe ersucht werde, dann werde ich unter Zugrundelegung der bestehenden Vorschriften eine solche erbitten.

Ich bin in concreto nicht ersucht worden und konnte auch nicht ersucht werden, weil eben hier eine Rechtsvorschrift Anwendung findet, die den direkten Verkehr vorsieht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Moser.

Abgeordneter Dr. **Eduard Moser (ÖVP):** Herr Bundesminister! Aus Ihrer Antwort entnehme ich, daß Sie nicht ersucht worden sind, im Rahmen der Rechtshilfe hier tätig zu werden.

Nun wurden in der Sendung „Horizonte“ im Fernsehen von Herrn Tozzer zahlreiche Materialien gerade aus der Schweiz und aus Liechtenstein den Fernsehern vorgeführt. Und es ist erstaunlich, in wie großem Maß hier Recherchen möglich waren.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Wie ist es Herrn Tozzer möglich, solche Ergebnisse aus der Schweiz und aus Liechtenstein zu holen? Hat er dazu allenfalls auch die Rechtshilfe in Anspruch genommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter! Rechtshilfe wird vom Außenministerium auf Ersuchen der zuständigen Organe, das sind vor allem Gerichte, vermittelt. Im vorliegenden Fall kann ich nur wiederholen, daß das Außenministerium für die Vermittlung von Rechtshilfe nicht zuständig ist, weil die geltenden Rechtsvorschriften einen direkten Verkehr zwischen den Gerichten vorsehen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. **Blenk (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister.

671/M

Sind Sie bereit, im Interesse der österreichischen Grenzgebiete eine Initiative der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Wahrung der Interessen der Nachbarstaaten beim Bau von Kernkraftwerken in Grenzgebieten im Ausland zu unterstützen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. **Blenk!** Ich habe mich vor relativ kurzer Zeit auf Grund einer schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. **Scrinzi** und Genossen sehr einläßlich auseinandergesetzt mit den Möglichkeiten und Projekten zum Schutz der österreichischen Bevölkerung vor den Gefahren von grenznahen Kernkraftwerken. Ich habe in dieser Anfragebeantwortung darauf hingewiesen, daß das Außenministerium und damit Österreich bemüht ist, im Rahmen der ECE eine Regelung zum Schutz der österreichischen Bevölkerung vor den Gefahren von Kernkraftwerken zu erzielen. Hier gibt es auch bereits konkrete Beratungen, die eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben.

Ich habe außerdem die Absicht und habe das in dieser Anfragebeantwortung angekündigt, auch im Rahmen der Internationalen Atomenergieorganisation eine diesbezügliche Initiative zu entfalten. Der richtige Zeitpunkt dafür wird die Generalkonferenz im Herbst dieses Jahres sein.

Ich begrüße es selbstverständlich, Herr Abgeordneter, wenn sich auch der Europarat mit diesem Problem auseinandersetzt. Falls die von Ihnen ergriffene Initiative im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung zu einem positiven Ergebnis führt und damit das Ministerkomitee befaßt wird, können Sie sicher sein, daß Österreich alles tun wird, damit eine entsprechende Regelung erzielt werden kann.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Blenk:** Herr Bundesminister! Mir sind Ihre Darlegungen in der schriftlichen Anfragebeantwortung bekannt. Ich habe daraus entnommen, daß Sie erfreulicherweise erklären, alle Initiativen, die von irgendwoher kommen, zu unterstützen.

Ich habe etwas Skepsis allerdings gegenüber den Initiativen, die sich etwa im Rahmen der Atomenergiekommission ergeben, Skepsis bezüglich der Bedeutung für uns und für unser Anliegen; denn dort geht es primär, zumindest nach der derzeitigen Regelung, um eine gewisse Haftungsbeschränkung, während der Europarat – und damit komme ich zu meiner Frage und zu meiner Feststellung – die Absicht hat, ein

11954

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Blenk

europaratweites Abkommen über grenzüberschreitenden Umweltschutz einschließlich der Situierung von Kernkraftwerken in Grenzgebieten zu formulieren. Die Frage, warum Sie hier gebeten wurden, das zu unterstützen, hängt mit bisherigen Praktiken des Ministerrates zusammen. Ich bin sehr froh, wenn Sie jetzt sagen, Sie werden alles tun, um das zu unterstützen. Die Gewässerschutzkonvention etwa wurde bisher leider vom Ministerrat noch nicht angenommen.

Daher also noch einmal die Frage: Werden Sie im Sinne dieser Ihrer Äußerung tatsächlich alles tun, um den Ministerrat anders als bei anderen Konventionen zu einer positiven Befürwortung und zu einer Beschlußfassung über eine solche Konvention zu veranlassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. Blenk! Auch in der Vergangenheit hat Österreich sich immer bemüht, Initiativen der Parlamentarischen Versammlung, die an das Ministerkomitee herangetragen werden, zu unterstützen, sofern diese Initiativen mit den österreichischen Interessen und Vorstellungen übereinstimmen.

Der Schutz der österreichischen Bevölkerung gegenüber den Gefahren von Kernkraftwerken, die in Nachbarstaaten errichtet werden, ist ein eminentes Anliegen Österreichs. Daher können Sie sicher sein, daß eine solche Initiative, wenn sie von der Parlamentarischen Versammlung ausgeht, die volle Unterstützung Österreichs im Ministerrat findet. Nur wissen Sie ja selbst: Der Ministerrat entscheidet einstimmig.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Blenk:** Eine Zusatzfrage, Herr Bundesminister: Werden Sie unabhängig davon die in der Vergangenheit schon angelaufenen bilateralen Verhandlungen etwa im Rahmen der österreichisch-deutschen Raumordnungskommission oder der österreichisch-schweizerischen Expertenkommission und weitere bilaterale Verhandlungen fortführen und dort auch im Sinne einer möglichen Verhinderung des Baues von Kernkraftwerken an unseren Grenzen tätig sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter! Selbstverständlich, denn Sie wissen genau, das Verfahren des Europarates ist ein langes und ein mühsames. Hier gilt es aber doch, möglichst bald die österreichische Bevölkerung vor Nachteilen zu schützen, die durch die Errichtung von

Kernkraftwerken in Nachbarländern entstehen können.

Darüber hinaus sind ja zumindest jedenfalls drei unserer Nachbarländer nicht Mitglieder des Europarates. Daher werden Initiativen des Europarates allein, selbst dann, wenn sie erfolgreich sind, nicht genug sein. Ich werde daher nicht nur diese bilateral schon eingeleiteten Maßnahmen weiterführen, sondern auch die Bemühungen im Rahmen der ECE, wo es eben, wie gesagt, schon recht beachtliche Fortschritte gibt, weiterführen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben jetzt mehrfach erklärt – und das nicht erst heute –, daß Sie in Ihrer persönlichen politischen Verantwortung einen Schwerpunkt setzen werden auf dem Gebiet „Regelung der Standortfragen grenznaher Kernkraftwerke“. Sie bewegen sich damit erfreulicherweise auf einem Weg, der von der freiheitlichen Fraktion wiederholt initiiert wurde.

Meine konkrete Frage nun: Wurden die Gespräche, die der Herr Bundeskanzler in diesen Tagen mit tschechoslowakischen Politikern führt, auch in dieser Sache mit Ihrem Ressort vorbereitet, oder sind die diesbezüglichen Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers, die im Nachrichtendienst kolportiert werden, nur als eine Public-Relations-Angelegenheit zu werten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. Stix! Ich darf Ihnen versichern, daß diese Initiative und diese Verhandlungen des Herrn Bundeskanzlers bei seinem Besuch in der Tschechoslowakei genauso wie alle anderen Punkte mit dem Außenministerium abgestimmt sind. Ich habe den Herrn Bundeskanzler über den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei informiert. Ich halte diese Angelegenheit für so wichtig, daß sie auch zwischen den Regierungschefs behandelt wird, eine Auffassung, die der Herr Bundeskanzler voll teilt, und daher hat er das auch in sein Verhandlungspaket aufgenommen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Reinhart.

Abgeordneter Dr. **Reinhart** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Einer österreichischen Tageszeitung entnehme ich folgende Notiz:

Dr. Reinhart

„Landeshauptmann Wallnöfer will sich gegen jedes Atomkraftwerk wehren, das man in Tirols Nachbarschaft bauen will; er werde mit Bayerns Ministerpräsidenten Strauß beim vorgesehenen Zusammentreffen demnächst auch über den Standort des größten geplanten AKW Deutschlands reden, das bekanntlich in Marienberg bei Rosenheim eine Leistung von 2 600 MW in zwei Blöcken vorsieht.“

Ich weiß von der verfassungsrechtlichen kompetenzmäßigen Bedenklichkeit solcher Äußerungen durch einen Landeshauptmann. Darf ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, als einzig Zuständigen fragen, was Sie in dieser Richtung bezüglich des Kraftwerkes Marienberg unternommen haben? *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. Reinhart! Ich darf wieder auf meine schriftliche Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen verweisen. Auf Seite 5 dieser Anfragebeantwortung habe ich schon darauf hingewiesen, daß gerade in bezug auf die Möglichkeit eines Kernkraftwerkes Marienberg, aber auch Pleinting Verhandlungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland bereits stattfinden, und zwar auf dreifacher Ebene: im Rahmen der österreichisch-deutschen Raumordnungskommission, im Rahmen der Ständigen österreichisch-deutschen Gewässerkommission und im Rahmen von Verhandlungen, die uns die Bundesrepublik zugesagt hat für den Fall, daß sie ein Kernkraftwerk in Grenznähe planen sollte.

Tatsächlich ist ja, gerade was Marienberg betrifft, noch nicht einmal die Standortsicherung bestimmt. Selbst wenn dann der Standort gesichert sein sollte, wird es dann noch immer offen sein, ob dort ein Kohlekraftwerk oder ein Kernkraftwerk errichtet werden soll. *(Abg. Peter: Herr Reinhart! Haben Sie kein Zutrauen zum Freistaat Tirol?)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Wiesinger.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger** (ÖVP): Herr Bundesminister! Seit etwa zwei Tagen wird jetzt in allen Medien groß hinausposaunt, daß anscheinend das Hauptthema der Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit der Tschechoslowakei die Frage der Kernkraftwerke sein wird.

Nun, vor etwa einem Jahr, als Ministerpräsident Strougal in Österreich war, waren diese Bedenken anscheinend noch nicht vorhanden.

Aber mir geht es um folgendes: Sie haben

gesagt, diese Gespräche wurden mit dem Außenministerium abgestimmt. Ich möchte in meiner Befragung an Sie weitergehen: Wurden diese Gespräche seitens des Außenministeriums vorbereitet, und zwar in der Richtung, daß aus diesen Gesprächen folgendes herauskommen sollte:

Erstens ein Übereinkommen mit der Tschechoslowakei, daß der weitere Ausbau von Kernkraftwerken in Grenznähe unterbleibt, und zweitens, daß ein grenzüberschreitender Sicherheits- und Alarmplan mit der Tschechoslowakei vereinbart wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Dr. Wiesinger! Ich glaube, man kann nicht sagen, daß das das Hauptthema der Gespräche des Bundeskanzlers mit seinen tschechischen Kollegen ist. Es ist eines von mehreren Themen.

Die Gespräche wurden vom Außenministerium vorbereitet, und zwar nicht nur dadurch, daß wir dem Bundeskanzler alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt haben, sondern auch dadurch, daß ja schon seit rund einem Jahr Gespräche zwischen Österreich und der Tschechoslowakei über dieses Thema stattfinden.

Es hätten noch im Jänner Expertengespräche weitergeführt werden sollen, es hat aber Terminschwierigkeiten gegeben. Das war mit ein Grund, warum ich den Herrn Bundeskanzler sehr dringend gebeten habe, sich dieser Sache auch anzunehmen, weil ich glaube, daß die Verhandlungen schnellstens weitergeführt werden müssen und die tschechoslowakische Seite diesbezüglich zu veranlassen ist.

Die Richtung der Gespräche geht dahin, die österreichische Bevölkerung in jeder Hinsicht gegen Nachteile von möglichen Kernkraftwerken, die schon bestehen oder noch errichtet werden sollten, zu schützen.

Präsident: Anfrage 5: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP) an den Herrn Minister.

670/M

Welchen Stellenwert hat die Europapolitik für die Bundesregierung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Professor Ermacora! Die österreichische Europapolitik ist durch zwei Komponenten gekennzeichnet: einerseits durch das Bemühen um die Weiterführung der Entspannung und anderer-

11956

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Bundesminister Dr. Pahr

seits um die Weiterführung des europäischen Integrationsprozesses.

Beide dieser Elemente sind meiner Meinung nach von großer Bedeutung für Österreich.

Sie haben Ihre Anfrage, Herr Abgeordneter Professor Ermacora, dahin gerichtet, welche Meinung die Bundesregierung hat. Ich darf daran erinnern, daß mündliche Anfragen nur an ein Mitglied der Bundesregierung gerichtet werden können. Ich kann daher nicht für die Bundesregierung sprechen, sondern nur für mich. Für mich bejahe ich diese Antwort.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Ich nehme an, Herr Bundesminister, daß Sie die Bundesregierung in Ihrer Funktion als Außenminister beraten werden. Ich hoffe, Sie werden sie richtig beraten und ihr eine bessere Antwort geben als dem Herrn Abgeordneten Dr. Reinhart in bezug auf seine verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich des Herrn Landeshauptmannes Wallnöfer.

Ich habe die Frage gestellt, Herr Bundesminister, um von Ihnen auch zu hören, wie Sie diese Grundlinien der Europapolitik, sofern sie sich auf die Integration beziehen, in ein Verhältnis zum Entschließungsantrag des Herrn Dr. Fischer setzen, der doch als Proponent und bedeutendes Führungsmitglied der Sozialistischen Partei in seinen Entschließungsantrag überhaupt nichts von der Europapolitik aufnimmt.

Sind Sie der Meinung, daß das die Linie der österreichischen Außenpolitik sein soll, oder ist es nun Ihre Aussage, die Sie eben getroffen haben, soweit sie sich auf die Europa-Integrationspolitik bezieht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Professor Dr. Ermacora! Ich habe leider diesen Antrag nicht bei mir. Aber wenn ich mich richtig erinnere, ist ziemlich an der Spitze dieses Antrages als eine der Grundlagen der österreichischen Außenpolitik überhaupt die Zugehörigkeit Österreichs zu den pluralistisch-demokratischen Staaten Europas erwähnt.

Daraus ist zu ersehen, daß auch im Sinne dieses Antrages die Europapolitik, und zwar Europapolitik jetzt in ihrem Element: Mitarbeit an der Integration Europas, ein wesentliches Element jeder österreichischen Außenpolitik sein muß.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesmi-

nister! Wir sprechen ja jetzt dann nicht endgültig über den Entschließungsantrag des Herrn Dr. Fischer und des Herrn Abgeordneten Dr. Luptowits ab. Aber hier sind die Formulierungen so allgemein, daß ich nicht einmal das, was Sie früher in der ersten Beantwortung der Anfrage herausgestellt haben, herauslesen kann.

Ich möchte zusätzlich noch die Frage stellen: Wie verhalten Sie sich in der Europapolitik hinsichtlich der Möglichkeit Österreichs, engere Kontakte mit dem Europäischen Parlament herbeizuführen?

Das geht aus dem Antrag Luptowits/Fischer überhaupt nicht hervor, und auch Ihre Äußerung war so allgemein, daß ich daraus nicht unbedingt eine Antwort auf diese Frage entnehmen könnte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Professor Dr. Ermacora! Ich glaube, der Entschließungsantrag ist ja hier nicht Gegenstand der Verhandlung; darüber wird noch im zuständigen Ausschuß des Hohen Hauses sehr viel zu sagen sein. Ich glaube auch nicht ... (*Abg. Dr. Ettmayer:* Herr Minister, Sie distanzieren sich davon?) Ich distanziere mich nicht davon. Sie brauchen gar keine Angst zu haben.

Ich glaube nicht, daß eine Detailfrage – und es ist eine Detailfrage, welche Beziehungen Österreich zum Europäischen Parlament hat – in einem Grundsatzdokument verankert und beantwortet sein muß. Sie ist, wie gesagt, verankert durch die Erwähnung der zwei Elemente – es sind Grundelemente – der österreichischen Außenpolitik: einerseits immerwährende Neutralität, andererseits Zugehörigkeit zu den demokratisch-pluralistischen Staaten Europas.

Darüber hinaus möchte ich aber jetzt konkret Ihre Frage beantworten. Ich habe dazu schon mehrmals Stellung genommen.

Das Europäische Parlament ist ein Organ der Europäischen Gemeinschaft. Österreich ist aus Gründen, die ich Ihnen nicht sagen muß, nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und daher auch nicht Mitglied – das kann es nicht sein – des Europäischen Parlaments.

Ich persönlich glaube auch, daß man bei der Frage, ob und in welcher Weise man zum Europäischen Parlament in Zukunft in Beziehung treten könnte, zunächst die Entwicklung des Europäischen Parlamentes abwarten soll. Das Europäische Parlament wird ja voraussichtlich durch die Direktwahl seiner Mitglieder einen Bedeutungswandel erfahren, einen

Bundesminister Dr. Pahr

Bedeutungswandel, von dem noch niemand genau weiß, in welche Richtung er gehen wird.

Für uns ist als gesamteuropäisches parlamentarisches Organ die Parlamentarische Versammlung des Europarates, der die 21 demokratischen Staaten Europas angehören, von größter Bedeutung. Wir glauben daher, ein Interesse daran haben zu müssen, daß durch das Suchen zu enger Bindungen zum Europäischen Parlament, zu einem Organ, dem wir eben nicht angehören und nicht angehören können, die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht vermindert werden darf.

Wir glauben – und das schiene mir persönlich das im Moment Zweckmäßigste zu sein –, daß der Kontakt mit dem Europäischen Parlament von parlamentarischer Seite im Rahmen der auch dort bestehenden parlamentarischen Klubs gesucht wird. Ich weiß, daß dieser Weg auch schon in der Vergangenheit in einem Fall beschritten worden ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Sozialistische Partei und jetzige Regierungspartei hat ja immer ein etwas ambivalentes Verhältnis zur Europapolitik gehabt. Wir erinnern uns noch an die gut 20 Jahre zurückliegenden Töne vom Kapitalisten- und Bürgerblock.

Wir haben in den jüngsten Wochen die große Aufregung über den Umstand erlebt, daß ein österreichischer Staatsbürger demnächst voraussichtlich Mitglied des neuen direkt gewählten Europaparlamentes sein wird.

Weniger aufgeregt hat man sich über die Initiativen, die in Vancouver bei der Sozialistischen Internationale auch mit den österreichischen Sozialisten besprochen wurden.

Dieses ambivalente Verhältnis erscheint mir historisch nachweislich.

Meine Frage: Wir haben auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die neue Situation, von der Sie jetzt gesprochen haben, die sich durch die Direktwahl für diese Versammlung ergeben wird, erörtert. Es wurden auch Pläne besprochen – und zwar auch ganz konkret von österreichischer Seite –, welche Möglichkeiten bestünden, im neuen Europaparlament in irgendeiner Form einen Beobachterstatus oder etwas Ähnliches zu kriegen.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, fragen: Werden von seiten Österreichs in dieser Richtung noch Initiativen verfolgt, in ein konkretes

Verhältnis zum neuen Europaparlament zu treten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter Primarius Dr. Scrinzi! Ich habe schon darauf hingewiesen, daß ich glaube, daß man zunächst die weitere Entwicklung des Europaparlaments, seinen Stellenwert und seine Stellung abwarten soll.

Ich bin daher der Meinung, daß Ihre Frage derzeit von mir mit Nein beantwortet werden muß. Ich habe nicht die Absicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt – ich betone: im gegenwärtigen Zeitpunkt – eine Initiative zu ergreifen, die Österreich in ein bestimmtes näheres Verhältnis zum Europäischen Parlament bringen soll.

Präsident: Weitere Anfrage: Abgeordneter Radinger.

Abgeordneter **Radinger** (SPÖ): Herr Bundesminister! Meine Frage bezieht sich nicht auf die Stellung Österreichs zum Europäischen Parlament, sondern ich möchte Ihre Meinung kennen, die Sie bezüglich des Stellenwertes haben, den der Europarat nach der Direktwahl des Europäischen Parlaments hat, beziehungsweise ob Sie der Auffassung sind, daß diese Direktwahl des Europäischen Parlamentes eine Gefahr für den Europarat darstellen könnte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter! Ich habe bereits erwähnt, daß für uns der Europarat von allergrößter Bedeutung ist. Der Europarat und seine Parlamentarische Versammlung umfaßt alle pluralistisch-demokratischen Staaten Europas. Er ist die größte demokratische Versammlung, über die wir in der Welt verfügen.

Ich glaube daher, daß es nur im Interesse Österreichs liegen kann, alles zu vermeiden und alles hintanzuhalten, was geeignet ist, die Bedeutung des Europarates und seiner Parlamentarischen Versammlung zu vermindern.

Nun haben Sie mich gefragt, ob ich glaube, daß die Tatsache der Direktwahl des Europäischen Parlaments, das ja nur eine viel kleinere Anzahl von Staaten umfaßt, Einfluß auf die Bedeutung des Europarates haben kann.

Ich glaube, es kann einen Einfluß haben, muß aber keinen Einfluß haben, schon deshalb, weil ja Europaparlament und Europarat gänzlich verschiedene Aufgaben haben. Wir, so meine ich, sollten nur vermeiden, etwa durch den Versuch, in das Europäische Parlament gewisser-

11958

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Bundesminister Dr. Pahr

maßen als zweite Garnitur Eingang zu finden, den Eindruck zu erwecken, daß damit der Europarat überflüssig ist. Ich glaube, die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist und muß für uns das wichtigste Organ für Gesamteuropa bleiben.

Präsident: Nächste Frage, Herr Abgeordneter Blenk.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Bundesminister! Diese Anfrage scheint mir das ganze Dilemma der Außenpolitik dieser Regierung aufzutun. Einerseits sehen Sie sich außerstande, namens der Regierung zu sprechen, Sie sprechen nur für sich selbst. Andererseits können Sie sich offensichtlich nicht identifizieren mit den Initiativen des Parlamentsklubs. Sie erklären auf der einen Seite, daß die Direktwahl zum Europaparlament sehr wohl gewisse neue Aspekte in der Europapolitik bringe. Sie erklären aber gleichzeitig, sich dort nicht durch einen Beobachter zu attachieren.

Und dann auf die letzte Frage sagen Sie, wir werden alles verhindern, um den Europarat zu schwächen.

Ich stelle die konkrete Frage, Herr Bundesminister: Wenn Sie schon nicht bereit sind, zum neuen Europäischen Parlament einen Beobachter zu entsenden, dann müßte zumindest alles getan werden, um den Europarat nicht nur nicht zu schwächen, sondern seine Position zu stärken.

Was gedenken Sie zu tun, um dieser Notwendigkeit Folge zu leisten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter Dr. Blenk! Zunächst was die Anfrage selbst betrifft. Ich kann eben aus Gründen der Geschäftsordnung hier nicht für die Bundesregierung reden. Und ich fühle mich an die Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses gebunden, das eben nur Anfragen an den Minister über seinen Wirkungsbereich und nicht über den Wirkungsbereich der Bundesregierung erlaubt. Und wenn ich nach der Meinung der Bundesregierung gefragt werde, so ist das der Wirkungsbereich der Bundesregierung und nicht mein Wirkungsbereich.

Ich habe trotzdem diese Frage selbstverständlich beantwortet. Es scheint mir ein Gebot des Respektes dem Hohen Haus gegenüber, nicht aus formalen Gründen eine Anfrage abzulehnen.

Nun in der Sache selbst. Ich glaube: Nicht zu schwächen, sondern zu stärken, selbstverständ-

lich! Aber da es ja hier zunächst um die Frage ging, wird das einen Einfluß haben, so ging es mir darum, zu sagen: keineswegs zu schwächen.

Ich habe im übrigen das jetzt gerade wieder gesagt: Wir müssen alles tun, um den Europarat in seiner Bedeutung zu erhalten und natürlich zu stärken. Und wenn der Europarat heute wieder eine viel größere Bedeutung hat, als er noch vor sechs, sieben Jahren gehabt hat, so dank der Initiative Österreichs, dank des heutigen Herrn Bundespräsidenten Kirchschräger, der als erster begonnen hat, sich für die Aufwertung des Europarates auf Regierungsebene wieder einzusetzen. Ein Bemühen, das mein unmittelbarer Amtsvorgänger und auch ich intensiv fortgesetzt haben, und ich glaube, mit einem gewissen Erfolg.

Wenn Sie schauen, auf welchen Gebieten heute der Europarat wieder tätig ist – auf politisch relevanten Gebieten –, dann werden Sie erkennen, daß diese Bemühungen erfolgreich waren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Minister.

677/M

Welche Initiative ist noch in diesem Frühjahr beabsichtigt, um den österreichischen Anliegen gegenüber den Europäischen Gemeinschaften mehr Nachdruck zu verschaffen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter Peter! Die Beziehungen Österreichs zur EG werden von Österreich in kontinuierlicher Weise verfolgt und nicht durch Einzelaktionen. Wir werden diese permanenten Bemühungen, Österreichs Interessen gegenüber der EG zu vertreten und die Zusammenarbeit mit der EG zu verstärken, auch jetzt im kommenden Frühjahr fortsetzen, so wie wir das in der Vergangenheit getan haben.

Ich darf vielleicht erinnern, daß ein wesentliches Element der Ausgestaltung der Beziehungen Österreichs zur EG die im Frühjahr 1977 in Wien stattgefundene Gipfelkonferenz der EFTA-Staaten gebracht hat. Ich möchte auch konkret vielleicht noch erwähnen, wie wirkungsvoll die Bemühungen Österreichs um eine Intensivierung seiner Beziehungen zur EG sind. Das kommt dadurch zum Ausdruck, daß der Außenhandel, und zwar auch auf Seite der Ausfuhr Österreichs in die EG-Staaten, im letzten Jahr wieder wesentlich verstärkt werden konnte.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister!

Peter

Ihre Antwort befriedigt mich aus folgendem Grund nicht. Sie führen Ende dieses Monats einen Staatsbesuch in Belgien durch. (*Bundesminister Dr. Pahr verneint.*) – Stimmt das nicht? Dann unterliege ich hier einer Fehleinschätzung. Aber darüber hinaus bin ich der Meinung, daß bei den vorhandenen Schwierigkeiten in den Europäischen Gemeinschaften eben alle Kräfte Österreichs mobilisiert werden müßten, nicht nur die Ressorts hintereinander, sondern im Rahmen einer konzertierten Aktion unter der Führung des Bundeskanzlers, um die Interessen des kleinen Österreich gegenüber dem großen Wirtschaftsblock EG besser als bisher zum Durchbruch zu bringen. Können Sie sich so etwas vorstellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter Peter, zunächst eine Klarstellung. Ich habe meinen in Aussicht genommenen Besuch nach Belgien abgesagt, weil in Belgien zu dem Zeitpunkt, zu dem ich geplant hatte, dort einen Besuch zu machen, eine Regierungsumbildung stattfindet. Wenn ich nach Belgien gefahren wäre, so waren selbstverständlich auch Kontaktnahmen mit den Organen der Europäischen Gemeinschaften eingeplant.

Tatsächlich habe ich ja auch selbst im Vorjahr einen offiziellen Besuch bei der Europäischen Gemeinschaft gemacht, und zwar koordiniert mit dem Herrn Landwirtschaftsminister Haiden, der gleichzeitig mit mir dort war, um eben, wie Sie sagten, hier konzertiert vorzugehen.

Ich glaube, und das ist auch die Haltung aller Mitglieder der Regierung immer gewesen, daß man auf allen Ebenen und in jedem Bereich sich für die österreichischen Anliegen bei der EG einsetzen muß. Das gilt gegenüber den Organen der EG, das gilt aber vor allem auch bei Besuchen oder Gesprächen mit Regierungsmitgliedern von Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

Wenn Sie von einer konzertierten Aktion gesprochen haben und darunter verstehen, daß etwa alle von der Sache her interessierten Minister unter der Führung des Bundeskanzlers zur EG reisen sollen oder durch die EG-Staaten von einer Hauptstadt zur anderen reisen sollen, so glaube ich, daß das in dieser Form nicht notwendig ist. Es hat sich in der Vergangenheit als zweckmäßig erwiesen, daß man eben bei jeder Gelegenheit diese Anliegen verfolgt, aber im übrigen sektoral vorgeht. Die Erfolge, die wir auf den verschiedensten Gebieten erzielen konnten – ich erwähne hier etwa den Sektor Stahl, den Sektor Papier, wo es wieder gelungen ist, den Plafond aufzustocken, aber auch den

Sektor Landwirtschaft –, zeigen, daß diese Vorgangsweise richtig war.

Präsident: Eine weitere Frage? Bitte.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister, genau das stelle ich mir nicht vor. Was ich mir aber vorstelle und vermissem, ist folgendes: daß man in den vergangenen Jahren nicht unsere multi- und bilateralen Botschafter unter Einschluß der Außenhandelsdelegierten zusammengefaßt hat, um wenigstens hier in dieser Art eine konzertierte Aktion zu starten. Dies ist alles nicht geschehen. Warum sind diese Versäumnisse auch unter Ihrer Amtsführung passiert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter Peter! Botschafterkonferenzen sind zweifellos ein sehr wirkungsvolles Mittel der Koordinierung. Sie sind ein relativ aufwendiges Mittel der Koordinierung. Man wird daher, glaube ich, nur dort zu solchen Botschafterkonferenzen greifen, wo nicht an sich ein enger Kontakt, ein auch räumlich enger Kontakt zwischen den Missionschefs untereinander und der Zentrale in Wien gegeben ist.

Wir haben daher geglaubt, daß eine europäische Botschafterkonferenz, eine westeuropäische Botschafterkonferenz nicht unbedingt notwendig ist, haben jedoch durch entsprechende Zirkularinformationen, durch entsprechende gleichzeitige Inanspruchnahme aller hier in Frage kommenden Vertretungsbehörden versucht, den von Ihnen aufgezeigten Effekt zu erzielen. Tatsächlich, glaube ich, gibt es hier zwischen der österreichischen EG-Mission in Brüssel und den österreichischen Botschaften in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft keinerlei Informationsprobleme.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (ÖVP): Herr Bundesminister! Wie aus den vorhergehenden Beantwortungen bereits hervorgegangen ist, gehört es zu den besonderen handels- und wirtschaftspolitischen Fehlleistungen dieser Regierung, daß die anstehenden Probleme Österreichs gegenüber der Europäischen Gemeinschaft auf dem Sektor Landwirtschaft und auch im Bereich Papier nicht bewältigt werden konnten. Gerade die Vorgangsweise, die Sie erwähnt haben, nämlich sektorale Bemühungen, konnte deshalb nicht zum Erfolg führen, weil es einer politischen Entscheidung der EG zu einer positiven Lösung der österreichischen Probleme bedarf. Wir haben immer

11960

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dipl.-Ing. Riegler

kritisiert, daß nicht der Bundeskanzler als Regierungschef unter Einschaltung der entsprechenden Ressortminister diese politischen Verhandlungen geführt hat. Das ist in den bevorstehenden Monaten nicht mehr zu erwarten.

Meine Frage an Sie: Hat es im Ablauf des vergangenen Jahres innerhalb der Beratungen des Kabinetts die Überlegung gegeben, eine solche politische Verhandlung zur Verbesserung der unbefriedigenden Verhältnisse Österreichs mit der EG herbeizuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Zunächst möchte ich sagen, daß es sich um eine, wie ich glaube, unrichtige Behauptung handelt, daß Österreich seine Probleme gegenüber der EG nicht lösen konnte. Sie haben auch den Papiersektor erwähnt. Gerade auf dem Papiersektor enthält das Abkommen Österreichs mit der EWG Regelungen; Regelungen, die vorsehen, daß im Jahre 1984 der volle Freiverkehr hergestellt werden wird. Wir sind damit keineswegs in Verzug. Es hat voriges Jahr ein Einfrieren des Plafonds gegeben, aber dank der Verhandlungen, die wir geführt haben, ist es möglich gewesen, das für dieses Jahr wieder in Gang zu setzen. Es gibt keine Verzögerung! Die Vorgangsweise steht durchaus in Übereinstimmung mit dem abgeschlossenen Vertrag.

Sie haben auch die Landwirtschaft erwähnt. Der Herr Landwirtschaftsminister hatte wiederholt Gelegenheit, hier in diesem Haus darauf hinzuweisen, welche Erfolge wir in den Verhandlungen mit der EG auch auf dem Landwirtschaftssektor erzielen konnten. Sie wissen sehr genau, daß Österreich den Bereich der Landwirtschaft nicht in den Freihandel mit der EG einbezogen hat, und zwar aus Gründen, die Sie auch genau kennen. Sie wissen, daß die EG auf dem Gebiet der Landwirtschaft ein sehr protektionistisches System hat, und Sie wissen auch, daß es sehr schwer ist, Ausnahmen von diesem protektionistischen System zu erlangen. Österreich hat aber solche Ausnahmen erreicht, und zwar zumindest im gleichen Maße wie andere vergleichbare Staaten. Ich denke hier etwa an Schweden. Daher, glaube ich, kann man nicht sagen, daß wir in unseren Verhandlungen keinen Erfolg erzielt hätten.

Ich möchte noch auf die anderen Gebiete hinweisen, auf denen wir, glaube ich, auch sehr erfolgreich mit der EG kooperieren, etwa auf dem Verkehrssektor, auf dem Umweltschutzsektor und so weiter.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Bundesminister! Berufsoptimismus gehört wahrscheinlich zum Geschäft eines Außenministers. Aber ich darf an ein Frage-Antwort-Spiel im vergangenen Jahr erinnern, als ich Sie auf die zu erwartenden Folgen auf dem außenpolitischen Sektor im Zusammenhang mit der damals geplanten Transitsteuer hingewiesen habe. Sie haben diese unsere Bedenken mit einer Handbewegung abgetan und gemeint: Nicht die geringsten Bedenken von dieser Seite her! Sie sagten, Sie hätten das in Fühlungnahme abgeklärt, obwohl man zwar keine Freude habe. Sie waren damit einer, der fahrlässig dazu beigetragen hat, uns in dieses ganze Transitsteuer-Debakel hineinzumanövrieren.

Ich frage Sie: Sind Sie auch heute noch der Auffassung, daß das eine Maßnahme war, gegen die man vom außenpolitischen Standpunkt aus keinerlei Bedenken zu erheben hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter Primarius Dr. Scrinzi! Ich glaube, das vergangene Jahr beweist, daß das, was ich damals gesagt habe, richtig war. Wir haben eben damals mit der EG gesprochen. Wir haben Zusicherungen erhalten; Zusicherungen, die von der EG, wie nicht anders zu erwarten war, eingehalten wurden.

Haben Sie irgendeine negative offizielle Reaktion seitens der EG-Staaten gegen den Straßenverkehrsbeitrag erlebt? – Nein, Sie haben sie nicht erlebt! Ich glaube, es war daher von diesem Standpunkt aus völlig richtig, zu sagen, daß wir damals sehr erfolgreiche Verhandlungen geführt haben, die eben ergaben, daß die zuständigen Organe der EG den Straßenverkehrsbeitrag, den Österreich eingeführt hat, akzeptierten.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 2200/AB bis 2205/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 136/A der Abgeordneten Sekanina und Genossen betreffend Arbeiter-Abfertigungsgesetz,

Antrag 137/A der Abgeordneten Hellwagner

Präsident

und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Sonderunterstützungsgesetz geändert werden,

Antrag 138/A der Abgeordneten Maria Metzker und Genossen betreffend Gleichbehandlungsgesetz,

Antrag 139/A der Abgeordneten Steinhuber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsinspektionsgesetz 1974 geändert wird,

Antrag 150/A der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Befreiung von der Rezeptgebühr,

Antrag 151/A der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend Verwirklichung sozialer Grundrechte in Österreich,

Antrag 153/A der Abgeordneten Luptowits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird.

Dem Verfassungsausschuß:

Antrag 140/A der Abgeordneten Thalhammer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz 1972 geändert wird,

Antrag 141/A der Abgeordneten Thalhammer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz 1969 geändert wird,

Antrag 142/A der Abgeordneten Dr. Heinz Fischer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird,

Antrag 144/A der Abgeordneten Dr. Steyrer und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird,

Antrag 146/A der Abgeordneten Marsch, Dr. Lanner, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Anwendung der Wahlwerbungskostenbeschränkung gemäß dem Parteiengesetz auf die Nationalratswahl 1979.

Dem Landesverteidigungsausschuß:

Antrag 143/A der Abgeordneten Hatzl, Dr. Neisser, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird.

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 145/A der Abgeordneten Dr. Veselsky und Genossen betreffend Garantiesgesetz 1977,

Antrag 147/A der Abgeordneten Mühlbacher

und Genossen betreffend Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der geltenden Fassung,

Antrag 148/A der Abgeordneten Schauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Förderung von Existenzgründungen,

Antrag 149/A der Abgeordneten Dr. Mussil und Genossen betreffend Stärkegesetznovelle 1979,

Antrag 154/A der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen betreffend Schaffung eines Pendlerpauschales.

Dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Antrag 152/A der Abgeordneten Dr. Steyrer und Genossen betreffend Krankenanstaltengesetz-Novelle 1979.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

Dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz über die Zustellung behördlicher Schriftstücke und die Änderung zustellrechtlicher Vorschriften (Zustellgesetz) (1101 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Zivildienstgesetz geändert wird (Zivildienstgesetz-Novelle 1979) (1103 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1950, das Gebührengesetz 1957 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (1148 der Beilagen).

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965 geändert wird (6. Pensionsgesetz-Novelle) (1147 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das 3. Schatzscheinggesetz 1948 geändert wird (1159 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Leistung eines zweiten Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds (1160 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das ÖIAG-Anleihegesetz geändert wird (1161 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz geändert wird (1162 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend auf Schilling lautende Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 51/1963, geändert wird (1163 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzge-

11962

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Präsident

setz 1979 geändert wird (Bundesfinanzgesetznovelle 1979) (1165 der Beilagen).

Dem Verkehrsausschuß:

Bundesgesetz über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (1150 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Schiffahrtspolizeigesetz geändert wird (1156 der Beilagen),

Bundesgesetz über eine Zusatzbestimmung zu Artikel 57 § 1 CIM, Artikel 53 § 1 CIV und Artikel 21 des Zusatzübereinkommens zur CIV über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden (Goldfranken-Berechnungsgesetz) (1173 der Beilagen).

Dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Erhebung eines Importausgleiches bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft geändert wird (Geflügelwirtschaftsgesetz-Novelle 1979) (1151 der Beilagen).

Dem Handelsausschuß:

Bundesgesetz zur Förderung des Aufsuchens mineralischer Rohstoffe und zur Sicherung des Bestandes von Bergbauen (Bergbauförderungsgesetz 1979) (1152 der Beilagen).

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969, das Opferfürsorgegesetz und das Bundesgesetz über die Errichtung eines Invalidenfürsorgebeirates geändert wird (1158 der Beilagen).

1. Punkt: Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler und auch der Herr Finanzminister haben gestern einen der üblichen Jubelberichte der Regierung verlesen. Ich weiß nicht, der wievielte es in dieser Legislaturperiode ist, der vierte, fünfte oder der sechste, ich habe sie nicht abgezählt. Das einzige, was dabei auffällt, ist, daß sie sich im wesentlichen durch nichts unterscheiden, son-

dern ein rosarotes Bild der österreichischen Wirtschaft zeichnen und so gewissermaßen den Eindruck zu vermitteln versuchen, als sei Österreich eine Insel der Seligen.

Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! Ein ganz klein wenig Selbstkritik würde Ihnen nicht schaden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich nicht einfach hierherstellen und sagen: Alles, was diese Regierung gemacht hat in den neun Jahren ihrer Tätigkeit, ist schlecht, alles, was sie begonnen hat, ist völlig danebengegangen, jeder Ansatz war falsch, alles, was sie getan hat, ist katastrophal! – Das würde ich überhaupt nicht machen. Ich räume Ihnen durchaus ein, daß in den neun Jahren Ihrer Regierung sicherlich eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen wurden, die akzeptabel und gut sind, wo wir auch zugestimmt haben, wo es vernünftige Kompromisse gegeben hat. Ja warum soll ich das hier nicht zugeben?

Ich bin der Auffassung, um hier einen Punkt zu erwähnen, der sich durch die österreichische Diskussion der nächsten Jahre auch weiterziehen wird, daß auch der Ansatz in der Vollbeschäftigungspolitik, nämlich der Vollbeschäftigungspolitik Vorrang einzuräumen, ein richtiger Ansatz ist. Ich bekenne mich dazu, daß der Vollbeschäftigungspolitik Vorrang eingeräumt werden muß.

Aber, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, eines können Sie nicht wegdiskutieren, nämlich daß Sie gerade in der Wirtschaftspolitik eine ganze Reihe von strategischen Fehlern gemacht haben, für die wir noch viele Jahre zu zahlen haben werden und die korrigiert werden müssen. Ich werde mich damit auseinandersetzen.

Zunächst einmal – lassen Sie es mich aufzählen –: Die Budgetkrise darf kein Dauerzustand werden. Unter Ihrer Regierung ist die Budgetkrise ein Dauerzustand geworden.

Das zweite ist – ich möchte das auch bewußt so formulieren –: Explodierende Staatsschulden, so wie Sie das zurzeit machen, zerstören Arbeitsplätze und schaffen keine Arbeitsplätze. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und das nächste – auch ganz offen dargelegt –: Die Wirtschaft und im besonderen die Industrie müssen wieder Gewinne machen. Eine ertraglose Wirtschaft, eine ertraglose Industrie – und Sie erleben das ja jetzt, das Resultat Ihrer Politik, meine Herren! – kann die Arbeitsplätze nicht halten.

Und die Krise der Zahlungsbilanz haben Sie noch lange nicht im Griff. Da können Sie noch soviel in Ihren Berichten jubeln.

Dr. Taus

Ich möchte es noch einmal wiederholen: Es werden hier im Hohen Haus zwei Jubelberichte zur Diskussion vorgelegt, die nicht einmal den leisesten Ansatz von selbstkritischen Äußerungen über die Wirtschaftspolitik der Regierung enthalten, die letztlich die schwierigen wirtschaftspolitischen Fragen, die wir zu lösen haben und über die sich ja alle einig sind, nicht einmal mit einem Satz erwähnen, die kein Wort zur budgetären Lage des Staates sagen, die keinen Satz darüber verlieren, daß sich wesentliche Teile der österreichischen Industrie in extremen Schwierigkeiten befinden, die kein Wort darüber verlieren, daß diese österreichische Wirtschaft kaum mehr belastbar ist, die kein Wort darüber verlieren, daß die Wahlgeschenke die Budgetkrise des Landes noch verschärfen werden, und die auch kein Wort darüber verlieren, wie es nun wirklich weitergehen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn man sich sehr bemüht: Berichte dieser Art ernst zu nehmen, fällt wirklich schwer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn dann der Herr Bundeskanzler seinen Bericht mit der Drohung schließt, daß die österreichische Bundesregierung fest entschlossen sei, auf dem Weg, der in Österreich im letzten Jahrzehnt beschritten wurde, weiterzugehen, dann muß man sich zu fürchten beginnen. Aber die Österreicher haben ja am 6. Mai noch eine Gelegenheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Bundeskanzler, lassen Sie mich nun zu einigen Feststellungen in Ihrem Bericht einiges festhalten.

Da heißt es auf Seite 4 Ihres Berichtes – Ihre übliche Kritik an unserem Wirtschaftssystem; ich möchte es wörtlich zitieren, weil ich mir hier keinen Fehler leisten möchte und genau sein möchte –:

„Ich will nicht bestreiten, daß es sich bei der Frage, ob die Entwicklung der letzten Jahre als Wirtschaftskrise zu bezeichnen sei, um mehr als einen semantischen Streit handelt. Es geht ganz einfach darum, ob derartige Krisenerscheinungen als eine dem Wirtschaftssystem immanente Erscheinung angesehen, oder ob sie als Selbstreinigungsprozeß der Wirtschaft betrachtet werden müssen.“

Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen eines hier sehr deutlich sagen: Dieses Wirtschaftssystem hat keinen Konstruktions- und keinen Webfehler, aber dieses Wirtschaftssystem kann falsch politisch gesteuert werden, und dann kommt es zu Krisenerscheinungen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dieses System hat keine immanenten ihm innewohnenden Krisenerscheinungen, sondern dieses System, Herr Bundeskanzler, ist – und darüber sind sich, glaube ich, doch die meisten einig – das einzige Wirtschaftssystem, das bisher in der Welt erfunden wurde, dem es möglich ist, Fehler rasch zu korrigieren, das rasch anpassen kann. Dieses marktwirtschaftliche System kehrt, wenn man sich einmal wo geirrt hat, wieder zurück auf einen vernünftigen und richtigen wirtschaftspolitischen Pfad. In diesem System gibt es die Chance der Korrektur; in einem planwirtschaftlichen System ist diese Chance der Korrektur viel geringer und, wie die Praxis zeigt, fast Null. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Bundeskanzler, man kann ein solches System natürlich ruinieren, man kann jedes System politisch ruinieren, indem man es überlastet, absichtlich oder unabsichtlich, indem man ihm zu viel zumutet, indem man einfach überdreht, so wie bei einem Stromnetz, das man eben überlastet. Dann kann es schon zusammenbrechen. Aber dann ist es nicht deshalb zusammengebrochen, weil das System schlecht war, sondern darum, weil die Menschen, die es bedient haben, nicht die richtige Politik gemacht haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber wir haben überhaupt nichts dagegen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie dem Wähler deutlich sagen, daß Sie von einem System der Sozialen Marktwirtschaft nichts halten. Sie haben ja vor einigen Jahren sehr deutlich formuliert – in einem Buch ist es nachzulesen –, daß Sie glauben, daß es eine Renaissance der Planwirtschaft geben wird.

Wenn ich Ihnen unseren Standpunkt sagen darf: Wir hoffen, daß es diese nicht gibt. Aus einem ganz einfachen Grund: Weil die meisten Leute, wie ich glaube, recht gut leben wollen, und in diesem planwirtschaftlichen System ist das bisher noch nie gelungen, daß Menschen recht gut gelebt haben, wie das bei uns immerhin möglich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sagen Sie es daher offen, Herr Bundeskanzler: Sie sind nicht für dieses System, Sie wollen ein anderes haben. Sagen Sie es offen und deutlich, und dann liegt es klar da.

Wobei ich auch hier eines festhalten möchte: Ich war immer ein Vertreter einer Politik, daß ein marktwirtschaftliches System gesteuert werden muß, daß es hier politische Eingriffe geben muß. Das war immer meine Überzeugung. Es gibt andere Kollegen, die sind der Auffassung, daß es weniger gesteuert werden muß. Ich war immer ein Vertreter einer Steuerung, einer wirtschaftspolitischen Steuerung, ich bekenne das hier offen. Aber niemals war ich für eine wirtschaftspolitische Steuerung, die dieses

11964

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Taus

System systematisch in ein anderes System überführt, und das ist der wesentliche Unterschied, um den es mir hier geht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich noch einen Punkt aus Ihrem Bericht herausnehmen, und zwar, wo es um die Investitionen des Bundes gegangen ist.

Herr Bundeskanzler! Hier versuchen Sie, den Eindruck zu vermitteln, als hätte die sozialistische Regierung ganz besonders hohe Investitionen durchgeführt, die viel, viel größer waren als alle Investitionen, die vorher gemacht wurden. Sie haben sogar den Passus drinnen, daß es um „die Sicherung von rund 130 000 Arbeitsplätzen auf Dauer“ geht.

Herr Bundeskanzler! Ein Staat, der investiert, sichert natürlich Arbeitsplätze; jeder. Diese 130 000 sind nicht mehr und nicht weniger als die – wenn diese Zahl stimmt –, die immer gesichert wurden, weil einfach die öffentliche Investitionstätigkeit einen bestimmten Bereich der Wirtschaft beschäftigt. Das kann einmal ein bißchen mehr und einmal ein bißchen weniger sein. Aber das ist überhaupt keine besondere Leistung. Bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, unter Ihrer Regierung, werden die öffentlichen Investitionen halt leider ein bißerl weniger.

Ich möchte hier nichts anderes tun, als den Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts hernehmen: Heft 11/1978. Da gibt es die übliche Analyse der Bundesvoranschläge und damit auch des Bundesvoranschlages 1979. Auf Seite 536 steht unter der Überschrift „Schwache Zunahme der Investitionsausgaben“:

„Die zurückhaltende Ausgabenpolitik des Bundes zeigt sich besonders deutlich bei Investitionen und laufendem Sachaufwand, weil in diesem Bereich der unmittelbar wirksame Entscheidungsspielraum größer ist. Nach der voraussichtlich kräftigen Zunahme ... im Jahre 1978 sieht das Grundbudget für 1979 nur eine geringfügige Ausweitung um knapp 2 Prozent vor. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen ist damit zu rechnen, daß der Bund im kommenden Jahr“ – also 1979 – „real weniger investiert als heuer. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben ist daher rückläufig ...“; und jetzt führen sie an: 1977: 8,5 Prozent Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben, 1978: 8,5 Prozent; 1979: 8,2 Prozent.

Herr Bundeskanzler! Das stimmt daher nicht ganz, was Sie hier sagen. Sie haben die Investitionstätigkeit gar nicht wesentlich ausgeweitet, sondern im Gegenteil, wir sind in einer Phase schrumpfender Investitionen der öffentlichen Hand. Warum? – Weil Sie den Budgetspielraum verspielt haben. *(Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.)* Nennen Sie die Zahlen

von vorher, Herr Bundeskanzler! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann noch ein weiterer Punkt, Herr Bundeskanzler. Sie berühen sich der Exporterfolge. Ich weiß schon, da gibt es eine ganze Menge tüchtige Leute, die sich ungeheuer anstrengen und die trotz Ihrer Wirtschaftspolitik sich bemühen, im Ausland zu verkaufen.

Ich möchte Ihnen auch hier ganz kurz nur eine Statistik nennen, und zwar eine internationale. Ich habe sie mir aus OECD-Statistiken zusammengestellt, die den Anteil der Warenexporte Österreichs am Bruttonationalprodukt darstellen. Ich möchte nicht alle Länder nehmen. Ich bin gerne bereit, Ihnen die Statistik zu geben. Ich möchte nur Österreich, Deutschland, die Schweiz und Norwegen nehmen; auch Schweden habe ich hier, Belgien, Luxemburg. Ich will nicht einen zu großen Zahlensalat sagen.

Im Jahre 1970 hat Österreich rund 19,9 Prozent, also knapp 20 Prozent seines Sozialprodukts exportiert, 1977 waren es 20,4 Prozent; die genauen Achtundsiebzig-Zahlen habe ich noch nicht gehabt.

Deutschland, also eine viel größere Volkswirtschaft als wir – es ist ja immer so, daß mit zunehmender Größe einer Volkswirtschaft der Außenhandelsanteil logischerweise eher kleiner wird –, Deutschland hat im Jahr 1970 18,4 Prozent seines Sozialprodukts exportiert, also weniger als wir, 1977 immerhin 22,9 Prozent, also mehr als wir. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Muß man aber den Fremdenverkehr dazurechnen!)* Richtig. Ich habe gesagt: „Warenexporte“. Ich habe das sehr deutlich gesagt.

Der nächste Vergleich: die Schweizer. Die Schweizer haben schon 1970 24,4 Prozent, also viel mehr als wir, exportiert – das ist ja auch eine sehr hoch entwickelte Volkswirtschaft –, 1977 haben sie es immerhin schon auf 28,6 Prozent gebracht. Da müssen Sie den Fremdenverkehr auch dazugeben, weil das auch nur die Warenexporte sind.

Dann nehme ich als letztes noch die Norweger. Die Norweger: 1970: 22 Prozent, 1977: 24,1 Prozent.

Das heißt, wir haben unsere Position nicht verbessert. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die haben aber Erdöl gefunden!)* Natürlich haben sie das gefunden. Ja aber was hat das mit den Importen zu tun? *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aber mit den Exporten!)* Das haben sie aber damals auch schon gemacht.

Schauen wir uns doch die Statistiken einmal an. Sie können ja das alles dann widerlegen, was hier steht. Sie haben jede Gelegenheit, das zu tun. *(Abg. Dr. Mock: Herr Bundeskanzler!)*

Dr. Taus

Sie können sich ja nachher melden, aber unterbrechen Sie doch nicht dauernd den Redner! – Abg. Dr. Fiedler: Gibt es noch eine Geschäftsordnung, Herr Präsident?) Meine Herren! Ruhe! Ruhe! Ich habe Zwischenrufe sehr gerne, auch von der Regierungsbank. (Abg. Dr. Mussil: Aber nicht aus dem Hinterhalt! – Heiterkeit.)

Darf ich, meine Damen und Herren, etwas festhalten: Daß unsere Exportposition nicht so wesentlich verbessert werden konnte, wie es die Regierung sagt, liegt sicherlich nicht an den Leuten in den Betrieben, sondern es liegt daran, daß wir uns halt recht schwertun. Und da komme ich nun, Herr Bundeskanzler, zu einem Thema, das Sie besonders breit dargelegt haben und wo ich Sie fragen möchte, was Ihre Meinung dazu ist.

Da nehme ich heute in der Früh die Zeitung „Die Presse“ in die Hand. Da gibt es eine Überschrift, die sehr unangenehm ist. „Waagner-Biró AG. muß weitere 200 Beschäftigte abbauen.“ – Wir haben ja immerhin schon über 70 000 Beschäftigte in der Industrie in den letzten vier Jahren verloren. Aber um das geht es mir jetzt in diesem Zusammenhang in der Argumentation nicht, weil ohnedies jeder weiß, wie schwer sich die Unternehmungen tun, ihre Beschäftigtenstände zu halten.

Aber da sagt dann der Generaldirektor von Waagner-Biró in einem Gespräch mit Wirtschaftsjournalisten:

„Auf dem österreichischen Markt machen der Waagner-Biró vor allem Konkurrenzangebote der verstaatlichten Industrie Sorgen, die auf der Preisseite ‚jenseits von Gut und Böse‘ operiere. Waagner-Biró könne sich dagegen die beschäftigungspolitisch motivierte Hereinnahme von Verlustaufträgen nicht leisten, meinte Böhm, und werde dadurch immer öfter aus dem Rennen geworfen.“

Das ist ein sehr harter Satz, der da drinnensteht. Ich erinnere an unsere gestrige Debatte zur dringlichen Anfrage. Das ist ein Satz, Herr Bundeskanzler, der sich voll schlägt mit Ihrer Äußerung auf Seite 9 Ihres Berichtes, wo Sie folgendes sagen:

„Vor allem der Anlagenbau hat hier eine wachsende Bedeutung erlangt. So unrichtig es wäre zu behaupten, daß viele Sparten der österreichischen Wirtschaft ausschließlich von einem Großunternehmen, nämlich der VÖEST-Alpine, betrieben werden (neben ihr gibt es noch andere Großfirmen), so ist es doch bemerkenswert, daß die VÖEST-Alpine hier eine Produktionspolitik betrieben hat, die das Unternehmen die Krise leichter überwinden ließ.“

Das schlägt sich, was Sie hier sagen. Hier sagt der Generaldirektor eines auch beachtlichen und bedeutenden Unternehmens, daß er Verlustaufträge nicht hereinnehmen kann wie verstaatlichte Unternehmungen. Waagner-Biró ist eine Bankenkonzernfirma, er kann sich das nicht leisten. Und er macht eigentlich hier einen sehr harten Vorwurf.

Ich kenne die Situation der Verstaatlichten recht gut. Ich weiß auch, daß die Leute, die dort drinnen sind, tüchtige Leute sind. Aber ich weiß auch, wie sehr sie klagen über die Belastungspolitik der Regierung, ich weiß auch, wie sehr sie klagen, daß ihnen die Regierung zwar immer Auflagen gegeben hat, aber ihnen wenig geholfen hat. Wir haben daher den Vorschlag gemacht, daß wir im Bereich der verstaatlichten Industrie durchaus der Meinung sind, daß man ein gemeinsames Sanierungskonzept machen könnte. Ich habe diesen Vorschlag von dieser Stelle aus dem Hohen Haus und damit auch der Bundesregierung unterbreitet.

Aber, Herr Bundeskanzler, was ich hier sagen möchte, ist folgendes: Wir haben einen intensiven offensichtlichen Wettbewerb zu Verlustpreisen unter großen österreichischen Unternehmen. Herr Bundeskanzler, das können wir uns auf die Dauer nicht leisten, und das ist Ihre Kompetenz in der Verstaatlichten, fragen Sie einmal nach, ob das stimmt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Fragen Sie dort einmal nach!

Da geben Sie gestern einen Jubelbericht, dann sagt heute wieder ein bedeutendes Industrieunternehmen, es muß weiter abbauen, und dann beklagt es sich noch darüber, daß die verstaatlichte Industrie ihm hier Aufträge wegnimmt.

Ich weiß schon: Wettbewerb muß sein. Natürlich. Auch in Österreich. Aber die Formulierung hier ist ziemlich eindeutig. Hier sagt ein verantwortlicher Manager, „jenseits von Gut und Böse“ operiere man.

Herr Bundeskanzler! Wir wollen die Sanierung in der Verstaatlichten. Aber wenn man den Leuten nicht die Möglichkeit gibt, zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten zu können, dann werden wir die Sanierung in der Verstaatlichten nicht erreichen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Lassen Sie mich noch einen Punkt hier herausnehmen, weil wir schon bei der Industrie sind und Sie so viel über Industriepolitik geredet haben.

Herr Bundeskanzler! Die Verstaatlichte hat ja nach Meinung der Gemeinwirtschaftler – wir haben diese Auffassung nie vertreten – auch sogenannte übergeordnete Aufgaben. Ich glaube, einem Industrieunternehmen kann man

Dr. Taus

keine übergeordneten Aufgaben zumuten, sondern ein Industrieunternehmen muß konkurrenzfähig produzieren, muß Gewinne machen und muß schauen, daß es seine Leute nach normalen wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschäftigen kann, sonst geht nämlich die ganze Sache schief. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben diese verstaatlichte Industrie heute per saldo – ich nehme an, daß Sie viel aktuellere Zahlen haben als ich – in Milliardenhöhe in der Verlustzone. Es gibt ja nur mehr drei, die nicht in der Verlustzone sind, aber das steht alles in der Zeitung. Ich verrate hier keine Betriebsgeheimnisse. Und Sie, Herr Bundeskanzler, geben gestern einen Jubelbericht, sagen, daß die VÖEST-Alpine – wie heißt es? –, daß ihre Produktionspolitik „die Krise leichter überwinden ließ“, und wissen dabei ganz genau, daß die weder aus noch ein wissen und Hunderte Millionen Schilling an Verlusten machen. – Nicht, weil sie untüchtig sind, sondern weil Ihre Wirtschaftspolitik sie dort hineingetrieben hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister wollte ja der österreichischen Industrie ein Stahlbad verordnen, er hat sich ja dessen gerühmt. Die hält aber das Stahlbad Androsch'scher Provenienz nicht aus, die stehen das Stahlbad der sozialistischen Bundesregierung nicht durch.

Der Herr Generaldirektor Kienzl wollte bremsen, daß es quietscht. Und jetzt, nachdem wirklich alle quietschen, wollen Sie die Bremsen aufmachen.

Glauben Sie nicht, es wäre gescheiter gewesen, daß man sie nicht hätte quietschen lassen, sondern daß man ihnen eine vernünftige Wirtschaftspolitik gibt? Ich bin dagegen, daß die Leute quietschen sollen durch die Wirtschaftspolitik. Sie sollen vielmehr durch die Wirtschaftspolitik in ihren Bemühungen unterstützt werden. Das ist die Grundlinie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Noch etwas zu Ihrem Bericht: Sie erwähnen dann auch noch die Energiepolitik und sagen, daß in der Energiepolitik gespart werden muß, und ähnliches mehr. Es ist ja auch seit der Energiekrise im Jahr 1973 bekannt, daß Energie teurer wird und daß auf die Dauer hohe Verbrauchssteigerungen sicherlich gedrückt werden sollen.

Sie haben ja selbst Energiesparmaßnahmen – reichlich spät – zu einem zentralen Thema Ihrer letzten Regierungsklausur gemacht, und wir haben Ihnen schon vor mehr als einem Jahr einen ganzen Katalog neuer energiepolitischer Maßnahmen ins Parlament hergelegt. Ich habe Ihnen eine gemeinsame Energiepolitik angeboten. Das haben Sie alles nicht gebraucht, Herr

Bundeskanzler. Sie verlangen von den Österreichern aber nun eine bessere Energiespargesinnung und wundern sich, wenn der Energieverbrauch steigt. Es ist kein Wunder, wenn man sieht, wie Sie selbst mit Ihren Sparappellen umgehen.

Nachdem Sie Ihren Energieminister, den Herrn Minister Staribacher, praktisch entnündigt haben und die EVA gegründet haben, von der vielleicht zu hoffen ist, daß sie mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit Teilerfolge erzielen kann – ich will das gar nicht leugnen –, hat Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, nicht einmal ein mittelfristiges Konzept, hat sie keine Strategie zum Energiesparen zustande gebracht. Aber, wie gesagt, unsere Vorschläge wollten Sie ja nicht hören.

Jetzt möchte ich Ihnen eine Kleinigkeit in Erinnerung rufen: Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 15. November 1974 auf Vorschlag des Bundeskanzlers Maßnahmen zur wirtschaftlichen Energieverwendung in Bundesgebäuden beschlossen. So wurde unter anderem verfügt:

Erstens, daß die Raumtemperatur in Amts- und Büroräumen mit maximal 20 Grad Celsius begrenzt wird,

zweitens, daß zur Hintanhaltung von Wärmeverlusten durch Zugluft durch den Dienststellenleiter unverzüglich die fachmännische Abdichtung von Fenstern und Türen zu veranlassen sei, und

drittens, daß die Dienststellen des Bundes verpflichtet sind, ihre Budgetmittel für Instandhaltungen vorzugsweise für Maßnahmen zur Energieeinsparung zu verwenden.

Durchaus vernünftig, nichts dagegen zu sagen. Aber haben Sie das jemals überprüft, Herr Bundeskanzler? Haben Sie vor allem in Ihrem eigenen Ressort überprüft, was da geschehen ist?

Ich sage Ihnen zwei Zahlen – es mögen Kleinigkeiten sein, aber sie zeigen einfach, wie man selbst nicht bereit ist, im eigenen Haus eigene Beschlüsse zu vollziehen –: Die Bundesdienststellen haben 1974 rund 530 Millionen Schilling und 1977 rund 708 Millionen Schilling an Brennstoffkosten gehabt, und für Energiebezüge haben die Bundesdienststellen 1974 rund 860 Millionen Schilling und 1977 rund 1 287 Millionen Schilling ausgegeben. Das ist also um etwa 33,5 Prozent mehr bei den Brennstoffen und um fast 50 Prozent mehr bei den Energiebezügen.

Das mag in etwa der Steigerung der Energiekosten entsprechen. Es ist nichts gespart worden, aber so im wesentlichen hat man die

Dr. Taus

Energiekostensteigerungen einigermaßen vielleicht gehalten, vielleicht kam man ein bisserl darüber; aber das mag hingehen.

Aber jetzt nehme ich das Bundeskanzleramt. Ich habe mir das herausgerechnet, weil es mich interessiert hat. Im Bundeskanzleramt, Herr Bundeskanzler, sind von 1974 auf 1977 die Kosten für Energiebezüge um 128 Prozent, also um mehr als das Doppelte, gestiegen, von rund 2,6 auf rund 5,9 Millionen Schilling.

Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, ob die Zugluft bei Ihnen besonders stark ist, das kann ich nicht beurteilen. Aber, Herr Bundeskanzler: Wenn jemand seine eigenen Beschlüsse in seinem eigenen Haus – in seinem eigenen Haus! – so beachtet, wie Sie das tun, daß Sie eine überdimensionale Steigerung der Energiekosten im eigenen Haus haben, dann, Herr Bundeskanzler, wird doch alles unglaublich! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist ein altes Gesetz: Wer eine Abteilung nicht in Ordnung halten kann, der kann, wenn er dann Boß wird, den ganzen großen Haufen auch nicht in Ordnung halten. Es stimmt nicht, daß einer oben Großartiges leistet und im kleinen Bereich die Dinge nicht im Griff behält. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Das ist eine Kleinigkeit. Ich will hier gar nicht beckmessern – und es ist auch kein großer Betrag –, aber es zeigt einfach, wie ernst Sie selbst Ihre Beschlüsse nehmen. Das wollte ich Ihnen also hier im einzelnen nur gesagt haben.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zum Herrn Finanzminister kommen.

Der Herr Finanzminister hatte gestern die Freundlichkeit, uns allen den Bericht des Herrn Hofrates Kausel zu geben. Ich möchte auch hier sagen – ich habe das in der Öffentlichkeit schon gesagt –: Ich kenne den Herrn Hofrat Kausel sehr lange, ich halte ihn für einen gescheiten, netten und anständigen Menschen. Aber in dem Moment, wo sich einer mit einem Gutachten politischer Natur in die Öffentlichkeit wagt, muß er es sich gefallen lassen, daß man darüber diskutiert. Er hat ein Jubelgutachten geliefert, und der Herr Hofrat Kausel muß sich daher jetzt leider gefallen lassen, daß dieses Jubelgutachten diskutiert wird.

Aber ich würde Ihnen, Herr Finanzminister, empfehlen: Verwenden Sie dieses Gutachten nicht mehr zu oft.

Ich habe erfahren, daß der Herr Hofrat Kausel ein Interview der Zeitschrift „Der Unternehmer“ gegeben hat. Ich habe mir einen Bürstenabzug verschafft. Ich bin gern bereit, das herzugeben. Die Zeitung wird in den nächsten

Tagen herauskommen, ich weiß nicht genau, wann.

Ich möchte Ihnen hier einiges aus dem Interview des Herrn Hofrates Kausel vorlesen, das also demnächst erscheinen wird.

Er ist gefragt worden von der Zeitung und sagt zum Beispiel vorweg, daß Experten „selten zu gleichen Ergebnissen“ kommen, aber sie sollten ähnlich sein.

Und dann sagt „Der Unternehmer“ – nachdem er also über andere Gutachten spricht –:

„Das ist schon eine starke Behauptung.“ Und dann kommt die Frage: „Welches Interesse sollte denn ein Dr. Stanzel, Konjunkturspezialist im Finanzministerium, das Wirtschaftsforschungsinstitut, Dr. Suppanz vom Institut für Höhere Studien, Professor Tichy in Graz und viele andere, welches Interesse sollten die alle haben, unsere Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit schlechtzumachen. Sie alle behaupten, daß in den letzten Jahren die Arbeitskosten in Österreich stärker gestiegen sind als in den meisten Konkurrenzländern, etwa in der Bundesrepublik Deutschland. Sie aber sagen, diese ‚stereotypen Aussagen entbehren jeder Grundlage‘. Androsch-Berater Dr. Stanzel zitiert Untersuchungen von Dr. Suppanz, wonach sich die österreichische Position bei den Arbeitskosten gegenüber Deutschland seit 1970 um 19 Prozent verschlechtert hat.“

Antwort von Hofrat Kausel:

„Ich komme auch zu einer Verschlechterung der Arbeitskosten seit 1970 um 15 Prozent, aber man muß doch auch die Zeit davor berücksichtigen.“

Die weitere Frage:

„Nun, in Ihrer Studie heißt es wörtlich: ‚Die Interessenargumentation von der ›Verschlechterung‹ der Arbeitskosten seit 1970 muß demgemäß als Manipulation zurückgewiesen werden.‘“

Antwort von Hofrat Kausel:

„Diese Äußerung ziehe ich mit Bedauern zurück.“ *(Rufe bei der ÖVP: Hört! Hört!)* Ja.

Nächste Frage der Zeitschrift:

„Entbehren demnach die Behauptungen über eine relative Verschlechterung der Arbeitskosten nicht jeder Grundlage?“ – Das ist ein Wettbewerbsproblem. Hier geht es ja nicht um die Löhne, hier geht es vor allem um die Lohnnebenkosten. Die Löhne in Österreich sind ja nicht so hoch, sondern die Belastungen durch die Lohnnebenkosten sind hoch. Der Schweizer Arbeiter und der deutsche Arbeiter haben viel mehr im Tascher! als der österreichische Arbeiter. Aber das, was dazukommt, das ist das

11968

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Taus

entscheidende. Da sind die Arbeitskosten insgesamt wesentlich gewesen.

So. Jetzt geht es weiter:

„Entbehren“ – fragt also die Zeitschrift – „demnach die Behauptungen über eine relative Verschlechterung der Arbeitskosten nicht jeder Grundlage?“

Und jetzt sagt Hofrat Kausel:

„Diese Behauptungen sind richtig“ – also die anderen –, „sofern sie sich auf einen Zeitraum von 1970 bis 1978 beziehen. Davor aber gab es enorme Verbesserungen.“ (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das Interview können Sie haben! Ich reiße nicht aus dem Zusammenhang, Sie können das alles haben. (*Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.*)

Dann folgt die Frage, „ob man nicht besser alle Forschungsberichte des Wirtschaftsforschungsinstituts wegwerfen soll, da Sie“ – also zum Hofrat – „doch alles besser wissen.“ Das fragt das Blatt.

Der Hofrat Kausel antwortet darauf:

„Bestimmt nicht. Ich bin doch nur eine Einzelperson. Das Wirtschaftsforschungsinstitut arbeitet das doch viel gediegener aus als ich.“ (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

„Der Unternehmer“ – wieder die Frage: „Sie schreiben weiter“ – also im Gutachten des Herrn Dr. Kausel –, „daß es sich bei der ‚Steuerverdrossenheit‘ um ein unerklärliches Phänomen handelt. Androsch-Berater Stanzel wiederum meint, daß bei den Steuern die Grenzen der Ausweitungsmöglichkeiten erreicht sind.“

Antwort von Hofrat Kausel:

„Das kann ich nur unterstreichen.“ (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Nächste Frage:

„Heißt das, daß Sie sich vom Inhalt der eigenen Studie distanzieren?“

Antwort von Hofrat Kausel:

„Nein, damit meine ich, daß bei den indirekten Steuern die Grenze der Belastung erreicht ist. Der Mehrwertsteuersatz von 18 Prozent ist viel zu hoch.“ (*Neuerliche ironische Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Dr. Mussil: Das geht in die Augen!*)

Frage:

„Und bei der Einkommensteuer ist noch etwas drinnen?“

Antwort von Hofrat Kausel:

„Überhaupt nichts mehr ist drinnen.“ (*Erneute ironische Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Dr. Mock: Wie der Veselsky!*) Nein, nein, denn Hofrat Kausel ist ja Gott sei Dank nicht Staatssekretär! Er hat ein Glück gehabt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich will nicht alles vorlesen, aber ein paar Punkte sind es schon noch wert, daß man sie vorliest. Sie kriegen das Interview. Es ist nicht so, daß hier etwas manipuliert wird.

Die nächste Frage. In den „Monatsberichten“, Heft 8 aus dem Jahre 1978, steht dieser Wettstreit zwischen Österreich und Deutschland drinnen, und da fragt dann „Der Unternehmer“ das.

Kausel: „Ich wollte hier nur eine Tendenz aufzeigen. Selbstverständlich hat Österreich das wirtschaftliche Niveau Deutschlands noch nicht erreicht. Aber wir sind auf dem besten Weg dazu.“ – Das habe ich vor 20 Jahren auch schon gehört.

Nun geht es weiter. Es kommt etwas über die Zahlungsbilanz und über alles mögliche – das können Sie alles noch haben –, aber dann folgt die Frage:

„Warum greifen Sie in Ihrem Gutachten eigentlich nie auf das vorliegende Zahlenmaterial zurück?“

Und er sagt:

„Wenn ich das gemacht hätte, wäre es ein Kompendium von 100 und mehr Seiten geworden.“ – Und jetzt, bitte, passen Sie auf! – „Ich aber wurde ersucht, in kürzester Zeit ein Gutachten abzugeben. Und ich habe mich dabei auf die Beurteilung der makroökonomischen Tatbestände beschränkt. Über die mikroökonomischen Details sollen sich andere den Kopf zerbrechen.“

„Ihr Einwand“, wird er gefragt, „ist nicht ganz einleuchtend. Das Wirtschaftsforschungsinstitut macht ebenfalls fast ausschließlich makroökonomische Analysen. Freilich kommt es dabei zu anderen Ergebnissen als Sie.“

Kausel: „Weil ich in meinem Gutachten mit dem Jahr 1960 beginne.“

Weitere Frage: „Ja, und fast immer dann, wenn dadurch Ihre Arbeitshypothese von der besten aller Wirtschaftspolitiken bestätigt zu werden scheint. War das Ihre Absicht?“

Hofrat Kausel – und jetzt, bitte, passen Sie genau auf –:

„Das war insofern Absicht, als ich beweisen wollte, daß der Fortschritt der österreichischen Wirtschaft kein kurzfristiger Vorgang ist, der auf

Dr. Taus

dem Boden der derzeitigen Regierung gewachsen ist“ (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP*), „sondern daß es sich dabei um einen langfristigen Prozeß handelt, für den die Weichen schon viel früher gestellt wurden. Der erfolgreiche Strukturwandel, die Investitionen und die Innovationen, das alles hat doch wirklich nicht erst 1970 eingesetzt. Die Saat, die jetzt aufgeht, wurde schon zur Zeit früherer Regierungen – von der ÖVP-Alleinregierung geradeso wie von den diversen Koalitionsregierungen – gelegt.“ (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe hier einiges zitiert. Wie gesagt, Sie können das natürlich haben, ich bin durchaus bereit, es herzugeben. Es tut mir leid, daß ich mich damit so ausführlich beschäftigen mußte, aber wer in die Öffentlichkeit mit „in kürzester Zeit“ abgefaßten Gutachten geht, der muß riskieren, daß man halt öffentlich über ihn diskutiert. Es tut mir schrecklich leid, aber ich glaube, das spricht für sich.

Herr Finanzminister! Vergessen Sie das Gutachten! Vergessen Sie es. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP. – Ruf bei der ÖVP: Rohrkrepierer! – Abg. Kern: Schade um das Geld!*)

Noch ein Satz zum Herrn Bundeskanzler. Er sagt in seinem Bericht – und da wendet er sich an die Hausfrauen –, daß niemand daran denkt, die Zuwachsraten des Energieverbrauches einzubremsen und eventuell die erleichternden Haushaltsgeräte zu streichen.

Herr Bundeskanzler, bauen Sie sich keinen Pappkameraden auf! Niemand will der Hausfrau die Waschmaschine nehmen, niemand will ihr einen Eiskasten nehmen, niemand will ihr alles an elektrischen Geräten nehmen, was sie hat. Was wir wollen, ist etwas ganz anderes: daß generell bei den Konstruktionen, daß generell beim Hausbau, daß generell überall dort, wo man Energie verschwenden kann, gespart wird durch bessere Konstruktionen, durch bessere Vorschriften. Die Wirtschaft ist ja völlig dafür, daß das geschieht.

Herr Bundeskanzler, versuchen Sie doch nicht, die Hausfrauen zu verunsichern! Ich weiß, es ist ein alter Trick von Ihnen, immer eine bestimmte Personengruppe zu verunsichern. Aber verunsichern Sie niemanden, da ist nichts zu verunsichern! Wir sind für die Waschmaschinen der Hausfrauen, Herr Bundeskanzler, ich darf Ihnen das hier sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich muß mich natürlich jetzt noch etwas anderes fragen. Der Herr Finanzminister hat sich ja in letzter Zeit sehr stark auf die Kausel-Studie berufen. Ich hätte wahrscheinlich das Interview gar nicht vorgelesen, aber diese Studie wurde ja

jedem Abgeordneten auf die Bank gelegt, und er hatte daher die Chance, sie zu studieren.

Ich frage mich, Herr Bundeskanzler: Wenn alles so perfekt und so gut ist, wie Sie und der Herr Finanzminister das in Ihren Berichten darstellen, warum wollen Sie dann ein Frühwarnsystem haben? Es nützt zwar nichts, wird aber die Betriebe treffen.

Warum machen Sie so massive Budgetdefizite, so massive Schulden und verteidigen Sie sie mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung? Sie sichern mit dieser Budgetpolitik keinen Arbeitsplatz, Herr Finanzminister. Sie wissen genau, Sie haben den Kredit, den Sie im Budget hatten, Sie haben diesen Spielraum verspielt, den gibt es nicht mehr. Das bestätigen Ihnen schon Ihre eigenen Experten.

Warum, wenn alles so gut ist, lassen Sie eine Belastungswelle nach der anderen über die Wirtschaft und über die Menschen in diesem Land laufen, sodaß wir heute schon eine Staatsquote von 41 Prozent haben? Das heißt: Im Durchschnitt arbeitet man mehr als zwei von fünf Wochentagen, die man arbeitet, für die Republik und für alle öffentlichen Stellen. Das ist doch alles nicht lustig. Und doch ist alles so gut?

Sagen Sie mir, wenn alles so rosig ist: Warum gehen so viele Betriebe in Konkurs?

Warum ist die verstaatlichte Industrie tief in den roten Zahlen, wenn alles so gut ist? Ich leugne nicht, daß wir herauskommen können, wenn wir es gescheit machen, ganz im Gegenteil. Aber man muß sich doch ein gewisses Problembewußtsein bewahren. Das ist ja nicht einmal eine Wahlrede, das glaubt Ihnen ja niemand, was Sie hier erzählt haben! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sekanina: Das ist ja eine Wahlrede von einem Parteichef! – Abg. Graf: Aber eine gute Wahlrede! – Abg. Sekanina: Die erste Wahlrede!*)

Ich möchte mich jetzt mit dem Kausel-Bericht nicht mehr weiter beschäftigen. Die Berechnungen sind anfechtbar. Statt des Basisjahrs 1960 soll man das übliche Jahr 1970 nehmen. Auch die Arbeitskosten sind methodisch falsch berechnet. Der Vergleich der Exporte pro Kopf ist auch ökonomisch sinnlos. Genauso könnte man die Importe pro Kopf nehmen. (*Abg. Graf: Der erste Wahlredner war der Sekanina, der hat gestern angefangen! – Weitere Zwischenrufe.*) Nein, bitte, den Herrn Abgeordneten Sekanina muß man reden lassen, sonst kriege ich keine Karten mehr für das Ländermatch! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Reden Sie ruhig, mit Ihnen verderbe ich es mir nicht. (*Abg. Sekanina: Das ist eine ausgesprochene Unfreundlichkeit! Von mir kriegen Sie immer Länder-*

Dr. Taus

matchkarten!) Na eben, darum bin ich ja so freundlich zu Ihnen. Ich weiß doch, was sich gehört, Herr Abgeordneter. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aber dann müssen Sie sie auch zahlen!)* Herr Bundeskanzler! Ich bin zugegebenermaßen ein sehr sparsamer Mensch, viel sparsamer als Sie mit Ihrer Budgetpolitik *(neuerlicher Beifall bei der ÖVP)*, aber ich bin durchaus auch bereit, die Ländermatchkarte zu bezahlen. Heftige Angriffe gibt es erst wieder, wenn ich sie vom Herrn Abgeordneten Sekanina nicht mehr kriege.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Vermarktung von Berichten, so wie es der Herr Finanzminister hier versucht hat, ist eine sehr gefährliche Angelegenheit. Wir müssen uns jetzt fragen: Warum investieren denn die Leute in dem Land nicht? Denn die Lust, nach so einem Bericht zu investieren, muß ja ungeheuer sein. Den letzten Schilling muß man aus der Tasche nehmen und investieren, wenn das alles stimmt, was in Ihren Berichten steht, meine Herren! Aber es investiert eben niemand, und wir müssen uns daher vernünftigerweise bemühen, daß wir wieder ein Investitionsklima in diesem Land bekommen.

Warum sind solche Berichte so gefährlich? – Sie sind deshalb so gefährlich, weil sich der eine oder der andere vielleicht denken könnte – eine Regierung soll ja eine Autorität haben –: Wenn die sagen, es ist alles bestens, brauche ich mich überhaupt nicht anzustrengen. Wozu? Der Bundeskanzler arbeitet für mich Tag und Nacht, so viel Arbeit ist eher ungesund, ich arbeite daher weniger, um einen Ausgleich zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Was ich damit sagen will, ist etwas anderes. Ich will damit sagen ... *(Zwischenruf des Abg. Steininger.)* Gefällt es Ihnen nicht? Ich glaube, daß es Ihnen nicht gefällt, Herr Abgeordneter. *(Abg. Radinger: Und er ist nicht der einzige!)* Aber ich bin ja nicht dazu da, verehrter Herr Abgeordneter, Ihnen zu gefallen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist wirklich nicht meine Absicht.

Lassen Sie mich daher, bitte, eines festhalten: Unsere Sicherheit in Österreich hängt von unserer Leistung ab, von der wirtschaftspolitischen Leistung der Regierung und von der Leistung aller im Arbeitsprozeß Stehenden. Verteilen, meine Damen und Herren, kann man nur Dinge, die man sich erwirtschaftet. Und wenn einmal die meisten Unternehmungen in den roten Zahlen sind, dann gibt es nichts mehr zu verteilen, dann ist es zu spät. Dorthin wollen wir nicht kommen, und das ist die Politik, die wir betreiben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie wissen auch, daß es keine gute Politik ist, wenn man mit den Steuern der Kleinen versucht,

die Verluste der Großen zu decken. Das kann man auch eine Zeit machen: drei Jahre, vier Jahre, fünf Jahre. Das ist auch möglich, das ist alles denkbar. Aber dann gibt es einmal einen Punkt, wo man zu sanieren beginnen muß, meine Damen und Herren, und wir wollen zu diesem Punkt nicht kommen. Wir wollen rechtzeitig trachten, daß die Wirtschaftspolitik in diesem Land geändert wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister, nun noch ein paar Fragen an Sie. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich habe in den letzten Tagen gehört, daß das Budgetdefizit für das Jahr 1978, das Sie mit, glaube ich, 40,3 Milliarden Schilling präliminiert haben, 50 oder mehr Milliarden Schilling ausmachen soll. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Das habe ich schon im Herbst gesagt!)* Ich weiß es nicht. Herr Finanzminister, mehr als 50 Milliarden Schilling! Sie sagen mir gerade, Sie haben es im Herbst hier gesagt. Herr Finanzminister, wissen Sie, daß Sie damit das Präliminare um mehr als 25 Prozent überschritten haben?

Herr Finanzminister! Ich habe einmal am Anfang dieser Legislaturperiode gesagt, Sie machen immer Hausnummernbudgets. Es wird ja immer ärger mit Ihren Budgets! Jetzt haben wir schon ein Defizit von mehr als 50 Milliarden Schilling für das Jahr 1978 gehabt. Mehr als 50 Milliarden Schilling, das muß sich jeder vorstellen, was das bedeutet!

Was bedeutet denn das für das Jahr 1979? Herr Finanzminister, Sie haben ja Ihre Einnahmen nicht erhalten. Ich möchte von Ihnen eine Schätzung haben, wie Sie die Entwicklung für das Jahr 1979 auf Grund der derzeitigen Lage sehen. Ich sage Ihnen: Ich habe den Eindruck aus den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen – die sind viel schlechter als Ihre, denn Sie sind der Finanzminister und haben ersten Zugang –, Sie machen in diesem Jahr ein Budgetdefizit, das sich um 60 Milliarden Schilling bewegen kann.

Herr Finanzminister! Wenn das der Fall ist – auch wenn es 55 oder 57 Milliarden sind –, dann handeln Sie verantwortungslos, und das soll hier festgestellt werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben Gelegenheit, nachher ganz genau zu erklären, ob ich mich irre oder ob ich mich nicht irre. Ich möchte gerne von Ihnen hören, wie hoch dieses Budgetdefizit von Ihnen jetzt eingeschätzt wird, und ich werde Ihnen dann im Detail nachweisen, warum ich glaube, daß Sie sich geirrt haben. *(Zwischenrufe des Vizekanzlers Dr. Androsch und des Abg. Staudinger.)*

Das ist eine Horrorzahl, Herr Finanzminister! Ich weiß schon, Sie schieben einfach alles über

Dr. Taus

die Wahlen hinaus: Nur weg, weg, weg, über die Wahlen hinweg! Herr Finanzminister, das ist eine Taktik, bei der wir nicht mitmachen, und sie ist viel zu durchsichtig, als daß sie der Wähler nicht verstehen würde. Das, was Sie jetzt machen, ist eine reine Verschleierungspolitik, eine Verschleierungspolitik, die man der österreichischen Öffentlichkeit einmal aufzeigen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben ja immerhin eine florierende Wirtschaft im Jahr 1970 übernommen. Sehr viel haben Sie daraus nicht gemacht.

Nun einige Worte zu den ununterbrochen verhandelten Großprojekten. Ich möchte einräumen: Ich bin überhaupt nicht gegen Großprojekte. Warum nicht? Sie gehören in einen Staat hinein.

Wir müssen nur folgendes wissen: Die Beschäftigung gehalten haben uns bisher die Mittleren und die Kleineren. Die Hunderttausenden mittleren und kleineren Betriebe, die wir in diesem Land haben, müssen wir hegen und pflegen wie einen Augapfel, denn wenn die schwach werden, dann ist es mit der Beschäftigung, die wir jetzt haben, auch vorbei.

Es gibt zum Beispiel wieder dieses uralte Projekt des niederösterreichischen Zellstoffwerkes. Sie führen das an, Sie sagen es dann auch weiter. Sie wissen, dieses Projekt rechnet sich nicht, bis heute nicht, und Sie wissen genau: Großprojekte, die man hochzieht und die sich nicht rechnen, sind gefährlicher, als wenn man sie nicht machen würde. Ich sage Ihnen das auch. Wir reden ja von einem Großprojekt nach dem anderen. Die Milliarden, die wir nicht haben, rollen. Ich bin nur neugierig, wie sich das in Österreich auswirken wird. Arbeitsplätze, Herr Finanzminister, werden Sie damit keine halten, denn über 70 000 in der Industrie haben wir schon verloren.

Nun lassen Sie mich noch einige Sätze zu Ihrem Budget sagen.

Ich glaube, wir sind auf dem Weg, daß die Schulden einfach das Budget auffressen: Wenn Ihr Präliminare für 1979 stimmt – ich bin ja sehr skeptisch, ob es stimmt, nach all dem, was wir schon mit Ihnen erlebt haben in bezug auf die Genauigkeit der Zahlen –, haben Sie rund 36 Milliarden Schilling präliminiert. Vielleicht wird die Finanzschuld auch mehr kosten. Das heißt, 36 Milliarden Schilling müssen die Österreicher für die Schulden an Zinsen und an Tilgung bezahlen. Das bedeutet, daß der Bund etwa jeden vierten Schilling, den er durch Steuern einnimmt, schon für Schulden ausgeben muß. Das bedeutet, von 1 S Steuer gibt man schon rund 25 Groschen für Schulden aus, für Zinsen und für Tilgungen. Und das geht ja progressiv weiter, meine Damen und Herren!

Um es noch drastischer darzustellen: Von den Lohnsteuereinnahmen des Bundes werden meines Erachtens, um das deutlich zu machen, drei Viertel dieser Lohnsteuereinnahmen – also einer großen Steuer – für die Schuldtilgung und für die Zinsen verwendet. Das soll jeder wissen. Das ist ungefähr das Volumen. Das ist eine ganz gewaltige Steuer, eine der Haupteinnahmen des Bundes. Drei Viertel davon gehen schon auf den Schuldendienst drauf.

Und das wird weitergehen, denn Sie verschulden ja die österreichische Wirtschaft und damit das Budget weiter, und zwar in einem rapiden Tempo, Herr Finanzminister! Die Schulden sind ja jedes Jahr höher, als Sie es vorher angegeben haben. Das wächst und wächst und wächst!

Nun wissen Sie genausogut wie alle, die sich damit beschäftigt haben: So etwas kann man einige Jahre machen, das kann man vier, fünf, sechs oder sieben Jahre machen. Ohne Zweifel kann man so etwas machen, es ist immer finanzierbar, es geht immer hinein. Aber es kommt der Tag der Abrechnung! Sie sind ja schon sehr, sehr vorsichtig darauf aufmerksam gemacht worden, wenn ich mir den jüngsten Bericht – ich habe ihn drinnen liegenlassen – des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Zahlungsbilanzproblematik anschau. Da sind ja viele Experten dabei, die Ihrer Partei nahestehen, gute Leute. Sie werden darin sehr deutlich darauf aufmerksam gemacht, wohin hier die Reise im einzelnen gehen kann.

Aber lassen Sie mich noch einen Satz über etwas sagen, das mich ein bißchen verwundert hat. Wir haben zwei Wirtschaftsberichte gehört, und zwar sowohl einen des Kanzlers als auch einen des Finanzministers. Nicht einen Satz habe ich darin über die Landwirtschaft gefunden! Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen uns über etwas hier klar sein: Die Bauern in Österreich haben nicht nur die Nahrungsmittelversorgung zu sichern, sondern sie bekommen zusätzlich in immer stärkerem Ausmaß die Funktion der Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierung hat den Landwirten das Leben ja nicht erleichtert. Sie müssen ja um das, was in anderen Ländern in weit größerem Ausmaß selbstverständlich ist, große Kämpfe in der Öffentlichkeit austragen. Denn die Politik hat ja vor allem die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte erschwert. Wenn wir nur eine annähernde Regelung hätten wie in den EWG-Staaten, dann würde es manchen im bäuerlichen Bereich bessergehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich hier nur ein paar Zahlen nennen und ein paar Dinge sagen. Sie reden

11972

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Taus

ununterbrochen über die Bergbauern und von Bergbauernzuschüssen. Meine Herren! Ich glaube, wenn Sie eine vernünftige bäuerliche Einkommenspolitik betreiben würden, dann bräuchten Sie den Bergbauern keinen Zuschuß zu geben, denn trotz dieser Zuschüsse bleiben die Einkommen der Bergbauern im Durchschnitt selbst unter der Steigerung der Einkommen der Landwirtschaft zurück.

Herr Bundeskanzler, schreiben Sie sich das genau auf! Sie regieren jetzt neun Jahre. Sie müßten das jetzt einmal wissen, denn das sind ja Leute, die wir nicht absiedeln wollen. Die haben ja eine wesentliche Funktion in diesem Lande. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen.

Nur die solide Leistung aller Erwerbstätigen kann die notwendigen Voraussetzungen für einen breiten Wohlstand und für eine soziale Gesellschaft schaffen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind davon überzeugt, daß diese Ziele am besten im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden können. Sie hat sich als jenes System bewährt, das dem einzelnen die meisten Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Der Staat hat unserer Meinung nach die Aufgabe, jene Bedingungen zu schaffen, die ein kontinuierliches und ertragreiches Wirtschaften, eine gerechte Einkommensverteilung, Chancengleichheit für alle Staatsbürger und eine persönliche Lebensgestaltung zulassen.

Die Österreicher sollen wieder darauf vertrauen können, daß sich Leistung lohnt, daß Sparen sinnvoll ist und daß sie ihre persönliche Zukunft planen können.

Allerdings, meine Damen und Herren, kann der Staat nicht mehr verteilen, als die Österreicher gemeinsam erwirtschaften. Ziel der Wirtschaftspolitik muß es daher sein, ein ausreichendes Wachstum zu ermöglichen. Das soll zu erhöhter Lebensqualität für jeden einzelnen führen.

Der Sozialismus, meine Damen und Herren, ist den Österreichern über den Kopf gewachsen:

Sie haben in Ihrer Regierungszeit die Belastungen ständig erhöht;

Sie haben bedenkliche Schulden gemacht;

Sie haben die Bürokratie kräftig vermehrt;

Sie haben die Wettbewerbskraft der Wirtschaft geschwächt;

Sie haben viele Betriebe und damit auch Arbeitsplätze gefährdet;

und was ich Ihnen hier deutlich sagen möchte: Mit dieser Politik vergeuden Sie unsere Zukunftsreserven schon heute. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das alles ist kein Zufall, sondern die logische Folge einer sozialistisch geprägten Wirtschaftspolitik. Wenn Leistung diffamiert wird, wenn Eigentum mißachtet und abgewertet wird, wenn machtpolitische Interessen Vorrang haben und wenn der Staat für alles zuständig sein soll, dann ist es kein Wunder, daß unsere Probleme nicht kleiner, sondern größer werden.

Die Sozialisten sind der Meinung, daß der Staat viele Probleme besser löst als die Privaten, und wollen mit der Ausweitung des Staatsanteiles ihre gesellschaftspolitischen Experimente finanzieren, die letztlich zu einer Änderung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems führen sollen. Gleichzeitig verfolgen sie mit der Erhöhung der Steuerbelastung das Ziel, die Menschen in stärkere Abhängigkeit vom Staat zu bringen.

Wenn ich Ihre jüngsten sozialpolitischen Vorschläge anschau, so sehe ich darin Kommissionen, wieder neue Kommissionen, wieder neue Bürokratie, wieder neue Planstellen, wieder neue Schreibtische. Aber ich sehe darin nichts, was neue Arbeitsplätze in diesem Land schaffen könnte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Diese Regierung hat im Jahre 1970 eine reiche Erbschaft übernommen. Sie hat sie nicht sehr gut verwaltet. Sie hinterläßt einen riesigen Schuldenberg. Es wird Zeit, meine Damen und Herren, daß wieder Vernunft und Sachkenntnis in die österreichische Wirtschaftspolitik einziehen! *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch (den Vorsitz übernehmend): Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich zunächst in den Dialog des Kollegen Dr. Taus mit dem Abgeordneten Steininger einmischen darf, so würde ich das so sehen: Herr Dr. Taus, Ihr Problem ist nicht, daß Sie dem Abgeordneten Steininger nicht gefallen, sondern Ihr Problem ist, daß der Kollege Steininger bei weitem nicht der einzige ist, dem Sie nicht gefallen, und daß es sehr, sehr viele gibt in unserem Land, die sich ähnlich verhalten! *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Abwarten, Herr Fischer!)*

Meine Damen und Herren! Ich bin ein aufmerksamer Zeitungsleser. Ich reflektiere da auf nichts anderes als beispielsweise auf den

Dr. Fischer

„Kurier“ vom vergangenen Freitag, wo die Präferenzen bezüglich eines Bundeskanzlers genannt wurden, und ich würde Ihnen die Lektüre empfehlen. Ich gebe keinen Kommentar dazu ab. Die Zahlen sprechen für sich selbst, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Dann sollten wir uns, meine ich, wirklich einmal Zeit nehmen – das sagt sich so leicht, aber wir sollten es wirklich einmal tun –, diese Problematik „Marktwirtschaft“ auszudiskutieren.

Herr Dr. Taus sagt, die Marktwirtschaft sei ganz in Ordnung, sie werde nur falsch gesteuert und falsch gehandhabt. Und wenn ich mir jetzt anschau, daß die Marktwirtschaft in Österreich so gesteuert wurde – und für dieses Steuern war viel Kraft erforderlich –, daß wir eine Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent haben und im Jahr davor, also im Jahr 1977, eine von 2 Prozent, und wenn ich dann lese: USA 7 Prozent, Italien 6,4 Prozent, Frankreich 6,3 Prozent, dann, meine Damen und Herren, muß ich Ihnen sagen: Entweder Sie müssen zum Beispiel Ihren Parteifreunden in Italien Ratschläge geben, wie sie dort besser steuern sollen, oder die Thesen, die Sie hier vertreten, sind nicht richtig! Aber beides kann nicht stimmen, daß nämlich die Marktwirtschaft ohnehin alle Probleme von selbst regeln kann, wenn man nicht falsch steuert, und dann sind die Arbeitslosenraten in Ländern, wo sie steuern, dreimal so hoch wie in Österreich. Das ist nämlich ein Faktum. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Über den nächsten Punkt – und der führt mich schon zu meinem Thema – werden wir uns wahrscheinlich nie einigen können – das sollen dann wirklich die Wähler und die Öffentlichkeit entscheiden *(Ruf bei der ÖVP: Sie werden!)*; das ist ja schließlich ihre Kompetenz –, nämlich daß Sie sagen: Alles, was wir hier vortragen, sind Jubelberichte, sind rosa gefärbte Berichte, entspricht nicht den Tatsachen. Und dann werden einzelne Beispiele herangezogen, mit denen ich mich noch auseinandersetzen werde. Aber aus allen wichtigen Untersuchungen geht doch zum Beispiel hervor – und jetzt nehme ich den ganzen Zeitraum seit 1970, um jede Manipulation durch die Auswahl eines bestimmten Bezugjahres auszuschalten –:

Unser Nationalprodukt ist seit 1970 real, unter Abzug der Preissteigerungen, bis Ende 1978 um 33 Prozent gestiegen. Das gefällt Ihnen vielleicht nicht. Sie wollen das als rosarote Wunschvorstellung deklarieren. Aber es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, und wir sind stolz auf diese Tatsache! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer in Österreich von 1970 bis heute hat sich von 5 387 S auf 11 552 S erhöht.

Ziehen Sie ruhig die Preissteigerungen ab, ziehen Sie ruhig die Steuern ab, meine Damen und Herren, gehen Sie ruhig über auf den Vergleich der realen Masseneinkommen, dann schauen die Zahlen so aus, daß die Masseneinkommen seit 1970 netto real um 46,3 Prozent gestiegen sind. Die Opposition hat vielleicht keine Freude damit *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk)*, was ich bedaure, aber es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, es ist eine Tatsache, die Sie nicht wegleugnen können *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Spareinlagen in Österreich haben sich seit 1970 *(Abg. Dr. Blenk: Die Zahlen sind nur ...! – Gegenrufe bei der SPÖ)* von 131 Milliarden auf über 400 Milliarden erhöht. Das gefällt vielleicht der Opposition nicht, aber es ist eine Tatsache, an der Sie nicht vorüberkommen.

Meine Damen und Herren! Die Ausgaben für die soziale Sicherheit wurden seit 1970 von 10,9 Milliarden auf 26 Milliarden erhöht. Ich ziehe gerne die Preissteigerungsraten ab: Jahresdurchschnitt von 1970 bis heute etwa 6,3 Prozent. Ziehen Sie das ab, meine Damen und Herren, und berechnen Sie sich, was an realer Steigerung übrig bleibt! Vielleicht gefällt es der Opposition nicht, aber es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren. *(Abg. Kraft: Gar nichts hätten Sie zusammenbringen sollen? – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Herr Kollege! Wir haben nicht nur nicht gar nichts zusammengebracht, sondern sehr viel: Wir haben nicht nur die Realeinkommen gesteigert, wir haben nicht nur die Sozialleistungen erhöht, sondern wir haben auch die Durchschnittspensionen von 2 094 S 1970 auf 4 897 S 1979 erhöht. Vielleicht gefällt es der Opposition nicht, aber es ist eine Tatsache, daß es so ist, meine Damen und Herren!

Die Mindestpensionen für die Ärmsten – Kampf gegen die Armut! –: 1970 Richtsatz 1 333 S, 1979 3 293 S. Vielleicht gefällt es der Opposition nicht, daß das gelungen ist, aber es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Familienpolitik: Die Frau Staatssekretär Karl hat die Zahlen schon öfters vorgetragen. *(Ruf bei der ÖVP: Wer ist das?)* Die Leistungen des Bundes für eine vierköpfige Familie mit einem Alleinverdiener und zwei schulpflichtigen Kindern – eines im Volksschulalter, eines im Pflichtschulalter – haben sich von 1 825 S 1970 auf 5 925 S 1978 erhöht. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Vielleicht gefällt es der Opposition nicht, daß das gelungen ist,

11974

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Fischer

aber es ist eine Tatsache, an der Sie nicht vorüberkommen.

Herr Kollege Kraft! Zum Einwand: „Gar nichts hätten Sie zusammenbringen sollen?“ – Die Liste dieser Fakten ist unerhört lang, und ich setze fort. *(Beifall bei der SPÖ):*

Ausgaben für die Gesundheit der Bevölkerung, etwas sehr Wichtiges! *(Abg. Dr. Blenk: Wie schaut es mit der Wirtschaft aus, über die wir jetzt ... ?)* Ich komme schon dazu, Kollege Blenk! Ich habe erst fünf Minuten geredet. Mein Vorredner hat 55 Minuten gesprochen. Da habe ich noch sehr viel Zeit, über solche Tatsachen zu berichten, die Ihnen vielleicht nicht gefallen, die aber Realität sind und die die Realität unseres Landes prägen.

Ausgaben für die Gesundheit der Bevölkerung. Schauen Sie nach im Budget: 445 Millionen Schilling 1970, 2,6 Milliarden 1979. Das gefällt der Opposition vielleicht nicht, ist aber eine Tatsache.

Und was der Bundeskanzler gestern gesagt hat – ich habe mir das in dieser Form bisher gar nicht so vor Augen geführt –: In den neun Jahren seit 1970 sind in Österreich mehr berufsbildende Schulen fertiggestellt worden als in den 51 Jahren zwischen dem Ende der Monarchie und dem Jahre 1970! Vielleicht gefällt der Opposition auch das nicht, es ist aber auch eine Tatsache, an der Sie nicht vorbeikommen können, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und Sie können noch so oft diese Tatsachen als Jubelberichte, als rosarote Phantasie oder als was immer bezeichnen: Wir phantasieren nicht, wenn wir auf diese Tatsachen verweisen, denn diese Tatsachen liegen vor. Auf was wir verweisen können, das ist Realität, während ja alles, was Sie sagen, Versprechungen im Konjunktiv sind, Hypothesen, was Sie machen würden, wenn ..., und ich bin sicher, daß dieses „Wenn“ gar nie eintreten wird, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Ich weiß schon, die Regierungspartei ist „befangen“, wenn Sie wollen. – *(Zwischenruf des Abg. Kraft.)* Auf Professor Kausel komme ich noch! – Die Regierungspartei ist „befangen“ – mit ihren politischen Aussagen –, aber diese Fakten sind doch nicht wegzuleugnen, und ich glaube, keiner Partei in diesem Haus würde es anstehen, diese Leistungen in Österreich und, wenn Sie wollen, aller Österreicher unter der Führung dieser Regierungspolitik zu desavouieren, zu negieren oder einfach zu ignorieren.

Und ich sage Ihnen noch etwas *(weitere Zwischenrufe bei der ÖVP):* In meinen Augen

werden diese Leistungen eigentlich noch eindrucksvoller, wenn Sie sie in den internationalen Rahmen stellen. Ich habe absichtlich nicht mit den internationalen Vergleichen begonnen, denn wenn wir internationale Vergleiche vortragen, sagen Sie: Uns interessiert Österreich! Also habe ich Zahlen über Österreich an die Spitze gestellt, meine Damen und Herren!

Aber natürlich kann man doch die Entwicklung in Österreich nicht völlig loslösen von dem, was sich in anderen Ländern tut. Sie wissen, daß Österreich, nach Deutschland und der Schweiz, seit 1970 im Durchschnitt – nicht nur in einem einzelnen Jahr – die drittniedrigste Preissteigerungsrate, aber die höchste Wachstumsrate hat.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das als Erfolg aufzuweisen hätten in einer Regierungsperiode Ihrer Verantwortlichkeit – na, wie würden Sie das hinaustrompeten, wie würden Sie da stolz sein, und bei uns nennen Sie das „rosarote Träumerei“ oder „Jubelberichte“.

Meine Damen und Herren! Diese positive Entwicklung in Österreich hat natürlich auch auf die Position Österreichs im Vergleich mit der EWG oder mit den OECD-Staaten Auswirkungen gehabt. So haben wir zum Beispiel den Vorsprung der OECD-Länder hinsichtlich des Nationalprodukts pro Einwohner, der ja 1970 noch 8 Prozent betragen hat – das heißt der Durchschnitt der europäischen OECD-Länder lag 8 Prozent über Österreich –, in den siebziger Jahren nicht nur aufgeholt, sondern in einen Vorsprung Österreichs von 18 Prozent gegenüber dem Durchschnitt dieser OECD-Länder verwandelt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das gefällt vielleicht der Opposition nicht! Aber auch das ist eine Tatsache.

Um es in Worten – wie Sie es nennen – des Jubelberichtes zu sagen: Während Österreich punkto Preisstabilität im Jahre 1969 – Sie wissen, warum ich diesen Vergleichszeitraum nehme – an zehnter Stelle in Europa lag, liegt es heute an dritter Stelle, es hat sich von der zehnten auf die dritte Stelle vorgearbeitet. Das ist nicht rosaroter Optimismus, das ist das Produkt der Entwicklung der letzten neun Jahre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Während es 1969 sieben europäische Industriestaaten mit einer niedrigeren Arbeitslosenrate als Österreich gegeben hat, waren es im Vorjahr, 1978, nur mehr zwei, nämlich die Schweiz und Schweden; und da wäre noch einiges dazu anzumerken.

Das sind die Fakten, die Sie nicht weglegen können, die Ihnen vielleicht nicht angenehm sind, aber auf die wir stolz sind und auf die die österreichische Bevölkerung ganz sicher mit uns stolz ist! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Fischer

Meine Damen und Herren! Der Herr Professor Kausel, der heute so viel zitiert wurde, hat das eine „dramatische Verbesserung“ der Situation unseres Landes genannt.

Die erste Reaktion des Herrn Dr. Taus vor ein paar Tagen im Fernsehen, die ich selber gesehen habe, war, daß er den Herrn Hofrat Kausel einen notorischen Optimisten genannt hat, der selbst dann, wenn er zu ertrinken droht, sich noch über das viele Wasser freut.

Ein durchaus humorvoller Vergleich; das ist erlaubt.

Nur, meine Damen und Herren, nach meiner Sprachkenntnis ist ein Optimist jemand, der künftige Entwicklungen in einem besonders positiven Licht beurteilt. Aber das, was hier vorliegt und kommentiert wurde, das sind ja nicht künftige Entwicklungen, die die Frage: Optimismus oder Pessimismus? gerechtfertigt sein lassen, sondern das sind Entwicklungen, die schon hinter uns liegen, das sind Entwicklungen, die schon abgeschlossen sind. Daher liegen hier Fakten vor, und es ist das keine Frage von Optimismus.

Zweitens würde ich sagen: Eigentlich müßte doch Kollege Dr. Taus, wenn ich das noch einmal bemerken darf, für einen notorischen Optimisten irgendwie Sympathie haben, denn was anderes als notorischer Optimismus kann es denn sein, wenn man bei den Bewertungen, die man in der Öffentlichkeit bekommt, sich jene Hoffnungen macht, die Sie, meine Damen und Herren, immer zum Ausdruck bringen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Und dann noch etwas, meine Damen und Herren! *(Zwischenruf des Abg. Kraft.)* Der Herr Finanzminister hat Kausel zitiert, und jeder in diesem Saal ist dazu in der Lage, weil das Gutachten ja verteilt wurde.

Herr Dr. Taus hat jetzt zur großen Erleichterung von Ihrer Seite darauf hingewiesen, daß Kausel mit seinem Gutachten 1960 begonnen hat und es sich daher nicht nur auf die Zeit seit 1970, auf die Zeit einer SPÖ-Regierung bezieht.

Ja, meine Damen und Herren, über diese Feststellung kann nur jemand überrascht sein, der das Gutachten nie gelesen hat. Denn der erste Satz des Gutachtens lautet:

„Verfolgt man die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt etwa seit 1960, dann sind die ökonomischen Fortschritte Österreichs überragend zu werten.“ – Das wird dann im einzelnen näher ausgeführt.

Das Gesamturteil über die Entwicklung der Wirtschaftspolitik lautet, daß leider schon seit Jahren „die wahre Wirtschaftsleistung aller

Österreicher herabgesetzt oder unterschätzt wird, und damit der Bewußtseinsstand des mangelnden Selbstverständnisses verewigt wird. Dazu kommt die unglückliche Verpolitisierung der Wirtschaftsdiskussion überhaupt, die einer sachlichen Argumentation nicht eben förderlich ist.

In Wahrheit ist die österreichische Wirtschaft, wie die folgenden Kapitel zeigen werden, im Grunde kerngesund und in der Lage, alle klassischen Wirtschaftsprobleme, wie Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Zahlungsbilanz und so weiter „zu lösen ...“

Die widerspruchsfreie Bewältigung des ‚magischen Vielecks‘ ist in Österreich nahezu perfekt gelungen, nachdem selbst der bisher schwächste Eckpfeiler, die Zahlungsbilanz, einer fast unerklärlich raschen Sanierung zustrebt.“

Kein Wort steht da drinnen, daß das nur Leistungen seit 1970, nur Leistungen der SPÖ-Regierung sind. Aber als Antwort auf das, was der Herr Dr. Taus hier heute an Schwarzmalerei vorgetragen hat, ist das eigentlich schlagend.

Ich freue mich, daß er dem Kausel-Gutachten so große Popularität verschafft hat. Denn mit dem Hinweis, das alles sei ja nicht erst seit 1970 erfunden worden, sind die Fakten, die hier angeführt werden, nicht widerlegt, nämlich daß auch – und ich füge hinzu – gerade seit 1970 eine positive Entwicklung fortgesetzt wurde, die Ihnen vielleicht nicht angenehm ist, aber die ein Faktum ist, an dem Sie nicht vorbeikommen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich will Sie da nicht allzu stark strapazieren. Ich weiß schon – da soll man nicht unfair sein. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie dem Professor Kausel nicht glauben, nehmen Sie doch das „Kurier“-Interview zur Hand, das Professor Koren am 25. November gegeben hat. Ich zitiere jetzt nicht lang daraus. Er hat geschlossen mit der lapidaren Feststellung: „Ich glaube“ – so Koren wörtlich –, „wir sind besser, als man uns nach offiziellen Daten einredet.“

Wenn ich jetzt noch in Rechnung stelle, daß Sie ja diese offiziellen Daten dauernd bestreiten und als Schönfärberei bezeichnen, dann, glaube ich, kann man Koren so interpretieren: Wir sind besser, als man uns nach offiziellen Daten einredet, und sehr viel besser, als die ÖVP der Öffentlichkeit einreden will! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme zum zweiten Komplex, zur Beschäftigungspolitik. *(Zwischenruf des Abg. Kammerhofer.)* – Auf diese komme ich jetzt gleich zu sprechen und, wenn Sie wollen, übergehe ich jetzt, was ich hier

11976

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Fischer

einleitend sagen wollte. Ich erspare Ihnen, Kollege Kammerhofer, die Verlesung der gesammelten Werke Ihrer Fehlprognosen seit 1970, denn die sind ja ohnehin in den Stenographischen Protokollen festgehalten!

Nur eines: Kollege Mock hat gestern in seiner Rede, die ich hier irgendwo habe, es als Demagogie bezeichnet, wenn wir sagen: Lieber ein höheres Defizit als eine höhere Arbeitslosenrate.

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Das ist nicht Demagogie, wenn wir das sagen, sondern das ist die Grundmaxime unserer Politik, daß uns eine niedrigere Arbeitslosenrate auch ein höheres Defizit wert ist, und so wird es auch bleiben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, Sie dürfen sich nicht wundern, daß man Ihnen – was ja auch aus Meinungsumfragen hervorgeht – die Lippenbekenntnisse zur Vollbeschäftigungspolitik halt nach wie vor nicht voll abnimmt – ich formuliere vorsichtig –, wenn Sie gleichzeitig eine Voraussetzung für diese Vollbeschäftigungspolitik, nämlich auch die Bereitschaft, höhere Defizite dieser Vollbeschäftigung zuliebe in Kauf zu nehmen, in dieser Weise abqualifizieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich würde Sie bitten, daß Sie bei der Beschäftigungspolitik doch die Größenordnungen richtig vergleichen.

Sie haben gestern in einer dringlichen Anfrage das Problem von 73 Arbeitsplätzen bei den VEW hier releviert. Das ist legitim, denn jeder Arbeitsplatz, der verlorengeht, ist genau um einen zuviel. Sie haben mich heute auch wieder darauf angesprochen.

Herr Dr. Taus hat in seiner Rede auch ein Beispiel genannt – ich nenne da keinen Namen –, eine Firma, wo Arbeitsplätze in Gefahr sind.

Kollege Glaser, dem ich aufmerksam zugehört habe, hat das gestern besonders ausführlich getan: 300 Arbeitsplätze bei Steyr, hat er gesagt, 180 bei Puch, 85 bei einem Konkurs in Favoriten, 70 in Kirchdorf und 130 in Wiener Neustadt.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Jede einzelne dieser Kündigungen verdient es, mit Entschiedenheit bekämpft und ernst genommen zu werden. Aber bitte machen Sie jetzt einen Strich unter diese Summe: 300, 180, 85, 70, 130, 44, und dann schauen Sie bitte auch in die andere Hälfte der Bilanz. Dort steht: 1978 14 455 Arbeitsplätze mehr in Österreich! Und das vergessen Sie immer. Sie halten uns jeden einzelnen Arbeitsplatz vor, der verlorengeht – das ist das gute Recht der Opposition –, aber das gute Recht der Regierung ist es, im Interesse der Wahrheit – erst dann kommen wir zur Objektivität – zu sagen, daß es trotz dieser

Verluste von Arbeitsplätzen netto insgesamt um 14 455 Arbeitsplätze mehr gegeben hat, und das im schwierigen Jahr 1978, meine Damen und Herren! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Da ist der Vergleichszeitraum noch ungünstig gewählt; denn in früheren Jahren betrug die Zunahme an Arbeitsplätzen 30 000, 40 000, sonst wären wir ja nie auf 370 000 neue Arbeitsplätze in den letzten neun Jahren gekommen.

Ich behaupte: Es gibt keine andere politische Partei in Österreich, die das zustande gebracht hätte, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiet geleistet wurde! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für jeden einzelnen Arbeitsplatz, der verlorengegangen ist, haben wir weit mehr als zehn neue geschaffen. Und das Resultat ist ja, daß wir in Europa in der Arbeitslosenstatistik vom neunten Platz im Jahre 1969 auf den drittbesten Platz vorgezogen sind!

Da muß ich noch einen Dialog mit dem Kollegen Dr. Mock führen. Er hat gestern gesagt, daß Österreich 30 Jahre lang einen anderen und erfolgreicher Weg gegangen ist als seit 1970.

Gegenfrage: Bitte, meine Damen und Herren von der ÖVP, irgend jemand von Ihnen, nennen Sie mir ein einziges Jahr – ich bin mit einem einzigen zufrieden – bis 1969, in dem die Arbeitslosenrate niedriger war als in irgendeinem beliebigen Jahr seit 1970!

Oder anders formuliert: Die günstigsten Arbeitslosenraten, die es bis 1969 gegeben hat, sind schlechter als die ungünstigsten Arbeitslosenraten, die es seit 1970 gibt. Wenn Sie das nicht als Argument gelten lassen, meine Damen und Herren, dann tun Sie mir leid!

Die Tatsache, in welchem Argumentationsnotstand Sie sich befinden, habe ich auch gestern in der Dringlichen bestätigt gefunden. Die Arbeitslosenrate in Österreich beträgt 2,1 Prozent. Das nennt man nach wie vor im großen und ganzen Vollbeschäftigung.

Über diese Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent kommen Sie nicht hinweg. Was machen Sie daher? Sie weichen aus auf regionale Arbeitslosenraten. Kollege Mock hat gestern gesagt: Was kommt ihr uns da mit den Beschäftigtenzahlen in ganz Österreich, was ist das für eine Regierung? Im Burgenland liegt zum Beispiel die Arbeitslosenrate bei 6,7 Prozent *(Ruf bei der ÖVP: In Kärnten noch höher!)* und in Kärnten in der Nähe.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Zahlen ein bißchen angeschaut. Wissen Sie, wie das aussieht? Diese 6,7 Prozent sind ja nicht Jahresrate, sondern das ist die Monatsrate Dezember. Sie haben also das strukturell

Dr. Fischer

ungünstigste Bundesland, Burgenland, mit dem ungünstigsten Monat, Dezember, genommen. Die Jahresrate im Burgenland beträgt nämlich 3,2 Prozent.

Herr Dr. Mock! Wissen Sie vielleicht noch zufällig, wie hoch die Jahresrate im Burgenland 1969 war? (*Abg. Dr. Mock: Ich habe sie für alle Länder genannt!*) Die Arbeitslosenrate im Burgenland im Jahre 1969 war 9,2 Prozent; sie ist auf 3,2 Prozent heruntergebracht worden, meine Damen und Herren! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Kollege Graf! Die Dezemberrate 1978 der Arbeitslosigkeit im Burgenland – die Zahl, die Sie gestern nannten, war richtig – betrug 6,7 Prozent.

Wissen Sie, wie hoch die Dezemberrate im Burgenland im Jahr 1969 war? Sie betrug 17,9 Prozent! Wir haben es zustande gebracht, die Arbeitslosenrate im Burgenland im Dezember von 17,9 Prozent auf 6,7 Prozent zu senken. Wenn das nicht ein Erfolg ist, den auch Sie, meine Damen und Herren, anerkennen sollten, über den auch Sie sich freuen sollten! Sehen Sie denn nicht ein, wie sehr gestern das Argument: Der Kery ist schuld, dort, wo es eine sozialistische Landesregierung gibt, sind die Arbeitslosenraten besonders hoch, daneben ging? (*Abg. Dr. Mock: Das habe ich anders gesagt! Richtig zitieren!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe hier die Zahlen für jedes einzelne österreichische ... (*Abg. Dr. Hafner: Reden Sie über die Steiermark! Reden Sie über das Hauptproblem!*) Ich habe hier die Zahlen für jedes einzelne österreichische Bundesland, den Vergleich zwischen dem Dezember 1969 und dem Dezember 1978. Es gibt kein einziges Land, wo hier nicht Verbesserungen erzielt wurden. Das ist nämlich ein Faktum, meine Damen und Herren!

Daher glaube ich, daß Sie verstehen müssen, wieso in der Bevölkerung eine Vollbeschäftigungspolitik vor allem bei der sozialistischen Regierung und bei ihren Prioritäten in guter Hand gesehen wird und warum wir glauben, daß das Experiment einer Taus-Götz-Regierung für die Vollbeschäftigung Folgen haben könnte, auf die wir uns lieber nicht einlassen wollen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich will Ihnen auch dazu ein Argument sagen. (*Abg. Kraft: Zweifeln Sie an Ihrer Mehrheit?*) Nein, Herr Kollege, nur sage ich das nicht so laut. Ich habe es ganz gerne, wenn Sie Ihren Optimismus verbreiten, denn da mobilisieren Sie erst richtig die Leute, wieder die SPÖ zu wählen, meine Damen und Herren! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: Sehr unsicher!*)

Ich darf Sie übrigens erinnern: Es hat im Jahr 1977 ein sogenanntes Taus-Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich gegeben. Als dieses Taus-Konzept veröffentlicht wurde, hat man unter anderem gesagt, dieser Taus-Plan müsse realisiert werden, um zu verhindern, daß die Arbeitslosenrate in Österreich über 2,5 Prozent ansteige.

Sie wissen, wir haben den Taus-Plan nicht realisiert, sondern wir haben unsere eigene Politik gemacht, und die Arbeitslosenrate betrug im Jahre 1978 2,1 Prozent. Sie selber haben uns gesagt, bei der Verwirklichung des Taus-Planes würden wir erreichen, daß die Arbeitslosenrate nicht über 2,5 Prozent steigt, das heißt, sie würde 2,5 Prozent betragen. Wir haben unsere Politik gemacht und haben 2,1 Prozent erreicht! (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich kann nicht sagen: Beides probiert, kein Vergleich, wir haben nur eines probiert, aber es ist trotzdem kein Vergleich, meine Damen und Herren!

Zum dritten: Herr Abgeordneter Taus hat seine Ausführungen mit der Forderung nach einem Kurswechsel geschlossen. Das wird ja oft von ÖVP-Seite gesagt.

Kurswechsel! – Ich glaube schon, daß ein Kurswechsel im Interesse der ÖVP liegen könnte. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns doch fragen, ob so ein Kurswechsel im Interesse des Landes liegt. Und da muß ich jetzt fragen, meine Damen und Herren: Wohin und auf welchen Gebieten der Kurswechsel?

Ein Kurswechsel weg von der Vollbeschäftigungspolitik? Gibt Ihnen das 17,9 zu 6,7 nicht zu denken?

Oder ein Kurswechsel weg von der Stabilitätspolitik? Wollen Sie Preissteigerungsraten haben wie in jenen Ländern, wo Ihre Parteifreunde den Kurs bestimmen? Dorthin wollen Sie wechseln? Das soll der Kurswechsel sein?

Oder ein Kurswechsel weg von der Sozialpolitik?

Oder ein Kurswechsel weg von unserer Währungspolitik?

Meine Damen und Herren! Welchen Kurs wollen Sie denn wechseln, wenn Sie in den einzelnen Bereichen Sozialpolitik, Vollbeschäftigungspolitik, Währungspolitik und so weiter mit Resultaten konfrontiert werden, die Sie in den letzten ... (*Ruf bei der ÖVP: Budgetpolitik!*) Jawohl, Stichwort „Budgetpolitik“.

Meine Damen und Herren! Sie wollen also einen Kurswechsel in der Budgetpolitik. Sie wollen das Defizit in den nächsten fünf Jahren halbieren. (*Abg. Steiner: Weg von der Belastung!*)

11978

Nationalrat XIV. GP – 118. Sitzung – 25. Jänner 1979

Dr. Fischer

Aber sooft ich auch die Frage stelle, weder das Delphische Orakel noch Dr. Taus noch sonst jemand hat mir je sagen können, wie denn das geht, daß, wenn man die Ausgaben erhöht und die Einnahmen senkt, das Defizit geringer wird. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Keine Verschwendung!)*

Meine Annahme, Sie wollen in Zukunft so budgetieren, daß Sie die Einnahmen in Lire und die Ausgaben in Dollar rechnen, haben Sie mir schon einmal dementiert. So wird es also nicht gehen. Aber, meine Damen und Herren, Sie können doch nicht leugnen, daß Sie die Ausgaben erhöhen wollen. Sie verlangen eine Pendlerpauschale, mehr für die Familien, für die Landwirtschaft und so weiter – also höhere Ausgaben. Sie können doch nicht leugnen, daß das, was Sie versprechen, die Einnahmen senken würde. Alle Belastungen lehnen Sie ab, die Transportsteuer machen Sie rückgängig, die Umsatzsteuer machen Sie rückgängig, die Lkw-Steuer machen Sie rückgängig. Also Sie erhöhen die Ausgaben, Sie reduzieren die Einnahmen, und dann versprechen Sie ein niedrigeres Defizit!

Kein Wunder, meine Damen und Herren, daß in einer Zeit, wo wir nur einen Finanzminister haben, Sie schon den dritten Schattenminister verputzt haben. *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Der Kollege Andreae aus Innsbruck ist schon in der Versenkung verschwunden, der Dr. Gruber ist auch schon wieder passé. Jetzt lese ich in den Zeitungen von einem Dr. Haumer oder so ähnlich. Meine Damen und Herren! Wenn Sie schon Ihre Schattenfinanzminister so rasch wechseln – na Gnade Gott, wenn Sie wirklich die Verantwortung für dieses Land haben würden! *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Ihre Sorgen müßte man haben! – Abg. Kern: Sie haben einen Rekord bei den Kronprinzen! – Heiterkeit.)*

Und noch einen Grund habe ich, meine Damen und Herren, daß es mir nicht schwer fällt, mich mit Ihren Vorwürfen von der Belastung auseinanderzusetzen. Nehmen wir einmal die Diskussion über das Abgabenänderungsgesetz 1977; das war das, was Sie die große Belastungswelle bezeichnet haben, meine Damen und Herren. Sie haben das Abgabenänderungsgesetz als wirkungslos bezeichnet, Sie haben es als verfassungswidrig bezeichnet. Den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit können wir in die Tischlade legen, da hat der Gerichtshof entschieden. Und was die Wirkungslosigkeit betrifft, meine Damen und Herren, wiederum Stichwort Koren. Ich erspare es Ihnen, ich wähle nicht in Ihren Wunden, ich zitiere nicht, was Koren über die Wirksamkeit des Paketes gesagt hat, Sie wissen es ohnehin selber, und Sie sehen,

daß auch in diesem Zusammenhang Ihre Argumentation danebengegangen ist.

Und dann habe ich noch eine Bitte. Seien Sie ein bißerl vorsichtiger mit dem Vorwurf „Belastungen“, seit Sie sich die Beschlüsse der Grazer ÖVP-FPÖ-Koalition anrechnen lassen müssen, meine Damen und Herren. Schauen Sie sich die Steigerungsraten dort an. Und in dem Ausmaß, wie dort die Tarife hinaufgesetzt wurden, würde ich vorschlagen, daß Sie hier leiser reden sollen zu diesem Thema, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube nicht, daß es möglich ist, die Zahlen der Entwicklung seit 1970 so zu bestreiten und so wegzuwischen, wie Sie das immer versuchen. Natürlich gibt es Probleme in der österreichischen Wirtschaft, daher brauchen wir auch eine sozialistische Regierung, die weiterhin in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Und die Maßnahmen der Bundesregierung, über die gestern hier referiert wurde, erfordern auch Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates, zum Beispiel ein Gesetz betreffend die Abschaffung der Investitionssteuer.

Meine Damen und Herren, weil ich nicht nur bei diesen wirtschaftspolitischen Problemen stehenbleiben will: Wir sind entschlossen, auch in dieser Gesetzgebungsperiode noch diese und andere Arbeiten zu leisten. Die Tatsache, daß der Nationalrat im Mai gewählt wird, kann doch nicht dazu führen, daß im Jänner oder Feber schon die große Frühjahrsmüdigkeit in der Opposition ausbricht. Eine biologische Erklärung kann es jedenfalls bei den momentanen Wetterverhältnissen dafür nicht geben, die könnte nur im politischen Bereich gesucht werden.

Wir laden Sie daher ein, gemeinsam mit uns diese Arbeit so wie bisher weiter zu leisten. Ich habe nichts gegen ein „big bargain“, wie es vorgeschlagen wurde vom Kollegen Dr. Mock. Ich lege nur Wert darauf, daß er sich beim Wort nehmen läßt, daß es ein „big“ bargain wird und kein „small“ bargain, meine Damen und Herren. Und „big“ ist dieser bargain für uns nur dann, wenn zum Beispiel eine Frage wie die Arbeiterabfertigung auch dabei ist, sonst ist es kein „big bargain“, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie sagen Torschlußpanik und so weiter. Aber Sie können doch nicht überrascht sein, daß wir das noch in dieser Gesetzgebungsperiode machen. Am 19. Oktober 1978 – das ist ja noch gar nicht so lange her – hat der Herr Sozialminister von dieser Bank hier in der Fragestunde erklärt, daß er eine Realisierung

Dr. Fischer

dieses Vorhabens noch in dieser Legislaturperiode durchziehen will. Und dabei bleibt es auch, meine Damen und Herren: Realisierung in dieser Legislaturperiode.

Und der Herr Sozialminister konnte das mit umso größerer Berechtigung sagen, als wenige Tage vorher der Herr Abgeordnete Kohlmaier im Fernsehen erklärt hat: „Mir geht es darum, daß einmal das Grundanliegen, daß die Arbeiter nicht benachteiligt sind, daß das außer Streit steht.“ (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Da hat noch der 1. Sonntag im Oktober als Wahltag gegolten! – Abg. Dr. Mussil: Wo der Kausel seine Wunderprognosen erstellt hat, geht es wunderbar jetzt!*) Mir können Sie Zwischenrufe machen, aber jetzt zitiere ich den Kohlmaier, Herr Dr. Mussil, und den haben Sie in letzter Zeit ohnehin schon so in die Defensive getrieben. Kohlmaier sagt, ihm gehe es darum, daß das Grundanliegen außer Streit sei, und Kohlmaier ist überzeugt, daß der Wirtschaftsbund in dieser Frage mitgeht; dann wörtlich: „Wenn wir uns auf dieses Grundanliegen einmal geeinigt haben, dann ist alles weitere nur eine Frage der Durchführung, und ich lege gerade als Obmann des ÖAAB wert darauf, daß die ÖVP sicher nicht ... die Rolle des Bremsers übernimmt ...“

Da sieht man, was davon zu halten ist, wenn jemand wie Kohlmaier sagt: „Sicher nicht!“ Die Rolle des Bremsers ist im vollen Lauf!

Und, meine Damen und Herren, wenn dieses Grundanliegen außer Streit steht, dann ist ja die Durchführung laut Kohlmaier nur eine Kleinigkeit. Und tatsächlich, haben Sie sich den Gesetzentwurf angeschaut? Es ist ein kurzer Gesetzentwurf mit drei oder vier Paragraphen (*Abg. Dr. Mussil: Sehr schleuderhaft gemacht!*), der gar nicht schleuderhaft gemacht sein kann, weil er das, was einstimmig in diesem Haus beschlossen wurde, nämlich die Abfertigung für die Angestellten, einfach auf die Arbeiter überträgt. Und, Herr Dr. Mussil, wenn Sie das schleuderhaft nennen, dann war Ihre eigene Arbeit damals schleuderhaft, weil nichts anderes wollen wir, als diese Regelung hier übertragen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf abschließen und sagen: Der Kollege Dr. Taus und andere Redner der ÖVP in der Vergangenheit, und ich gehe sicher nicht fehl, wenn ich sage, auch in der Zukunft, haben sich außerordentlich optimistisch über die Chancen der ÖVP, die Regierung zu übernehmen und die SPÖ abzulösen, geäußert. Und ich versichere Ihnen noch einmal, meine Damen und Herren, ich habe gegen diese Taktik der ÖVP wirklich nicht das geringste einzuwenden. Sie ähnelt ein bißchen der vom Jahr 1975; sie ist auch damals

nicht erfolgreich gewesen. Aber das ist ja nicht unser Problem.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie mit dieser Ihrer Taktik, durch eine Art, wie etwa Herr Bergmann die politische Situation in Österreich darstellt, eine erfreuliche Mobilisierung jener Menschen herbeiführen, die nicht haben wollen, daß die Geschicke unseres Landes von einer Regierung Taus – Götz geleitet werden, dann kann uns das nur recht sein! (*Abg. Kraft: Sie zweifeln, Herr Fischer! Sie sind sehr verunsichert! – Lebhaftes Heiterkeit bei der SPÖ.*) Herr Kollege Kraft! Ich habe bisher von Ihnen immer nur sehr massive Zwischenrufe gehört, aber daß Sie auch humorvoll sein können, das haben Sie jetzt zum ersten Mal bewiesen, und das rechne ich Ihnen hoch an. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir werden jedenfalls jene Arbeit, über die ich Ihnen mit Zahlen und Fakten über die Periode von 1970 bis 1979 heute Auskunft gegeben habe, mit Fakten, die Sie nicht leugnen können, die vielleicht unangenehm für Sie sind, aber die wahr sind, meine Damen und Herren, fortsetzen, und wir glauben, daß es für das Land gut ist, wenn diese Arbeit so fortgesetzt wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß der Klubobmann der sozialistischen Fraktion, Dr. Heinz Fischer, mit mir übereinstimmt, wenn ich die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage und die des Herrn Bundesministers für Finanzen zum zweiten Strukturprogramm der Bundesregierung in jenem Licht interpretiere, in dem die beiden Erklärungen gestern abgegeben worden sind.

Ich glaube, es handelt sich dieses Mal um keine gewöhnlichen, sondern um außerordentlichen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers. Schließlich wurden diese beiden Erklärungen im Lichte der vorzeitigen Auflösung des Nationalrates abgegeben. Und in diesem Lichte müssen sie auch durchleuchtet, analysiert und interpretiert werden.

Herr Klubobmann Dr. Fischer! Wenn man diese beiden Erklärungen nun mit der Hülle umgibt, die ihnen eigentlich zuzuordnen ist, nämlich mit der Hülle eines Wahlkampfmittels oder einer Wahlwerbebrochure, dann kommen wir genau dorthin, wo der Inhalt der beiden Erklärungen angesiedelt ist. Man kann einfach nicht wegdiskutieren, daß sich die sozialistische Mehrheit dieses Hauses entgegen bisher anders-

Peter

lautenden Erklärungen zur vorzeitigen Auflösung des Nationalrates entschlossen hat und diesen Schritt im Plenum noch setzen wird.

Die Erklärungen beinhalten viel von den weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen wir derzeit konfrontiert sind. Daran ist nicht zu rütteln. Diese Schwierigkeiten sind leider Realität. In beiden Berichten, meine Damen und Herren, ist aber keine wie immer geartete Rede von jenen hausgemachten Schwierigkeiten, die auf die Politik der sozialistischen Alleinregierung zurückzuführen sind. Man täte sich wesentlich leichter bei der Diskussion über diese beiden Erklärungen, wenn ein Akt der Selbsterkenntnis und der Selbstkritik einen entsprechenden Niederschlag in den beiden Erklärungen gefunden hätte.

Herr Klubobmann Dr. Fischer! Namens der freiheitlichen Abgeordneten habe ich nicht die geringste Absicht, Fakten wegzudiskutieren. Man kann die Arbeit dieser sozialistischen Alleinregierung nicht im Schlaglicht des berühmten „Schwarzweiß“ diskutieren. Ich schlage Ihnen aber eine Arbeitsteilung vor: Das, was an der Politik dieser sozialistischen Bundesregierung richtig ist, haben Sie aus Ihrer Sicht eben dargelegt. Gestatten Sie nun, daß ich aus der Sicht der freiheitlichen Abgeordneten das darlege, was unserer Meinung nach an der Politik dieser sozialistischen Alleinregierung falsch beziehungsweise nicht richtig ist.

Ich möchte den Ausdruck „Jubelbericht“ vermeiden. Ich möchte auch nicht den Ausdruck „rosaroter Phantasiebericht“ verwenden. Ich pflichte Ihnen bei, daß Sie formal recht haben, wenn Sie darauf verweisen, daß heute in der Familienpolitik für eine vierköpfige Familie etwa 5 925 S an Förderungsbeiträgen jährlich ausgegeben werden. Stimmt! Aber ebenso stimmt das, was ich jetzt ergänze: daß es trotz all dieser finanziellen und materiellen Förderung der Bundesregierung nicht möglich war, sicherzustellen, daß die bisherige Geburtenrate in Österreich aufrechterhalten werden kann. Der Geburtenrückgang ist eine Realität, die weit über diese Bundesregierung hinaus eben uns alle angeht. (*Abg. Dr. Fischer: Und da überschätzen Sie die Potenz einer Regierung!*)

Herr Kollege Fischer! Ich betrachte diese Frage nicht vom Standpunkt der Potenz einer Regierung oder dieser Regierung aus, sondern vom Gesamtstandpunkt der Republik und ihrer Bevölkerung. Ich meine – und davon bin ich fest überzeugt –, daß in den Jahren seit 1971, wobei ich das Übergangsjahr 1970 ausklammern möchte, in bezug auf die Förderung der Familie und der Jugend materiell außerordentlich viel getan wurde, stehe aber ebenso unter dem Eindruck, daß Milliarden Schilling in den

Jahren von 1971 bis 1979 falsch eingesetzt und daß trotz dieses Einsatzes dieser Milliarden an Schillingen negative Ergebnisse erzielt worden sind.

Im Jahre 1979 stehen für „Gratiswegwerfeschulbücher“ 880 Millionen Schilling zu Buche. Das ist einer jener großen Brocken, von denen ich meine, daß sie falsch investiert werden beziehungsweise in den zurückliegenden Jahren falsch investiert worden sind. Warum? – Weil ich davon ausgehe, daß man diesen Betrag nutzbringender, zweckmäßiger und im Endgehalt positiver verwenden könnte. Wäre die Bundesregierung, wäre die sozialistische Mehrheit jemals bereit gewesen, dem Gedanken eines Gratisleihbuches Raum zu geben, dann hätten wir uns in den zurückliegenden Jahren Milliarden Schilling erspart und diese anders einsetzen können.

Ich gehe von der Überlegung aus, daß ein Gratisleihbuch, ergänzt durch die sogenannten „Bücher des Lebens“ im Eigentum des Schülers, ergänzt durch die notwendigen Arbeitsbehelfe, meiner Meinung nach das Arbeitsinstrumentarium für eine moderne Leistungs- und Fortschrittsgesellschaft darstellt. Dabei würden wir mit etwa 200 bis 300 Millionen Schilling pro Jahr das Auslangen finden und hätten uns in den zurückliegenden Jahren pro Jahr sicher 600 Millionen Schilling ersparen können.

Ich hätte es in den zurückliegenden Jahren für weitaus sinnvoller erachtet, wenn dieser Jahresbetrag von etwa 600 Millionen Schilling zum Beispiel für ein Müttergehalt eingesetzt worden wäre auf der Grundlage, daß man die Mutter in die Lage versetzt, bis zum dritten Lebensjahr ihres Kindes zu Hause zu bleiben und ihre Obsorge dem Kind zu widmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ob man der Mutter pro Monat 4 000, 5 000 oder 6 000 S hätte geben können, kann ich von meiner Sicht aus nicht beurteilen, aber die Fachleute hätten darauf sicher eine positive Antwort zu geben gewußt.

Ich kritisiere an der sozialistischen Alleinregierung, daß sie in diesem Bereich nie diskussionsbereit war und gesagt hat: Mehrheit ist Mehrheit. Wir – die Sozialisten – haben das einmal beschlossen, und wir bleiben einfach bei dieser Auffassung.

So lautet denn der freiheitliche Vorwurf: Gerade im Bereich der Familie und im Bereich der Jugend sind in den Jahren von 1971 bis 1979 eklatante Fehlinvestitionen im Ausmaß vieler Milliarden Schilling vorgenommen worden.

Herr Klubobmann Dr. Fischer, eines muß ich Ihnen sagen: Sparen durch Wegwerfen wird nie

Peter

zum Erfolg führen! Sparen durch Wegwerfen ist ein Widerspruch in sich, dem diese sozialistische Alleinregierung Jahre hindurch gehuldigt hat.

Meine Damen und Herren! Das Budget für 1979 weist aus, daß allein für Vordrucke für das „Gratiswegwerfeschulbuch“ 1 Million Schilling ausgegeben werden muß. Der bürokratische Kram des Vordruckes kostet 1 Million Schilling, weil es sich um ein untaugliches System handelt, das von den Sozialisten Jahre hindurch praktiziert wurde.

Was wir im Zusammenhang mit den beiden Erklärungen von gestern aus freiheitlicher Sicht festzustellen haben, das ist der Akt der Selbstbeweihräucherung, der gesetzt wurde. Man klopfte sich wieder einmal selbst auf die Schulter nach dem Grundsatz: Schaut her, wie gut wir sind. Das ist das Recht jeder Partei und das ist auch das Recht einer sozialistischen Alleinregierung. Das politische Wetterleuchten wird aber von dieser Regierung ignoriert. Das unterstreicht und beweist der Inhalt der beiden gestrigen Erklärungen.

Legt man den Finger auf zweifelsohne vorhandene offene Wunden, dann bekommt man von dieser Bundesregierung leider nur Ausweichantworten. Und die ausweichenden Antworten sind eben die Stehsätze, mit denen wir auch gestern konfrontiert worden sind, etwa in der Art: Es gibt weltweite Ursachen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Oder wenn wir uns konkret mit einem verstaatlichten Betrieb auseinandersetzen, wie das die Österreichische Volkspartei gestern in ihrer dringlichen Anfrage bezüglich der Vereinigten Edelstahlwerke getan hat, dann lautet das Gegenargument: Dafür ist der Generaldirektor zuständig und nicht der Eigentümerversorger. Das sind die Ausweichantworten, die wir Freiheitlichen der Bundesregierung zum Vorwurf machen. Aber mit diesen Ausweichantworten werden gefährdete Arbeitsplätze nicht gesichert!

Ich stelle nicht in Abrede, Herr Klubobmann Dr. Fischer, daß natürlich in den zurückliegenden Jahren durch diese Bundesregierung auch zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Ich bitte nur um Verständnis dafür, daß es das Recht einer Oppositionspartei sein muß, auch über gefährdete Arbeitsplätze zu reden, und dieses Problem steht leider im Raum.

Der besondere Akzent des gestrigen Tages war eben der, daß es sich um zwei Erklärungen handelt, die die Regierung ins beste Licht setzten, während düstere Wolken am Arbeitsplatzhorizont aufgezo-gen sind und weiter am politischen Firmament stehen.

Es gibt hier einen Gegensatz, meiner Meinung nach sogar einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Erklärungen dieser Bundesregierung und den wirtschaftlichen sowie politischen Realitäten. Es werden auch meines Erachtens nicht taugliche, sondern eher untaugliche Versuche gemacht, den Ernst der Lage unter den Tisch zu kehren. In diesem Sinne waren aus der Beurteilung der Freiheitlichen die beiden gestrigen Erklärungen dem Zweck zuzuordnen, die Arbeit der sozialistischen Alleinregierung ins richtige Licht zu rücken, um entsprechende politische Ausgangspositionen für die vorzeitige Auflösung des Nationalrates zu haben.

Nun, Herr Bundeskanzler, muß ich mich mit einem von Ihnen geprägten Argument auseinandersetzen. Sie verwendeten es bei der letzten Regierungsklausur und prägten die Forderung: Regieren, als ob es keine Wahlen gäbe! Ich vertrete namens der freiheitlichen Abgeordneten die Meinung, daß dieser Grundsatz – zumindest vom parlamentarischen Standpunkt aus – nicht praktikierbar ist, denn zum Regieren bedarf man in der Demokratie auch des Parlaments. Und ohne Parlament und die dafür erforderlichen Gesetze kann die Exekutive nicht regieren.

Herr Bundeskanzler, ich bitte um Verständnis dafür, daß wir uns mit Ihrem Grundsatz „regieren, als ob es keine Wahlen gäbe“ deswegen sehr kritisch auseinandersetzen müssen, weil dieser Grundsatz einen Widerspruch in sich darstellt und weil diese sozialistische Rechnung nicht aufgehen kann.

„Regieren, als ob es keine Wahlen gäbe“, setzt parlamentarische Ausschußtermine voraus, als ob es keine Wahlen gäbe. Es gibt aber über Wunsch der sozialistischen Mehrheit vorzeitige Nationalratswahlen, daher kann es keine Ausschußtermine im Parlament geben, als ob es keine Wahlen gäbe. Hier, Herr Bundeskanzler, ist einfach eine Wechselwirkung zwischen den Kräften der Demokratie, zwischen Regierung und Regierungspartei einerseits und den beiden Oppositionsparteien andererseits, notwendig. Es gibt vorzeitige Wahlen, daher verändert sich für den Rest dieser Gesetzgebungsperiode verschiedenes in diesem Nationalrat. Das ist die Auffassung der freiheitlichen Abgeordneten, von der wir nicht abrücken werden.

Herr Kollege Dr. Fischer! Es kann für den Rest der Gesetzgebungsperiode nicht einen Parlamentsfahrplan nach dem russischen Konsumenten- und Versorgungsgrundsatz geben; dieser ist mir einmal folgendermaßen in Leningrad begegnet: Die Dolmetscherin hatte ein wunderschönes Nerzhäubchen auf. Ich fragte sie, wo es dieses Nerzhäubchen gibt. Antwort: Es gibt

Peter

nicht, aber man hat. Dieser Grundsatz: „es gibt nicht, aber man hat“ Ausschlußtermine, steht nicht im Raum. Es gibt Neuwahlen, und „man“ hat daher, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, zumindest aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion weniger Ausschlußtermine.

Wenn sie Ihnen Herr Dr. Mock nach dem Grundsatz „big bargain“ geben sollte, soll's mir recht sein, dann kann ich ohnehin nichts machen als mich auf den Kopf stellen und mit den Füßen wackeln (*Abg. Graf: Das möchte ich sehr gerne sehen!*), und Sie beide werden sich's miteinander richten und zu diesen Terminen kommen. (*Abg. Graf: Das ist mir eine Flasche Champagner wert!*) Ich probiere es bei Ihnen, wenn ich Sie das nächstemal besuche, denn Sie haben eine schöne Wiese, Herr Graf.

Es gibt also Neuwahlen, daher hat „man“ weniger Parlamentstermine und natürlich auch weniger Ausschlußtermine zu gewärtigen. Darüber zu reden ist aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion mindestens so notwendig, als über den Inhalt der beiden gestrigen Regierungserklärungen zu diskutieren.

Herr Bundeskanzler, ich bin fest davon überzeugt, daß Sie der bisher unerreichte Meister des Politslaloms schlechthin sind, weit über Österreichs Grenzen hinaus. Ich möchte den Politslalom des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky im Lichte der Neuwahlen an Hand von drei Gustostückerln kurz in Erinnerung rufen, nämlich zum Thema: läuft die Gesetzgebungsperiode ordnungsgemäß aus, oder wird die Gesetzgebungsperiode vorzeitig beendet?; diese Frage steht ja seit mindestens Anfang 1977 im Raum. Ich zitiere dazu entweder die „Sozialistische Korrespondenz“ oder die „Arbeiter-Zeitung“, um ja nicht in der Interpretation fehlzugehen. Am 10. September 1977 erklärte der Herr Bundeskanzler: „ÖVP-Gerede über Neuwahlen nicht ernst zu nehmen.“

Wer das Gerede innerhalb der ÖVP über anzustrebende Neuwahlen höre, müsse zu dem Schluß kommen, daß es entweder nicht ernst zu nehmen sei oder damit eine wesentliche Propagandabehauptung der ÖVP zusammenfalle, erklärte SP-Vorsitzender Bundeskanzler Kreisky... bei einer Wahlkündigung der burgenländischen Sozialisten in Gattendorf...“

Am 22. September 1977 berichtete die „SK“ folgendes: „Kreisky: Neuwahlen sind das Letzte, was Österreich jetzt braucht.“

Jetzt müsse gearbeitet werden, und der Nationalrat wurde für vier Jahre gewählt. Man solle auch niemandem einreden wollen, daß Wahlen irgendetwas zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen könnten. Ob die FPÖ einen derartigen Antrag der ÖVP im Parlament

unterstützen würde, sei von sekundärem Interesse, da beide Parteien zusammen in der Minderheit sind, sagte Dr. Kreisky.“ (*Abg. Dr. Fischer: Stimmt's nicht?*) Natürlich, wo er recht hat, hat er recht. Weiters heißt es in der „SK“: „Die SPÖ werde sich jedenfalls nicht für solche politische Manöver hergeben, sondern den Auftrag der Mehrheit der Bevölkerung erfüllen.“

Also, Herr Kollege Dr. Fischer, jetzt much ich doch die Frage an Sie richten: Werden Sie der vorzeitigen Auflösung des Nationalrates zustimmen oder nicht, um hier bei dieser Kreisky-Meinung anzuknüpfen? (*Abg. Dr. Fischer: Nur gemeinsam mit Ihnen, Herr Kollege!*) Ich werde sicher mit meiner Fraktion dafür stimmen.

Am 6. September 1978, also im Vorjahr, berichtete die „Arbeiter-Zeitung“: „Keine vorzeitige Nationalratswahl, Kreisky gegen Vermengung von Landes- und Bundeswahlen.“

„Es wird keine Vorverlegung der Nationalratswahlen geben, da es dafür keine Notwendigkeit gibt“, betonte Bundeskanzler Kreisky Dienstag nach dem Ministerrat im Pressefoyer...“

Und dann kam die bezahlte Anzeige der Sozialistischen Partei, die ja bekannt ist: „Warum wir im Mai dieses Jahres wählen.“

Nun komme ich zu den Arbeits- und Fahrplan-Absichten der beiden anderen Parteien des Hauses, die ja in Pressekonferenzen der beiden Klubobmänner Dr. Fischer und Dr. Mock der Öffentlichkeit über den Rest dieser Gesetzgebungsperiode dargelegt worden sind.

Wenn ich mir den Vergleich zu Gemüte führe, was die SPÖ und was interessanterweise auch die ÖVP noch alles verlangen, dann sitzt mir in der Person des Kollegen Dr. Fischer ein Herkules gegenüber, und der Kollege Dr. Mock hat auf Grund seines Forderungsprogramms bei mir den Eindruck eines Stachanows hinterlassen. Wir Freiheitlichen verfügen aber weder über die Kräfte eines Herkules noch bejahen wir das Stachanow-Prinzip, daher kann ich beiden Herren in ihren Absichten leider nicht folgen. (*Abg. Dr. Mock: Aha, Sie werfen mir schon wieder Lustlosigkeit vor!*)

Ich bin also gegen das parlamentarische Stachanow-System, wie es heute Nacht bis 1 Uhr früh praktiziert worden ist. Wenn es so lange dauert, dann ist diese Arbeit nicht mehr ernst zu nehmen. (*Abg. Dr. Fischer: Ich habe Präsident Benya schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir gegen das Arbeitsruhegesetz verstoßen haben!*) Ja, ich habe heute Nacht angeregt – vielleicht unterstützt uns der Herr Präsident Benya, er ist im Augenblick nicht da –, daß man so etwas wie eine ÖGB-Sektion für Parlamenta-

Peter

rier einrichtet, weil auch Parlamentarier eines gewissen Schutzes bedürfen.

Nun aber zu den Arbeits-Absichten der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei für die kärgliche Zeit, die uns in dieser Gesetzgebungsperiode nur noch zur Verfügung steht.

Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß beide Herren, der Klubobmann Dr. Fischer und der Klubobmann Dr. Mock, jeweils 14 gravierende Materien noch als Herzensanliegen in ihren Pressekonferenzen dargelegt haben.

Ich bin also neugierig, wie sich heute abend die Präsidialkonferenz in ihrem Inhalt gestalten wird. Ich muß beiden Kollegen jetzt schon voraussagen, daß ich namens meiner Fraktion eine sehr restriktive und eine sehr zurückhaltende, aber sicher kooperative Rolle einnehmen werde.

Denn, meine Herren Kollegen von der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei, wir haben ja im Herbst des vergangenen Jahres einstimmig eine Art Arbeitsvertrag beschlossen, nämlich den Arbeitsplan vom 16. Jänner bis zum 29. Juni 1979. In diesem gemeinsam beschlossenen Arbeitsvertrag, wenn Sie so wollen, wären diese 28 gravierenden Materien selbstverständlich unterzubringen gewesen. Aber nachdem der gewichtigste Partner, die Mehrheitspartei, diesen Arbeitsvertrag sozusagen gekündigt hat, gestatten Sie, daß ich mich namens der freiheitlichen Abgeordneten nicht mehr an diesen Arbeitsvertrag gebunden fühle. Diese Haltung werde ich heute abend auch in der Präsidialkonferenz einnehmen.

Ich rekapituliere: Zuerst hieß es, die Nationalratswahlen finden am ersten Sonntag im Oktober 1979 statt. Dann hieß es, Neuwahlen kommen nicht in Frage. Die weitere Folge war der gemeinsame Beschluß über den gemeinsamen Fahrplan vom 16. Jänner bis zum 29. Juni 1979. Ihn führe ich als untrüglichen Beweis dafür an, daß keine wie immer geartete Absicht bestand, die Gesetzgebungsperiode vorzeitig aufzulösen. Jetzt gibt es vorzeitige Neuwahlen, aber es gibt sicher nicht ein parlamentarisches Stachanow-Prinzip. Denn wir Freiheitlichen legen Wert auf eine sachliche und seriöse Arbeit.

Ich muß dem Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Dr. Mock, recht geben, wenn er in seiner Pressekonferenz an ein Pittermann-Wort erinnert hat. An jenes Pittermann-Wort, das der damalige Klubobmann der sozialistischen Oppositionspartei an die Adresse der ÖVP-Alleinregierung in der Zeit von 1966 bis 1970 gerichtet hat. Dr. Pittermann warf der ÖVP-Al-

leinregierung eine „Husch-Pfusch“-Vorgangsweise bei der Erarbeitung und Beschlußfassung der Gesetze vor. Es wird also keine Bereitschaft der Freiheitlichen zu einem „Husch-Pfusch“ für weitere Gesetze in dieser Gesetzgebungsperiode geben.

Wir Freiheitlichen haben zwei Wünsche, dies habe ich in aller Öffentlichkeit bekundet. Ich wiederhole sie: Wir Freiheitlichen legen Wert darauf, daß die im Haus anhängigen Kontrollmaterien behandelt, diskutiert und verabschiedet werden. Das sind der Bericht des Rechnungshofes und der Bundes-Rechnungsabschluß.

Inwieweit der Sonderbericht nach § 99 des Geschäftsordnungsgesetzes noch in dieser Gesetzgebungsperiode behandelt werden kann, kann ich nicht beurteilen. Diese Frage fällt in die Kompetenz des Herrn Präsidenten des Rechnungshofes. Uns Freiheitlichen genügt es, wenn er in der nächsten Gesetzgebungsperiode einer seriösen, umfassenden und ausreichenden Behandlung zugeführt werden kann. Wir sind bei diesem Sonderbericht auch der Meinung, daß jede wie immer geartete „Husch-Pfusch“-Vorgangsweise für den Rest der Gesetzgebungsperiode abgelehnt werden muß. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun noch zu einem Prinzip, das der Herr Klubobmann der sozialistischen Fraktion postuliert hat, zum Prinzip des Schnellzugstempes:

Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Klubobmann Dr. Fischer, daß das Schnellzugstempo in der Frage der Immunität angewendet werden kann.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Schnellzugstempo in der Frage der Unvereinbarkeit angewendet werden kann.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Schnellzugstempo bei der Novellierung des Zivildienstgesetzes angewendet werden kann.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Schnellzugstempo bei der Frage des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes angewendet werden kann.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Schnellzugstempo beim Gesetz über den Transport gefährlicher Güter angewendet werden kann. Diese Liste könnte man fortsetzen.

Und ich kann mir schon ganz und gar nicht vorstellen, meine Damen und Herren, daß das Schnellzugstempo bei der Abfertigung für Arbeiter angewendet werden könnte.

Neuwahlen heißt: Die Regierung hat das Handtuch geworfen. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die jetzige Bundesregierung den gemeinsam vereinbarten Terminplan bis zum

11984

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Peter

Rest der Gesetzgebungsperiode entweder nicht mehr realisieren kann oder nicht mehr realisieren will. Das nehmen wir Freiheitlichen zur Kenntnis und stellen uns darauf ein. Daher ja zur vorzeitigen Auflösung des Nationalrates, aber nein zum Durchpeitschen von Gesetzen mit weittragenden Konsequenzen während des Restes dieser Gesetzgebungsperiode. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen sind sicher die Kleinsten in diesem Haus, aber wir fühlen uns als Partner der beiden anderen Parteien, als Partner mit gleichen Pflichten, aber auch als Partner mit gleichen Rechten. Wir stehen der Regierungspartei und der Bundesregierung korrekt gegenüber und geben der Erwartung Ausdruck, daß wir für den Rest dieser Gesetzgebungsperiode im parlamentarischen Bereich eine korrekte Behandlung erfahren werden.

Namens der freiheitlichen Fraktion möchte ich etwas besonders unterstreichen, weil wir am Vorabend eines harten Wahlkampfes stehen, nämlich das Bekenntnis zum parlamentarischen Konsens, wo immer er sich auf der Grundlage sachlicher Entscheidungen erarbeiten läßt. Aber der gemeinsam beschlossene Arbeitsvertrag ist gelöst, es tritt also eine Unterbrechung des Konsenses bis zu jenem Zeitpunkt ein, da das Parlament neu gewählt ist und sich dieser Nationalrat neu konstituiert.

Für uns Freiheitliche ist mit dem gestrigen Tag diese Zäsur wirksam geworden. Es war dies gestern aus freiheitlicher Sicht ein Tag des parlamentarischen Konsenses in der Frage des Kreditwesengesetzes, in der Frage des Sparkassengesetzes, in der Frage des Wertpapier-Emissionsgesetzes und in der Frage des Bundesministeriengesetzes.

Wir haben nicht nur die Konsensbereitschaft, sondern auch das Praktizieren des Konsenses unter Beweis gestellt. Daher für den Rest der Gesetzgebungsperiode die Bitte: noch eine ausreichende Behandlung der anhängigen Kontrollmaterien, dann Durchführung des Wahlkampfes und nachher wiederum Konstituierung des Hauses und Fortsetzung der Konsensdemokratie.

Und nun noch ein abschließendes Wort zur brisantesten Frage, die ins Haus steht, für die ich allerdings nicht die Bundesregierung verantwortlichen mache, sondern aufgrund der gewählten parlamentarischen Vorgangsweise den Klubobmann der Mehrheitsfraktion, Herrn Dr. Heinz Fischer.

Herr Kollege Dr. Fischer! Zur Frage der Arbeiterabfertigung ein überzeugtes Ja der freiheitlichen Fraktion, begründet durch die interne Vorgangsweise in der FPÖ zu diesem

Thema seit den sechziger Jahren. Das Grundsatzzkonzept zur Abfertigung und rechtlichen Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten ist 1968 unter dem damaligen freiheitlichen Bundesarbeitnehmerreferenten Dr. Otto Scrinzi erarbeitet worden. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde damals in der Broschüre „Sicherheit durch Leistung“ der Öffentlichkeit vorgelegt.

Darin heißt es unter anderem: „Wir verlangen eine schrittweise arbeits- und sozialrechtliche Angleichung der Arbeiter an die Angestellten hinsichtlich ...“, und der fünfte Punkt lautete: „des Abfertigungsanspruches der Arbeiter“.

1974 wurde die Forderung in der Broschüre „Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“ wiederholt und am letzten Bundesparteitag im September 1978 endgültig bekräftigt, wo folgender Antrag auf dem FPÖ-Bundesparteitag einstimmig angenommen wurde:

„Die Führungsgremien der FPÖ und die Nationalratsfraktion werden beauftragt, in ihren politischen Aktivitäten geeignete Schritte zur Beseitigung der Trennung der österreichischen unselbständigen Erwerbstätigen in Angestellte und Arbeiter vorzusehen.“

Daher ein Ja zur Sache, aber ein Nein zum Durchpeitschen unter Zeitdruck. Ja zu gemeinsamer Arbeit in der Frage der Abfertigung der Arbeiter für den Rest der Gesetzgebungsperiode in einem Unterausschuß, nein zur Behandlung dieses Themas unter Zeitdruck im Vollausschuß. Allerdings wird die Materie behandelt, wenn die andere Oppositionspartei zustimmt.

Wir sind also mit keiner Regierungsvorlage konfrontiert, sondern mit einem Initiativantrag der Mehrheitsfraktion. Wir sind sozusagen in diesem Fall auf die Regierung nicht angewiesen und nicht an sie gebunden, auch nicht an ihre Wünsche, sondern nur an den Wunsch und an die Forderung der sozialistischen Mehrheitsfraktion.

Daher die Bitte: Wir Freiheitlichen sind bereit, ein seriöses Ja zur Abfertigung der Arbeiter zu setzen. Geben Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Mehrheitsfraktion, uns daher die Möglichkeit, eine seriöse Lösung zu erarbeiten und eine seriöse Entscheidung herbeizuführen, aber nicht unter Zeitdruck, sondern auf der Grundlage ausreichender Beratungen in einem Unterausschuß. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Vizekanzler Dr. Androsch. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist, Herr Abgeordneter Peter, gar nicht zu bestreiten,

Vizekanzler Dr. Androsch

daß es Probleme gibt, wenn es solche nicht gäbe, wäre ja völlig unverständlich, warum die Bundesregierung etwa ein Strukturprogramm vorgelegt hat und einige gesetzliche Beschlüsse bietet, wäre nicht erklärlich für die Vergangenheit, hätte es keine Probleme gegeben, daß jährlich Maßnahmen zu deren Bewältigung gesetzt worden sind. Ich habe mir erlaubt, in meiner Erklärung das anzuführen.

Es ist sicherlich gar nichts dagegen einzuwenden, daß die parlamentarische Arbeitsteilung schwerpunktmäßig darin besteht, daß die Regierungspartei den Akzent auf die eine Seite legt, ohne zu vergessen, daß auch kritische Betrachtungen notwendig sind, und bei der Oppositionspartei oder den -parteien der Akzent auf der anderen Seite liegt.

Aber ich möchte mir doch erlauben zu zitieren, daß ich das in einer Passage deutlich einfangen wollte, wenn ich gemeint habe, und ich darf das noch einmal zitierungsweise in Erinnerung rufen: „Diese Ergebnisse sollten uns das zur Lösung neuer Probleme“ – als solche anerkannt – „und weiterer Aufgaben“ – solche nicht bestritten – „erforderliche Selbstvertrauen geben. Die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten dürfen nicht unterschätzt werden. Wirtschaftlicher Trübsinn macht sie nur zusätzlich größer oder sogar unüberwindbar.“

Ich glaube, daß man bei der Problembeurteilung und bei den Konsequenzen negativer Einstellung beziehungsweise über die Hilfe positiver Einstellung doch übereinstimmen können müßte, und ich glaube, es ist aus unserer Geschichte schwer zu bestreiten, daß wir so oft ein Defizit an Selbstvertrauen haben, und daher möchte ich im Lichte vor allem der Ausführungen des Herrn Bundesparteiobmanns Taus hinzufügen: Vor allem, glaube ich, trägt man am wenigsten zur Lösung anstehender Probleme bei, wenn man für die Vergangenheit – und die hat sicherlich nicht erst im Jahr 1970 begonnen, das hat von uns auch niemand behauptet – die Leistungen aller Österreicher, vom Jahr 1945 bis herauf, in dieser Weise abqualifiziert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir nehmen nur, Hohes Haus, für uns in Anspruch, daß gegen all Ihre Behauptungen, und erst recht im Vergleich zu allen Ihren Prognosen, es in den siebziger Jahren in unserer Verantwortung – die leugnen wir nicht, von der wollen wir uns nicht abmelden – gelungen ist, unter ohne Frage schwierigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen sehr beachtliche Ergebnisse zu erzielen.

Nun, der Herr Abgeordnete Dr. Taus hat dann eine Frage an mich gerichtet, hat da in geheimnisvoller Weise auf Informationen, die er

in den letzten Tagen über das Budget 1978 bekommen hat, hingewiesen. So geheimnisvoll, Herr Dr. Taus, ist es nämlich nicht, ich habe das nämlich in meiner Budgetrede am 18. 10. vergangenen Jahres ausgeführt, wenn ich gemeint habe – nachdem ich die einzelnen Gründe angeführt habe –: Insgesamt wird sich aus den angeführten Gründen das Defizit um etwa 9 bis 10 Milliarden erhöhen und brutto rund 50 und netto rund 34 Milliarden Schilling betragen. Also was Neues haben Sie in den letzten Tagen hier nicht entdecken müssen. *(Abg. Dr. Taus: Sagen Sie die genauen Zahlen!)*

Ich hoffe, daß Sie mit den Dingen noch so gut vertraut sind, daß Sie wissen, daß der Jänner ein Zurechnungsmonat bei der Abwicklung ist und daß der Jänner, bitte schön, heute ist der 25., das ist ja auch bekannt, noch nicht zu Ende ist. Also vor Ende Februar weiß ich es nicht, kann es Ihnen auch nicht sagen. Aber wie es in der Größenordnung sein wird, habe ich Ihnen am 18. 10. schon ausgeführt, das haben Sie nicht jetzt in den letzten Tagen entdecken zu brauchen, wenn Sie sich die Unterlagen angeschaut und nicht die Budgetdebatte ohne die Fachinformationen geführt haben sollten.

Ich habe auch die Begründung gegeben. Ich darf sie nur, ohne in die Einzelheiten zu gehen, auch zitieren, um Ihnen behilflich zu sein: Die wirtschaftspolitischen Erfolge des Jahres 1978 – sie sind noch deutlicher ausgefallen, wie wir gestern berichten konnten, als man damals vorsichtshalber annehmen durfte – haben zwingend gegenteilige Auswirkungen auf die Budgetentwicklung haben müssen. Diese kann dann nur unter Einbeziehung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und unter besonderer Berücksichtigung des Maßnahmenpakets und seiner Auswirkungen beurteilt werden. Verringerte Importe entlasten die Zahlungsbilanz, führen aber auch zu einem Ausfall an Zöllen und Einfuhrumsatzsteuer. Sinkende Preissteigerungsraten bedeuten höhere Stabilität und verbessern die Wettbewerbsfähigkeit, haben aber auch zugleich niedrigere Einnahmen an indirekten Steuern – insbesondere Mehrwertsteuer – zur Folge.

Eine gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik erhöht sicherlich die Konkurrenzfähigkeit, bedeutet aber auch niedrige Steuereinnahmen und höhere Ausgaben durch steigende Zuschüsse an die Sozialversicherungsträger, und so weiter.

Jetzt darf ich Ihnen sagen: Vom fiskalischen Standpunkt kann ich mit der Entwicklung sicher nicht zufrieden sein. Aber als Wirtschaftspolitiker – und die Rolle ist in dieser Frage die viel wichtigere gewesen – bin ich froh, daß wir diese

11986

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Vizekanzler Dr. Androsch

Entwicklung erreichen konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben dann wieder einmal die Steuerquote bemüht, ich will jetzt gar nicht in den statistischen Streit eingehen, ob es 41 oder 39 Prozent sind, mit der einen wie mit der anderen liegen wir in Europa in den entwickelten Industriestaaten im Mittelfeld.

Aber, Herr Dr. Taus, in dieser Quote stecken die Beiträge zur Finanzierung des Familienlastenausgleichs und damit die Finanzierung der Leistungen drinnen, stecken die Pensionsbeiträge drinnen und damit die Finanzierung der Pensionen, stecken die Krankenkassenbeiträge drinnen und damit die Finanzierung der Krankenkassen, Bereiche, in denen es unter dieser Regierung zu beträchtlichen Leistungsausweitungen und -verbesserungen gekommen ist.

Wenn Sie das kritisieren, dann muß ich Sie fragen, sind Sie dagegen, daß es diese Leistungsverbesserungen und -ausweitungen gegeben hat, wollen Sie eine Einschränkung? Wenn Sie keine Einschränkung wollen, dann müssen Sie finanzieren und die Finanzierungskosten akzeptieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Taus, Sie tun ja so, als ob das eine Quelle wäre: vom Steuerzahler zum Staat, und von dort fließt es irgendwo in unbekannte Gebiete ab. Aber das stimmt ja nicht. Es handelt sich doch – wenn ich hier ein Bild verwenden darf – um eine Situation, wo aus einem Teich eine Fontäne herausspringt und das Wasser, das aus dem Teich kommt, in Form von Steuerzahlungen ja wieder in diesen Teich zurückfließt. Ich bitte daher, den Entzugseffekten von Steuerleistungen das, was an Leistungen an die Menschen wieder zurückfließt, gegenüberzustellen. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Dr. Hauser: Gestiegene Kosten finanzieren Sie, nicht Leistungen!)*

Denn offenbar: Zu einer Alternative, wenn ich der „Kleinen Zeitung“ vom 9. 1. folgen kann, haben Sie es ja nicht gebracht entgegen allen Ihren Ankündigungen zum Budget.

Hier heißt es: „Andreae war nicht in der Lage, das von Taus gewünschte und versprochene Alternativbudget zu liefern.“

Sie haben sich dann wieder bemüht, den Herrn Professor Kausel abzuqualifizieren *(Abg. Dr. Mock: Der hat sich selbst bemüht!)*, aber gleichzeitig für Ihre Argumentation als Zeugen anzuführen. Also was gilt jetzt? Das eine oder das andere?

Sie haben Herrn Dr. Stanzel zitiert *(Abg. Dr. Taus: Ich nicht!)*, was die Arbeitskosten anlangt, Sie haben verwiesen, daß das ein

Mitarbeiter von mir ist, ein sehr guter sogar *(Abg. Dr. Taus: Ich habe ein Interview zitiert!)*, darf ich diesen Artikel auch zu Ihrer besseren Information zitieren: „Österreichs Wirtschaftsstruktur wettbewerbsfähig für die achtziger Jahre“, erschienen in den Quartalsheften 478 der Girozentrale. Da hat es einmal schon eine sehr interessante Veröffentlichung gegeben, mit der Sie in einer Fernsehdiskussion, wenn ich mich recht erinnere, konfrontiert wurden, und wo die Veröffentlichungen der Girozentrale in einem so krassen Widerspruch zu Ihren dann politischen Behauptungen gestanden haben. Es ist hier wieder so.

Er schreibt:

„Die relative Position der österreichischen Industrie – in nationaler Währung berechnet – gegenüber einem gewogenen Durchschnitt der Industrieländer insgesamt sieht wesentlich günstiger aus. Die relative Arbeitskostenposition hat sich von 1967 bis 1978 um 20 Prozentpunkte verbessert ...“

Und er fährt dann eine Arbeitskostentabelle je Produktionseinheit in der Industrie an, gegenüber der Bundesrepublik und gegenüber den Industrieländern, und zwar sowohl in nationaler Währung wie auf Dollarbasis. Gegenüber der Bundesrepublik in nationaler Währung eine Verschlechterung von 100 auf 106, von 1967 auf 1978, in Dollar eine Verbesserung von 100 auf 95 und gegenüber allen Industrieländern in nationaler Währung eine Verbesserung von 100 auf 80 – die vorhin zitierten 20 Prozentpunkte –, auf Dollarbasis eine Verschlechterung von 100 auf 104, damit dies über einen so langen Zeitraum mit allen Währungsveränderungen und Turbulenzen doch einigermaßen klargestellt ist.

Ich würde jetzt gern, aber ich will Ihnen diese Zeit nicht nehmen, noch einmal zitieren, weil offenbar die OECD auch für Sie keine Quelle seriöser Information ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.)* Lieber Herr Abgeordneter Dr. Taus, dann darf ich Sie auf die Seiten 4, 5 und 6 meines gestrigen Berichtes verweisen, wo ich die OECD zitiert habe. Deren Ausführungen stehen diametral im Gegensatz zu dem, was Sie heute hier behauptet haben. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Sie wissen, wie der Bericht zustande kommt, und ich weiß es auch! – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Es ist nicht ganz so!)*

Mit dem Professor Kausel waren Sie also nicht sehr glücklich. Ich hoffe, daß Sie jetzt mit Professor Tichy, einem früheren Mitarbeiter von Ihnen, vielleicht mehr einverstanden sind.

Das habe ich zwar auch gestern schon ausgeführt, aber das möchte ich Ihnen doch noch einmal in Erinnerung rufen. Er meinte:

Vizekanzler Dr. Androsch

„Die Industrialisierungswelle der 60er Jahre hat die österreichische Industriestruktur eher verschlechtert“, Herr Dr. Taus, „als verbessert, da unter dem Eindruck der eher unterbewerteten Währung niedrigere Löhne und regionale Arbeitsmarktreserven vor allem traditionelle Konsumgüterproduzenten – zum Teil Auslandsneugründungen – stark expandierten.“

Und jetzt möchte ich Ihnen sagen, wie sich das auch naturgemäß ablesen läßt an der Investitionstätigkeit.

Die Investitionsquote real hat zwischen 1965 und 1969 im Schnitt 27 Prozent betragen, im Schnitt der Jahre 1970 bis 1978 28,5, also deutlich mehr. Noch eindrucksvoller wird ein solcher Vergleich bei den Industrieinvestitionen. Zunächst nominell: 1965 bis 1969 wurden jährlich durchschnittlich 11 Milliarden in der Industrie investiert, 1970 bis 1978 23,2 Prozent. Und real, also die Preisentwicklung ausgeschaltet, waren es 10,2 im Schnitt der Jahre 1965 bis 1969 und im Schnitt der Jahre 1970 bis 1978 15,7, also um 54 Prozent mehr industrielle Investitionen im Durchschnitt derzeit, die wir zu verantworten haben.

Sie haben dann auch noch von den Marktanteilen gesprochen und da haben Sie kühn Äpfel mit Birnen verglichen: Norwegen ist ein Erdöllexportland geworden, bei der BRD haben Sie den Fremdenverkehr weggelassen und bei der Schweiz haben Sie vergessen, daß diese 350 000 Arbeitsplätze verloren hat und ein schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt zu verzeichnen hatte, während wir ein steigendes verzeichnen konnten, und das sind verschiedene Bezugsgrößen, nicht wahr? (*Abg. Dr. Taus: Tauschen wir mit ihnen!*)

Daher kann ich Ihnen sagen: Im OECD-Intrahandel, das rechnet man nämlich von der Importseite her, hat sich das gegenüber der BRD von 2,7 im Jahre 1970 auf 3,5 1977 und im ersten Halbjahr auf 3,73 erhöht. Gegenüber der EG von 1,52 auf 1,78 im vergangenen Jahr und im ersten Halbjahr und insgesamt in der OECD von 1,27 auf 1,40 im vergangenen Jahr und im ersten Halbjahr heuer auf 1,42 Prozentpunkte. Also was immer Sie nehmen, beträchtliche Marktanteilsgewinne.

Und nun haben Sie dann wieder einmal von der verstaatlichten Industrie und der Sanierung gesprochen. Darf ich Sie erinnern, und jetzt als Abgeordneter des Bezirkes Floridsdorf aus dieser Zeit gesprochen, daß in Ihrer „glorreichen“ Verstaatlichungsführungszeit in Floridsdorf und Donaustadt (*Abg. Dr. Taus: Na gut!*) – sehr gut war sie – Trauzl zugesperrt worden ist, Hofherr & Schrantz ist zugesperrt worden, die Lokomotivfabrik ist zugesperrt worden, in

Stadlau ist der Elin-Betrieb zugesperrt worden, und die Siemens-Betriebe sind verkauft worden. Großartig, so schaut Ihr Rezept aus, sehr stolz können Sie darauf sein. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Sagen Sie, was alles aufgesperrt wurde!*)

Und heute sind Elin und SGP in der Gewinnzone. (*Abg. Dr. Taus: Aber nicht durch Ihre Leistungen!*) Durch Ihre sicherlich auch nicht, denn Zusperrern ist sicher keine Methode. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mock: Die Sanierung haben Sie ja damals abgelehnt!*)

Jetzt haben Sie heute von Waagner-Biro gesprochen. Es hätte sein können, daß das noch ein Betriebsunfall war, daß man im Herbst von Ihnen hier Eumig ins Gerede gebracht hat. Gestern konnte man schon nicht mehr annehmen, daß das reiner Zufall ist, als man versucht hat, eine zweite Firma, VEW, ins Gerede zu bringen. Aber da sich das heute um eine weitere erweitert hat, kann man sicherlich nicht mehr an einen Zufall glauben. Herr Abgeordneter Dr. Taus, der Vorstand von Waagner-Biro, als er Ihre Ausführungen hörte, ist sofort hergekommen. Ich bin ermächtigt, er wird das der Öffentlichkeit auch noch kundtun, folgendes Ihnen mitzuteilen. (*Abg. Dr. Mock: Buckerlmachen!*) Buckerlmachen nennen Sie das, Ihre Generaldirektoren Bauer oder Vockenhuber oder Böhm, das nennen Sie Buckerlmachen, das sind ja alles Ihre Leute! (*Abg. Dr. Mock: Wir werden trotzdem für die Arbeiter eintreten, und Sie werden uns keinen Maulkorb umhängen! Das können Sie mit Ihrer Fraktion machen!*)

Der Herr Generaldirektor Böhm hat mich ermächtigt zu sagen, daß keine Rede war von der Kündigung und Entlassung von 200 Leuten, vielmehr habe er erstens darauf hingewiesen, daß im Zuge von unbestreitbaren Rationalisierungen nicht alle in Pension Gehenden ersetzt werden. Zweitens: daß es in Einzelfällen natürlich Kündigungen gibt, so wie es in Einzelfällen zusätzliche Aufnahmen gibt. Das ist so in einem Betrieb, er ist ja nichts Statisches, sondern etwas Dynamisches. Manche Bereiche wachsen, manche schrumpfen, und das spiegelt sich eben auch in der Fluktuation in dieser Hinsicht wider. Das zu Waagner-Biró.

Aber das Unglaublichste kommt ja erst. „Vorarlberger Nachrichten“ vom 24. 1., ich darf wörtlich zitieren. Ich glaube, Sie haben ja am Nachmittag dann noch mit Generaldirektor Dr. Treichel, wie ich gehört habe, eine Diskussion darüber. Da heißt es:

„Dem widersprechen Hinweise darauf, daß es in einigen Großunternehmen stark kriselt. Aus den Vereinigten Edelmetallwerken (VEW)

11988

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Vizekanzler Dr. Androsch

werden Entlassungen gemeldet, und über die Zukunft der Reifenfirma Semperit sagte ein hoher ÖVP-Funktionär ...“ Es wird dann wörtlich zitiert. „Das ist eine tickende Zeitbombe“. Das Werk sei nur mehr kurz zu halten, und vieles weise darauf hin, daß die Wahlvorverlegung dazu dienen soll, den Zusammenbruch auf einen Termin nach der Wahl zu verschieben. Längerfristige Fehlentwicklungen hätten dazu geführt, daß jetzt zwei Milliarden Schilling aufgebracht werden müßten. Da Semperit ein Tochterunternehmen der Creditanstalt-Bankverein ist und eine solche Summe von einer Bank nicht verkraftbar sei, sei auch die Bank selbst in höchster Gefahr.“

Das ist unglaublich, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, was hier von Ihnen getrieben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und das, meine Damen und Herren, ist ja nicht neu. *(Abg. Dr. Taus: Regen Sie sich nicht künstlich auf!)* Nicht künstlich, da rege ich mich wirklich auf, Herr Abgeordneter Dr. Taus, weil das unglaublich ist, was Sie hier bei Eumig, was Sie bei VEW, was Sie bei Waagner-Biro, was Sie bei Semperit, was Sie bei CA mit diesen Ihren Äußerungen aufführen. Sie haben ja hier geredet. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Taus: Wer „Sie“?)* Vöslauer ist unsere Politik, und Rella ist unsere Politik. Die privaten Firmen, die Ihnen nahestehen, kommen, wenn das Wasser bis daher steht. Dann kommen sie zu uns, und dann können wir helfen. Und das tun wir und werden wir immer tun, weil es uns um die Beschäftigten dort geht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber, Herr Abgeordneter Dr. Taus: Das ist ja Methode, 15. Oktober 1977, „Südost-Tagespost“, Parteizeitung von Ihnen:

„Wien: Gerücht löst Sturm auf höhere Bankkonten aus.“ – Erinnern Sie sich: Sie waren damals in Graz. Die Zeitung ist verurteilt worden. Ich will das gar nicht vorlesen. Von Ihnen hat man aber kein Dementi und keine Zurückweisung dieser Meldung gehört.

Daher möchte ich sagen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Taus: Wenn Sie uns kritisieren, ist das nicht nur Ihr Recht, sondern Ihre Pflicht. Wenn Sie es hart tun, ist dagegen nichts einzuwenden. Aber wohin sollen denn diese Methoden *(Abg. Dr. Taus: Welche Methoden?)*, diese Verdächtigungen, diese Unterstellungen, dieses Unruhe-Erzeugen, das Firmen-ins-Gerede-Bringen, wohin soll denn das führen? Der Herr Abgeordnete Blenk hat sicherlich recht gehabt, wenn er gemeint hat: Zahlen sind dazu da, zu verwirren und nicht zu erklären. Davon haben Sie reichlich Gebrauch gemacht. Ich darf das an dem letzten, das ich hier richtigstellen will, vorführen. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Amtmann.)*

Seit 1970 gibt es um 400 000 Beschäftigte mehr – das sind wöchentlich nahezu zusätzlich 1 000 Arbeitsplätze –, und es gibt um fast 200 000 Erwerbstätige mehr. Wissen Sie, wie das 1965 bis 1969 war? – Da hat die Zahl der Beschäftigten um 24 000 und die Zahl der Erwerbstätigen um 116 000 abgenommen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und darum geht es: daß wir nicht zu dieser Politik zurückkehren, sondern die der 70er Jahre weiter fortsetzen. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war eine der üblichen „Auslassungen“ des Herrn Finanzministers von der Regierungsbank *(Rufe bei der SPÖ: „Auslassungen“?)* – Auslassungen *(weitere Zwischenrufe bei der SPÖ)* –, wenn er sich erlaubt, von der Regierungsbank unbewiesen – er selbst konnte keinen Namen nennen – den Bundesparteiobmann Dr. Taus „Methoden, Unterstellungen, Verdächtigungen“ und so weiter zu zeihen. *(Rufe bei der SPÖ: Jawohl! Genau! Recht hatte er!)* Ich werde im Laufe meiner Ausführungen auf die Zahlen des Herrn Finanzministers sicherlich und noch sehr konkret zurückkommen.

Herr Finanzminister! Eines steht jedenfalls fest: Niemand beherrscht die Zahlenmanipulation, die Bestellung von Gutachten, auch die Sprachmanipulation, als Sie einmal aus dem „Budgetdefizit“ plötzlich einen „Ausgabenüberschuß“ machen wollten, besser und mehr als Sie. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie lernten ja leider auch nichts, denn Sie haben heute hier gerade wieder erklärt: Vom fiskalischen Standpunkt aus bin ich nicht zufrieden oder könnte ich nicht zufrieden sein, wohl aber bin ich zufrieden als Wirtschaftspolitiker. – Genauso schaut ja Ihre Wirtschaftspolitik aus, und genauso in die Zukunft projiziert sind ja auch die Maßnahmen zu verstehen. Das sind ja auch die Auswirkungen dann.

Herr Minister! Deswegen fliehen Sie ja – das ist Ihre Flucht jetzt in die vorverlegte Wahl –, weil Sie selbst nicht einmal mehr glauben, daß Sie Ihre Wirtschaftspolitik bis zum Herbst durchhalten können.

Meine Damen und Herren! Ich werde mich mit den beiden Berichten beschäftigen, und auf all das, was Sie gesagt haben, kann ich dann noch eingehen.

Der Herr Bundeskanzler hat an den Beginn

Dr. Keimel

seiner Ausführungen die Frage gestellt, „ob die Entwicklung der letzten Jahre als Wirtschaftskrise zu bezeichnen sei“. Also „Krise“, Herr Minister; bei Ihnen der Jubelbericht. (Abg. Radinger: Weltweit!) Oder – wie er meinte –: weltweit. Wenn Sie in Österreich nicht fertig werden, ist es Ihre übliche Methode, daß man von „weltweit“ spricht. (Zustimmung bei der ÖVP.) Das ist Ihre übliche und auch sehr üble Methode.

Die Österreicher aber wollen hier in diesem Lande leben und nicht irgendwelche „weltweiten“ Vergleiche sehen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Radinger: Vielleicht bin ich mehr draußen als Sie!) Vielleicht bin ich mehr draußen in der Welt als Sie, Herr Abgeordneter! (Abg. Radinger: Jetzt hören Sie aber auf!) Es freut mich Ihre Nervosität (Abg. Radinger: Ich bin nicht nervös!), denn sie beweist die Richtigkeit meiner Ausführungen. (Widerspruch des Abg. Radinger.)

Meine Damen und Herren! Jedenfalls spricht der Herr Bundeskanzler also von der Wirtschaftskrise. Er nennt es Krisenerscheinungen. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Weltweit! Weltwirtschaftskrise!) Gnädige Frau! Werden nicht auch Sie noch nervös. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ich bin nicht nervös!) Ich verstehe es ja, daß Sie, gnädige Frau, nervös werden, aber hören Sie das alles zunächst an, dann werden Sie plötzlich etwas leiser werden. (Abg. Radinger: Aber bei so viel Unverstand wird man nervös!)

Er schrieb, daß „derartige Krisenerscheinungen als eine dem Wirtschaftssystem immanente Erscheinung angesehen ... werden müssen.“ Jetzt sind wir dort, Frau Minister: Der Herr Bundeskanzler spricht ja gar nicht von der Weltwirtschaft, sondern spricht vom Wirtschaftssystem. Nur die Regierung soll nie schuld sein. Jetzt ist es plötzlich das Wirtschaftssystem. Also weg von der Weltwirtschaft!

So meinte er auch wörtlich: „Diese und zahlreiche andere Symptome haben die Bundesregierung zu einer Politik maximaler wirtschaftspolitischer Bereitschaft veranlaßt.“

Besser wäre wohl eine Politik wirtschaftspolitischer maximaler Maßnahmen gewesen, Herr Bundeskanzler, und nicht Bereitschaft, sondern gerade vom Bundeskanzler die Erstellung eines gesamtwirtschaftlichen Konzeptes der Bundesregierung. Dafür ist der Bundeskanzler verantwortlich. Dazu war aber und ist diese Regierung ... (Abg. Dr. Mock, auf die Regierungsbank zeigend, wo nur Vizekanzler Dr. Androsch sitzt: Er sollte bald wieder kommen, der Herr Bundeskanzler! – Abg. Mühlbacher: Wo ist der Taus? – Abg. Dr. Taus: Ich bin hier!) Der

Herr Dr. Taus ist, bitte, da! (Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.)

Herr Vizekanzler! Es hat der Herr Bundeskanzler einen Bericht abgegeben, und Sie als Finanzminister haben einen Bericht abgegeben. (Vizekanzler Dr. Androsch: Ich vertrete ihn!) Bei dieser Situation der österreichischen Wirtschaft verlangen wir, daß bei der Diskussion über einen solchen Bericht der Herr Bundeskanzler auch anwesend ist! (Beifall bei der ÖVP.) Vor allem verlangen wir das deshalb – und verlangen wir nicht den Vizekanzler –, weil wir wissen, daß Sie, Herr Vizekanzler, mit dem Bundeskanzler ständig nicht der gleichen Meinung sind. (Zustimmung bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich werde Ihnen dann in der Konfrontation Ihrer Berichte beweisen, daß Sie wieder nicht einer Meinung sind.

Aber zu einem solchen gesamtwirtschaftlichen Konzept war diese Regierung schon seit langem, nämlich eben personell, im personellen Auseinanderklaffen und im sachlichen Bereich, gar nicht mehr fähig. Daher auch die vorverlegte Wahl, meine Damen und Herren, was Sie nun – um bei dieser Wortfindung zu bleiben – zu einer offensichtlich maximalen Versprechensbereitschaft in einer Art „Hinter mir die Sintflut!“ veranlaßt hat.

Herr Bundeskanzler! Ich nehme an – er hat einmal gesagt, er hört immer mit; der „Große Bruder“ hört immer mit –, Sie hören mit. Ich nehme an, daß Sie mir irgendwo im Büro, wenn Sie wenigstens im Haus sind, zuhören. Aus Ihrem letzten – wohl letzten – wirtschaftspolitischen Bericht Ihrer Kanzlerschaft ist ein Zahlenfriedhof alter Pläne, alter Maßnahmen, alter Zahlen geworden und die x-te Wiederholung wieder alter Maßnahmen. Wie oft haben wir schon Murboden-Aichfeld gehört! (Abg. Dr. Veselsky: Umgekehrt! Aichfeld-Murboden! – Abg. Mühlbacher: Sie wissen es immer noch nicht! – Abg. Dr. Mock: Das sind starke Argumente!) Ist in Ordnung. – Wie oft haben wir das schon gehört! Bis zum Überdruß sind es alte Zahlen, alte Pläne, teilweise nicht einmal noch erfüllte. Wir in Österreich, meine Damen und Herren, brauchen aber vielmehr folgendes: Einen Ausblick, ein zukunftsorientiertes Konzept.

Der Herr Bundeskanzler hat ja schon seit Monaten – eigentlich fast schon seit drei Jahren – einen Pessimismus vertreten. Dem stellt jetzt – und daher können Sie ihn gar nicht vertreten, Herr Finanzminister – der Herr Finanzminister und Vizekanzler in der gewohnten Uneinigkeit – in der gewohnten Uneinigkeit der beiden Herren – den, wie wir hörten, offensichtlich bestellten Hofbericht des Hofrates Dr. Kausel

11990

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Keimel

gegenüber mit einem sehr typischen Satz. Ausgerechnet diesen nehmen Sie in Ihren Bericht auf, Herr Vizekanzler. Daher werden Sie ... (*Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg. - Abg. Dr. Mock: Das ist eine ungeheure Manipulation, Frau Minister!*) Frau Minister, ich komme schon darauf zurück. Er hat es ja selbst, wie wir heute gehört haben, bestätigt: ein bestellter Bericht, und er sollte in Kurzform erfolgen. Sie werden es noch lesen in einigen Tagen, Frau Minister.

Und der Herr Minister Androsch stellt ja einen Satz in den Mittelpunkt, weil er den in seiner Rede selbst zitiert:

„In Wahrheit ist die österreichische Wirtschaft ... im Grunde kerngesund und in der Lage, alle klassischen Wirtschaftsprobleme ... in einer Weise ...“ - ich zitiere - „zu lösen, wie dies in dieser Vollkommenheit von keinem anderen Land der Welt verwirklicht wird.“

Meine Damen und Herren! Mit diesem Bericht ist der Herr Finanzminister in die Sitzung der Bundesregierung gezogen. Das ist eine Manipulation, was ich an Hand von Zahlen beweisen werde. Frau Minister, ich wundere mich, daß Sie sich diese Studie gefallen lassen, daß Sie auf Basis dieser Studie Maßnahmen treffen können, die ja dann falsch sein müssen. Da wundert es mich nicht, wenn der Minister hier aufsteht und von der Regierungsbank aus sagt: Von der Wirtschaftspolitik her, als Wirtschaftspolitiker bin ich zufrieden.

Die Aussage, Herr Minister: „... wie dies in dieser Vollkommenheit von keinem anderen Land der Welt verwirklicht wird“, ist eine Überheblichkeit. Ein bißchen Bescheidenheit haben wir wirklich noch notwendig. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Veselsky: „Manipulation“ oder „Überheblichkeit“, was ist es?“*) Herr Abgeordneter Dr. Veselsky! Da Sie diese Meinung über die Wirtschaftspolitik der Regierung als Staatssekretär nicht geteilt haben und das auch öffentlich kundgetan haben, sitzen Sie heute eben auf der Abgeordnetenbank und sind nicht mehr Staatssekretär dieser Regierung! (*Abg. A. Schlager: „Aus nichts wird nichts!“*) Der Herr Hofrat Kausel kann es ja sagen, ihn kann man von dieser Bank nicht verweisen.

Es ist alles bestens, sagt jetzt nicht der Hofrat Kausel, sondern der Herr Finanzminister. Er stützt sich auf diesen Bericht. Das ist die Grundlage seiner Maßnahmen. Es ist alles bestens. Wir sind überdurchschnittlich gewachsen, wir sind gesund, sodaß wir uns für die Zukunft keine Sorgen machen müssen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wir haben die Inflation gedämpft!*)

Meine Damen und Herren! Wenn nun

tatsächlich alles so herrlich ist, warum, Herr Minister, versucht dann die Regierung, die Arbeitsmarktschwierigkeiten durch ein Frühwarnsystem abzufangen, das zwar nichts nützen wird, das aber die Betriebe zusätzlich belastet? Warum werden massive Budgetdefizite und Staatsschulden mit dem Argument der Arbeitsplatzunsicherheit verteidigt? Warum werden die Betriebe ständig durch neue Steuern - Lkw-Steuer, 2. Abgabenänderungsgesetz, 18 Prozent, 30 Prozent Mehrwertsteuer - belastet?

Was sagt Kausel jetzt dazu? Es sei zu hoch? (*Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*) Wir haben es schon gehört. Sie werden es noch lesen, Frau Minister.

Warum wird die Wirtschaft immer mehr mit diesen Kostensteuern belastet und verunsichert? Sie kann ja nicht mehr auf langfristige Zeit planen. Warum gehen gerade in der letzten Zeit so viele Betriebe - bei Ihrem Jubelbericht! - in Konkurs und Ausgleich? Und warum wird denn nun von Ihnen, Herr Minister, versucht, durch neue Zinsstützungsaktionen die unbefriedigende Investitionstätigkeit anzukurbeln?

Herr Minister! Die Regierung, diese sozialistische Regierung glaubt ja offensichtlich selbst nicht an das, was sie immer vorzugeben versucht, nämlich daß alles so herrlich und schön sei. Das ist eben Manipulation. Und hier wurde der Bericht - und so sehe ich es auch, Frau Minister Dr. Firnberg - eines Statistikers, eines Wirtschaftsfachmannes jongliert. Er hat ja gesagt: Sonst müßte ich 100, 120 Seiten bringen! Er wurde offensichtlich angewiesen, einen Kurzbericht zu schaffen, damit man mit diesen manipulativ in diese Sitzung der Regierung treten kann. Und so versteht es dieser Bericht, oder wie er ausgelegt wird, ganz ausgezeichnet, aus der Fülle von Daten jene herauszusuchen und zu adaptieren, die dann das beweisen, was von vornherein zu glauben sein soll:

Einmal wird die Wahl des Basisjahres sehr willkürlich - nicht nach internationalen Maßstäben - genommen, einmal wird ein Jahr oder der Durchschnitt mehrerer Jahre genommen, einmal eine nominelle ohne Vergleich mit der realen Rechnung, einmal wird der Dollarkurs und einmal eine Landeswährung genommen, und so weiter. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.*) Herr Professor Nowotny, ich werde Ihnen, damit Sie es auch besser verstehen (*Beifall bei der ÖVP*), durch einige Fakten aufzeigen, daß es sich leider um keinen seriösen Bericht, sondern um eine manipulative Art des Berichtes - ich bin sehr vorsichtig in der Ausdrucksweise - handelt.

Wie anfechtbar die Berechnungen sind, zeigt sich, wenn man zum Beispiel statt des Basisjahres 1960 das in allen internationalen Publikatio-

Dr. Keimel

nen übliche Jahr 1970 nimmt. Bei der Tabelle 1.1.2. - Sie kernnen den Bericht -: Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner, real zu Kursen von 1960 in US-Dollar, ergibt sich nun nach dem Bericht, daß das Brutto-Inlandsproduktniveau der BRD um rund 26 Prozent höher sei als das in Österreich. Nimmt man aber jetzt 1970 - wie es üblich ist und wie der internationale Vergleich ist - als Basis, so zeigt dieselbe Berechnung - dieselbe Berechnung! -, daß die BRD um 46 Prozent vor Österreich liegt.

Meine Damen und Herren! So schaut es aus. Und das ist Manipulation und nichts anderes. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Abgesehen davon, das wäre noch egal, geht es vor allem auch darum, daß überhaupt das Brutto-Inlandsprodukt der wirkliche und echte Vergleich ist mit dem Wohlstand anderer Nationen, anderer Staaten. Österreich liegt - und daher ist dieser Jubelbericht falsch, weil dann falsche Maßnahmen des zufriedenen Wirtschaftspolitikers getroffen werden - im europäischen und im internationalen Vergleich nun einmal weit hinten. 1960 sind nur fünf Staaten hinter uns gelegen, und 1978 sind es sechs. Es blieb fast gleich: wieder fünf, denn Großbritannien ist fast gleich mit uns. Was hat sich denn da verbessert?

Meine Damen und Herren! Es geht ja um etwas anderes, was wir erkennen müssen und auf Grund dessen wir nicht jubeln sollen: Es geht darum, daß hier unsere Möglichkeiten liegen. Hier liegen bei richtiger Wirtschaftspolitik, Herr Minister, auch unsere Wachstumsmöglichkeiten. Wir können sie ausschöpfen. Wir sehen in Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaft große Möglichkeiten, aber wir sehen nichts auf Basis eines manipulierten Berichtes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und so werden eben auch die Arbeitskosten methodisch falsch berechnet. Sie haben sicherlich schon gesehen, Herr Abgeordneter Nowotny, daß hier wieder der falsche Vergleich angezogen wird. Man kommt plötzlich auf die Steigerungsrate von 143 Prozent, und in Wirklichkeit sind es nach internationalen Berechnungen 188 Prozent. Und das ist genau die Zahl, die auch das Ford-Institut herausbringt.

Das sind die Basiszahlen, auf Grund derer die Wirtschaft belastet ist. Das ist der Ausdruck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Mit diesen Zahlen und mit dieser Belastung muß die österreichische Wirtschaft, ob verstaatlicht, ob privat, im internationalen Wettbewerb bestehen. Wenn Sie hier Jubelberichte und manipulierte Berichte geben, werden falsche Entscheidungen getroffen, und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft wird dann schlechter werden. Und

deswegen wehren wir uns dagegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genauso falsch und genauso manipuliert sind die Exportquoten. Dazu nur ein Wort, nur ein Wort in aller Kürze. Heuer kommt wieder der Jubelbericht: 8 oder 9 Prozent Steigerung! Auch im Kausel-Bericht wird nur die Realwertsteigerung angegeben, die nominelle Steigerung läßt er unter den Tisch fallen, die vergessen wir. Gerade hier, Herr Minister, ist der Schnitt, ist die ganze Gefährlichkeit enthalten. *(Vizekanzler Dr. Androsch: . . . nominell!)* Nehmen wir das Reale. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Was wollen Sie jetzt?)* Herr Minister, ich komme gleich darauf zurück, warten Sie noch ein bißchen, seien Sie nicht so ungeduldig, wir hören Ihnen ja auch immer zu!

Herr Minister! Heuer ist es das erste Mal passiert - Sie kommen mit dem Jubelbericht der Steigerungsrate im Export -, daß die nominelle und die reale Steigerungsrate beinahe deckungsgleich sind.

Ja was sagt das dem Wirtschaftspolitiker? - Daß ein enormer Substanzverlust in der Wirtschaft ist, daß von der Exportwirtschaft Märkte unterpreisig gehalten werden, daß hier also Beschäftigung gerade noch aufrechterhalten wird, meine Damen und Herren! Wir wissen inzwischen, daß die Kosten natürlich in diesen Betrieben ganz beträchtlich gestiegen sind, Herr Minister, nicht unerheblich durch Ihre Maßnahmen, auch durch die Währungspolitik, durch die Kostensteuerepolitik und so weiter.

Meine Damen und Herren! Die Vergleichsmöglichkeiten im internationalen Wettbewerb. *(Zwischenbemerkungen des Bundesministers Dr. Androsch.)* Der Herr Minister fragt mich immer von hinten. Sie werden das nicht hören. Er befragt mich immer so auf Handelsschulenebene. Herr Minister, wenn Sie das wollen, können wir uns natürlich auch ruhig einmal irgendwo zusammensetzen, ich erkläre es Ihnen ja gerne, wenn Sie es nicht verstehen in diesen Ausführungen. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.)* Auf Grund dieser Fragen, die Sie mir immer so vorwispeln, verstehe ich natürlich auch Ihre völlig falsche Einschätzung der Ausführungen des Bundesparteiochmannes Dr. Taus.

Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten, daß sich Österreichs Wirtschaft in den sechziger und auch in den siebziger Jahren gut, vielleicht auch in weiten Bereichen und in manchen Bereichen ganz besonders und besser als andere Volkswirtschaften entwickelt hat. Ja wieso denn nicht? Diese österreichische Wirtschaft ist ja stark. Aber es ist gar kein Grund vorhanden - und das wollen wir ins rechte Licht rücken -,

11992

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Keimel

derzeit, gerade zur jetzigen Zeit, einen solchen Optimismus an den Tag zu legen.

Hier wollen dieser Bericht und damit der Minister, der Wirtschaftsminister, einfach die bestehenden Probleme, insbesondere hinsichtlich der Budgets, der Leistungsbilanzentwicklung und so weiter, nicht sehen.

Es ist natürlich auch bedauerlich, daß ein solcher Bericht in Wirklichkeit dann viele Unterlagen entwertet, die wir von Wirtschaftsforschern erhalten, von Wirtschaftspolitikern, die wir von Statistikern erhalten. Und daher ist es besonders bedauerlich, daß sich Professor Kausel zu einem solchen Bericht – ich sage das ganz bewußt – in dieser Art hergegeben hat. Er konnte allerdings sicherlich nicht wissen, daß Sie, Herr Vizekanzler, ihn dann manipulativ für Ihre Regierungssitzung verwenden werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Nur eines noch zu dem ganzen Jubelbericht. Es spricht hier auf Seite 28 der Professor Kausel unter anderem davon, daß nun Österreich ein „satter“ – was für ein wissenschaftliches Wort! –, „ein satter Wettbewerbsvorsprung von etwa 20 Prozent“ verbleibe, also daß man den habe. Und da meint er dann eben als Conclusio, das würde „sogar ausländische Investitionen in Österreich“ provozieren. Und da gibt er dann an – ich darf Firmen noch nennen – „Grundig, Philips, BMW, Mercedes, eventuell Ford“; er geht schon wissenschaftlich in das „Eventuelle“ hinein.

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Wenn der Wettbewerbsvorsprung 20 Prozent ist, für was muß dann die Regierung aus den Steueraufkommen der Klein- und Mittelbetriebe – die bringen es ja vor allem, auch der Lohnsteuerträger und so weiter bringt es – immer Milliarden anbieten an solche ausländische Kapitalgeber, die angeblich hier laut Kausel zum besten Wirt fließen, warum muß man dann in Milliardenhöhe anbieten, damit sie ja noch kommen? Was soll das? Wollen Sie diese Politik nicht noch überlegen? Stimmt da Ihr Kausel-Bericht nicht, oder was stimmt hier nicht zusammen?

Meine Damen und Herren! Sie sehen also: Widersprüche über Widersprüche.

Und doch beweist gerade auch diese Studie – nennen wir sie einmal: diese Hofstudie –, wo die Wurzeln der positiven, wenn auch aufs realistische Maß gebrachten Entwicklung liegen. Auch aus dieser Studie geht es hervor. Das sind jetzt natürlich die Aussagen, die der Minister nicht gebracht hat, wedervor seinen Ministerkollegen noch sonst irgendwo. *(Bundesminister Dr. Androsch: ... ganzen Bericht!)*

Und ich zitiere, Herr Minister. In diesem Bericht heißt es:

„Der tiefe Einbruch der Lohnquote um 1970 gelang dank des sogenannten ‚big bargain‘ von 1967, mit dem Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Finanzministerium und Notenbank“ – beide, bitte, unter ÖVP-Führung! – „ein einkommenpolitisches Meisterwerk schufen, das im Ausland bis dato kein Beispiel fand und von dessen positiven Nachwirkungen Österreich noch heute zehrt.“

Meine Damen und Herren! Das war ein gesamtwirtschaftliches Konzept der ÖVP-Regierung *(Bundesminister Dr. Androsch: Jetzt gilt ...!)*, von dem Sie heute noch zehren. *(Beifall bei der ÖVP.)* So sagt es auch Kausel. *(Neuerlicher Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.)* Ich habe es ja erwähnt, Herr Minister. Wissen Sie, was ich wörtlich erwähnt habe: Wo die Wurzeln der positiven Entwicklung liegen, wenn auch auf das realistische Maß reduziert. *(Bundesminister Dr. Androsch: Ja! Da gilt das!)*

Herr Minister! Und etwas Zweites. Es steht hier im Bericht, „eine weitere strukturelle Ursache des österreichischen“ – wörtlich! – „Beschäftigungswunders“ ist“ – im Vergleich vor allem zur BRD – „die ... stärkere Dominanz der Mittelbetriebe, die Nachfrageschwankungen leichter auffangen und überhaupt flexibler disponieren können.“

Tatsächlich fanden 1975 stärkere Beschäftigungseinbrüche nur in der Industrie statt, nicht aber in der mittelständischen Wirtschaft.“

Meine Damen und Herren! Das ist die Politik, die wir seit Jahren betreiben, das sind Forderungen, Alternativen, die wir dieser Regierung auf den Tisch legen, weil sie gegen die mittelständische Wirtschaft agiert und regiert.

Diese mittelständische Wirtschaft hat insbesondere, was so wichtig ist in einer kleinen Volkswirtschaft, etwas verhindert: die Jugendarbeitslosigkeit. Diese mittelständische Wirtschaft hat in dem bewährten dualen Ausbildungssystem, gegen das Sie angekämpft haben, das Sie abschaffen und ändern wollten in eine Staatsausbildung, die Jugendbeschäftigung gehalten, optimal gehalten, meine Damen und Herren.

Daher hat auch die Österreichische Volkspartei ein Mittelstandskonzept schon 1977 modernisiert vorgelegt. Und wir haben im Parlament, Herr Bundeskanzler und Herr Vizekanzler, voriges Jahr einen Antrag über die Stärkung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe eingebracht: Mittelstandsgesetz.

Wenn Sie jetzt noch etwas Positives durchführen wollen und sich an diese Studie

Dr. Keimel

klammern, dann verabschieden Sie mit uns dieses Mittelstandsgesetz zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn, meine Damen und Herren, es ist eine volkswirtschaftlich und eine staatspolitisch ungesunde Entwicklung, wie sich das Verhältnis Selbständige zu Unselbständigen in diesem Land, in diesem kleinen Land Österreich entwickelt.

Und daher bringen Sie auch immer, meine Herren von der Regierungsbank, die absoluten Zahlen der Unselbständigen und Sie vergessen immer wieder die Selbständigen, als ob das die Faulen wären, als ob die Selbständigen nicht noch viel mehr arbeiten müßten, einfach durch die Belastung dieser Regierung.

Hier hat sich in Ihrer Zeit folgendes geändert: War das Verhältnis Selbständige zu Unselbständigen bei Regierungsübernahme 1970 noch 77,7 Prozent Unselbständige zu 22,3 Prozent Selbständigen, so haben wir 1977 - 1978 ist es wahrscheinlich noch schlechter, aber es gibt keine Zahlen - eine Verschlechterung auf knapp 16, auf 15,6 Prozent Selbständige zu fast 85 Prozent Unselbständigen.

Meine Damen und Herren! Nur in selbständigen Betrieben gerade der mittelständischen Wirtschaft können wir Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze für unsere Jugend schaffen. Und daher, meine Damen und Herren, müssen wir selbständige Betriebe und Existenzen mehr und mehr stärken, fördern und wieder schaffen. *(Beifall bei der ÖVP. - Präsident Pansi übernimmt den Vorsitz.)*

Deshalb hat der Abgeordnete Schauer den Antrag wieder zur Stärkung von Existenzgründungen, zur Ermöglichung von Existenzgründungen eingebracht. Das ist die direkte Folge auch des Bundes-Mittelstandskonzeptes und -gesetzes.

Das, meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, sollten wir noch im Auslaufen dieser Regierungsperiode beschließen, im Sinne der Stärkung der österreichischen Wirtschaft und vor allem für unsere Arbeitnehmer, die dort sichere Dauerarbeitsplätze finden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! So kommt auch der Bericht des Hofrates Kausel letztlich - wie er schreibt - summa summarum zu dem Ergebnis, daß nun ein entscheidender ökonomischer Durchbruch gelungen sei, „dessen Wurzeln“ - jetzt wörtlich - „bereits Jahrzehnte zurückliegen. Die Saat der Modernisierung“ - schreibt er - „dürfte jetzt erst richtig aufgehen“.

Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanz-

ler! Die Ergebnisse dieser Saat werden dann aufgehen, wenn die wirtschaftspolitischen Maßnahmen entsprechend partnerschaftlich helfend und unterstützend angesetzt werden.

Damit, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, sind auch Ihre Berichte, wenn auch in aller Kürze, in aller Form ins rechte Licht gerückt. Damit bestätigt sich die Politik der ÖVP, unsere Meinung, die wir in diesem Hause seit Jahren vertreten, und unsere darauf basierenden Forderungen und Alternativen, die wir in der letzten Zeit hier im Haus der Öffentlichkeit immer wieder - vor eineinhalb Jahren schon - vorgestellt haben: das Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze, der Taus-Plan also, und auch andere Konzepte; ich will sie ja gar nicht alle wiederholen und aufzählen.

Zum ersten, meine Damen und Herren: Die Wirtschaft Österreichs, vor allem mittelständisch strukturiert, ist leistungsstark und leistungswillig.

Zum zweiten: Sie konnte und sie kann aber ihre Stellung nur im Schoße des Ordnungssystems der sozialen Marktwirtschaft, also der Partnerschaft von Wirtschaft und Staat, gegenüber härtester internationaler Konkurrenz behaupten.

Daher, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, haben wir den Entschließungsantrag betreffend die „Orientierung der Wirtschaftspolitik an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft“ schon voriges Jahr eingebracht, weil im Schoße dieser Entschließung unsere Wirtschaft ihre Stellung international behaupten konnte und kann und damit auch Dauerarbeitsplätze schaffen und sichern, Wachstum und Wohlstand gewährleisten kann.

Nur: Das ist das System, das Sie, Herr Bundeskanzler, anzweifeln und auch ankämpfen. Auch damit handeln Sie uns in dieser kleinen Volkswirtschaft so viele wirtschaftspolitische Troubles ein.

Die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundesregierung war und ist ausgerichtet - ich zitiere ja hier auch aus den früheren Regierungserklärungen - auf den Wohlfahrtsstaat; aber auf den Wohlfahrtsstaat durch Umverteilung, statt durch Leistung, durch Leistung als Basis jeder Sicherheit, der Sicherheit der Arbeitsplätze, der Sicherheit der Einkommen, auch aller sozialen Errungenschaften.

Meine Damen und Herren! Die Überforderung der Ressourcen unserer kleinen Volkswirtschaft bei sinkender Effizienz der öffentlichen Hand führte ja letztlich erst einmal zur Inflation, deren Dauer und Höhe die öffentlichen Haushalte zerstörte. Wir vergessen heute, daß hier die

Dr. Keimel

Grundlagen wirtschaftspolitischer Fehlmaßnahmen gesetzt wurden und die Staatsfinanzen dann in weiterer Folge zerstört wurden, mit dem sichtbaren Ausdruck steigender, nicht mehr finanzierbarer Budgetdefizite, einer progressiven Staatsverschuldung. In der Dynamik liegt es nämlich, daß diese Staatsverschuldung auch die kommenden Budgets unwahrscheinlich belastet. Wir haben die höchste Steuerbelastung, wo wir doch wissen – jeder Volkswirt weiß es –, daß in der Höhe der Steuerbelastung auch das, was wir die fiskalische Wachstumsbremse nennen, eingebaut ist.

Meine Damen und Herren! Hier bedarf es doch des Richtungswechsels! Hier müssen wir in der Wirtschaftspolitik das Ruder herumreißen! Diskutieren Sie doch mit uns diese Maßnahmen und das, was wir immer wieder positiv, aktiv und konsensbereit vorgelegt haben!

Immer stärker werden nun die negativen Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik in den Unternehmungen, eben in den österreichischen Unternehmungen sichtbar, auswirkbar.

Nicht daß Sie glauben, Herr Minister, das sei nie gesagt worden, wir hätten das nie gesagt. Sie sind vielleicht überrascht worden von dieser Entwicklung.

Am 9. Oktober 1974 – ich habe mir da so einen alten Artikel herausgeholt, zufällig gefunden – prangerte der Wirtschaftsbund die Schuldenpolitik der Regierung an und erklärte: Bei der Fortführung dieser Politik – wir haben damals zur Kehrtwendung aufgerufen – droht eine Budgetkatastrophe. „Und hier spricht Keimel“ – steht hier – „von einer Budgetkatastrophe in den kommenden Jahren, sollte diese Politik angesichts der steigenden Öl- und Rohstoffpreise fortgesetzt werden.“

Meine Damen und Herren! Es ist genauso eingetreten. Daher haben wir als Oppositionspartei nicht nur kritisiert, sondern konstruktiv gewirkt und das erste Mal ein budgetpolitisches Konzept vorgelegt, ein budgetpolitisches Konzept der ÖVP, mit dem wir den Richtungswechsel andeuten wollen, mit dem wir die Ausgabenstruktur ändern wollen, weil wir den Einnahmeplafond erreicht haben, Herr Minister, das dürften Sie inzwischen selbst erkannt haben, so hoffe ich zumindest.

Meine Damen und Herren! Sie sollten oder hätten mit uns das diskutieren und nicht Ihre Politik weiter fortführen sollen.

So wirken also diese negativen Einflüsse auf die Wirtschaft immer mehr und mehr.

Und da wagen Sie es, von der Ministerbank aufzustehen und den Bundesparteiboss Dr. Taus anzugreifen, er bringe es hier ... (Bundes-

kanzler Dr. Kreisky: Wir wagen es! Ja, Sie wagen es. Ich weiß. Wir sind von der Regierungsbank aus schon so viel gewohnt, und während der nächsten paar Sitzungen werden wir es noch durchhalten, dann ändert es sich ohnehin. (Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.) Herr Bundeskanzler! 100 Tage Kreisky halten wir schon noch durch, auch in diesem Haus. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das haben Sie das letzte Mal auch gesagt!)

Nun, meine Damen und Herren, damit es richtiggestellt sei: Herr Minister, nicht hier im Hause wird das erwähnt. Nein, nein hier wird es auch nicht hochgespielt. Die Menschen draußen haben Sorge. Sie werden so wie wir die letzten Umfragen kennen. Und wie heißt es hier? 1978 brachte fast 1 300 neue Insolvenzfälle, knapp 10 Milliarden Schilling Verbindlichkeiten. Trauriger Rekord ... (Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.) Das ist eine Statistik! Herr Minister, es ist eine Statistik: Internationale Wirtschaft – IW. Bitte, 12. Jänner 1979. (Ruf von der Regierungsbank: Es reicht!) Reicht's? Bitte sehr! (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Insolvenzen hat es immer gegeben! – Es war aber nicht immer die Regierung schuld!) Sind Ihnen also ganz klare und konkrete Zahlen unangenehm? (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Na!) Wenn es hier also heißt bei der Zahl ... Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt: Insolvenzen hat es immer schon gegeben. – Na klar, na sicher, das ist uns ganz was „Neues“. Das ist ja auch der Selbstreinigungsprozeß. Wir bestreiten ja gar nicht, daß das natürlich auch in schlechter Betriebsführung liegen kann, in einer Unterkapitalisierung. Das bestreiten wir ja gar nicht.

Aber jetzt haben wir einen Rekord durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, durch Steuerpolitik und so weiter erreicht. Und hier hat sich von 1977 auf 1978 die Steigerungsrate ergeben – Herr Bundeskanzler, hören Sie zu -: In einem Jahr eine Steigerungsrate in der Höhe von 28 Prozent, bei der Höhe der Verbindlichkeiten eine Zunahme um 45 Prozent.

Meine Damen und Herren! Und wieder eine Zeitung: „Neue Großinsolvenz“. Nur in einer einzigen Zeitung! Und Sie glauben immer, das bringen nur wir hier.

Und hier wiederum: „Warten auf Rella-Ausgleich.“ Ich darf doch noch eine Zeitung zitieren? (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Gern! Gern!) Na, bitte!

Ich sage jetzt bewußt eine Firma nicht ... (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Sagen Sie gleich welche!) Ich sage es nicht. – „Eine Firma setzt frei“ – ich gebe es Ihnen dann gerne –, „Umsatz stagnierte“. Hier bitte – ich zeige es Ihnen –

Dr. Keimel

steht: „Startet Kündigungen“. (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.*) Bitte, hier steht das, Herr Minister und Herr Bundeskanzler, und zwar jeden Tag, meine Damen und Herren. Und nicht hier im Haus. Wir geben hier nur der Besorgnis der österreichischen Bevölkerung Ausdruck, und das werden wir hier immer machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es bedarf daher, meine Damen und Herren, eines Kurswechsels, nicht einfach der Schönfärberei.

Es bedarf eines Klimawechsels, nicht der Zerstörung des Klimas! Meine Damen und Herren! Es bedarf nicht der Zerstörung des Klimas durch weitere enorme Belastungsgesetze einer abtretenden Regierung.

Ich appelliere an Sie: Herr Bundeskanzler und Herr Vizekanzler! Besinnen Sie sich noch einmal!

Professor Seidel hat gerade Anfang der Woche in einem Vortrag in Innsbruck erklärt, daß es mehr wirtschaftspolitische Impulse, stärkerer Impulse im exponierten Sektor der österreichischen Wirtschaft, vor allem also im Export und in der Fremdenverkehrswirtschaft, bedürfe.

Herr Minister! Wenn Sie nach Zürs hinauffahren – am Samstag, habe ich gehört, sind Sie droben –, nehmen Sie das Programm, das weitergeführte Konzept des Wirtschaftsbundes mit: Heuer, im Jahre 1978, Fremdenverkehrsprogramm, „... und heuer Österreich“, und dann... (*Bundesminister Dr. Androsch: Wir haben ein eigenes!*) Sie haben Ihr eigenes? Ich habe im Sommer gehört, daß Sie wieder die Fremdenverkehrswirtschaft sehr pauschal der Steuerhinterziehung geziehen haben. Wenn das Ihr eigenes Programm ist, dann können wir uns dafür bedanken.

Wir stehen so wie mit allen aktiven Programmen, wir haben auch wieder ein positives Programm für den österreichischen Fremdenverkehr vorgestellt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie bräuchten dieses Programm nur endlich in die Tat umzusetzen, wir werden es jedenfalls nach dem 6. Mai in die Tat umsetzen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir stellen daher unsere Alternativen Ihren Wirtschaftsberichten, einer Zahlenanhäufung, einem Jubelbericht, gegenüber. Daß Sie immer wieder, wenn auch verspätet, diese aufgreifen, Teile davon aufgreifen, beweist durchaus, daß die sozialistische Regierung zu einer positiven Wirtschaftspolitik und damit Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung nicht mehr fähig ist.

In diesem Sinne sind Ihre sogenannten

Berichte zur wirtschaftlichen Lage eigentlich nur der schlüssige Beweis dafür, daß ein Kurswechsel gar nicht früh genug stattfinden kann, ja er muß stattfinden, daher begrüßen wir ihn, damit dann die Österreichische Volkspartei für Österreich und mit den Österreichern, meine Damen und Herren, mit den Österreichern, nicht immer wieder in Konfrontation mit Bevölkerungsgruppen, einmal mit den Steuerbürgern, dann mit der Wirtschaft und so weiter, sondern mit den Österreichern neue Wege beschreiten kann, nämlich unseren Weg der Sicherheit durch Leistung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Pansi: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mühlbacher.

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe nun die Ausführungen der Oppositionsredner genauestens verfolgt. Außer den Bezeichnungen „Jubelbericht“, „rosarote Traumerei“ waren keine ernst zu nehmenden Stellungnahmen dabei. (*Abg. Anton Schlager: Also die waren ernst zu nehmen!*)

Bleiben wir also bei den Ausführungen von Klubobmann Dr. Taus! Er kam heraus und sagte – er sprach von „Jubelbericht“ –, daß sich diese Berichte von früheren Berichten durch nichts unterscheiden. Was meinte er eigentlich damit? Meines Erachtens hat er recht. Es ist nämlich insofern kein Unterschied, als jeder dieser Berichte, die in den letzten acht Jahren vorgelegt worden sind, immer wieder die Erfolge der Maßnahmen dieser Bundesregierung gezeigt hat, die wirtschaftlichen Erfolge, die sich nunmehr in effektiven Kennzahlen der Wirtschaft ausdrücken.

Es war bezeichnend, daß Herr Dr. Taus auf die wesentlichsten Punkte, worunter ich die Vollbeschäftigung, die Stabilitätspolitik, die Wachstumsrate verstehe, nicht einging. Von diesen drei wesentlichen Faktoren der österreichischen Wirtschaft hat Herr Klubobmann Taus hier nicht gesprochen. Gesprochen hat er von der Zimmertemperatur im Kanzleramt. Wenn das seine größte wirtschaftliche Sorge ist, dann ist das bezeichnend für sein gesamtes Wirtschaftsprogramm und das der Österreichischen Volkspartei! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Seine übrige Stellungnahme darf ich auch noch etwas unter die Lupe nehmen. So hat er unter anderem gesagt, die öffentlichen Investitionen durch den Bund wären zurückgegangen, mußte aber dann, als er den Beweis von hier aus führen wollte, zugeben, daß es doch eine schwache Zunahme gab. Man sieht also hier die Manipulation, daß man zuerst einmal behauptet, die Investitionen sind zurückgegangen, dann aber doch zugeben muß, daß eine schwache Zunahme festzustellen war.

11996

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Mühlbacher

Ansonsten hat sich Herr Taus doch nur wieder in die Zukunft geflüchtet, in die Methode seiner Partei, nämlich hinsichtlich der Zukunft immer schwarzzumalen und nicht von den realen Tatsachen, die die Maßnahmen dieser Regierung bestätigen, zu sprechen. Die Schwarzmalerei hinsichtlich des Budgets in der Zukunft ist doch etwas, was man heute noch nicht beweisen kann. Das ist eine Methode der Verunsicherung der österreichischen Bevölkerung.

Nun zum Hineingehen in Details, wie es ja gestern und heute gemacht wurde, bezüglich der Entlassungen in Betrieben der österreichischen Wirtschaft.

Verehrte Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Stellungnahme des Herrn Generaldirektors Böhm von Waagner-Biro zum heutigen Artikel in der „Presse“ vorlesen. Er erklärt:

„Ein Bericht in der heutigen Tageszeitung ‚Die Presse‘ erweckt Eindrücke, welche das wirtschaftliche Bild des Unternehmens verzerren und zu Fehlinterpretationen in der Öffentlichkeit Anlaß geben.“

Generaldirektor Böhm von Waagner-Biro stellt dazu folgendes fest:

„1. Der Schwerpunkt der Geschäftspolitik wird die weitestmögliche Aufrechterhaltung des Geschäftsumfanges und die damit verbundene Arbeitsplatzsicherung sein, wobei die Erhaltung der Substanz und die Ertragslage des Unternehmens nicht außer Betracht gelassen werden. Diesem Ziel dienen die Konzentration und die wesentliche straffere Organisation.“

Auf Grund der Tatsache, daß sich die Abwicklung der einzelnen Aufträge in der Regel über mehrere Jahre erstreckt, kann schon heute damit gerechnet werden, daß der Umsatz 1979 etwa die gleiche Höhe wie 1978 erreichen wird.

Die Behauptung in der heutigen ‚Presse‘, daß Waagner-Biro weitere 200 Beschäftigte abbauen muß, stimmt daher nicht. Sicherlich bedingen jedoch Rationalisierungen, Konzentration und Änderungen in der Struktur bei Waagner-Biro, daß der natürliche Abgang von Arbeitskräften nicht in vollem Umfang und gleicher Art ersetzt wird.

2. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens durch Strukturverbesserung macht es vielmehr notwendig, diese durch die Aufnahme neuer und qualifizierter Mitarbeiter zu unterstützen.“

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Gestatten Sie mir die Unterstellung, daß man mit der Lancierung solcher Artikel doch Beunruhigung in der Bevölkerung machen will. Panikmacher und

Schwarzmalerei tragen dazu bei, die Bevölkerung zu verunsichern. Man wird in der nächsten Zeit genau aufpassen und all diese Meldungen auf ihre Richtigkeit überprüfen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht noch eine Stellungnahme zum Beitrag des Herrn Klubobmannes Peter. Herr Klubobmann Peter hat die Berichte als Wahlkampfmittel bezeichnet. Auch das ist mir unverständlich, denn wir haben immer derartige Wirtschaftsberichte vorgelegt bekommen. Es ist auch jetzt die richtige Zeit, diese Wirtschaftsberichte vorzulegen und sie hier im Hause zu debattieren.

Dazu wäre auch gleich zu sagen, wir wollen ja jetzt hier nicht Wahlkampf betreiben, und wenn Sie das tun, ist das Ihre Sache. Wir wollen so zügig wie bisher bis zum Ende der Legislaturperiode weiterarbeiten. Wir behalten unser Tempo bei, und das kann man nicht als „Torschlußpanik“ oder „durchpeitschen“ bezeichnen, denn wir haben in der ganzen Zeit der Legislaturperiode mit einem solchen Tempo gearbeitet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Taus stellt zur Wirtschaftspolitik kritisch fest: Da wird immer wieder gesteuert, und es werden die Korrekturen von seiten des Staates vorgenommen.

Dazu, verehrte Damen und Herren, kann ich nur sagen: Das ist Steuerung oder Korrektur des Wirtschaftssystems durch Wirtschaftsförderung. Auch von diesen wirtschaftsfördernden Maßnahmen habe ich sehr wenig in den Ausführungen der beiden Redner der Österreichischen Volkspartei gehört. Ich möchte sie daher in Erinnerung rufen und bei dieser Gelegenheit gleich auf einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten Keimel eingehen, der immer wieder unser Steuersystem angreift und besonders die angeblich übergroße Belastung durch die Steuern hervorhebt.

Darf ich dem Herrn Abgeordneten Keimel sagen, daß unsere steuerlichen Investitionsbegünstigungen zusätzlich jährlich 12 Milliarden betragen.

Herr Abgeordneter Keimel! 12 Milliarden Schilling werden durch die steuerlichen Investitionsbegünstigungen der Wirtschaft jährlich gegeben. Ich darf Ihnen diese Maßnahmen aufzählen, wenn Sie sie vergessen haben sollten:

Investitionsfreibetrag in der Höhe von 20 Prozent, angehoben durch die sozialistische Regierung.

Die vorzeitige Abschreibung, auch in letzter Zeit angehoben von der sozialistischen Regierung.

Mühlbacher

Begünstigung von bestimmten Kapitalinvestitionen im Ausland, insbesondere zur Förderung unserer Exportbetriebe.

Anhebung der vorzeitigen Abschreibung für bestimmte Umweltschutzinvestitionen.

Anhebung des Ausmaßes der Investitionsrücklage von 20 auf 25 Prozent des Gewinnes, auch während der sozialistischen Regierung.

Hiezu möchte ich gleich betonen, weil Abgeordneter Keimel wieder auf sein Mittelstandsprogramm hingewiesen hat: Hier können Sie bei jedem einzelnen Punkt erkennen, wie sehr der sozialistischen Regierung die mittelständischen Betriebe am Herzen liegen. (*Abg. Dr. Keimel: Ja, ganz recht!*) Dies sind alles Förderungen für die mittelständischen Betriebe in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Keimel: Das bestreite ich gar nicht! Bei jeder Ihrer Maßnahmen erkennt man, wie Sie dazu stehen!*) Die Wirtschaft nützt sie ja auch aus, das zeigen genau die Bilanzen der Betriebe. Sämtliche Investitionsbegünstigungen auf steuerlichem Sektor werden ausgenützt. Ich kann mir daher nicht vorstellen, daß derartige Begünstigungen Ihrerseits nicht angenommen werden. Trotzdem behaupten Sie, daß durch die Soziale Marktwirtschaft solche Begünstigungen nicht notwendig sind.

Ich darf in meiner Aufzählung der steuerlichen Investitionen fortfahren:

Wegfall der Verpflichtung zur Vorlage von Verzeichnissen im Rahmen der vorzeitigen Abschreibung. Auch der Investitionsfreibetrag für bestimmte Steuerpflichtige ist eine Erleichterung, die in den letzten Jahren gewährt wurde.

Milderung des gegenseitigen Ausschlusses von Investitionsbegünstigungen, auch von der sozialistischen Regierung gemacht.

Die zusätzliche Sonderabschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Ausmaß von 25 Prozent, die in den Jahren 1974 bis 1976 gewährt wurde.

Die Liste geht weiter mit vorzeitiger Abschreibung von 50 Prozent für Bauinvestitionen in den Jahren 1976 und 1977.

Ferner die zeitweise Aufhebung der Investitionssteuer und nunmehr der SP-Initiativantrag, ab 1. Jänner 1979 die Investitionssteuer zur Gänze zu streichen.

Ich kenne Ihre Kritik: endlich und so weiter! Sie haben aber eines vergessen: daß diese Investitionssteuer bei der Einführung der Mehrwertsteuer der zweite Finanzierungsweg war und daß diese Mittel seinerzeit von seiten des Bundes für die Entlastung der Warenlager

aufgebracht werden mußten. (*Abg. Dr. Keimel: Längst abgezahlt!*)

Das stimmt doch nicht, Herr Abgeordneter Keimel! Da haben Sie bereits das ganze System der Einführung der Umsatzsteuer vergessen.

Wenn Sie kritisieren, die Aufhebung der Investitionssteuer wäre zu spät geschehen, dann muß ich Ihnen sagen, das stimmt auch nicht. Denn hätten wir am 1. Juni 1978 gesagt, wir heben die Investitionssteuer zum 1. Jänner 1979 auf, so hätte das doch Folgewirkungen gehabt, die sich nur abträglich für die Wirtschaft ausgewirkt hätten, und zwar deshalb, daß dann im zweiten Halbjahr 1978 überhaupt keine Investitionen getätigt und sie in das Jahr 1979 hinübergezogen worden wären. (*Abg. Dr. Keimel: 2 Milliarden Belastung für die Wirtschaft aufheben nennt er einen Nachteil für die Wirtschaft!*)

Sie wollen mich nicht verstehen. Ich habe auf den Nachteil, wenn man das schon im Jahre 1978 angekündigt hätte, hingewiesen. Dann wären keine Investitionen mehr im Jahre 1978 getätigt worden, sondern erst im Jahre 1979. Wenn man die Investitionen in das Jahr 1979 verlegt hätte, hätte das Nachteile für die Wirtschaft gebracht.

Jetzt ist es eine Maßnahme innerhalb des zweiten Strukturprogramms, welche der Wirtschaft die Investitionen im Jahr 1979 wesentlich erleichtert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Überdies habe ich über das zweite Strukturprogramm von Ihren Debattenrednern auch sehr wenig gehört. Das dürfte auch nicht so auf Ihrer Linie liegen. Erstens die Aufhebung der Investitionssteuer, zweitens Senkung der Kreditkosten. Auch hier ein Anreiz für die Investitionen und für die Ankurbelung der Wirtschaft im Jahr 1979. Wieder eine Maßnahme für die gesamte Wirtschaft, auch für die mittelständische Wirtschaft. (*Abg. Dr. Keimel: Wissen Sie, wann wir das verlangt haben? Am 29. Juni 1978 haben wir es verlangt! Da waren Sie dagegen!*)

Herr Abgeordneter Keimel! Wissen Sie, was das für die Wirtschaft bringt? 1 Prozent der Lohnsumme beträgt 4,5 Milliarden Schilling, 1 Prozent bei der Senkung der Kreditkosten 5,5 Milliarden Schilling. Da sehen Sie bereits, wieder unsere Maßnahmen für die Wirtschaft, die ihr im Jahr 1979 zugute kommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Keimel! Sie haben Ihren Bericht mit dem Hinweis auf Ihr Mittelstandsprogramm geschlossen, das besondere Förderungen für die mittelständische Wirtschaft vorsieht. Ich weiß, daß Sie „mittelständische Wirtschaft“ meinen, wenn Sie „Mittelstand“

11998

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Mühlbacher

sagen. Da darf ich Sie auf die neuen Förderungen, die im zweiten Strukturprogramm gemacht werden, aufmerksam machen. Das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ... (*Abg. Dr. Keimel: Wer hat denn das gemacht? Das hat die ÖVP-Regierung gemacht!*) Es ist in diesem Haus im Jahre 1969 gemeinsam gemacht worden und hatte damals eine Dotierung von 3,5 Prozent der Gewerbesteuer. Von der sozialistischen Regierung ist die Dotierung zuerst auf 5 Prozent, dann auf 7,5 Prozent erhöht worden. Das heißt also, eine Verdreifachung dieser Mittel wurde durch die sozialistische Regierung durchgeführt. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Keimel: Koren-Plan!*)

Durch das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wurden bereits 15 Milliarden Schilling Investitionen bei mittelständischen Betrieben gefördert und begünstigt. 15 Milliarden Schilling! (*Abg. Dr. Keimel: Da leben Sie heute noch davon - Koren-Plan!*)

Was heißt „heute noch davon leben“? Diese Gewerbestrukturverbesserungsaktion wird fortgesetzt, der Rahmen der Kredithöhe wird nunmehr von 3,75 Millionen Schilling auf 5 Millionen Schilling erhöht. (*Abg. Dr. Leibenfrost: Weil Sie das letztemal die Lücke übersehen haben!*) Kein Mensch hat etwas übersehen. Sie sehen, daß wir nunmehr alle Investitionsgrößen in ein Investitionsprogramm einbezogen haben, das heißt bis 5 Millionen Schilling durch das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, und ab 5 Millionen Schilling – das wissen Sie ja – kommt die Zinsstützungsaktion in Betracht.

Ich darf weiters auf die neuen Förderungen beim Fremdenverkehr hinweisen, weil Sie Ihr Fremdenverkehrskonzept so herrlich angepriesen haben. (*Abg. Dr. Keimel: Da steht es drinnen!*) Es ist doch zu erkennen, in welchem Ausmaß sich der Fremdenverkehr in Österreich entwickelt hat.

Wir haben nunmehr die ERP-Ersatzaktion für 500 Millionen Schilling ausgeweitet, die Seilbahnaktion für 350 Millionen Schilling und mit der Verlängerung der Zinszuschüsse in der Hausaktion auf zwölf Jahre bei einem tilgungsfreien Jahr diese Aktion an die ERP-Ersatzaktion angeglichen. Darüber hinaus ist eine Förderung und Mehrdotierung der Fremdenverkehrswerbung insbesondere, um auch den Sommerfremdenverkehr noch besser zu unterstützen, geplant.

Beim Gewerbe habe ich bereits die Erhöhung des Zuschußrahmens nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz von 3,75 Millionen auf 5 Millionen Schilling genannt.

Ferner möchte ich hier auf die Verbesserung

der Existenzgründungsaktion durch die Anhebung des Zuschusses von 12 auf 15 Prozent und die Erhöhung der Kreditobergrenze von 500 000 auf 2 Millionen Schilling hinweisen.

Aber hier darf ich auch den Herren der Österreichischen Volkspartei die Frage stellen: Wenn Sie schon so förderungsbereit sind, warum gehen dann jene Länder bei der Existenzgründungsaktion nicht mit, die Sie durch Ihre Partei beeinflussen? Warum bemüht sich der Herr Präsident Schauer nicht, daß auch die Niederösterreichische Landesregierung mitzieht bei der Existenzgründungsaktion, die vom Bund durchgeführt wird? (*Abg. Dr. Keimel: Die haben ganz eigene!*) Aber, Herr Abgeordneter Keimel, hier ist eine gute Aktion, und wenn einige Bundesländer sich bereit erklärt haben, möchte ich wissen, warum sich gerade jene Bundesländer, die unter Ihrem Einfluß stehen, dazu nicht bereit erklären. (*Abg. Ing. Gassner: Weil sie heute bereits mehr tun!*) Das ist begrüßenswert, aber sie könnten doch ohne weiteres dieser Existenzgründungsaktion im Sinne der Förderung der Kleingewerbetreibenden und der mittleren Gewerbebetriebe beitreten.

Herr Abgeordneter Keimel, weil wir noch einmal vom Mittelstand sprechen: Sie haben hier zum Schluß mit den Zahlen manipuliert! Es ist in den letzten Jahren bei den selbständig Wirtschaftstreibenden kein Rückgang eingetreten, sondern seit 1975 hat sich die Mitgliederzahl bei den Handelskammern um 4 000 erhöht. Das bedeutet, daß auch dieser Bereich weitere Arbeitsplätze für Selbständige gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Nach dem Hinweis auf die Förderungsmaßnahmen, die zusätzlich ab 1. Jänner 1979 zur Geltung kommen werden, möchte ich mit der Feststellung schließen, daß wir weiterhin alles tun werden, daß Österreichs Wirtschaft floriert; in allen Bereichen, sowohl im Bereich der Kleinbetriebe, im mittelständischen Bereich und auch auf dem industriellen Sektor. Und so wie bisher diese Maßnahmen der sozialistischen Regierung Erfolg gebracht haben – was in den Berichten der Regierung deutlich erkennbar ist –, bin ich der Überzeugung, daß auch die neuen Maßnahmen der österreichischen Wirtschaft neue Impulse geben werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Pansl: Als nächster Redner kommt Herr Abgeordneter Dr. Stix zu Wort.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In seiner Wortmeldung von der Regierungsbank aus hat der Herr Vizekanzler Dr. Androsch eine Art verbale Verteidigung des heute schon vielfach zitierten Hofrates Dr.

Dr. Stix

Kausel versucht, denn jene Gegenüberstellungen von Äußerungen des Herrn Hofrates einerseits in dem Bericht, andererseits in dem Interview waren ja eher blamabel für den Verfasser.

In dieser verbalen Verteidigung des Herrn Vizekanzlers ist ein Gedankengang aufgeschrieben, dem ich durchaus zu folgen vermag. Er hat gemeint, es sei doch eine gute Sache, den in Österreich zweifellos festzustellenden Mangel an Selbstbewußtsein einmal unter die Lupe zu nehmen, gewissermaßen eine Aufmunterung zu geben, damit wir Österreicher nicht immer nach dem Motto verfahren, das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen. Ich spreche jetzt ganz allgemein von der Wirtschaftsleistung dieses Landes.

Das ist ein an sich begrüßenswertes Vorhaben. Ich kann aus eigener Erfahrung diesseits und jenseits der Grenze bestätigen, daß anderswo auch nur mit Wasser gekocht wird. Aber, Herr Vizekanzler – und damit kommen wir wieder zu der sehr merkwürdigen Arbeit des Herrn Hofrates Kausel –, man tut genau diesem psychologisch notwendigen Bestreben, das Selbstbewußtsein der Österreicher dort zu heben, wo es berechtigt ist, keinen guten Dienst, wenn man nun, wie Kausel, in das Gegenteil verfällt und mit einer geradezu unglaublichen Überheblichkeit nicht seriös zusammengestelltes Zahlenmaterial interpretiert.

Daß diese Überheblichkeit aus dem Kausel-Bericht auch der Herr Klubobmann Dr. Heinz Fischer erkannt haben mag, glaube ich daran zu erkennen, daß er ein Zitat aus der Androsch-Erklärung über Kausel aus seinem Bericht nur zum Teil vorgetragen hat und genau jenen Teil mit „und so weiter“ übersprang, der eben jene fatale Überheblichkeit zum Ausdruck kommen ließ. Ich möchte daher das Zitat noch einmal ganz vorlesen. Kausel schrieb, und Androsch zitierte dies wörtlich in seiner Erklärung:

„In Wahrheit ist die österreichische Wirtschaft ... im Grunde kerngesund und in der Lage, alle klassischen Wirtschaftsprobleme, wie Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Zahlungsbilanz, Verteilungsgerechtigkeit, Infrastruktur, sozialen Frieden und so weiter, in einer Weise gleichzeitig und ohne Zielkonflikte zu lösen, wie dies in dieser Vollkommenheit von keinem anderen Land der Welt verwirklicht wird.“

Das, bitte, ist Präpotenz zum Quadrat, und damit hat der Herr Hofrat Kausel sicherlich keinen guten Dienst jenem an sich vernünftigen Bestreben erwiesen, das Selbstbewußtsein der Österreicher dort zu heben, wo dies auf Grund ihrer Leistungen berechtigt ist.

Und Kausel erweist umso weniger der Sache einen guten Dienst, als sein Bericht von Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten nur so strotzt. Ich habe mir lange überlegt, welche der vielen Stellen ich zitieren sollte, um diese Unseriosität der hier vorgelegten Arbeit schlagend zu belegen. Ich habe mich entschieden, drei Sätze aus Seite sieben zu zitieren, weil dort die Widersprüche buchstäblich in der Spannbreite von wenigen Schreibmaschinenzeilen aufscheinen. Kausel schreibt:

„Die stereotypen Behauptungen von einer relativen ‚Verschlechterung‘ der Arbeitskostenbelastung im Vergleich zur BRD entbehren daher jeder Grundlage. In Wirklichkeit hat sich die relative Arbeitskostenlage Österreichs gegenüber jener der BRD von 1960 bis 1970 um 20 Prozent verbessert. Dieser unangemessen hohe Kostenvorsprung wurde zwar bis 1975 auf 12 Prozent und bis 1978 auf 9 Prozent reduziert, er ist aber nach wie vor existent.“

Und wie, bitte, erklärt sich das jetzt mit der zwei Sätze vorher aufgegriffenen These von der relativen Verschlechterung der Arbeitskostenbelastung?

Von solchen Widersprüchlichkeiten strotzt der Bericht nur so, und es ist höchst bedauerlich und der Wirtschaftswissenschaft sicherlich nicht dienlich, wenn in der Öffentlichkeit mit Zahlenmaterial derart manipuliert und derart willkürlich interpretiert wird.

Damit möchte ich die Causa Kausel beenden und mich dem Thema der Ausführungen zuwenden, wie sie auch von meinen Vorrednern aufgegriffen wurden.

Zunächst einmal hat sich der Herr Abgeordnete Mühlbacher gegen die Äußerung Friedrich Peters gewandt. Dieser hat den Sozialisten in diesem Haus vorgeworfen, daß sie nun in einer Art Torschlußpanik und mit einer geradezu atemberaubenden Wahlzuckerproduktion die Abgeordneten vier Sitzungen vor Ende dieser Parlamentstätigkeit mit einer Papierflut zudecken würden. Peter hat gesagt: Angesichts dieser Situation ist eine seriöse legistische Arbeit nicht mehr möglich.

Genau das hat aber Abgeordneter Mühlbacher bestritten. Ich möchte ihn daher fragen: Was ist denn das anderes als eine Wahlzuckerproduktion, wenn etwa – wie heute – uns Abgeordneten an einem einzigen Tag zirka 17 Anträge, die meisten davon gewichtige Gesetzesanträge, auf den Tisch flattern? Darunter sind vielleicht zwei oder drei nicht von der sozialistischen Fraktion. Das ist doch Wahlzuckerproduktion par excellence.

Aber um gleich bei den Wahlzuckerln zu bleiben: Wenn ich mir das sogenannte zweite Strukturprogramm dieser Bundesregierung

Dr. Stix

anschaue, dann kommt mir Minister Dr. Androsch so vor, als ob er gleichsam der beste Kunde der österreichischen Zuckerindustrie wäre, denn für das, was er an Wahlzuckerln in dieses Programm hineingepackt hat, müßte er bereits ganze Berge von Zucker verwenden. Nur die Glaubwürdigkeit wird dadurch sicherlich nicht gestärkt, vor allem dann nicht, da sich die Wirtschaft sehr gut daran erinnert, wie sie jahrelang schwersten Belastungen ausgesetzt wurde, wie sie nachgerade geprügelt wurde, und zwar verbal ebenso wie mit Steueränderungen, auf die noch zurückzukommen sein wird, und mit einer Belastungswelle, die ihresgleichen sucht.

Wenn nun gewissermaßen fünf Minuten vor zwölf ein Programm erstellt wird, in dem alles drinnen ist, was gut und teuer zu sein scheint, dann kann man das nur als Wahlzuckerlproduktion abtun. Man ist geneigt, sich an jenen bekannten Graf Bobby-Witz zu erinnern, wo Graf Bobby den Hund beim Schwanz nimmt, immer um sich herumschleudert und dann in eine Ecke wirft, bis sich der Hund aufheulend wieder zusammenrappelt und zum Herrchen zurückkriecht. Gefragt, warum er das mit diesem Hund täte, lautet dann die klassische Antwort: Ja der freut sich immer so, wenn der Schmerz nachläßt. – Und genauso ist die Art der Behandlung, die der Herr Vizekanzler und Finanzminister der österreichischen Wirtschaft zuteil werden läßt. Jahrelang hat er sie geprügelt und belastet, und nun legt er ihr etwas auf den Tisch, damit sie sich freuen kann, wenn der Schmerz nachläßt.

Ich sagte schon, daß das nicht der Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient.

Es ist aber – und das ist wesentlich ernster – festzuhalten, daß in der Wirtschaft etwas zerstört wurde, ohne das eine Wirtschaft auf die Dauer nicht gedeihen kann und das vor allem dann benötigt wird, wenn schwierige Zeiten herankommen, nämlich das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik. Es ist eine allgemeine Klimaverschlechterung in der Wirtschaft eingetreten, wodurch es immer schwerer wird, der so schwierigen Aufgabe, die die Betriebsführer, Unternehmer und Erwerbstätigen in solchen Zeiten haben, nachzukommen. Diese Verschlechterung des Wirtschaftsklimas, dieser Schwund des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik hat zwei Komponenten, die eine ist eher allgemeiner Natur, die andere beruht auf besonders unangenehmen Erfahrungen mit dieser Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Die allgemeine Verunsicherung kommt durch die immer wieder festzustellende Infragestellung der Marktwirtschaft. Es gibt ständige

Angriffe von sozialistischer Seite gegen diese angeblich nicht funktionierende, schlecht funktionierende, profitorientierte Marktwirtschaft, die ihre Probleme nicht lösen könne, und es besteht die Weigerung der sozialistischen Regierung, eine klare Aussage zu machen, wie sie es auf die Dauer mit dem System der Marktwirtschaft hält.

Weil wir Freiheitlichen das für eine ganz essentielle Grundlage für die Wiederbelebung des Vertrauens der Wirtschaft in die Wirtschaftspolitik halten, erheben wir auch die Forderung, daß eine sozial gebundene Marktwirtschaft, mindestens aber ein Bekenntnis zu den Grundzügen einer solchen in unsere Bundesverfassung aufgenommen wird und damit gewissermaßen die Basis für eine sogenannte Wirtschaftsverfassung darstellt.

Leider hat sich die sozialistische Seite bis heute geweigert, einem derartigen Gedankengang näherzutreten. Wir Freiheitlichen werden aber nicht aufhören, diese Forderung nach einer Verankerung der sozialen Marktwirtschaft in der Verfassung immer wieder in geeigneter Weise vorzubringen.

Die zweite Wurzel für den Vertrauensschwund in der Wirtschaft und für die gewaltige Verschlechterung des Wirtschaftsklimas, und zwar vor allem bei jenen, die tagtäglich Verantwortung in dieser Wirtschaft tragen, ist in der gigantischen Belastungswelle und in den Steuergesetzen der letzten Jahre zu sehen. Ich brauche mich da wirklich nicht zu wiederholen. Es genügt vollkommen, wenn ich einige wenige Beispiele erwähne, etwa das 2. Abgabenänderungsgesetz, bei dem heute besonders interessant ist, daß es die Rückstellung für genau jene sozialen Lasten, sprich Abfertigungen, gekürzt hat, die man heute auf einer anderen Ecke im Wege der Abfertigungen für Arbeiter aufstocken will. Das ist eine völlig inkonsequente Haltung. Ich werde aber darauf später noch zurückkommen.

Die andere Tatsache ist, daß einfach durch den Federstrich eines Mehrheitsdiktates in diesem Hohen Haus den Betrieben nicht mehr all jene Kosten als Kosten anerkannt werden, die in der Tat Ausgaben im Gewerbebetrieb und daher Kosten sind. Auch das ist eine gewaltige Verunsicherung, die gewiß nicht jene Investitionsfreude beziehungsweise Investitionsbereitschaft hebt, um die man sich angeblich mit so vielen Förderungsmitteln bemüht.

Ein letztes Beispiel noch aus dieser Gruppe: die sogenannte Lkw-Steuer oder der Straßenverkehrsförderungsbeitrag. Diese Steuer ist heute schon als Fehlschlag zu erkennen. Sie hat weder das Verkehrsordnerische Ziel, das die sozialisti-

Dr. Stix

sche Regierung damit behauptet hat, erreicht, noch hat sie die Erwartungen erfüllt, die der Herr Finanzminister in fiskalischer Hinsicht an das damit verbundene Steueraufkommen geknüpft hat. Sie hat auch nicht den guten Beziehungen Österreichs zu seinen Wirtschaftsnachbarn gedient, weil inzwischen einige Nachbarstaaten Vergeltungsmaßnahmen ergriffen haben.

Damit ist genau jene Wirkung eingetreten, die wir Freiheitlichen bei der seinerzeitigen Diskussion um die Einführung dieser Lkw-Steuer warnend genannt hatten. Letzten Endes kann sie eine Gefährdung von Arbeitsplätzen bringen, und zwar im Frachtgewerbe, aber auch in jenen Betrieben, die davon indirekt abhängig sind. Genau diese Entwicklung stellt sich ein. Das alles zusammengekommen ist die Erklärung dafür, warum die Verunsicherung in der Wirtschaft gewaltig um sich greift.

Nun einige andere Fakten. Die gestern vorgelegten Wirtschaftsberichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers malen ein sehr schönes Bild, rosa in rosa. Mich erinnert das ganze an die Momentaufnahme eines Kartenhauses mit einer Farbkamera, solange es noch steht, kurz bevor es zusammenbricht.

Daß diese Welt nicht mehr so heil ist, wie es in den Wirtschaftsberichten dargestellt wird, zeigt doch der Pleitenrekord in Österreich. Wir haben im Jahre 1978 eine Zahl an Insolvenzfällen gehabt wie überhaupt noch nie seit den Jahren des Wiederaufbaues nach 1945, Steigerungsrate bis zu einem Drittel, und – das ist vielleicht das Tragischste an dieser Entwicklung – es deutet alles darauf hin, daß es so weitergehen wird. Es deutet alles darauf hin, daß immer mehr Firmen in die roten Zahlen kommen werden. Da ist es bei Gott auch kein Trost, daß die verstaatlichte Industrie gern vorgezeigt wird, vielfach als das unsinkbare Schiff Österreichs betrachtet wird, wenn sie in ganz enormem Ausmaß in die roten Zahlen hineingerät.

Es hat erst jüngst beispielsweise die Vereinigung industrieller Bauunternehmen Österreichs darauf hingewiesen, daß die öffentliche Hand ebenfalls beigetragen hat zu diesem Anschwellen der Ausgleiche und Konkurse, nicht zuletzt wegen der stark verschlechterten Zahlungsmoral der öffentlichen Hand; auch das ist ein Bestandteil, der in einem objektiven Wirtschaftsbericht erwähnt gehörte.

Die öffentliche Hand ist nicht nur eine fördernde, sondern durch ihre säumige Zahlungsmoral in vielen Fällen sogar diejenige Hand, die den letzten Anstoß für die Zahlungsunfähigkeit großer, mittlerer und kleiner Firmen gibt. Ich fürchte sehr, daß wir die wirkliche

Insolvenzwelle erst vor uns haben. Und diese tatsächliche Entwicklung, Herr Bundesfinanzminister, straft den so überaus optimistischen auf Papier fein säuberlich festgehaltenen Bericht eben der Einseitigkeit.

Zu den Maßnahmen, die Sie vorschlagen, Herr Bundesfinanzminister, gehört unter anderem die Senkung der Kreditkosten. Es ist dies ein ganz ausgezeichneter Vorschlag. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir Freiheitlichen in den letzten beiden Jahren ständig gesagt haben: warum strapazieren Sie immer wieder Zinsstützungsaktionen da und dort, wenn es nur um ein paar Millionen, ein paar Dutzend Millionen, vielleicht da und dort hundert Millionen geht, wenn die Senkung des Kreditkostenniveaus um nur 1 Prozent ein Vielfaches aller zusammengekommenen Stützungsaktionen ausmacht?

Ich möchte diese meine Behauptung belegen. Ich darf zitieren aus der freiheitlichen Stellungnahme am 5. Dezember zum Gewerbestrukturverbesserungsgesetz. Ich möchte hier einen ganzen Absatz zitieren, um damit klarzulegen, daß wir Freiheitlichen seit langem gesehen haben, daß es darauf ankommt, die Kreditkosten zu senken. Ich zitiere:

„Ich will noch einmal eine Zahl aufgreifen, die der Herr Abgeordnete Mühlbacher nannte. Er hat von rund 800 Millionen Schilling inzwischen ausgeschütteten Zinsverbilligungsmitteln gesprochen. – Eine, für sich allein betrachtet, beeindruckende Zahl, nur wird sie sehr klein, wenn man sie in die nötige Relation setzt. Die Relation ist natürlich das Zinsniveau für Kredite, also der Preis, die Kosten für Fremdfinanzierung. Und da sieht man, daß allein die Absenkung des Zinsniveaus in Österreich, des allgemeinen Niveaus der Kreditzinsen um 1 Prozent mehr ausmachen würde als diese in vielen Jahren zustande gekommenen 800 Millionen Schillinge Zinsverbilligungen.“

Sie haben sich in den letzten beiden Jahren geweigert, Herr Bundesfinanzminister, dieser klar erkennbaren Notwendigkeit nachzukommen. Daß Sie es jetzt fünf Minuten vor Zwölf tun, ist in der Sache zwar erfreulich, trägt aber nicht zur Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik in dieser Frage bei.

Und gleich noch eine Frage, angehängt im Zusammenhang damit. Wenn Sie schon für die Senkung der Kreditkosten sind, warum schaffen Sie dann nicht die von Ihnen jüngst eingeführte Kreditsteuer ab? Ein wesentlicher Verteuerungsbestandteil für Investitionskredite!

Ich möchte nicht auf Einzelheiten der individuellen Förderungsmaßnahmen eingehen. Vieles davon ist gut. Wir Freiheitlichen haben das immer wieder gesagt, aber man darf nicht

Dr. Stix

glauben, daß man daraus, daß man ewig lang über Tropfen auf dem heißen Stein spricht, das Problem lösen kann, da der Stein heiß bleibt, weil er auf einen kühlenden Regenguß wartet.

Lassen Sie mich nur ein Beispiel herausgreifen, das belegen mag, warum ich vom Tropfen auf dem heißen Stein spreche. Alle, die die wirtschaftspolitische Diskussion verfolgen, die die Wirtschaftspublizistik im weitesten Sinne verfolgen, wissen, wie man seit langer Zeit ausführlich und intensiv etwa über die Finanzierungsgarantiegemeinschaft spricht, ein so nützliches Instrument zur Investitionsförderung.

Schön und gut, aber was ist denn die Dimension? Aus den Beilagen zu Ihrem Wirtschaftsbericht, Herr Vizekanzler, geht hervor, daß diese so hochgerühmte Gemeinschaft mit einem enormen Apparat, einem großen Aufsichtsgremium – zusammengesetzt aus potenten Fachleuten – ausgestattete Institution im Kalenderjahr 1978 ganze 15 Anträge erledigt hat.

Nichts im Detail gegen diese Förderung, aber alles dagegen, daß man in diesem Tropfen auf den heißen Stein, den eine solche Maßnahme darstellt, gleich den Regenguß sehen will, der in Wahrheit ausbleibt, auf den eine dürstende Wirtschaft aber wartet.

Das Tragische an dieser Situation ist, daß bei aller Verschlechterung des Wirtschaftsklimas und des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik dieser Regierung durch die ständig wachsende Steuerlast ja der Staatshaushalt trotzdem nicht in Ordnung gebracht wurde. Trotz steigender Steuerlast weist das Budget von Jahr zu Jahr immer noch größer gährende Löcher auf, und die Verschuldung schwillt uferlos an. Das scheint ein Circulus vitiosus zu sein, und die OECD hat schon recht, wenn sie in ihrem Prüfungsbericht darauf hinweist, daß wesentliche Teile des Budgetdefizites – grob gesagt, ich zitiere nur sinngemäß, die Hälfte des Defizits – zusammenhängen mit den beiden Bereichen Bundesbahn und Sozialpolitik. – Die Bundesbahn ist ein Kapitel für sich, ich habe nicht die Absicht, heute darauf einzugehen.

Aber der andere Bereich, die Sozialpolitik, die nicht mehr finanzierbar sein wird in Zukunft, wenn die Entwicklung so weitergeht, wie Sie sie in den letzten Jahren einreißen haben lassen, Herr Vizekanzler, muß natürlich einmal grundlegend überdacht werden. Wir Freiheitlichen haben das getan, und wir glauben auch zu wissen, was die Ursache dieser Nicht-mehr-Finanzierbarkeit dessen, was Sie als soziale Leistungen betrachten, ist.

Das, was Sie herbeigeführt haben, ist nichts anderes als die Konsequenz aus einer falsch angelegten Umverteilungsmanie. Ich sagte:

Umverteilungsmanie. Wie es der Zufall will, ist heute im „Morgenjournal“ eine neuere Untersuchung bekanntgegeben worden, wo sich Wissenschaftler der Frage angenommen haben: wie sieht es denn mit den Verwaltungskosten bei der Umverteilung aus?

Dabei hat man herausgefunden, daß wir heute bereits an jene Grenze gelangen, wo der Nettoeffekt der Umverteilung aufgewogen wird durch jene Verwaltungskosten, die notwendig sind, um diesen ganzen Umverteilungsapparat im Laufen zu halten. Das heißt, die Räder drehen durch. Und wenn Sie jetzt noch mehr Gas geben, werden Sie lediglich erreichen, daß die Räder rasend durchdrehen werden, aber das ganze Vehikel kommt nicht mehr vom Fleck.

Wir Freiheitlichen glauben, daß Ihr als sozial verkauft System sicherlich ein sozialistisches ist, aber mit wahrer sozialer Auffassung immer weniger zu tun hat.

Lassen Sie mich das an einem abstrakten Beispiel exemplifizieren. Wenn irgendeine Leistung der öffentlichen Hand echt den Wert 100 hat, sie kostet das eben, und aus sozialen Gründen wird nun diese Leistung zu 20 abgegeben, dann wird dies zwar in der gängigen Ausdrucksweise als eine soziale Verhaltensweise apostrophiert, aber es ist in Wahrheit gar keine, weil nicht nur die Armen und Bedürftigen in den Genuß dieser Leistung kommen, sondern weil von dieser angeblich sozialen Leistung nach dem Gießkannenprinzip auch jene profitieren, die das gar nicht notwendig hätten, weil sie es sich leisten könnten.

Es wäre viel richtiger, für diese Leistung die 100 zu verlangen, die sie wert ist, dafür aber jenen, die sich das nicht leisten können, erheblich mehr zu geben, als heute durch die breite Streuung über einen allgemein nivellierten Durchschnitt möglich ist. Das Gießkannenprinzip ist fälschlicherweise als sozial bezeichnet worden. In Wahrheit ist es ein Hindernisgrund, die echten sozialen Fälle zu bereinigen.

Und genau das ist der Grund, warum Sie mit Ihrer sozialistischen Umverteilungsmanie jetzt an jene Grenze stoßen, wo Verwaltungskosten und Nichtfinanzierbarkeit befürchten lassen, daß das ganze System in seinen Grundfesten erschüttert wird.

Weil wir Freiheitlichen das nicht wollen, mahnen wir zu einem Umdenken in diesem Bereich. Sozial ist es nicht, gleichmäßig nivellierend alles über alle zu streuen und für jeden Schilling, den man verteilt, den man umverteilt, dafür vorher der Bevölkerung 2 S aus der Tasche zu nehmen, weil man den zweiten Schilling für die Verwaltung und alles, was dazugehört,

Dr. Stix

benötigt. Sozial ist es, wenn man gezielt, und nur gezielt, denen hilft, die der Hilfe bedürfen.

Lassen Sie mich nun zur Frage der Vollbeschäftigung kommen. Ich weiß nicht, wie oft es noch gesagt werden muß, bis es in Ihr Bewußtsein dringt, aber ich werde nicht ablassen es zu wiederholen: Das Ziel der Vollbeschäftigung ist ein völlig umstrittenes. Ich glaube, es gibt niemanden mehr in Österreich, niemanden in diesem Haus, der dieses Ziel der Vollbeschäftigung nicht auch möchte.

Der Streit geht doch gar nicht um das Ziel, die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, der Streit und die politische Auseinandersetzung gehen doch lediglich um die Frage: Wie macht man es?, das heißt, um die Frage der Rezepte. Und eines jener Rezepte, das die sozialistische Regierung in den letzten Jahren sehr häufig verwendet hat, beginnt mehr und mehr fragwürdig zu werden. Es ist eines Ihrer Rezepte gewesen, Arbeitnehmer, koste es, was es wolle, in den Betrieben zu halten, auch um den Preis des Substanzverzehr, des Kapitalverzehr, des Rücklagenverzehr in diesen Betrieben.

Meine Herren von der Sozialistischen Partei! Diese Methode funktioniert zweifellos, sie funktioniert sicherlich eine ganze Weile, genau solange wie die Reserven der Betriebe reichen und die schwieriger werdenden Wirtschaftszeiten noch einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden können. Eine Weile geht das. Aber es kommt dann unweigerlich der Zeitpunkt, wo dieses System nicht nur nicht funktioniert, sondern in einem nicht gewollten Umkehr Effekt – ich unterstelle Ihnen da gar nichts, ich nehme bei Ihnen den guten Willen an –, in einem nicht gewollten Umkehr Effekt zur auf die Dauer ernstesten Gefährdung der Arbeitsplätze überhaupt wird. Denn wenn die Betriebe eines Tages soweit sind, daß sie über keine Reserven mehr verfügen, daß sie ihr Kapital aufgebraucht haben, dann können sie nämlich insgesamt nicht mehr weiter. Dann bitte sind auch jene Arbeitsplätze gefährdet oder verloren, die bei einer vernünftigen flexiblen Anpassungsstrategie vorher gerettet hätten werden können.

Ich fürchte sehr – ich möchte mir direkt wünschen, daß ich nicht recht behalte –, aber ich fürchte halt sehr, daß diese steigende Insolvenzenwelle signalisiert, wie sehr wir uns dieser gefährlichen Grenze genähert haben, jener Grenze, wo die Betriebe auf Grund Ihrer Steuerbelastungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ihre Reserven aufgezehrt haben und den Anforderungen des Marktes und der Wirtschaft nicht mehr gewachsen sind.

Wir Freiheitlichen sind überzeugt davon, daß der einzig dauerhafte Weg zu gesunden, zu

guten und zu sicheren Arbeitsplätzen nur über die Stärkung der Betriebe führt. Die Betriebe müssen gestärkt werden. Es muß ihnen wieder ermöglicht werden, Eigenkapital zu bilden. Es muß ihnen ermöglicht werden, jene Fremdfinanzierung, die sie mangels Eigenkapital aufnehmen müssen, zu Kosten zu bekommen, die nicht am Plafond sind, wie sie das die ganzen letzten Jahre waren. Und die Betriebe müssen anpassungsfähig gehalten werden.

Lassen Sie mich hier ein wenig auf ein Detailproblem eingehen. Zur Anpassungsfähigkeit gehört natürlich auch Anpassungsfähigkeit im Beschäftigungsniveau. Ich behaupte, wir können unser gesamtes volkswirtschaftliches Beschäftigungsniveau nur dann in der Nähe der erstrebten Vollbeschäftigung halten, wenn wir den Betrieben im einzelnen erlauben, ihr individuelles Beschäftigungsniveau den Markterfordernissen rechtzeitig und richtig anzupassen.

Daher ist beispielsweise das jetzt angestrebte Frühwarnsystem äußerst zweischneidig. Ich fürchte, wenn es so durchgeführt wird, wie es in den Entwürfen steht, daß es auf die Arbeitnehmer wie ein Bumerang zurückfällt und mehr Schaden stiftet, als es nützt.

Ich möchte das ganz kurz begründen: Sowohl im Gesetzesantrag der Abgeordneten Hellwagner und Genossen wie auch in jenem Verordnungsentwurf des Herrn Bundesministers Weissenberg ist vorgesehen, daß das Arbeitsamt spätestens zum gleichen Zeitpunkt wie die Betriebsräte informiert wird. Im Gesetzesantrag Hellwagner wird sogar weitergegangen. Da heißt es: Ein Durchschlag der Anzeige an das Arbeitsamt soll den Betriebsräten zur Kenntnis gebracht werden.

Das bedeutet, bevor die Geschäftsführung überhaupt mit den Betriebsräten die ganze schwierige Situation ausführlich beraten hat, soll sie gleich schon der Arbeitsbehörde, dem Arbeitsamt Mitteilung machen. Da ist gar keine Frage, daß hier der Spielraum für die Betriebsräte eingeengt wird und daß im Grunde genommen sowohl dieser Gesetzesantrag wie der Verordnungsentwurf ein nicht zu übersehendes Mißtrauen gegenüber der Tätigkeit der Betriebsräte verrät, was mich von sozialistischen Abgeordneten sehr wundert.

Aber das Problem geht doch noch weiter. Im Verordnungsentwurf etwa steht drinnen, daß bei dieser ersten Mitteilung an das Arbeitsamt gleich eine ganze Namensliste mit allen dazugehörigen Daten mitgegeben werden muß. Also bei der ersten Anzeige des Problems, daß möglicherweise mit Kündigungen im Umfang von 5 Prozent oder darüber zu rechnen ist, muß

Dr. Stix

gleich eine Namensliste dem Arbeitsamt gegeben werden.

Ja, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, sind Sie sich nicht klar darüber, was das bedeutet? Noch dazu, wenn diese Vorschrift mit Zwangsmaßnahmen versehen wird. Jede Geschäftsführung, jeder Betrieb muß doch aus Selbstschutz dann mehr Leute auf die Kündigungsliste schreiben, als er selber überhaupt die Absicht hätte, in Frage zu stellen. In Wahrheit wird mit dieser Art eines Frühwarnsystems sowohl die nützliche, ausgleichende und vermittelnde Tätigkeit der Betriebsräte erschwert als auch jene Haltung praktisch unmöglich gemacht, die in jedem gut geführten Betrieb, in jedem gut geführten Unternehmen üblich ist, daß man nämlich versucht, Kündigungen so lange wie möglich hinauszuschieben, und daß man so früh wie möglich versucht, mit den maßgebenden Leuten im Betrieb bis hinunter zum einfachen Arbeitnehmer zu reden, um herauszufinden, was man tun kann, um nur ein Mindestmaß an Kündigungen vornehmen zu müssen.

Ein sehr diffiziler Prozeß, ich möchte fast sagen – entschuldigen Sie diesen Ausdruck –, ein kybernetischer Vorgang, der mit mehrfachen Hin- und Rückkoppelungen funktioniert, aber der sicherlich nicht mehr funktionieren wird, wenn dieses System der Frühwarnung eingeführt wird, das aus dem Gesetzesantrag Hellwagner und aus dem Verordnungsentwurf Weißenberg zu erkennen ist.

Wir Freiheitlichen warnen, wir warnen davor, nicht weil wir gegen ein Frühwarnungssystem wären, wir könnten uns eines vorstellen, aber es müßte eben anders aufgebaut sein. Nein, wir warnen deswegen, weil hier mit falsch verstandener Optik den Arbeitnehmern eine zusätzliche Sicherheit vorgegaukelt wird, während im Gegenteil eine Maßnahme eingeführt wird, die die Sicherheit der Arbeitsplätze wahrscheinlich mehr gefährdet, als sie ihr nützt.

Lassen Sie mich ein bekanntes Beispiel des lange verstorbenen Wirtschaftsprofessors Wilhelm Röpke erwähnen. Er hat gesagt, wenn man daran interessiert ist, daß ein Radfahrer sturzfrei fährt, dann muß man ihm erlauben, mit seiner Lenkstange operieren zu können. Man kann nicht dadurch seinen Sturz verhindern, daß man diesem Radfahrer die Lenkstange festbindet, dann erreicht man sogar das Gegenteil vom Gewollten, dann wird er nämlich stürzen.

Genau das, nämlich das Festbinden der Lenkstange, betreiben Sie mit Ihrer Art der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik bei den Betrieben. Dann wundern Sie sich, daß die Betriebe ins Stolpern und ins Stürzen kommen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen: Wir Freiheitlichen glauben, daß auf die Dauer Vollbeschäftigung nur durch Stärkung der Betriebe erreicht werden kann, und daher muß jede vernünftige Arbeitnehmerpolitik heute auf eine Stärkung der Betriebe abzielen.

Zur Frage der Abfertigungen hat schon Friedrich Peter den Standpunkt der Freiheitlichen Partei dargelegt. Ich möchte ihn noch einmal kurz darlegen und einen zusätzlichen Gesichtspunkt hineinbringen.

Friedrich Peter hat an Hand freiheitlicher Broschüren und der Dokumentation nachgewiesen, daß es seit vielen Jahren, nach meiner persönlichen Erinnerung seit Ende der sechziger Jahre, das Anliegen der Freiheitlichen Partei ist, die sozialrechtliche Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten schrittweise zu beseitigen und dazu auch das Abfertigungssystem zu reformieren.

Wir glauben nämlich, daß das gesamte Abfertigungssystem, auch bei den Angestellten, einer Reform unter modernen Gesichtspunkten bedarf, die sowohl den Arbeitnehmern mehr bringt als auch Notwendigkeiten der Betriebe besser berücksichtigt.

Aus dieser freiheitlichen Auffassung heraus sagen wir ein grundsätzliches Ja zur Arbeiterabfertigung. Aber wir sagen nein zu einem Husch-Pfusch-Gesetz, das jetzt wieder nur in der Optik etwas macht, ohne alle jene anderen Dinge mit zu berücksichtigen, die in einem Zuge mitverhandelt werden müßten.

Unbedingt wichtig sind selbstverständlich flankierende Maßnahmen, speziell für den Bereich der mittleren und kleineren Betriebe. Unbedingt notwendige Maßnahme ist eine Korrektur in Ihrer sozialistischen Steuergesetzgebung.

Es ist einfach notwendig, um nur ein Beispiel herauszugreifen, daß Sie jene Diskriminierung der Rücklagenbildung für Abfertigungen im 2. Abgabenänderungsgesetz wieder zurücknehmen. Es sind auch Fragen des Insolvenzrechtes zu regeln. Es ist auch die Frage von Kündigungszeiten im Zusammenhang mit einer Neureform der Abfertigung zu überlegen.

Für alle diese Überlegungen sind wir Freiheitlichen zu seriöser Arbeit bereit mit dem Ziel, eine Systemänderung herbeizuführen, die auch den Arbeitern Abfertigungen bringt, die aber zugleich auch die notwendigen flankierenden Maßnahmen für die Wirtschaft, sprich für die Betriebe, wie auch die Wahl des richtigen Zeitpunktes mit einschließt.

Wir glauben einfach nicht daran, daß dies in der Kürze der Zeit jetzt machbar ist. Wir

Dr. Stix

glauben, und dafür sprechen ja viele Erfahrungen mit anderen Gesetzen in diesem Haus, daß dafür monatelange Arbeit in einem Unterausschuß notwendig ist.

Und daher noch einmal per Saldo unsere freiheitliche Auffassung: Ja zu der grundsätzlichen Zielsetzung, nein zu einem Husch-Pfusch-Gesetz, das Hals über Kopf beschlossen wird.

Was mich persönlich am meisten aber wundert – damit möchte ich das Thema Vollbeschäftigung abschließen –, ist die Tatsache, daß die Bundesregierung immer noch nicht erkannt hat, daß wir heute die Möglichkeit haben, eine vielleicht einmalige Möglichkeit, auf Grund historischer Konstellation eine Krise mit Hilfe einer anderen Krise zu bewältigen. Ich meine mit der einen Krise, die wir bewältigen müssen, die Energiekrise, und ich meine mit der anderen Krise, die ebenfalls gemeistert werden muß, die Frage der Vollbeschäftigung. Aber beide Krisen lassen sich miteinander lösen.

Die Bewältigung der Energiekrise, wenn man sie nämlich richtig anpackt, bietet ganz enorme Chancen für eine neue Vollbeschäftigung. Ich möchte nur noch einmal eine Zahl wiederholen, die ich schon einigemal genannt habe: Allein in einem verbesserten Wärmeschutz in Österreich liegt ein Auftragsvolumen von 50 Milliarden Schilling, ein Auftragsvolumen für das Bauhauptgewerbe, für das Baunebengewerbe, für das Installationsgewerbe, für die Baustoffindustrie und so weiter und so fort.

Und das, bitte, ist nur ein Beispiel von vielen.

Dabei drängt sogar die Zeit, denn Österreich steht jetzt nicht mehr wie andere Staaten vor der Gretchen-Frage: Wie halte ich es mit der Atomenergie: Soll ich oder soll ich nicht? Mit dem Ausgang der Volksabstimmung vom 5. November 1978 ist eine Zäsur gesetzt worden. Das Signal dieser Volksabstimmung und ihres Ausganges bedeutet, Österreich muß den Weg zur Alternativenenergie-Strategie beschreiten.

Das heißt aber nicht nur Entwicklung neuer Energiequellen, darüber ist schon viel gesprochen worden und wird noch weiter viel auszuführen sein, das heißt auch Ausnützung jener größten Energiequelle, die uns heute zur Verfügung steht, und das ist jene Energie, die wir sinnlos verschwenden durch falsche Transformationsprozesse und durch falsche Konsumverhaltensweisen. Angesichts dieser Situation ist es einfach erschütternd zu sehen, daß die sozialistische Regierung überhaupt keine aktive Energiepolitik betreibt.

Der Herr Bundesminister Dr. Staribacher, den ich persönlich sehr schätze, ist in dieser Frage eindeutig zu schwach. Er wartet ununterbro-

chen. Er wartet auf Kompetenzen, von denen er sagt, er habe sie nicht; er wartet darauf, bis die Energiewirtschaft ihm ihre neuen Pläne auf den Tisch legt; er wartet darauf, was die Sozialpartner sagen; er wartet darauf, was die Bundesländer sagen. Der Herr Energieminister wartet, wartet, wartet, aber er übernimmt keine aktive Rolle in der Energiepolitik. Dabei läge genau in dieser Aktivierung der Energiepolitik auch der Schlüssel zur Aufrechterhaltung und langfristigen Sicherung der Vollbeschäftigung in diesem Land.

Daher noch einmal unser freiheitlicher Appell: Erkennen Sie die Chancen, Herr Bundesminister, die in einer vernünftigen Energiepolitik auch für die Vollbeschäftigung in Österreich liegen. Für alle konstruktiven Vorschläge in dieser Hinsicht werden Sie bei uns Freiheitlichen Verständnis finden, aber wir werden nicht aufhören, die Kritik an Ihrer Energiepolitik, an Ihrer Finanzpolitik und an Ihrer Wirtschaftspolitik insgesamt fortzusetzen, solange diese Kritik Berechtigung hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Pansi: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Gassner. *(Abg. Dr. Staribacher: Von einer Konsenspolitik halten Sie nichts? – Abg. Dr. Stix: Wenn dabei etwas herauskommt: ja, wenn nicht, nein!)*

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für mich war es verständlich, daß gestern der Herr Bundeskanzler und auch der Herr Finanzminister ein Loblied auf sich selbst gesungen haben, sozusagen nach dem alten Sprichwort: Jeder Kramer lobt seine War'. Mich hat allerdings etwas verwunderlich berührt, als ich gehört habe – es ist auch nachzulesen auf Seite 18 des Berichtes des Bundeskanzlers –, wie er erklärte, in einem solchen Augenblick – und damit hat er den gestrigen Tag gemeint – müssen bewährte Methoden des Regierens mit Festigkeit weitergeführt werden. Diese Passage hat mich mit Erstaunen erfüllt. Warum?

Wir haben gehört, daß die Mehrheit des Parlaments, das heißt, die sozialistische Fraktion, den Antrag einbringen wird auf Grund eines Vorstandsbeschlusses des SPÖ-Parteivorstandes, den Nationalrat vorzeitig aufzulösen. Und jetzt lesen wir hier und stellen fest, daß der Herr Bundeskanzler gestern erklärt hat: mit Festigkeit weitergeführt. Ich frage mich, warum dann eine frühzeitige Auflösung des Nationalrates? Das kann ja nur sein wie bei einem Boxer. Wenn der Boxer angeschlagen ist, wenn er knapp vor dem K. o. steht und weiß, daß er k. o. wird, dann gibt er auf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ing. Gassner

Ich nehme an, daß die Bundesregierung selbst erkannt hat, daß sie k. o. ist, daß sie deshalb das weiße Handtuch geworfen hat und aufgibt.

Ich frage mich also: Was gilt? Das, was Bundeskanzler Dr. Kreisky am 24. Jänner, also gestern, gesagt hat, oder das, was er gemeint hat, was am 8. März die Mehrheitsfraktion jedenfalls tun wird? Ich glaube, daß die SPÖ erkannt hat, daß sie die Probleme nicht lösen kann, daß sie weiß, daß sie die Entwicklung nicht in den Griff bekommen wird, daß sie weiß, daß die Probleme nur noch schwieriger werden, daß die wirtschaftlichen Probleme bis zur Mitte des Jahres und darüber hinaus noch weniger von ihr gelöst werden können. Deshalb ist meiner Meinung nach die Erklärung, den Nationalrat frühzeitig aufzulösen, ein Eingeständnis des Versagens. Ich bin der Ansicht, daß sich der Herr Bundeskanzler sein Loblied hätte ersparen können, daß er besser bereit gewesen wäre, das Versagen zuzugeben und zu sagen, wir kommen nicht weiter, wir müssen den Nationalrat auflösen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber auch in anderen Bereichen scheint es mir so, daß die Sozialistische Partei eingesteht, daß sie versagt. Anders kann ich mir die Erklärung des Klubobmannes Fischer nicht vorstellen, der zu einem Zwischenruf des Abgeordneten Kraft gemeint hat, die ÖVP – Gott sei Dank, hat er gemeint, sinngemäß – mobilisiert die SPÖ-Wähler. Das bedeutet nach meiner Meinung ein Zugeben des Versagens des Zentralsekretariats, von Blecha und Marsch, wenn Fischer meint, die ÖVP müsse die Wähler mobilisieren. Also auch das ein Eingeständnis des Versagens des eigenen Apparates. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ, ich kann Ihnen sagen, wir werden die Wähler mobilisieren. Wir brauchen sie gar nicht mehr mobilisieren, sie sind bereits mobilisiert und informiert über Ihr Versagen in der Wirtschaftspolitik. Jawohl, wir werden das den Wählern sagen, und sie werden mobilisiert werden, um am 6. Mai ÖVP zu wählen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Klubobmann Fischer hat einige Zahlen genannt, kritisiert und gemeint, wir sollen Zahlen nennen, wann die Arbeitslosenrate bis 1969 niedriger gewesen wäre als in den Jahren 1970 bis 1979, er würde jede Zahl akzeptieren. Ich weiß, daß der Herr Klubobmann Fischer genauso wie ich weiß, daß die Arbeitslosenraten vor dem Jahr 1970 mit denen nach 1970 nicht vergleichbar sind. Wir alle wissen, daß vor dem Jahr 1970 in der Arbeitslosenrate die Karenz-Urlauberinnen enthalten waren und auch jene, die auf die Pension gewartet haben. Das ist eine ganz bedeutende Anzahl gewesen. Man sollte eben nur gleiches mit gleichem

vergleichen. Das sage ich dem Klubobmann Dr. Fischer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Klubobmann Dr. Fischer hat dann zu den Arbeitslosenzahlen des Burgenlands und so weiter gemeint, die er zitiert hat, unser Klubobmann Dr. Mock hätte nun Kery die Schuld gegeben. Und dazu hat auch der Herr Abgeordnete Mühlbacher gemeint, warum haben bei der Existenzgründungsaktion nicht auch die Bundesländer mit einem ÖVP-Landeshauptmann mitgetan. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zwei Vergleichszahlen bringen: Wir lesen hier im Bericht des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky auf Seite 7 folgendes: daß ab dem Jahr 1978 im Strukturprogramm für die nächsten zehn Jahre von der Bundesregierung Investitions- und Investitionsförderungsausgaben von insgesamt 577 Milliarden Schilling vorgesehen sind. Also in zehn Jahren 577 Milliarden, pro Jahr 57,7 Milliarden Schilling. Wir wissen, daß das Budget derzeit ungefähr 290 Milliarden Schilling ausmacht, das heißt also, knappe 20 Prozent gibt die Bundesregierung dafür aus.

Bitte, meine Damen und Herren von der SPÖ, sagen Sie dem Abgeordneten Mühlbacher, das Bundesland Niederösterreich hat ein Budget von 18 Milliarden Schilling und gibt dafür 6 Milliarden Schilling aus; also 33 Prozent. Wenn sich die Bundesregierung ein Beispiel an Niederösterreich nehmen würde, dann müßte sie mindestens noch einmal 60 Prozent mehr ausgeben, als bisher vorgesehen ist. Und ich glaube, daß das eine mustergültige Politik ist, die von der ÖVP in Niederösterreich für Niederösterreich gemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Klubobmann Fischer zur Frage der Abfertigung meint, daß man hier ein Mustergesetz vorgelegt hat, wo linear die Bestimmungen der Angestellten für die Arbeiter übernommen werden, und er den Abgeordneten Mussil ansprach und sagte, Herr Abgeordneter Mussil, das war ein einstimmiges Gesetz: Meine Damen und Herren von der SPÖ, ich weiß, daß kein Klubobmann alles wissen kann. Ich würde empfehlen, daß der Klubobmann Fischer einmal mit den Abgeordneten Babanitz und Lehr ein Gespräch führt, weil ich weiß, daß dazu der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – ich war bei diesem Gewerkschaftstag anwesend – andere Beschlüsse gefaßt hat, daß die Bau- und Holzarbeiter nicht dieses Modell der Angestellten wollen. Sie haben ganz andere Vorschläge, weil mit diesem Modell sehr viele Bau- und Holzarbeiter durch den Rost fallen. Ich glaube, man kann nicht ganz einfach hier hergehen und sagen, die ÖVP hat diesem Abfertigungsgesetz zugestimmt, und wenn sie jetzt dagegen wäre oder andere Maßnahmen

Ing. Gassner

gesetzt würden, dann wäre das schlecht! Ich darf noch einmal sagen: Wir haben in der ÖVP, ÖAAB und Wirtschaftsbund gemeinsam, eine klare Linie: Wir sind prinzipiell für die Verbesserung der Abfertigung, auch für die Arbeiter, aber so, meine Damen und Herren – wir werden darüber noch zu reden haben –, daß dieses Gesetz für alle Arbeiter etwas bringt, und nicht für ein Gesetz, wo ganz einfach das Angestelltengesetz abgeschrieben wird. Das halten wir für eine schlechte Lösung, über die wir noch zu reden haben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Aus den Berichten des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers kann man am Anfang immer wieder folgendes ablesen: Alles Schlechte kommt von der internationalen Entwicklung, alles Gute macht Kreisky. Ich möchte gar nicht aus dem Jahr 1968 zitieren, als hier von diesem Pult verschiedene prominente Abgeordnete der SPÖ gemeint haben, das, was woanders passiert, interessiert uns überhaupt nicht, uns interessiert die Entwicklung in Österreich. Wir wissen, daß wir leider nicht auf einer Insel der Seligen leben. Wir wissen ganz genau, daß wir von gewissen internationalen Entwicklungen abhängig sind beziehungsweise diese unsere Entwicklung beeinflussen.

Aber, meine Damen und Herren, was wir verlangen: Wir verlangen, daß die Bundesregierung zeitgerecht auf diese Entwicklung reagiert, ja reagieren ist bereits zu wenig. Wir verlangen, daß die Bundesregierung die Entwicklung im voraus untersuchen solle, daß sie Untersuchungen durchführt und vorausschauend zu agieren hat. Wir verlangen von der Bundesregierung, daß sie auch im inländischen Bereich ihre Maßnahmen auf Grund der Untersuchungen, auf Grund der vorliegenden Studien der internationalen Entwicklung setzt und in Österreich nicht nur reagiert, sondern agiert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber da die sozialistische Bundesregierung nicht einmal reagiert, geschweige denn agiert, ist es hoch an der Zeit, daß ein Kurswechsel eintritt.

Im Kreisky-Bericht kann man auf Seite 3 nachlesen: Die europäische Industrie verfügt über immer mehr, über immer größere Kapazitäten.

Und weiters steht da: Diese und andere zahlreiche Symptome haben die Bundesregierung zu einer Politik maximaler wirtschaftspolitischer Bereitschaft veranlaßt.

Kollege Keimel hat bereits gesagt: Bereitschaft ist uns zu wenig. Wir wollen die Aktion, wir wollen, wenn man erkennt, wohin der Weg

führt und welche Maßnahmen notwendig sind, daß die entsprechenden Maßnahmen auch gesetzt werden.

Aber, meine Damen und Herren von der SPÖ: Mir scheint es nach neun Jahren Politik zu wenig zu sein, eine Bereitschaftserklärung abzugeben. Uns erscheint es notwendiger, daß man wirklich Maßnahmen setzt, daß eine falsche Politik, die von den Grundsätzen her falsch angelegt ist, endlich geändert wird, daß man endlich einmal doch bereit ist, auf die Argumente der derzeitigen Opposition zu hören. Wir haben auch im Gewerkschaftsbund wiederholt über diese Probleme diskutiert und wir haben sehr oft einen Konsens gefunden. Wir haben wiederholt in Aussendungen des Gewerkschaftsbundes auch an die Bundesregierung appelliert.

Ich kann nur eines sagen: Die Anfang Jänner dieses Jahres angekündigten Maßnahmen kommen nicht, wie manche gemeint haben, fünf Minuten vor zwölf, meine Damen und Herren. Sie kommen zu spät, weil sie nicht mehr wirksam werden können. Man kann doch nicht heute ganz einfach hergehen und sagen: Ich schütte 1 Million oder 500 Millionen Schilling aus. Man muß doch die zu setzenden Maßnahmen ganz klar untersuchen. Sie sollen ja wirtschaftsgerecht gesetzt werden.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind für mich diese Ankündigungen des Jäners 1979 der SPÖ-Regierung nichts anderes als – so wurden sie bereits genannt – Wahlzuckerln und Lippenbekenntnisse und keine echten Maßnahmen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für die ÖVP haben die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze Vorrang. Nicht nur deshalb, um irgendeine Statistik besser darstellen zu können, sondern deshalb, weil für jeden Arbeitslosen, für jeden Menschen mit seinem Arbeitsplatz ein persönliches Schicksal verknüpft ist. Nicht nur sein persönliches Schicksal, sondern auch das seiner Familienangehörigen. Wir haben doch oft genug erlebt – und viele von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben auch in der Gewerkschaft eine Funktion –, bei Betriebsbesuchen wiederholt erlebt, was eine Verminderung des Einkommens bedeutet, was es bedeutet, wenn der Arbeitnehmer sich auf Grund einer langjährigen Entwicklung seine Existenz aufgebaut und natürlich auch seine Ausgaben danach orientiert hat. Er hat sich ein Haus gebaut, eine Wohnung erworben, ein Auto gekauft, in die Ausbildung seiner Kinder oft sehr viel Geld investiert. Und jetzt ist dadurch, daß er arbeitslos wurde, oder dadurch, daß sein Einkommen vermindert wurde, dies alles gefährdet. Das sind Zehntausende Schicksale, wir werden uns jedes einzel-

12008

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Ing. Gassner

nen Schicksals annehmen. Deshalb ist für uns von der ÖVP eben der Vorrang für die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gegeben! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Arbeit ist das einzige, was der Arbeitnehmer als Besitz hat. Diese Arbeit sichert ihm sein Einkommen. Diese Arbeit, sein Arbeitsplatz sichert ihm seine Existenz. Und diese Existenz, dieser Besitz aus der Arbeit des Menschen, des Arbeitnehmers ist durch Ihre Wirtschaftspolitik gefährdet.

Wir brauchen, meine Damen und Herren – wiederholt nicht nur hier von der Opposition, auch wiederholt im Bundesvorstand des ÖGB festgestellt; nicht nur von mir als Vorsitzender der Christlichen Gewerkschafter, auch wiederholt von Vertretern der sozialistischen Gewerkschafter, von Parteifreien oder freiheitlichen Gewerkschaftern –, qualitativ bessere und auch besser verkaufsfähige Produkte. Wir brauchen neue Technologien.

Ich habe das wiederholt hier gesagt. Ich frage daher: Was hat die Bundesregierung dazu getan? – Wir haben vor zwei Jahren einvernehmlich im ÖGB einen sogenannten Forschungspool verlangt. Durch die Verabschiedung des EPÜ-Gesetzes ist für die sogenannten Verfahrenspatente, wie die einzelnen Produkte erzeugt werden, kein Schutz mehr gegeben. Wir wissen ganz genau, daß wir im internationalen Wettbewerb – im Wettbewerb mit den großen Konzernen – zufolge der vielen Klein- und Mittelbetriebe in Österreich in der Forschung nicht konkurrenzfähig sein können. Dieses Bild zeigen alle Statistiken einwandfrei.

Deshalb unser Appell an die Bundesregierung, von Seiten der Regierung Maßnahmen zu setzen, Forschungsaufträge zu geben und das Ergebnis dieser Unternehmungen der Mittel- und Kleinindustrie zur Verfügung zu stellen, um damit einen echten Impuls zu setzen, damit die österreichische Wirtschaft wieder echt konkurrenzfähig zu machen auch gegenüber größeren Ländern und vor allem gegenüber den Multis. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Durch die Politik der sozialistischen Bundesregierung wird leider ein anderer Weg gegangen. Es wird die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft immer mehr gefährdet. Ich möchte einige konkrete Beispiele dazu anführen.

Gestern wurde diskutiert, wer öfter in die Betriebe geht, ein Mandatar der SPÖ oder der ÖVP. Ich sage Ihnen, daß ich wöchentlich in Betriebe komme. Erst vor kurzem – anscheinend bin ich nun als gestandener Gewerkschafter anerkannt auch von sozialistischen Betriebsrats-

obmännern – wurde ich von einem sozialistischen Betriebsratsobmann in einen Betrieb mit 700 Beschäftigten zu einer Betriebsversammlung als Referent eingeladen.

Was wurde mir dort mitgeteilt? (*Abg. Dr. Staribacher: In Niederösterreich!*) Nicht in Niederösterreich. Nicht in Niederösterreich, Herr Minister Staribacher. Ich komme durch ganz Österreich und lerne die Probleme in den Betrieben in ganz Österreich kennen. Deshalb vertrete ich deren Anliegen auch hier! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist kein Einzelbeispiel. Konkret ging es dabei darum, daß dieser Betrieb um 30 Millionen Dollar eine Anlage in einen Oststaat exportieren wollte. Ein solcher Anlagenbau dauert 24 bis 36 Monate ab der ersten Offerterstellung. Nach 12 bis 13 Monaten kam dieser Unternehmer drauf, daß durch den Dollarverfall diese Anlage, wenn sie gebaut würde, nicht nur keinen Gewinn seinem Betrieb bringen würde, sondern einen echten Verlust. Man hat dann verhandelt mit diesem Staat, man hat mit dem Auftraggeber verhandelt. Die Auftraggeber in diesem Ostblockland haben erklärt: Es tut uns leid; wir haben auf Dollarbasis abgeschlossen; wir mußten vorher bereits bei der zuständigen Staatsregierung die Bewilligung einholen; wir können nicht mehr flüssig machen; entweder seid ihr bereit, diese Anlage um diesen Preis herzustellen oder nicht.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, ob nicht unser berechtigtes Verlangen, flexibler bezüglich der Hartwährungspolitik zu sein, berechtigt war – fast hätte ich gesagt, nicht so stur zu sein –, flexibler zu sein, um diese Betriebe nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Natürlich wurde, wie ich gehört habe, dieser Auftrag durchgeführt. Natürlich ist dadurch damit die sogenannte Exportmenge erfüllt worden. Aber der Betrieb hat nicht nur mit schlechterem Gewinn, sondern er hat mit Verlust verkaufen müssen.

Und das ist das, was wir dieser Bundesregierung vorwerfen: Daß sie mit ihrem starren Festhalten an dem Wechselkurs die Chancen für die österreichischen Unternehmen wesentlich verschlechtert hat.

Zweites Beispiel. Ein großes Unternehmen, das nach dem Nahen Osten Fertigteilhäuser exportiert. Genau dasselbe. Man schließt in diesen Ländern nur auf Dollarbasis ab, und das Risiko tragen die österreichischen Unternehmen. Jetzt kann man natürlich sagen: Sollen sie nicht abschließen.

Meine Damen und Herren! Das ist zu einfach, das ist zu simpel. Deshalb verlangen wir wirtschaftspolitische Maßnahmen. Natürlich

Ing. Gassner

kann die Bundesregierung nicht in das Management jedes einzelnen Betriebes eingreifen. Das wissen wir auch, das ist selbstverständlich. Was wir verlangen, sind strukturelle Maßnahmen, währungspolitische Maßnahmen dieser Bundesregierung, die den österreichischen Unternehmern echte Chancen bieten. Das verlangen wir von dieser Bundesregierung! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! In der „Solidarität“ wurde über dieses Problem von Dkfm. Ferdinand Lacina ein Bericht geschrieben. Was schreibt er in der „Solidarität“?

„Auf nahezu allen Märkten hat sich der internationale Wettbewerb verschärft, dies führt zu vermehrtem Druck ausländischer Produkte auf dem heimischen Markt und zu einer Erschwerung der Konkurrenzsituation im Export. In dieselbe Richtung wirken auch die starken Schwankungen im internationalen Währungsgefüge, ...“

Meine Damen und Herren! Vielleicht werden wir dem Bundeskanzler oder dem Herrn Finanzminister künftighin die „Solidarität“ zustellen lassen. Vielleicht lesen sie sie dann hier und da oder lassen sie lesen.

Genau das haben wir immer verlangt, Politik machen heißt, ganz einfach die Entwicklung zu erkennen, und dann muß die Bundesregierung die entsprechenden Maßnahmen setzen.

Meine Damen und Herren! Weil sehr oft heute und gestern das Wort EUMIG gefallen ist: Der Abgeordnete Sakanina war auch bei EUMIG. Ich war auch bei EUMIG, nicht nur eine Stunde nachher, sondern vorher und nachher. Ich habe nicht nur mit der Geschäftsführung gesprochen, auch mit den Betriebsräten allein.

Sie haben zwei Probleme: Sie haben das Problem, daß in Amerika, auch durch die Wechselkurspolitik, ihr Produkt nicht mehr das billigste am Markt ist und daß sie unmittelbar vor der Kündigung die Chance hatten, einen großen Abschluß durchzuführen, wobei man von den USA ganz einfach gesagt hat: Wenn ihr bereit seid, soundso weit herunterzugehen, dann können wir abschließen.

Dieser Abschluß hätte ein Minus bedeutet. Das heißt, die EUMIG wäre in solche Verlustziffern geraten, daß sie nicht abschließen konnte, auch in Verantwortung für die anderen Arbeitnehmer, die noch dort beschäftigt sind. Uns wäre allen lieber gewesen, man hätte diesen Abschluß getätigt. Es wäre vielleicht auch möglich gewesen, bestimmt dann möglich gewesen, wenn eine andere Währungspolitik vorher von der Regierung vorgelegen wäre.

Wir wissen auch alle, auch das ist ja bekannt,

daß natürlich auch die Einführung der Luxussteuer die EUMIG-Produkte belastet, den Verkauf verringert hat. Die Zahlen liegen ja auf, sie sind auch den Damen und Herren der SPÖ-Fraktion bekannt.

Finanzminister Androsch hat auf Seite 4 zwar zur Inflationspolitik, aber eigentlich auch zur Hartwährungspolitik etwas gesagt. Hier ist zu lesen: „Zu dieser Entwicklung hat die Hartwährungspolitik der Bundesregierung wesentlich beigetragen.“

Meine Damen und Herren! Jawohl, leider beigetragen. Wenn die Hartwährungspolitik nicht in diesem Maß vorhanden gewesen wäre, dann hätten wir wahrscheinlich in verschiedensten Bereichen besser exportieren und auch viele Arbeitsplätze in Österreich halten können. Leider kam es zu dieser Hartwährungspolitik der Regierung, die wir nicht billigen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Abgeordneter Burger hat bereits gestern bei der Diskussion zur VEW gemeint: der Wegfall der Exportrückvergütung, das hätte dort die Substanz geschädigt. Wir wissen, der Herr Finanzminister wollte halt ganz einfach Einnahmen haben, er wollte mehr Steuereinnahmen haben. Daß er damit aber die Substanz der Betriebe geschädigt hat, die er damit zu echten Schwierigkeiten geführt hat, und daß er dazu die Entwicklung eingeleitet hat, das gilt es festzustellen.

Er hat in seinem Bericht gestern auch erklärt, Arbeitsplätze müssen erhalten und geschaffen werden. Meine Damen und Herren, diese Erklärung allein ist zu wenig. Wo sind die Maßnahmen, die gesetzt werden? Wo sind die entsprechenden Untersuchungen? Welche Politik wird konkret gemacht? Hier können wir immer nur feststellen: Nichts als Ankündigungen, keine konkreten Maßnahmen!

Aber es geht auch darum, daß wir nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch das Einkommen sichern. Und das Einkommen wie der Arbeitsplatz ist permanent mehr gefährdet.

Wir kennen doch die Entwicklung. Wir wissen alle, daß in den Jahren 1960, 1962 und später in Österreich Firmengründungen mit einer geringen Kapitalausstattung vor sich gegangen sind. Wir wissen, daß in diesem Zeitraum ausländische Firmen nach Österreich gekommen sind, die in diesem Zeitpunkt in den EFTA-Raum billiger exportieren wollten. Das war doch alles bekannt, meine Damen und Herren, das ist doch kein Geheimnis.

Und was ist geschehen: Die SPÖ hat durch das Abgabenänderungsgesetz diesen Firmen Kapital entzogen, zweitens wurden diese Firmen mit

12010

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Ing. Gassner

Steuern und Abgaben permanent mehr belastet und damit vor allem die wirtschaftlichen Chancen dieser Firmen verringert, sei es durch die Lkw-Steuer, durch Erhöhung der Abgaben und sonstiges.

Und dann wundern Sie sich, daß eine Firma nach der anderen an Kapitalschwäche zugrunde geht. Wenn Sie von dieser Bundesregierung permanent Maßnahmen setzen, durch die die Kapitalausstattung dieser Unternehmen verringert wird, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn eine Firma nach der anderen zugrunde geht, wenn eine Firma nach der anderen Arbeitskräfte entlassen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was mich, meine Damen und Herren – ich sage das gerade als Gewerkschafter –, am meisten berührt: daß es gerade die Betriebe im ländlichen Raum trifft, gerade dort, wo keine Ersatzarbeitsplätze vorhanden sind. In Ballungsräumen wie in Wien oder in den Großstädten sind ja Ersatzarbeitsplätze in entsprechender Entfernung vorhanden. Im ländlichen Raum sind sie nicht vorhanden. Aber gerade in diesen Raum sind diese Firmen bewußt gegangen, gerade im Burgenland, im Mühlviertel, im Waldviertel haben sich diese Betriebe angesiedelt.

Was passiert jetzt? Ich weiß, es ist gut gemeint: Jetzt werden die „Schnupperzüge“ eingeführt. Was bedeutet das? Der Arbeitnehmer wird ein Tagespendler. Ich möchte gar nicht über die Belastungen reden, daß er stundenlang im Zug oder im Autobus sitzen muß, gar nicht von der finanziellen Belastung. Er wird zum Tagespendler, er wird zum Wochenpendler und er wird zum Umsiedler: er verläßt den ländlichen Raum.

Und dies, meine Damen und Herren von der SPÖ, hat diese Bundesregierung mit ihrer Politik gefördert. Das ist eine falsche Politik. Im Gegenteil: Wir hätten alle Maßnahmen setzen müssen, um in diesem ländlichen Raum die Betriebe zu erhalten und dem Arbeitnehmer in diesem Raum einen in der Nähe liegenden Arbeitsplatz zu garantieren. Das wäre die richtige Politik gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber diese Politik hat auch grundsätzlich noch dazu geführt, daß einfach, weil diese Zentren entstehen, das Pendeln in den städtischen Raum auch zum Verlust der Lebensqualität führt. Draußen hat der Arbeitnehmer sein Häuschen, ein paar Quadratmeter Garten, dort kann er seinem persönlichen Lebensstil, den er seit seiner Jugend hat, nachgehen. In der Großstadt kann er das nicht. Warum ist eine steigende Unlust in der Großstadt vorhanden? Weil gewisse Ausstattungen dort nicht vorhanden sind.

Das heißt, Ihre schlechte Wirtschaftspolitik führt letztlich, wenn diese Menschen vom ländlichen Raum in die Stadt pendeln müssen, auch zu einer Verminderung der Lebensqualität dieser Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben immer wieder gesagt und erklärt: Wir wollen eine Stärkung der Wirtschaft, wir wollen, daß die heimischen Produkte wieder konkurrenzfähig sind. Im Ausland und auf dem inländischen Markt gegenüber ausländischen Produkten.

Aber am Anfang war für Sie die große Forderung Inflationsbekämpfung. Man hat Tür und Tor geöffnet, man hat die Schleusen geöffnet. Man hat die ausländischen Produkte gerne hereingelassen. Ich gestehe zu, zum Wohle der Konsumenten.

Nur, meine Damen und Herren, diese ausländischen Firmen haben sich in Österreich einen Platz erobert, sie sind heute vorhanden. Und heute, in der schwierigen Zeit, konkurrenzieren sie heimische österreichische Betriebe nieder, und damit werden Arbeitsplätze vernichtet.

Sie haben beim Beginn dieser Politik eben nicht auf die Konsequenzen geachtet. Sie haben gesagt: Herein, für die Konsumenten billiger, jawohl! Aber Sie haben nicht daran gedacht, daß diese billigen Produkte die einheimischen Arbeitsplätze dann gefährden werden.

Das werfen wir Ihnen vor: daß Sie zwar immer wieder kurzfristig Maßnahmen setzen, daß Sie aber nicht die Konsequenzen dieser Politik durchdenken, daß diese Politik eine falsche war, weil sie, wie gesagt, die Arbeitsplätze in vielen Bereichen ruiniert. Wir glauben, auch hier wäre es notwendig, eine Änderung durchzuführen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Staribacher.)*

Herr Minister Staribacher! Wir wissen alle, daß man die Dinge verschieden sehen kann, wir wissen alle, daß wir natürlich auch Interesse haben, den Konsumenten zu schützen. Aber, Herr Minister Staribacher, was nützt es dem Arbeitnehmer, der keinen Arbeitsplatz hat, der kein Einkommen hat, daß er irgendein Produkt um 5 Prozent billiger kaufen kann? Das nützt ihm gar nichts, weil er kein Einkommen mehr besitzt. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Sekanina hat gestern in der Diskussion gemeint: Sehen Sie sich doch in der Welt um. Ich hätte jetzt große Lust, Ihnen hier einige Beispiele aus der großen Welt vorzutragen, ganz einfach um damit die Forderung an die Bundesregierung, gezielte Maßnahmen zu setzen, und nicht Streumaßnahmen oder, wie es heute gesagt wurde, ein Gießkannensystem zu praktizieren, zu begründen.

Ing. Gassner

Ich habe vor einiger Zeit Gelegenheit gehabt, auch persönlich an Ort und Stelle internationale Wirtschaftsentwicklungen in den Entwicklungsländern zu studieren.

Wenn heute in anderen Ländern Arbeitnehmer zum Beispiel im Textilbereich um einen Tageslohn von einem halben Dollar arbeiten, dann muß jedem Österreicher klar sein, daß die österreichischen Produkte gegenüber diesen Produkten nicht mehr konkurrenzfähig sein können. Das muß man erkennen und dementprechende Maßnahmen und Investitionen setzen.

Wir haben darüber im ÖGB-Bundesvorstand einmal sehr lange diskutiert. Wir haben über Semperit, über Kléber diskutiert, über die Vöslauer diskutiert. Wir haben die Schwierigkeiten aufgezeigt. Wir waren alle einer Meinung, als wir sagten: Gerade die Großbetriebe werden von der Strukturpolitik betroffen sein, und es gilt in diesem Bereich konkrete, auch mutige Maßnahmen zu setzen. Es nützt nichts, ganz einfach zu sagen: Jawohl, alle vorhandenen Arbeitsplätze sind zu halten.

Aber was ich vermisste – ich darf das noch einmal sagen –: die entsprechenden Untersuchungen der Marktwirtschaft, die entsprechenden Untersuchungen der internationalen Entwicklung und die richtigen Maßnahmen von der Bundesregierung dazu, und zwar auch im Sinne der Förderung ganz bestimmter Betriebe, um der Entwicklung gerecht zu werden.

Ich glaube, daß es nicht anders möglich ist, als die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Und ich frage mich, wenn ich wieder bei Vizekanzler Androsch auf der Seite 17 lesen muß: „Die Anpassung an die sich ändernden Gegebenheiten der nationalen und internationalen Märkte zählt zu den wirtschaftlichen Hauptanliegen.“

Wo ist eine Untersuchung? Wo ist eine Statistik? Wo ist eine Studie der Bundesregierung, die das aussagt? Wo können wir jetzt mit ruhigem Gewissen sagen: Jawohl, diese Investition ist richtig. Hier werden wir konkurrenzfähig. Meine Damen und Herren! Diese Untersuchungen sind nicht da. Hier hat die Bundesregierung ein großes Versäumnis begangen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es hat vor einiger Zeit zum Beispiel Lingers im „profil“ geschrieben:

„Österreich produziert für den Markt von gestern: Rohwaren, Einfachtechnik, Halbfertigwaren – Produkte, die zunehmend sogar in Entwicklungsländern herstellbar sind.

Mit billigeren Rohstoffen und niedrigeren Löhnen.“

Und weiter:

„In den lukrativen Branchen – bei den hirmintensiven, den spezialisierten, den unverwechselbaren Waren, wo die Löhne eine geringere Rolle spielen – sind wir gefährlich im Rückstand.“

Ähnliches ist in der „Solidarität“ vom Februar 1978 zu lesen: „Denn weltweit wird es immer schwieriger, sich am Markt zu halten. Zu exportieren. Die Konkurrenz ist beinhart. Und besonders die Multis zeigen ihre weltweite Macht: Die Giganten produzieren stets in jenen Ländern, in denen die Arbeitskräfte am billigsten sind. Wie bleiben wir am Ball?“ – Frage der „Solidarität“. – „Die Antwort heißt: Gute Produkte anbieten. Neue Produkte entwickeln. Gute Strukturpolitik, auf ein Jahrzehnt vorausgeplant. Nur so verteidigen wir auf Sicht die Vollbeschäftigung . . .“

Was macht die Bundesregierung? Sie agiert nicht entsprechend und macht hier zu wenig.

Meine Damen und Herren! Sie kennen ja bereits die Konzepte für Österreich. Wir haben ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze im Oktober 1977 erstellt. Wir haben im Jahr 1978 ein Konzept zur Forschungspolitik erstellt. Ich darf noch einmal sagen: Wir halten die Forschung für unbedingt notwendig, weil nur dann, wenn wir in die Forschung sehr viel investieren, die Chance bestehen wird, auf diesem Gebiet entsprechend weiterzukommen.

In „Arbeit und Wirtschaft“ vom Jänner 1979 wird der Bundesregierung zum Budget 1979 ein besonderes Zeugnis ausgestellt, und dieses Zeugnis ist das Zeugnis des Versagens dieser Bundesregierung, nachzulesen bezüglich des Budgets und damit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen: „Es bedarf dringend eines Konzeptes, wie ohne soziale Demontage ein Abbau des Defizits erreicht werden kann.“

Und das, meine Damen und Herren der SPÖ, nach neun Jahren Bundesregierung. Das ist das schlechteste Zeugnis, das man Ihnen überhaupt ausstellen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Noch eine weitere Bemerkung, die zeigt, was man von den Zahlen und den Berichten der Bundesregierung zu halten hat.

In der Erklärung von Bundeskanzler Kreisky kann man auf Seite 8 lesen:

„Aus der Erkenntnis der verminderten Aufnahmebereitschaft der wichtigsten Partnerstaaten Österreichs ergab sich die Notwendigkeit, durch handelspolitische Maßnahmen der österreichischen Wirtschaft neue Chancen zu eröffnen.“

Ing. Gassner

Es ist das in bemerkenswerter Weise gelungen:

So sind die Exporte in den europäischen Osten im Zeitraum 1974 bis 1978 von 20,1 Milliarden Schilling auf zirka 23,9 Milliarden Schilling gestiegen – und dies in einer Zeit, in der die Gesamtimporte der Oststaaten nur mehr sehr langsam wuchsen, in einigen Ländern sogar rückläufig waren.“

Wenn man das flüchtig liest, meine Damen und Herren – 1974 20,1 Milliarden, 1978 23,9 Milliarden –, so denkt man: eine tolle Bundesregierung, die das gefördert hat.

Wenn es real wäre, wäre ich damit einverstanden. Nur: Die Inflationsrate ist nicht berücksichtigt. Nehmen Sie einen Bleistift zur Hand und rechnen Sie mit: 1974: 9,5 Prozent Inflation, 1975: 8,4 Prozent, 1976: 7,3 Prozent, 1977: 5,5 Prozent. Wenn Sie die 20,1 Milliarden auf den Stand 1978 aufwerten, dann müßten wir in den Osten heute ohne Mehrexport 26,2 Milliarden exportieren. Dieser Bericht sagt damit eindeutig, daß wir real um 10 Prozent weniger exportieren als im Jahr 1974, und damit stellt sich die Regierung selbst ein schlechtes Zeugnis aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Finanzminister Androsch war heute am Rednerpult auf der Regierungsbank etwas unwillig, weil verschiedene Abgeordnete der Opposition immer wieder aufgezeigt haben, wo es Probleme gibt.

Meine Damen und Herren! Wo sollen wir denn die Probleme aufzeigen? Ist es nicht unsere Pflicht als Abgeordnete, hier auch aufzuzeigen, wo es Probleme gibt? Es ist unsere Pflicht, auf die Dinge hinzuweisen und vor allem die Bundesregierung auf ihr Versagen hinzuweisen. Daß das der SPÖ nicht angenehm ist, ist für mich verständlich. Aber das ist nicht nur, darf ich sagen, unsere Pflicht als Opposition, sondern es ist unsere Pflicht gegenüber den Arbeitnehmern, die davon betroffen sind, diese Probleme aufzuzeigen und festzustellen, warum die Bundesregierung versagt hat und wie man die Probleme besser lösen könnte.

Meine Damen und Herren! Wir werden uns von niemandem, auch nicht vom Finanzminister, daran hindern lassen, das zu sagen. Wir sagen es nicht, um diese Betriebe in Schwierigkeiten zu bringen, sondern ganz einfach, um im Sinne der Arbeitnehmer, die davon betroffen sind, im Sinne der dort Beschäftigten die Dinge klar zu sagen, um Sie vielleicht doch zu bewegen, mit uns gemeinsam einen Weg zu suchen, der die Situation wieder verbessern kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe wiederholt gesagt, daß man die

Wirtschaftspolitik nicht für sich allein sehen darf, sondern daß man die Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit der Einkommenspolitik und der Steuerpolitik zu sehen hat. Ich habe bereits wiederholt gesagt, daß wir im Österreichischen Gewerkschaftsbund eine verantwortungsbewußte Lohnpolitik gemacht haben, daß jedoch Ihre Politik, die Politik der Bundesregierung, durch Ihre Steuer- und Belastungserhöhungen dazu geführt hat, daß die heutigen österreichischen Produkte viel zu teuer geworden sind und damit nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wir haben nichts davon, wenn irgendwo nominelle Ziffern anwachsen, wenn irgendwo in Erfolgsberichten höhere Ziffern stehen. Wir haben auch nichts davon, wenn das Bruttonationalprodukt steigt, aber der einzelne Arbeitnehmer real weniger verdient. Papier ist sehr geduldig, Ziffern allein sagen noch gar nichts, sondern die Antwort der einzelnen Menschen auf die Fragen: Wieviel verdienst du, was kannst du dir um dein Geld heute leisten?, sagten echt aus, wie es dem einzelnen heute geht.

Klubobmann Fischer hat heute gemeint, daß wir dauernd die hohen Defizite beklagen. Dr. Mock habe gesagt, wir seien gegen die hohen Defizite auch dann, wenn dadurch die Arbeitsplätze gehalten würden.

Nein, Herr Klubobmann Fischer, ganz im Gegenteil. Wir sind deshalb gegen die hohen Defizite, weil die permanent hohen Defizite ganz automatisch zu höheren Steuern und Abgaben führen. Die höheren Steuern und Abgaben führen zu einer höheren Belastung der Betriebe und des einzelnen. Die höhere Belastung der Betriebe führt dazu, daß das Produkt teurer wird. Die höheren Produktkosten führen dazu, daß wir diese Produkte nicht mehr verkaufen können. Deshalb, Herr Klubobmann Fischer, sind wir gegen die permanente Erhöhung der Budgetdefizite. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es bedarf, daß wir in Österreich eine andere Gesinnung bekommen, einer Leistungsmotivation des einzelnen und der Betriebe, der Erzeugung einer Investitionslust. Denn nur das, meine Damen und Herren, führt uns aus diesen Schwierigkeiten heraus.

Es muß Schluß sein mit einigen Grundthesen dieser Bundesregierung. Ich glaube deshalb, daß es notwendig ist, den Kurs anders zu steuern, einen Kurs, der folgendermaßen aussieht:

Erstens: Schluß mit der Verunsicherung des Wirtschaftsklimas.

Zweitens: Keine neuen Belastungen.

Drittens: Förderung von Forschung und Entwicklung auf breiter Basis.

Ing. Gassner

Viertens: Mehr Realismus und weniger Starrsinn und Prestigedenken in der Wechselkurspolitik.

Fünftens: Belebung der Investitionen durch Stärkung der Kapitalbasis der Unternehmen, weil nur neue Investitionen neue Arbeitsplätze schaffen.

Sechstens: Sparsame öffentliche Verwaltung. Stopp den Verschwendungen und Vergeudungen öffentlicher Gelder, für die wir alle zahlen müssen.

Siebtens: Sicherung des Einkommens und damit der Kaufkraft aller Österreicher.

Das, meine Damen und Herren, haben Sie durch Ihre Wirtschaftspolitik verhindert. Und weil wir einen wirtschaftlichen Fortschritt wollen, weil der wirtschaftliche Aufstieg erst den sozialen Fortschritt ermöglicht, deshalb, meine Damen und Herren, ist es notwendig, daß am 6. Mai in diesem Land ein Kurswechsel erfolgt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Pansl**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dallinger.

Abgeordneter **Dallinger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich meinem Vorredner zugehört habe, aufmerksam zugehört habe, ihn hier als Redner der Opposition höre und bei anderer Gelegenheit als Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, dann ist eine sehr unterschiedliche Akzentsetzung festzustellen. Ich freue mich, daß wir in vieler Hinsicht im Rahmen des ÖGB übereinstimmen, und ich wundere mich daher, daß wir fast in keiner Hinsicht hier im Parlament übereinstimmen.

Unsere Sprache, die Sprache der sozialistischen Gewerkschafter, ist sowohl im Bundesvorstand des ÖGB als auch draußen in den Betrieben und auch hier im Parlament die gleiche. Wir verschönern nichts, wir sprechen die Dinge konkret an, aber sowohl im Positiven als auch im Negativen. Und die positive Herausstellung, die fehlt mir bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! *(Präsident Benya übernimmt den Vorsitz.)*

Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Taus einleitend gemeint hat, es ist der übliche Jubelbericht, und es ist dann zu hören gewesen von unserem Freund Gassner, daß wir schon hier stehen wie die Boxer, die im Ring k. o. gegangen sind und bald hinausgetragen werden, dann möchte ich sagen, daß das zunächst einmal einerseits ein Widerspruch ist und auf der anderen Seite wir Ihnen die Freude nicht machen können, daß wir k. o. gehen. *(Beifall bei*

der SPÖ.) Im Gegenteil: Wir werden in die nächste Runde mit noch größerer Kraft hineingehen, und wir werden das K. o. unserem politischen Gegner geben und ihm die Möglichkeit bieten, sich sehr lange in der Ecke erholen zu müssen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir wollen hier keinen Jubelbericht bieten, aber wir weisen mit Recht darauf hin, daß wir in Zeiten schwieriger weltwirtschaftlicher Bedingungen sowohl Vollbeschäftigung haben als auch die Stabilität verbesserten, steigenden Wohlstand und sozialen Frieden verzeichnen, und ich werde in der Lage sein, das auch zu beweisen.

Aber vorher eine Frage an Sie, meine Herren von der Opposition, insbesondere im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Ing. Gasser. Mir ist nicht bekannt, daß es so tiefgreifende Auffassungsunterschiede und Meinungsunterschiede im Hinblick auf die Währungspolitik gibt. Ich gebe zu, daß die exportorientierten Betriebe da und dort Sorge haben, daß das Wechselkursverhältnis nicht in ihrem Sinne geregelt worden ist, aber wir wissen, gesamtwirtschaftlich gesehen, daß wir trotz der da und dort vereinzelt vorhandenen Schwierigkeiten vom Grundsatz, von der Tendenz her in den Währungsfragen übereinstimmen. Mir ist auch nicht bekannt, daß im Rahmen der Nationalbank grundsätzliche Auffassungsunterschiede im Generalrat vorhanden sind oder daß dort divergente Auffassungen in der Form zum Ausdruck kamen, daß man sagte, der Kurs an sich müsse geändert werden.

Das möchte ich also hier als Frage und auch als Feststellung zum Ausdruck bringen, weil ich glaube, daß wir in einer so wichtigen Frage die Dinge nicht irgendwie nebulos darstellen können, sondern in einer so wichtigen Frage muß ein eindeutiges Bekenntnis zum Ausdruck kommen.

Und zweitens: Bezüglich der Exportpolitik, meine Damen und Herren, glaube ich, daß auch hier vieles von uns getan wird, was im wohlverstandenen Interesse der österreichischen Wirtschaft liegt. Wenn ich weiß, daß der Haftungsrahmen im Rahmen des Ausfuhrförderungsgesetzes von 150 Milliarden auf 200 Milliarden Schilling erhöht worden ist und dadurch bedeutende Beträge geboten werden, um die Ausfuhr zu fördern, die Exporte zu fördern, und daß international anerkannt wird, daß das österreichische Instrumentarium für die Ausfuhrförderung beispielgebend für die westlichen Industriestaaten ist, dann, glaube ich, sollte man auch das hier übereinstimmend zum Ausdruck bringen, weil wir ja nichts haben von der gegensätzlichen Darstellung, sondern in Wirk-

Dallinger

lichkeit auf dem Gebiet vieles getan und auch allgemein anerkannt wird.

In dem gestrigen Bericht der Bundesregierung kam zum Ausdruck, daß zum Beispiel die Konjunkturerholung seit einiger Zeit maßgeblich vom Export getragen wird. In den ersten elf Monaten des abgelaufenen Jahres stiegen die Exporte um 8 Prozent. Für 1979 wird eine etwas abgeschwächte Exportausweitung vorausgesagt, aber durch internationale Ereignisse beeinflusst. Ende 1978 wurden die für die Versorgung der Exportwirtschaft wichtigen Garantie- und Finanzierungsrahmen neuerlich aufgestockt. Beim Ausfuhrförderungsgesetz wurde der Haftungsrahmen von 150 Milliarden auf 200 Milliarden Schilling erhöht. Ich könnte jetzt – Sie können das aber nachlesen – im einzelnen ausführen, was hier konkret an Maßnahmen vorgesehen ist, die für die Exportwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind.

Nun, wenn Sie sagen, meine Damen und Herren, daß der Kausel-Bericht für Sie nicht maßgebend ist, und wenn sich der Herr Abgeordnete Keimel gestern dazu verstiegen hat, die Kausel-Studie als lächerliche manipulative Studie des Hofrates Kausel zu bezeichnen, dann glaube ich auf der anderen Seite, daß wir ja auch Berichte, Forschungsergebnisse und Prognosen von anerkannten österreichischen und ausländischen Wissenschaftlern haben, die sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß die Wirtschaftsentwicklung in Österreich in der Vergangenheit eine günstige war und auch für das Jahr 1979 relativ günstig prognostiziert ist. Denn in der letzten wirtschaftspolitischen Aussprache der österreichischen Bundesregierung im Rahmen der Paritätischen Kommission hat der Leiter des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, Professor Seidel, sehr eindeutig positive Prognosen für 1979 erstellt. Er hat ein dreiprozentiges Wirtschaftswachstum vorausgesagt, er hat eine zehnprozentige Steigerung des österreichischen Exportes vorausgesagt, er hat eine neuerliche Absenkung der Inflationsrate angekündigt, und er hat schließlich ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit erwartet, aber das immer noch in einem Rahmen, der absolute Vollbeschäftigung darstellt, und damit die Voraussagen der Bundesregierung für 1979 und die Bemühungen der Bundesregierung und aller dazu notwendigen Stellen in Österreich bestätigt, die darauf hinauslaufen, daß wir in Österreich im Jahre 1978 wie in den vergangenen Jahren vorher absolute Vollbeschäftigung hatten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das gemeinsame Ziel, meine Damen und Herren, das wir uns im Österreichischen Gewerkschaftsbund und, ich glaube, auch hier

im Hohen Hause gegeben haben, ist, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Der Gewerkschaftsparole, daß der Vollbeschäftigung alles unterzuordnen ist, haben wir Folge geleistet und auch entsprechende Erfolge gehabt.

Also nicht Kausel hat hier eine rosarote, eine zu hoffnungsvolle Studie abgegeben, oder nicht er allein, sondern anerkannte Wirtschaftsfachleute haben gesagt, daß wir im vergangenen Jahr eine sehr gute, eine relativ gute Entwicklung in Anbetracht der weltwirtschaftlichen Entwicklungen gehabt haben und daß im Jahre 1979 die Maßnahmen der Bundesregierung und auch die Maßnahmen der österreichischen Arbeiter sowie die Bereitschaft der österreichischen Arbeiter und Angestellten, in diesem Sinne zu wirken, auch tatsächlich in der Form eine Anerkennung gefunden haben, daß die Entwicklung eben positiv verläuft.

Und was können wir als Österreicher für ein Interesse daran haben, meine Damen und Herren, hier im Hause der Volksvertretung diese Erfolge nicht entsprechend darzustellen? Es leugnet ja niemand, daß das nicht eine einseitige Handlung, daß das nicht allein die Maßnahmen der Bundesregierung sind. Wir alle wissen, daß die Wirtschaft das gesamte Leben umfaßt, daß die Bundesregierung oder die Exekutive Maßnahmen setzen kann, die fördernd für das Ganze wirken. Aber niemand leugnet die Tätigkeit und die Erfolge der Gesamtwirtschaft, der privaten Wirtschaft, der mittleren und kleineren Betriebe, und noch nie ist hier von uns zum Ausdruck gebracht worden, daß wir nicht anerkannt haben, daß auf Grund der österreichischen Wirtschaftsstruktur zehntausende, hunderttausende Arbeitnehmer in Betrieben arbeiten, die nicht mehr als zehn Beschäftigte umfassen.

Es ist ja zum Teil auch eine positive Situation für uns, daß wir bei den Industrienationen nicht ganz an der Spitze stehen, von den Mammutbetrieben her gesehen, daß wir flexibler sind bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, daß wir da und dort in Marktlücken stoßen können, daß wir Produktionsgrößen auflegen können, die ein Mammutbetrieb einfach nicht auflegen kann von der Kostenseite her.

Als ich kürzlich bei Gräf & Stift gewesen bin, der ja auch ein internationaler Konzern ist, haben wir gesehen, daß dort Produktionsgrößen von 20, 30 Stück aufgelegt worden sind, daß der Betrieb mit solchen Größen ausgelastet ist und daß das nur möglich ist, weil das die großen Betriebe, die großen Lkw-Hersteller in der Bundesrepublik und im anderen Ausland, einfach nicht machen können, weil die Umstellungskosten für sie viel zu groß sind.

Dallinger

Wir haben also auf den verschiedensten Gebieten Förderungsmaßnahmen gesetzt.

Und nun möchte ich einmal mehr unterstreichen, daß ja auch die Einsicht der österreichischen Arbeitnehmer nicht unwesentlich zu diesem Wirtschaftserfolg beigetragen hat. Meine Damen und Herren! Es gibt kein Land auf der Welt, zumindest ich kenne keines, wo die Umstellung auf die wirtschaftskonformen Entlohnungen in gehalts- und lohnmäßiger Hinsicht so reibungslos vor sich gegangen ist, wie das in Österreich der Fall gewesen ist. Sie können doch nicht leugnen, daß wir in sehr kurzer Zeit in Übereinstimmung mit der Wirtschaft in Form von Kollektivverträgen hier eine Anpassung vollzogen haben, die bewirkte, daß die Belastungen aus dem Titel für die Betriebe in erträglichen Grenzen geblieben sind, daß andererseits die wirtschaftlichen Maßnahmen der Bundesregierung Hilfestellung geboten haben und daß da und dort auf steuerlicher Ebene im Rahmen des Möglichen Erleichterungen geschaffen worden sind.

Das gilt für die Arbeitnehmer einerseits in Form der Anpassung der Lohnsteuer zum Beispiel per 1. Jänner 1979. Das ist in der weiteren Folge kurz nach der Regierungsklausur im Hinblick auf die Streichung der Investitionssteuer 1979, durch die Erweiterung des Haftungsrahmens für die Exportförderung, im Rahmen der Maßnahmen, die mein Freund Mühlbacher heute hier schon zum Ausdruck gebracht hat, in vielfältiger Form geschehen.

Das ist auch darauf zurückzuführen, daß da und dort zumindest Ansätze von Investitionen im Rahmen der privaten Wirtschaft vorhanden sind. Und wenn diese gefördert werden, wenn hier ein Anstoß gegeben wird, daß das im vergrößerten, im vermehrten Umfang geschieht, wenn durch die Zinsstützungsaktion der Bundesregierung, durch die Kreditkostensenkung, die jetzt anläuft, auch hier mehr getan wird, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, dann werden wir auch wieder größere wirtschaftliche Erfolge haben.

Aber niemand wird doch leugnen, daß dazu eine positive Wirtschaftsgesinnung notwendig ist. Sie müssen doch zugeben, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß niemand dazu animiert wird, Investitionen zu tätigen, wenn er von seinen Repräsentanten im Hohen Haus, also im Parlament, hört, daß die Wirtschaftslage triste ist, daß alle Maßnahmen, die gesetzt worden sind, nicht zielführend waren und daß die Aussichten für die Zukunft ebenfalls schlecht sind.

Na, wenn das jemand animieren soll, Investitionen zu tätigen und nicht von den

Kapitalerträgen anstatt der Investitionen zu leben, dann weiß ich nicht, was jemand tut, der in einer solchen Zeit lebt.

Das ist der Grund, warum wir die Dinge darstellen, warum wir uns bemühen, die Öffentlichkeit auch in unserem Sinne aufzuklären und sie mit den Realitäten vertraut zu machen.

Meine Damen und Herren! Sie können es sich auch nicht aussuchen nach der Richtung hin, daß Sie sagen: Einerseits reden wir von Österreich, und andererseits führen wir selber, wenn das von Ihrem Standpunkt aus negativ möglich ist, internationale Vergleiche herbei. Wir müssen auf diesem Gebiet internationale Vergleiche heranziehen, denn wenn wir die Vollbeschäftigung, die wir haben, auf Grund der internationalen Situation auch illustrieren wollen, dann muß ich Ihnen sagen – und Sie wissen es ja genauso gut wie ich –, daß Österreich im Jahre 1978 die drittniedrigste Arbeitslosenrate der Welt hatte, daß unsere 2,1 Prozent fast einsam dastehen gegenüber Belgien von 8,2 Prozent, der Bundesrepublik Deutschland 4,3 Prozent, Dänemark 8,7 Prozent, Frankreich 6,6 Prozent, Großbritannien 6,2 Prozent, Niederlande 5,1 Prozent, Kanada 8,5 Prozent und USA 6,1 Prozent.

Ja, das sind doch Fakten, die belegbar sind! Das sind doch international zugängliche Zahlen, die jeder haben kann und auch jeder besitzt und die auch in den Unterlagen, die wir gestern erhalten haben, beinhaltet gewesen sind, sodaß sie absolut nachweisbar sind.

Nun können Sie sagen: Arbeitslosenraten kann man durch verschiedenste Berechnungsmethoden herbeiführen, wie das Kollege Gassner getan hat.

Aber wir können einen weiteren Vergleich heranziehen. Wir können heranziehen die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen, die von 1969 bis 1978 um insgesamt 400 300 gestiegen ist. 400 000 unselbständig Erwerbstätige mehr innerhalb von 8 Jahren.

Auch da können Sie wieder entgegenhalten: Na gut, jetzt schauen wir uns die Zahl aller Erwerbstätigen an, das sind ja nur Verschiebungen, die nicht relevant sind, und in Wirklichkeit sind es nicht mehr geworden!

Aber es sind von 1969 bis 1978 auch um fast 200 000 Erwerbstätige mehr geworden, und das ist der Beweis dafür, daß 200 000 Menschen mehr im österreichischen Wirtschaftsleben tätig sind und an dem Wirtschaftsertrag teilhaben und dadurch ihren Lebensstandard verbessern können. Auch das ist ein Erfolg, der nicht zu leugnen ist.

Das ist doch keine rosarote Darstellung, die

Dallinger

man aus irgendeinem Jubelereignis heraus macht, sondern das ist der Beiwies dafür, daß die Wirtschaftspolitik richtig war und daß sie auch die entsprechenden Veränderungen herbeigeführt hat.

Um wieder einmal nicht von Kausel zu reden, sondern von Professor Seidel: Professor Seidel hat in der wirtschaftspolitischen Aussprache erklärt, daß die Zahl der im Jahre 1978 in Österreich Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 20 600 gestiegen ist. 20 600 Beschäftigte im Jahre 1978 mehr als ein Jahr zuvor!

Es ist sicherlich richtig, daß hier eine unterschiedliche Entwicklung festzustellen ist: Auf dem tertiären Sektor ein starkes Ansteigen der Zahl der Beschäftigten um 33 000, in der Produktion, also in der Industrie ein Rückgang um etwa 11 000 Beschäftigte, und es ist richtig, daß sich das daher auf dem Arbeitsmarkt in Österreich sehr unterschiedlich auswirkt und daß wir daher das Problem haben, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten stark rückläufig ist, die Produktion stagniert, der tertiäre Sektor in Kürze mehr als 50 Prozent der österreichischen Erwerbstätigen beschäftigt wird.

Das wird große Umstellungsschwierigkeiten mit sich bringen. Das wird notwendig machen, daß wir auf der einen Seite die Forschung zugebenermaßen höher dotieren müssen, daß wir zukunftsorientiert investieren müssen, daß wir nicht irgendwie etwas künstlich am Leben erhalten, was praktisch zum Absterben verurteilt ist.

Aber gerade wir als Gewerkschafter, meine Damen und Herren, wissen ja, wie schwierig es ist, eine solche Veränderung herbeizuführen. Ich erinnere an die Schließung von Fohnsdorf und die Schaffung eines Ersatzbetriebes. Ich erinnere – jetzt objektiv – an die Schwierigkeiten, die wir im VEW-Bereich haben, was Sie gestern so negativ herausstellten und vermeinten, damit politisches Kapital herauszuschlagen zu können.

Natürlich haben wir Probleme in Judenburg, natürlich haben wir Probleme in Kapfenberg, natürlich haben wir Probleme in Ternitz, aber nicht weil die Bundesregierung wirtschaftliche Fehler begangen hat, sondern weil dort Veränderungen eintreten, denen wir einfach Rechnung tragen müssen und wo wir zeitgerecht entsprechende Maßnahmen – womöglich in Übereinstimmung – treffen müssen, um die Arbeitsplätze für jene Menschen zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es ist zu billig, hier zu sagen, daß wir da und dort Freisetzungen machen müssen auf Grund der Fehler der Bundesregierung, anstatt dabei mitzuhelfen, daß

wir diese Menschen davon überzeugen, daß unter Umständen durch Schaffung neuer Produktionsstätten an anderen Orten ein Ausgleich geschaffen wird. Es ist zu billig und es ist politisch manipuliert, was Sie hier tun. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ich glaube, wir müssen da etwas dagegen unternehmen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Genauso abwegig ist, meine Damen und Herren, was Sie gestern zum Ausdruck gebracht haben, daß es nämlich jetzt in den einzelnen Bundesländern da und dort vielleicht Schwierigkeiten gibt, die es zur Zeit der ÖVP-Regierung nicht gegeben hat.

Ich kann Ihnen nun hier – und wenn das auch willkürlich geschieht – sagen, daß es Ende Dezember 1968 im Burgenland eine Arbeitslosenrate von 18,5 Prozent gegeben hat, daß es damals in Niederösterreich eine Arbeitslosenrate von 4,9 Prozent gegeben hat und daß wir noch nie – und ich bestätige das, was Fischer gesagt hat – in der Zeit der SPÖ-Regierung eine Arbeitslosenrate hatten, die über der gelegen war, wie es jemals in Zeiten vorher der Fall gewesen und ausgewiesen worden ist. Wir haben noch nie eine derartige Arbeitslosenrate gehabt wie in der Zeit seit 1970, und wir werden sie selbst bei negativer Voraussage, bei etwas schlechterer Voraussage für 1979 nicht haben. Wir werden vielleicht die zweieinhalb Prozent erreichen; wir werden aber alles tun, damit auch diese Voraussage, wie das schon im vergangenen Jahr der Fall gewesen ist, nicht erreicht wird und wir unter dieser Marke bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich war, meine Damen und Herren, gestern echt erschüttert, als ich Ihre dringliche Anfrage im Hinblick auf die VEW gehört habe; echt, und zwar nicht aus politischen Motiven. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Aber wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten sehr oft mit diesen Kollegen zusammengesetzt. Wir sind schon einige Male hier in den Räumlichkeiten des Parlaments gesessen, wir haben das beim Kanzler getan, wir haben das in Betrieben draußen getan. Diese Woche waren wieder die Kollegen aus Judenburg bei mir, und wir haben darüber gesprochen. Es waren auch die Kollegen von Rella bei uns, es waren die Kollegen von der Vöslauer bei uns und es waren andere Kollegen bei uns.

Meine Damen und Herren! Das sind nicht verstaatlichte Betriebe – Rella zum Beispiel, die Vöslauer und Semperit –, sondern das sind Betriebe der freien Wirtschaft, wie Sie sie bezeichnen, deren Aktienmehrheit sich in dem einen oder anderen Fall in Besitz von Banken befindet, wo aber das Management nach

Dallinger

eigenem Ermessen, nach vermeintlich gesamtwirtschaftlichem Ermessen handelt.

Ich glaube daher, daß Sie es bitte unterlassen sollten, so zu tun, als ob die Bundesregierung für alle Fälle von Insolvenzen oder überhaupt für Insolvenzen verantwortlich ist.

Wenn Sie das tun, müßte ich nämlich neuerlich diese Managementfehler bei Großinsolvenzen zitieren, die zum Ausdruck bringen, daß 86 Prozent aller Insolvenzen management- und personenbedingt sind von der Leitung her und nur 14 Prozent insgesamt ... *(Ruf bei der ÖVP: Woher wollen Sie das wissen?)* Aus dem Bericht des Kreditschutzverbandes von 1870, der keine Institution der Bundesregierung ist und auch nicht von ihr beeinflußt wird, sondern hier sind objektive Unterlagen und Untersuchungen vorhanden, die eben ausweisen, wie sich die Entwicklung verändert hat!

Meine Damen und Herren! Ich möchte also sagen, daß wir glauben, daß der Erhaltung der Vollbeschäftigung und dem Ziel der Erhaltung der Vollbeschäftigung – ich bringe das neuerlich zum Ausdruck – alles unterzuordnen ist.

Wir sind uns auch bewußt, daß im Hinblick auf die Stabilität der Währung und der Preise entsprechende Maßnahmen notwendig sind. Aber wenn ich darauf verweise – und jetzt in umgekehrter Richtung als Gassner –, daß wir 1974 noch eine Inflationsrate von etwa 9,5 Prozent hatten, knapp vor der magischen Grenze von 10 Prozent uns befunden haben und seitdem kontinuierlich das abgebaut haben: 9,5 – 8,4 – 7,3 – 5,5 – 3,5 – Prognose 1979: 3 Prozent, dann ist doch das ein Erfolg, den wir gemeinsam – so hoffe und glaube ich – errungen haben und der auch gemeinsam anerkannt werden soll. *(Abg. Suppan: 3,3 ...!)*

Und das ist auch darauf zurückzuführen, meine Damen und Herren, daß wir in bezug auf die Währungspolitik Maßnahmen gesetzt haben, die das Ansteigen der Inflationsrate und das neuerliche Hineinschlittern in wirtschaftliche Schwierigkeiten verhindert haben. Das Wirtschaftswachstum – auch das hat Fischer schon zum Ausdruck gebracht – lag in der Zeit von 1960 bis 1969 auf dem siebenten Platz, in dem Zeitraum von 1970 bis 1978 auf dem ersten Platz. 3,8 Prozent, das größte Wirtschaftswachstum, das in den Industrienationen der Welt ausgewiesen worden ist! Das ist doch ein Erfolg, über den man sich freuen soll und den man nicht negieren darf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Jetzt zu der Beurteilung überhaupt von Maßnahmen, noch ganz allgemein gesehen. Mir kommt das immer etwas eigenartig vor. Sie bezichtigen uns immer, ein eigenartiges Demokratieverständnis zu

haben. Aber das ist ganz eigenartig: Wenn Kausel etwas sagt, so ist das rosaroter Optimismus. Wenn ein anderer etwas Negatives sagt, dann ist es das Widerspiegeln der Realität.

Wenn zum Beispiel von Ihnen die Novellierung der Arbeiterkammerwahlen bezüglich der Wahlpflicht bekämpft wird und ein Senat sich kurz vor einer Änderung per 1. Februar 1979 zusammensetzt und ein auf der Seite der Sozialisten ausgeschiedenes Mitglied durch einen ÖVP-Vertreter ersetzt wird, dann ist das Recht, dann ist das der Rechtsstaat. Wenn drei Tage später auf Grund der gesetzlichen und vereinbarungsmäßigen Bestimmungen eine Änderung eintritt und ein Sozialist wieder durch einen Sozialisten ersetzt wird, dann ist das die brutale Machtausübung der Sozialisten, die nicht anerkennen wollen, daß ein objektiver Spruch gefällt wird.

Wenn wir verbal und zunächst ohne Konsequenzen die Abfertigung für Arbeiter und den Abfertigungsanspruch bei Inanspruchnahme der Frühpension bei Angestellten verlangen, dann bekennen Sie sich verbal dazu und sind auch bereit, das zunächst einmal vom Grundsatz her öffentlich zu unterstützen. Wenn wir dann daran schreiten, konkrete Maßnahmen zu setzen, um dieses Ziel zu realisieren, dann schreien auch Sie vom ÖAAB und von der FCG auf und sagen: Das ist eine Maßnahme, die überfallsartig kommt, die man nicht unterstützen kann! *(Abg. Ing. Gassner: Der Babanitz!)*

Ja was wollen Sie denn, meine Damen und Herren? *(Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat denn die Abfertigung im vorigen Jahr mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz verschlechtert? Ihr habt alle Bestimmungen verschlechtert!)* Aber, Herr Kollege Dr. Zittmayr! Sie müssen sich jetzt darauf konzentrieren, was Sie sein wollen: Unternehmer oder Arbeitnehmer. Denn für den Arbeitnehmer hat sich überhaupt nichts bei der Abfertigung verschlechtert und auch beim Unternehmer nicht. Nur verschleierte Rücklagen, die steuerbegünstigt waren, haben wir ihnen genommen und haben das wieder auf das richtige Maß zurückgeführt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Ihr habt es verschlechtert!)* Also bitte, Herr Dr. Zittmayr, wir haben nichts verschlechtert, im Gegenteil. Wir schreiten jetzt daran, das für alle Arbeitnehmer, für die Arbeiter und für die Angestellten, zu verbessern. Und daran werden wir uns von niemandem hindern lassen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Ihr laßt immer die anderen zahlen! Erhöhen Sie doch das Länderpauschale! Nicht immer andere zahlen lassen! Selber zahlen! Ihr seid großzügig mit dem Geld der anderen!)*

Herr Dr. Zittmayr! Sie sind jetzt nicht betroffen. Das geht Ihre Freunde vom ÖAAB an.

12018

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dallinger

Sie können als Wirtschaftsbund-Mann ruhig dagegen sein. Schwierig hat es jetzt der Dr. Kohlmaier, der Dr. Schwimmer und auch mein Freund Gassner, wie er das draußen dann verkaufen wird, wenn er unter Umständen dann gegen diese Maßnahmen im Parlament stimmt. Aber wir sind dabei, diese Maßnahmen zu setzen, und wir glauben, daß sie auch zum richtigen Zeitpunkt gesetzt sind. *(Abg. Dr. Zittmayr: Ihr seid sehr großzügig mit dem Geld der anderen, aber mit dem eigenen nicht!)* Wir glauben, daß die Abfertigung einen erworbenen Entgeltanspruch darstellt, daß das eine Rücklage ist, die der Arbeitnehmer im Verlaufe seines Arbeitslebens selber tätigt und die den Unternehmern zur Verfügung steht, um da und dort Investitionen kurzfristig oder längerfristig zu tätigen, um Rücklagen zu bilden, die sogar steuerlich begünstigt sind. *(Abg. Dr. Zittmayr: ... Lohnkosten! - Zwischenruf des Abg. Brandstätter.)* Aber das ist ein erworbener Entgeltanspruch, den uns niemand mehr wegnehmen kann. *(Abg. Dr. Zittmayr: Will euch auch gar niemand wegnehmen!)*

Und die hemmenden Bestimmungen oder die uns zurückstellenden Bestimmungen, die noch da und dort vorhanden sind, werden auch in der Zukunft beseitigt werden. Ich gebe zu: Schritt für Schritt und nicht auf einmal.

Wir sind auch bereit, den Kleingewerbetreibenden oder den kleinen Firmen da und dort Hilfestellungen zu geben, aber wir sind nicht bereit, die Abfertigung aus den Sozialversicherungsgeldern zu bezahlen. Das möchte ich dem Herrn Dr. Kohlmaier in aller Deutlichkeit hier sagen. Die Abfertigungen haben die Unternehmer zu zahlen. Wir werden auch einen Weg finden, denen, die im Moment nicht über die entsprechenden Rücklagengelder verfügen, eine Hilfestellung zu gewähren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Am Schluß kann ich es Ihnen nicht ersparen, doch noch einmal den von Ihnen so ungeliebten Professor Dr. Kausel zu zitieren, weil ich glaube, daß er hier etwas sagt, was doch ausgedrückt werden müßte und was auch unwidersprochen bleibt *(Abg. Dr. Zittmayr: Grenzenloser Optimist!)*:

„Die Position Österreichs im internationalen Wirtschaftsvergleich hat sich in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert.“ – Ich betone: in den letzten Jahrzehnten, damit nicht hier wieder ein Mißverständnis entsteht. Er meint ja auch die Zeit der sechziger Jahre. – „Seine Produktions- und Exportstruktur hat sich in mehreren Etappen denen der Industrienationen höchster Ordnung weitgehend angenähert. Dadurch ist es gelungen, hinter Japan das zweitstärkste Pro-Kopf-Wachstum unter allen

entwickelten Mitgliedsländern des OECD-Raumes zu erzielen und nicht nur das Durchschnittseinkommen OECD-Europas, sondern auch das der EG deutlich zu überschreiten. Österreichs wirtschaftliche Dynamik übertrifft die der gesamten westlichen Welt um 0,8 Prozentpunkte pro Jahr.“

„Die Zukunftsaussichten der österreichischen Wirtschaft sind durch den schon bisher realisierten und sich offenbar noch beschleunigenden technologischen Vormarsch und den bereits installierten und sich rascher als in fast allen anderen Ländern mit Ausnahme Japans erneuernden Kapitalstock sowie durch die immer effizienter werdende Einkommenspolitik und die im Endeffekt, trotz gegenteiliger Behauptungen, investitionsfreundlichere Steuerpolitik bereits weitgehend vorbestimmt. Sie könnten nur noch gefährdet werden, wenn durch Unverstand oder Ungeduld der segensreiche Pfad eines beinhaltenen Währungskurses“ – merk's, Gassner! – „auch nur um einen Fußbreit verlassen würde.“

Alle Wirtschaftsindikatoren der letzten Monate sprechen dafür, daß das härteste Teilstück der ... Durststrecke bereits durchschritten sein könnte.“ *(Abg. Dr. Zittmayr: Und wer zahlt die ganzen ...?)*

Meine Damen und Herren! Damit hat sich bestätigt, was Androsch gestern am Beginn seiner Ausführungen zum Ausdruck gebracht hat: daß wir Vollbeschäftigung haben, daß wir Währungsstabilität und Preisstabilität haben und daß wir durch die Maßnahmen, die wir zu setzen bereit sind und die wir auch setzen werden, die wichtigste Voraussetzung dafür schaffen, daß die österreichische Wirtschaft in Fluß bleibt, daß sie lebendig ist, daß sie zu leben imstande ist und daß die Vollbeschäftigung in dieser Wirtschaft für alle Zeiten gesichert ist. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Zittmayr: Unter einer anderen Regierung!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Deutschmann.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte anmerken, und es ist sehr interessant, daß es im österreichischen Parlament möglich ist, daß der Herr Vizekanzler wie der Herr Bundeskanzler Berichte abgeben und keiner der Herren gibt sich die Mühe, das Hohes Haus zu beehren. *(Ruf bei der SPÖ: Ist ja nicht wahr!)* Ich erinnere mich noch an die Zeit zwischen 1966 und 1970, da mußte sogar die Sitzung unterbrochen werden, bis der Herr Bundeskanzler seinen Sitz auf der Regierungsbank eingenommen hatte! Und heute ist es für

Deutschmann

Sie eine Selbstverständlichkeit, daß bei einem Bericht über die wirtschaftliche Lage weder der Herr Kanzler noch der Herr Vizekanzler im Hause sind. (*Abg. Suppan: Ist auch ein Skandal!*)

Und es ist auch sehr interessant: Gerade mein Vorredner mokiert sich, daß man einen Bericht kritisiert, wo ja doch alles in bester Ordnung sein sollte. Und ich möchte dem Herrn Abgeordneten Dallinger sagen, dieser Bericht ist so abgefaßt, daß man das hineingebracht hat, was man hineinbringen wollte, verschiedene Problemkreise überhaupt nicht berührt und sich dann sogar speziell bei den verschiedenen zusätzlichen Unterlagen schwerpunktmäßig mit den Problemen in Japan, in Frankreich, in England, in Italien und so weiter beschäftigt.

Und auch hier kann ich mich zurückerinnern: Als man versucht hat, im Rahmen der Wirtschaftsberichte der ÖVP-Alleinregierung auf die Situation in anderen Staaten hinzuweisen, kam dezidiert die Erklärung: Wir leben in Österreich, die Probleme in Österreich sind maßgebend, nicht das Ausland.

Die sozialistische Parlamentsfraktion ist der Meinung, was nicht sein darf, kann nicht sein, und so versucht man halt, die Probleme in Österreich zu beschönigen, zu verniedlichen. Und es gibt halt doch viele, die versuchen, lautstark darauf hinzuweisen, daß ja nur sie es sei, die sozialistische Mehrheit, die das und jenes erreicht habe, die für das und jenes eingetreten sei. Ich hätte gerade als Sprecher der agrarischen Seite sehr gerne den Herrn Bundeskanzler oder den Herrn Vizekanzler gefragt: Ja ist denn die Landwirtschaft nicht auch ein Teil der österreichischen Wirtschaft? (*Beifall bei der ÖVP.*) Ja wie konnte es möglich sein, daß der Herr Bundeskanzler ebenso wie der Herr Vizekanzler mit keinem einzigen Wort die Situation der österreichischen Landwirtschaft im Rahmen der Wirtschaft aufzeigt oder erörtert? Mit keinem einzigen Wort! Hat er vergessen, daß es über 1 Million Menschen sind, die mit der Landwirtschaft engstens verbunden sind, und daß die Investitionstätigkeit der Landwirtschaft auch in Hinblick auf die Gesamtwirtschaft nicht zu übersehen ist? Jährlich werden 52 Milliarden Schilling von Seiten der Landwirtschaft ausgegeben. Ich nehme doch an, daß man mit diesem Geldfluß in der Lage ist, Arbeitsplätze zu sichern, und daß wir von Seiten der Landwirtschaft das gleiche Recht haben, von der Regierung die gleichen Chancen zu bekommen wie alle anderen Berufsstände. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ich kann mich noch sehr gut erinnern an den Wahlkampf 1970, als der Herr Bundeskanzler in einer Broschüre ganz groß versucht hat, die

Bauernschaft für sich zu gewinnen mit dem Slogan „Den Bauern soll es besser gehen“. Und wie schaut heute die Situation aus?

Ich bin auch der Auffassung, daß der Herr Bundeskanzler deshalb nicht bereit war, auf die Probleme der Landwirtschaft einzugehen, weil sogar sein Landwirtschaftsminister im Grünen Bericht die Schwierigkeiten, die Probleme nicht verschweigen konnte. Und deshalb redet man lieber nicht über solche Dinge, denn die könnten den Beweis erbringen, daß die derzeitige Bundesregierung für die Landwirtschaft zu wenig oder nichts getan hat.

Nur einige wenige Daten. Die Gesamtausgaben je Hektar in der Landwirtschaft waren 8 Prozent und die Zinsenbelastung um 9,6 Prozent. Die Betriebseinnahmen stiegen im Jahre 1977 um 0,2 Prozent und der Preisindex bei den Gesamtausgaben um 6,9 Prozent. Die Preisschere hat sich somit auf Grund der Indexentwicklung von 35,6 auf 44,6 Prozent zuungunsten der Land- und Forstwirtschaft entwickelt.

Das ist doch der Beweis, Hohes Haus, daß man von Seiten der Bundesregierung das Versprochene nicht halten konnte. Dies bei einer jährlichen Gesamtarbeitszeit der Bauern von 3 500 Stunden und der Bäuerinnen von 3 760 Stunden. Es wurden enorme Leistungen erbracht. Für die lange Arbeitszeit wurde aber leider nur ein sehr geringer Lohn bezahlt.

Ich hätte sehr gerne gesehen, daß Ihr Herr Klubobmann Dr. Fischer hier wäre. Er hat ja in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die Armut erfolgreich bewältigt werden konnte. Und wir sehen gerade in der Landwirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich die Armut in der Landwirtschaft im Verhältnis zu den Vorjahren verschlechtert hat. Im Durchschnitt sind 13 Prozent der Bauern mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze.

Und das sagt auch der Grüne Bericht aus: Im nördlichen Flach- und Hügelland sind es 15 Prozent, im südöstlichen Flach- und Hügelland 20 Prozent, im Alpenvorland 5 Prozent, im Kärntner Becken 12 Prozent, im Wald- und Mühlviertel 17 Prozent, am Alpenostrand 12 Prozent, im Voralpengebiet 6 Prozent und im Hochalpengebiet 11 Prozent.

Ich glaube, daß Sie hier feststellen können, daß Sie den Kampf gegen die Armut gerade im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Problemen verloren haben, und ich bin neugierig, wie Sie bei den kommenden Wahlauseinandersetzungen argumentieren werden. Ich bin auch neugierig, ob Sie in der Lage sein werden, wiederum den Beweis zu erbringen, daß Sie alles tun, um die Einkommen für die Bauern zu verbessern.

12020

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Deutschmann

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß auch wir von der Landwirtschaft eine Arbeitsplatzsicherung verlangen. Deshalb sind wir der Meinung, daß unter allen Umständen eine Versachlichung der Preispolitik bei den Agrarprodukten Platz zu greifen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind der Auffassung, daß jährliche Richtpreise in einer Kommission festgestellt werden müssen. Der Herr Bundeskanzler ist ja einer jener Regierungschefs, der bei jeder Gelegenheit Kommissionen einsetzt. Wir haben schon seit Jahren den Wunsch geäußert, man möge gerade im Zusammenhang mit der Versachlichung der Preispolitik eine Kommission einsetzen. Man hat diesen Initiativantrag hier im Hohen Haus abgelehnt. Man ist nicht gewillt, über gerechte Preise in der Landwirtschaft zu reden.

Wir verlangen eine verbesserte Exportförderung. Diese Forderung ist deshalb notwendig, weil wir ja wissen, daß aus dem Jahre 1972 noch ein Briefwechsel da ist, der besagt, daß im Zusammenhang mit den Problemen EG - Landwirtschaft es notwendig sein wird, verstärkt Exportförderungsmittel zum Einsatz zu bringen, damit die Landwirtschaft nicht gegenüber den anderen Berufsgruppen in Österreich Nachteile erleidet.

Eine kostengerechte Einkommensentwicklung ist für mich somit eine Selbstverständlichkeit, und ich nehme an, daß gerade die Damen und Herren, die einer Gewerkschaft angehören, mich voll unterstützen müßten, denn auch diese Damen und Herren fordern ja immer wieder eine kostengerechte Einkommensentwicklung. Ich hoffe, daß auch sie diesem Anliegen der Landwirtschaft Rechnung tragen werden.

Schutz der heimischen Produktion: Es haben heute Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitnehmerschaft gerade auch dieses Thema schwerpunktmäßig bei dieser Wirtschaftsdebatte in den Vordergrund gestellt. Auch wir Bauern verlangen einen Schutz für unsere Produktion, damit das Einkommen auf Grund dieses Schutzes gegeben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu gehört auch das Problem des Ölsaatenprojektes. Bitte, Herr Bundesminister für Verkehr, vielleicht könnten Sie dem Herrn Bundeskanzler dies sagen. Der Präsident der Präsidentenkonferenz hat Anfang Dezember des letzten Jahres an den Herrn Bundeskanzler einen Brief geschrieben mit dem Ersuchen, die Landwirtschaft im Zusammenhang USA - Ölsaatenprojekt zu unterstützen. Das Jahr 1978 ist vergangen, der Monat Jänner geht zu Ende, Präsident Lehner hat bis heute keine Antwort bekommen. *(Rufe bei der ÖVP: Ist das möglich? - Bei der Regierung ist alles möglich!)*

Es ist jetzt die Frage, wie ernst nimmt man seitens der Regierung die Probleme der Landwirtschaft. *(Abg. Graf: Unernst!)* Diese Frage steht einfach im Raum. Ich hätte schon erwartet, daß der Herr Bundeskanzler die Möglichkeit heute noch wahrnimmt, auf diese Frage eine Antwort zu geben. *(Ruf bei der ÖVP: Brno - Bruno!)* Er trägt nun einmal die Verantwortung in Österreich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich hoffe nicht, daß es mir so ergeht wie gestern bei der dringlichen Anfrage, wo er erklärte, ich bin wohl der Regierungschef, aber die anderen sind verantwortlich. Ich nehme nicht an, daß er im Zusammenhang mit den Problemen der Landwirtschaft sagen kann, wenn er auch in seinem Bericht nichts aussagt, daß jemand anderer verantwortlich ist und nicht er. Ich nehme nicht an, daß er den Mut hat, diese Äußerung hier zu tun.

Wir sind der Meinung, daß all diese Aktivitäten gesetzt werden müssen, damit die Arbeitsplätze auf dem bäuerlichen Hof und im ländlichen Raum gesichert bleiben. Es ist schon deshalb notwendig, weil ja das Angebot an außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten immer geringer wird. Wir können keine Arbeitskräfte mehr aus der Landwirtschaft in einen anderen Bereich bringen, weil im ländlichen Raum keine Arbeitsplätze mehr vorhanden sind.

Wenn ich jetzt vielleicht aus meiner näheren Umgebung, aus Kärnten, einige Beispiele bringen kann: Ich habe vorhin schon erwähnt, daß man in der Beilage zu den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers über die Konjunkturlage der USA, in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Schweiz sehr wesentliche Aussagen macht. Daß man sich aber mit den Problemen in den Bundesländern mit keiner einzigen Silbe beschäftigt hat, ist doch bezeichnend für die Schönfärberei dieses Berichtes. Es muß doch dem Herrn Vizekanzler, der jetzt einmal im Saal ist, bekannt sein, daß wir in Kärnten im November 1978 die höchste Arbeitslosenrate von ganz Österreich hatten, nämlich 6,1 Prozent; daß wir ein Jahr vorher die Arbeitslosenrate in der gleichen Höhe gehabt haben.

Jetzt ist die Frage: Was tut man denn für die Problemgebiete, was macht man in diesem Zusammenhang? Ich habe hier einen Auszug vom 27. April 1970, wo es heißt, eine der vornehmsten Aufgaben der österreichischen Bundesregierung werde es sein, im Rahmen ihres langfristigen wirtschaftspolitischen Konzeptes vor allem in wirtschaftlich gefährdeten Gebieten für bestmögliche Förderung von

Deutschmann

zukunftsorientierten und rentablen Betriebsgründungen und Neuinvestitionen einzutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo sind diese Aktivitäten geblieben? Ich habe gestern dem Herrn Kollegen Schlager gesagt, das war halt noch eine Zeit, wo man in der Zeit der ÖVP-Regierung Briefe geschrieben hat, Sorgen vortragen konnte. Heute, wo Sie in der Regierung sind, wo die Probleme greifbar sind, heute gibt es keine Aktivitäten mehr von Ihrer Seite. Ich habe angenommen, daß einer der Abgeordneten von der sozialistischen Fraktion aus meinem Bundesland heute ans Rednerpult treten wird und in weiterer Folge auf die Schwierigkeiten, auf die Probleme hinweisen wird, die sich in Kärnten immer wieder zeigen. Der Herr Landeshauptmann von Kärnten, Ihrer Fraktion zugehörend, braucht doch eine Unterstützung bei der Bundesregierung, damit er die schwierigen Probleme im Lande meistern kann. Was machen Sie, meine sehr Geehrten? Schweigen! Wie gesagt, was nicht sein darf, kann nicht sein, das ist Ihr Motto.

Ich möchte auch noch auf ein sehr spezifisches Kärntner Problem zu sprechen kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich will nicht alle diese Publikationen vorlesen, im Zusammenhang mit dem Zellstoffwerk Fabrik Rechberg. Gestern hieß es: „Rettungsabsicht für Rechberg gescheitert!“ Ein Jahr lang, meine sehr geehrten Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, ist dieses Problem Rechberg anhängig. 200 Arbeiter mit ihren Familien verlieren ihren Arbeitsplatz! Was tun Sie? (*Abg. Wille: Was tun denn Sie?*) Herr Kollege Wille! Auf diese Frage habe ich gewartet. (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Wille.*) Warten Sie ein bißchen! Herr Wille: Im Jahre 1966/67 war das Problem Rechberg genauso am Tapet, erinnern Sie sich. Damals hat am 20. Dezember 1967 eine ÖVP-Regierung den Beschluß gefaßt, 40 Millionen Schilling für Rechberg zur Verfügung zu stellen und für zehn Jahre die Arbeitsplätze zu sichern! Und was tun Sie, meine sehr Geehrten? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Gar nichts tun Sie. Man schreibt: „Rettungsabsicht ist gescheitert!“ Sie sind hier am Ende Ihres Lateins.

Ich glaube, daß man abschließend feststellen kann, daß der Wirtschaftsbericht der beiden Spitzenfunktionäre der SPÖ nur ein Alibibericht war. Man versucht, das in den Vordergrund zu bringen und der Öffentlichkeit zu präsentieren, von dem man glaubt, daß man noch einigermaßen glaubwürdig bleibt. Aber ich glaube, daß der Österreicher Ihnen solche Alibiberichte nicht abnehmen wird, und es ist an der Zeit, meine sehr Geehrten, daß Sie von der Regierung abtreten, damit wir in Österreich in eine bessere Zukunft gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny. (*Abg. Dr. Zittmayr: Da kommt der zukünftige Finanzminister!*)

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde ein bißchen weniger lautstark sein als mein Vorredner. Vielleicht kann ich das durch ein bißchen mehr Inhalt ausgleichen. (*Zwischenruf des Abg. A. Schlager.*)

Hohes Haus! Wir haben hier für diese Wirtschaftsdebatte Berichte des Bundeskanzlers und des Finanzministers vorliegen. Wir haben daneben als Dokumentationsgrundlage auch eine Untersuchung von Professor Kausel. Ich glaube – vielleicht gilt das gerade für Sie von der ÖVP –, daß es für eine Wirtschaftsdebatte nicht ganz unangebracht ist, sich doch – im Gegensatz zur ÖVP! – auch ein bißchen mit den empirischen Fakten zu beschäftigen; mit den empirischen Fakten, die diesen Berichten, die wir hier haben, zugrunde liegen.

Es hat ja schon Karl Kraus, wenn Sie den kennen, meine Herren, die österreichische Unsitte angeprangert, daß man sich in Österreich bei Veröffentlichungen häufig nicht mit dem Inhalt, sondern nur mit dem Autor beschäftigt. Die Behandlung, die gerade die Studie von Professor Kausel durch die ÖVP erfahren hat, ist ja ein typisches Beispiel dafür, daß leider diese Unsitte noch nicht ausgestorben ist, also daß Karl Kraus noch immer recht hat. Denn auch Sie, meine Herren, haben sich ja immer lieber mit dem Autor, bestenfalls noch mit seinem Stil, aber auf keinen Fall mit dem Inhalt dieser Studie beschäftigt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wieviel habt ihr bezahlt für das bestellte Gutachten?! Wieviel habt ihr gezahlt, daß er das geschrieben hat, was ihr wollt?!*)

Herr Kollege Zittmayr, ich glaube, da muß ich schon sagen: Sie sind erstens sicherlich nicht der Mann, der fachlich in der Lage ist, die Kompetenz des Kollegen Kausel zu beurteilen. Das möchte ich doch wohl sagen. (*Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Sie sind ein überheblicher Professor!*)

Zweitens muß ich Ihnen sagen, Herr Kollege Zittmayr: Sie haben eine sehr eigenartige ... (*Ruf bei der ÖVP: Überheblichkeit hat er schon bewiesen, der kann der nächste Finanzminister werden! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Herren von der ÖVP! Wenn hier von Überheblichkeit die Rede ist, dann muß das für Sie gelten. Denn mit einer beispiellosen Überheblichkeit setzen Sie sich über das hinweg, was ein seriöser Wissenschaftler geschrieben hat. Daß muß ich Ihnen sagen.

Dr. Nowotny

(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Seriös, wenn er am nächsten Tag in einem Interview das Gegenteil davon sagt?!) Sie dürfen doch nicht auf die manipulierten Stellungnahmen Ihres Parteivorsitzenden hereinfallen. Ich werde auf diese Sachen noch sehr detailliert zu sprechen kommen. Ich glaube, darüber können wir uns dann seriös unterhalten. *(Abg. Dr. Schwimmer: Seien Sie vorsichtig mit solchen Behauptungen! Das waren wörtliche Zitate, Herr Nowotny!)* Meine Herren, auf diese Zitate werde ich noch genau eingehen.

Ich glaube, meine Herren, Wirtschaftsfragen sind doch immerhin Probleme, die zumindest in einem gewissen Maß auch in Vorwahlkampfzeiten, in die Sie doch jetzt voll eingestiegen sind, einer rationalen Diskussion zugänglich sein müßten. Es müßte daher doch möglich sein, zumindest zwischen denen, die sowohl Kenntnisse als auch guten Willen aufbringen, in gewissem Maße einen Konsens herbeizuführen. Tatsächlich ist es ja auch so. Die Rhetorik der ÖVP kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei ihr nur um Pflichtübungen für den Wahlkampf handelt, während in Wirklichkeit in weiten Bereichen doch ein Konsens über die Wirtschaftspolitik besteht. *(Abg. Dr. Zittmayr: Dr. Nowotny, sagen Sie, wie wir die nächsten Jahre bewältigen, und nicht, was war!)* Auch das, meine Herren, aber zunächst einmal geht es darum, ein Urteil über die bisherige Wirtschaftspolitik zu bilden. Dafür haben Sie nun eine Grundlage.

Ich glaube, es wäre auch für Sie nicht schlecht, sich mit dieser Grundlage einmal tatsächlich auseinanderzusetzen, statt sich nur mit rhetorischen Floskeln zu begnügen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Lesen Sie die Budgetvorschau bis 1982, da steht etwas anderes drinnen als beim Kausell!)* Worum es geht, ist die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Diese Entwicklung ist hier bestens dokumentiert. Und ich glaube, es würde Ihnen gar nicht schaden, sich einmal fachlich und sachlich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist Ihnen offensichtlich unangenehm *(ironische Heiterkeit bei der ÖVP)*, aber vielleicht versuchen Sie doch kurz, ein bißchen auf einige Fakten einzugehen, um mit mir einen rationalen Dialog zu gestalten. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Herr Kollege, ich habe von einem rationalen Dialog gesprochen. Das, was Sie machen, glaube ich, kann man nicht als solchen bezeichnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gehen wir einmal auf konkrete Dinge ein. *(Abg. Dr. Schwimmer: Ach, das war bisher nicht konkret, da haben Sie recht!)* Nehmen wir einmal die Frage her, wieweit die Wachstums-

chancen und wieweit das Sozialprodukt in dieser Studie gezeigt wurden. Sie werden niemanden finden, der etwas anderes in dieser Richtung sagen kann, als daß unter allen Industrieländern der OECD nur Japan ein stärkeres Wachstum aufweist als Österreich. Das ist eine Sache, die, glaube ich, niemand von Ihnen bestreiten kann.

Insbesondere – auf das möchte ich hinweisen, weil auch in dieser Beziehung Herr Kollege Taus eine falsche Information gegeben hat – seit 1970 hat sich das Wohlstandsgefälle zwischen Österreich und den anderen Industriestaaten ganz wesentlich verringert. Wir haben es im Pro-Kopf-Einkommen zu den europäischen Industriestaaten schon überholt.

Wenn hier Kollege Taus sagte, das Gutachten beziehe sich nur auf Zeiten seit 1960, so brauchen Sie nur nachzuschauen, um zu sehen, daß das nicht stimmt. Es ist genau unterteilt in den Zeitraum zwischen 1960 und 1970. Ebenso stimmt nicht, wie er sagte, das sei alles nur eine Frage, welchen Wechselkurs man nehme. In den Gutachten sind verschiedene Annahmen über Wechselkurse enthalten.

Dazu muß man sich halt die Dinge aber auch wirklich anschauen. Man darf sich nicht damit begnügen, einfach nur Dinge nachzuplappern, die aus erster oberflächlicher und, ich muß leider sagen, polemischer Sicht gesprochen werden. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Reden Sie jetzt über sich selbst mit dem „Nachplappern“, Herr Doktor!)* Nein. Auch Ihnen würde es nicht schaden, sich das anzuschauen, Herr Kollege. *(Abg. Graf: Vielleicht habe ich es sogar angeschaut!)* Ja? Dann müssen Sie auch zu den Schlußfolgerungen kommen, zu denen ich komme. Ich glaube, das sind Dinge, die ganz klar auf der Hand liegen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man muß gar nicht sehr viel von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verstehen. Das will ich ja durchaus nicht bei allen voraussetzen. *(Abg. Graf: Es beruhigt mich, daß Sie etwas davon verstehen!)* Man muß sich doch nur ganz konkret anschauen, was sich in Österreich tut. Man muß doch ganz konkret sehen, daß Österreich gegenüber den anderen Staaten aufgeholt hat. Das ist ein Faktum, meine Damen und Herren, das jeder Österreicher sieht, der auch nur ein bißchen im Ausland herumkommt. Meine Herren, Sie müßten dem Österreicher schon das Reisen verbieten, damit Ihre Propaganda glaubhaft werden kann! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Erfolge Österreichs zeigen sich auch in einer Entwicklung, die fast unbemerkt vor sich gegangen ist, die aber, glaube ich, große praktische und

Dr. Nowotny

psychologische Bedeutung hat. Sie werden sich erinnern, daß noch zu Beginn der siebziger Jahre ein Job in Deutschland etwas äußerst Begehrtes war und daß wir alle große Sorge hatten wegen des Brain-Drain, wegen der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland. *(Abg. Graf: Mein Gott, da haben wir ein Glück gehabt, daß Sie nicht ausgewandert sind damals, Herr Doktor! Wirklich wahr! – Heiterkeit bei der ÖVP.)* Es freut mich, daß Sie mich so schätzen. *(Abg. Graf: Aber ungeheuerlich!)* Sehen Sie, auch das ist einer der Erfolge. *(Abg. Dr. Fischer: Sie sind leicht glücklich zu machen, Kollege Graf! – Abg. Graf: Ich hoffe, Sie sind wenigstens glücklich, Herr Kollege, dann bin ich schon beruhigt!)*

Meine Herren! Jetzt sehen wir eine genau entgegengesetzte Entwicklung. Die Abwanderung hat aufgehört. Im Gegenteil; der Brain-Drain hat sich sogar umgekehrt. Wir haben nun eine Zuwanderung, eine Rückwanderung von österreichischen Wissenschaftlern, eine Rückwanderung von österreichischen qualifizierten Arbeitskräften nach Österreich. Das sind Tausende Leute, die das sicherlich nicht der Regierung zuliebe tun. Aber ihr Verhalten ist ein ganz konkreter Hinweis darauf, daß Österreich wirtschaftlich aufgeholt und zum Teil auch überholt hat.

Auch der neu belebte österreichische Patriotismus, den man überall sieht, nicht nur auf dem Fußballfeld, ist doch Ausdruck einer verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Lage in diesem Land. Er ist doch Ausdruck dafür, daß sich die Menschen in diesem Lande und bei dieser Regierung wohlfühlen. Und das, meine Damen und Herren, ist eine stille Abstimmung, die Sie von der ÖVP zur Kenntnis nehmen müssen; eine Abstimmung, die Tausende durch ihr praktisches Verhalten in einer ganz entscheidenden Frage getätigt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Das wichtigste Ergebnis der sozialistischen Wirtschaftspolitik ist jedoch eindeutig, daß es uns gelungen ist, ein hohes Beschäftigungsniveau zu wahren, und zwar in einer Zeit, in der es – das muß man eben wiederholen – in den Industriestaaten Millionen von Arbeitslosen gibt.

Ich glaube, es ist nicht so einfach abzutun, wie Sie das hier wollen, daß von 1970 bis 1978 die Bundesrepublik Deutschland nahezu 1,7 Millionen Arbeitsplätze verlor – das sind minus 6 Prozent –, in Österreich dagegen die Erwerbstätigen um 190 000 Personen zunahmen. Und bei den Erwerbstätigen, weil das der Kollege Keimel vorhin falsch gesagt hat, sind sowohl die Selbständigen wie auch die Unselbständigen dabei. Wenn ich nur nach den Unselbständigen

gehe, so hat ihre Zahl um 350 000 Personen zugenommen.

Wenn ich auf die Arbeitslosenrate abstelle, so hatten wir von 1960 bis 1970 in Österreich eine Arbeitslosenrate, die rund zweieinhalbmal so hoch war wie die in Deutschland, dagegen seit 1975 Relationen, die sich umgekehrt haben, da die durchschnittliche Arbeitslosenrate in Deutschland 2,3mal so hoch ist wie in Österreich. Noch ärger ist es, wenn Sie etwa vergleichen würden mit Italien, einem Land, in dem bekanntlich seit Kriegsende mehrheitlich die Christlichsozialen, also Ihre Kollegen, regieren. *(Abg. Dr. Zittmayr: Aber, Herr Dr. Nowotny, lesen Sie doch die Budgetvorschau bis 1982 ...!)*

Herr Kollege Zittmayr, Sie müssen – ich glaube, das ist doch eine Sache, die man durchaus legitim verlangen kann –, wenn ich hier von den Beschäftigten spreche, auch auf dieses Thema eingehen. Ich glaube, gegen diese Fakten werden Sie halt nicht argumentieren können. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man hat nun von seiten der ÖVP oft argumentiert, daß diese unbestreitbaren Erfolge im Bereich der Beschäftigungspolitik nur Scheinerfolge seien, wobei man sich auf zwei Dinge zurückgezogen hat. Zunächst hat man gesagt, die Arbeitsmarktstatistiken seien nicht richtig. Das wurde inzwischen vielfach widerlegt, und zwar nicht nur vom Sozialminister, sondern zum Beispiel auch erst vor einiger Zeit in einem Artikel des Dr. Walterskirchen vom Institut für Wirtschaftsforschung in den „Wirtschaftspolitischen Blättern“, die bekanntlich von der Bundeswirtschaftskammer herausgegeben werden.

Dann haben Sie als zweites Argument gesagt: Was hier geschehen ist, ist ja nur ein Horten von Arbeitskräften. Nun müßte sich ein solches Horten von Arbeitskräften, wenn es im großen Stil passiert, selbstverständlich in einer gesunkenen Produktivität niederschlagen. Wenn zwei Leute das erledigen, was sonst einer machen könnte, so müßte sich das ja in der Produktivität niederschlagen.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, ist aber die Produktivität in Österreich in den siebziger Jahren mit durchschnittlich 3,1 Prozent stärker gestiegen als in den OECD-Staaten mit 2,6 Prozent, stärker als in den Europäischen Gemeinschaften, ebenso wie sich der traditionelle Produktivitätsrückstand zu Deutschland verringert hat.

Das heißt also im Klartext – ich darf hier Professor Kausel zitieren in einer Passage, die auch von Ihnen völlig unangegriffen ist, weil sie

Dr. Nowotny

eben einfach nicht angegriffen werden kann –: „Auch im internationalen Produktivitätsvergleich schneidet Österreich hervorragend ab. Einwände, daß Österreich seine gute Beschäftigungslage nur auf Kosten rückläufiger Produktivitätserfolge aufrechterhalten kann, werden dadurch hinfällig.“

Meine Herren! Das ist eine Passage, gegen die Sie selbst auch nichts gesagt haben und auch nichts sagen können, weil das alles Zahlen sind, die unmittelbar belegbar sind.

Ich könnte noch eine Reihe von anderen Maßnahmen, von anderen Erfolgen aufzählen, ich möchte aber doch auf einen Punkt hinweisen, weil hier die Frage angeschnitten wurde, wie das jetzt als Zukunftsperspektive zu sehen ist. Auch hier, Herr Kollege Zittmayr, gerade auch in bezug auf Zukunftsperspektiven, gibt es doch einige Punkte, die auch Ihr Interesse verdienen können.

So hat etwa Kausel gezeigt, daß sich die Verjüngung des Kapitalstocks in Österreich seit 1970 in einem viel rascheren Tempo und mit einer ungleich stärkeren Intensität vollzogen hat als im Ausland. Auch das sind Zahlen, von Ihnen nicht angefochten und auch unanfechtbar.

Dieser positive Zusammenhang zwischen höherer Wachstumsrate einerseits und höherer Produktivität andererseits und jüngerem Kapitalstock ist ja etwas, was wirtschaftswissenschaftlich ein durchaus etabliertes Wissen ist.

Für Österreich aber, meine Damen und Herren, bedeutet das ganz konkret – ich darf auch hier wieder zitieren –: „Der Kapitalstock Österreichs ist heute jünger, moderner und wahrscheinlich auch produktiver als der fast aller Länder der Welt mit Ausnahme Japans.“ Und das ist der entscheidende Punkt: „Gute Wachstumserfolge in den kommenden achtziger Jahren sind damit bereits vorprogrammiert.“

Das heißt, meine Herren: Die Erhaltung von Beschäftigung und Wachstum in Österreich war sicher nicht kostenlos. Das ist gar kein Zweifel, das hat an das Budget große Anforderungen gestellt, da stimmen wir alle überein. (Abg. Dr. Zittmayr: Herr Doktor, Sie nehmen ja den Betrieben mit der Besteuerung Erträge weg! Da kann man nichts mehr leisten!) Aber diese Kosten waren sicherlich gut angelegt. Sie haben für die Gegenwart in Österreich die Misere einer langfristigen Stagnation vermieden.

Denn Sie müssen bedenken: Alle die Staaten, die einmal in dieser großen Rezession einen Einbruch in die Arbeitslosigkeit zugelassen haben, sind seither nie mehr herausgekommen. In Österreich ist es gelungen, durch ein intensives Gegensteuern gleich am Beginn der

Rezession diesen schweren Einbruch, aus dem die anderen nicht mehr herausgekommen sind, von vornherein abzustoppen. Das ist doch einer der wesentlichen Erfolge, das ist einer der wesentlichen Gründe für die höheren Wachstumsraten, die wir in Österreich haben. (Abg. Dr. Zittmayr: Die Probleme kommen erst auf uns zu!)

Weil Sie das anschneiden, was auf uns zukommt: Gerade der jüngere, der bessere Kapitalstock, die bessere Kapitalausstattung, die wir in Österreich haben, zeigt doch, daß auch für die Zukunft die Voraussetzungen geschaffen worden sind für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum, für weitere Umstrukturierung, daß Österreichs Wirtschaft gesünder, besser in die achtziger Jahre hineingeht als die Wirtschaften aller vergleichbaren Staaten, die wir im OECD-Bereich betrachtet haben. Das ist doch ein wesentlicher Punkt.

Es ist ja nicht so, daß eine Vollbeschäftigungspolitik, daß eine Wachstumspolitik nur für die Gegenwart wirkt, sie legt doch genau auch die Basis für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft. Das ist auch ein wesentlicher Punkt, den wir von der SPÖ auf unser Konto buchen können.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Antwort der ÖVP gegenüber all diesen konkret abgesicherten Ergebnissen war, fürchte ich, doch sehr enttäuschend. Denn statt sich in einen Wettstreit der Ideen einzulassen, statt auf konkrete Studien, die vorliegen, einzugehen, gehen Sie zu persönlichen Angriffen über, wobei doch hervorgehoben werden muß, daß Professor Kausel sich im Sinne der vorliegenden Studie ja schon bei vielen Gelegenheiten, in den „Finanznachrichten“, in anderen Publikationen geäußert hat, daß es sich also keinesfalls um irgendein Gefälligkeitsgutachten handeln kann.

Auch steht, und das muß man doch auch sehen, Professor Kausel mit seinen Aussagen ja keineswegs allein, wenn auch vielleicht andere einen etwas nüchterneren Stil haben. Aber vom Inhalt her möchte ich Sie erinnern, daß etwa vor einiger Zeit in den „Wirtschaftspolitischen Blättern“, Herausgeber die Bundeswirtschaftskammer, ein Artikel mit dem Titel erschienen ist: „Die Bundesrepublik Deutschland und Österreich, ein Vergleich der Dynamik beider Wirtschaftssysteme“, der im wesentlichen zu genau denselben Ergebnissen geführt hat wie Professor Kausel. Nur haben Sie sich damals nicht aufgeregt, denn damals haben Sie keine Angst gehabt, daß offensichtlich eine politische Diskussion kommt, damals wollten Sie offensichtlich noch nicht unbedingt ein Sperrfeuer vor Wahrheiten schießen, die Ihnen eben unangenehm sind.

Dr. Nowotny

Hohes Haus! Ich bin sowohl als Wissenschaftler wie als Politiker sicherlich stets dafür, nichts unbesehen zu übernehmen, und ich bin immer für eine kritische Diskussion gerade auch wissenschaftlicher Untersuchungen.

Ich muß aber sagen: Ich finde es unerträglich, wenn wie im Fall von Professor Kausel hier gegen einen Wissenschaftler, der es wagt, Wahrheiten auszusprechen, die der ÖVP unangenehm sind, eine wahre Diffamierungskampagne durchgeführt wird.

Ich finde es auch menschlich nicht sehr nobel von seiten des Dr. Taus, der mit Professor Kausel im selben Wirtschaftsforschungsinstitut lange Zeit zusammengearbeitet hat, wobei übrigens schon damals – auch das muß ich sagen – die ökonomische Reputation des Dr. Kausel wesentlich über der des Dr. Taus gelegen ist. Vielleicht können Sie Professor Koren dazu befragen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es müßte langsam doch auch den Nachdenklichen unter der ÖVP ein bißchen auffallen, daß zwischen dem wirtschaftlichen Bild, das Ihr Obmann hier immer malt, das Sie alle hier immer malen, und dem, was sich an tatsächlichen Zahlen ergibt, ein unlösbarer Widerspruch besteht.

Der OECD-Bericht hat die österreichische Wirtschaftspolitik als überaus erfolgreich dargestellt. Sie haben das ignoriert. Es hat Professor Seidel in seinem Finanzbericht darauf hingewiesen, daß die tatsächliche Lohnsteuerbelastung in Österreich zurückgegangen ist. Sie haben auch das nicht zur Kenntnis genommen. Es hat nun Professor Kausel empirisch untermauerte Nachweise für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik erbracht. Sie haben dagegen eine wilde Kampagne entfacht.

Meine Damen und Herren! Sie können natürlich diesen Weg konsequent weitergehen, und Sie können etwa beschließen, in Zukunft keine statistischen Jahrbücher mehr anzuschauen. Sie können sich überhaupt geistig einmauern und nur mehr auf die Propaganda der Kärntner Straße vertrauen. Ich glaube aber, daß Sie sich mit dieser Scheuklappenpolitik keinen guten Dienst erweisen, und beim österreichischen Volk, meine Damen und Herren, werden Sie damit auf jeden Fall nicht ankommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß von allen OECD-Staaten Österreich und Japan die beste wirtschaftliche Entwicklung aufweisen, weil sie eben im Prinzip beide nach demselben Rezept verfahren: expansive Vollbeschäftigungspolitik. Das ist ein wesentlicher Punkt.

Ich kann Sie auf Professor Streissler hinweisen, bekanntlich ein deklariertes Mitglied der ÖVP, der in bezug auf die Wirtschaftsentwicklung die Österreicher eben deshalb die Japaner Europas genannt hat. Ich hoffe, Sie werden jetzt auch nicht gegen ihn wieder Sanktionen ergreifen, denn die Bundeswirtschaftskammer würde damit nur einen sehr wertvollen Konsulenten verlieren.

Hohes Haus! Es hat hier vor kurzem ein Symposium des Wirtschaftsforschungsinstituts über Beschäftigungspolitik stattgefunden, und dabei ergab sich, daß sich alle österreichischen Experten – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – gegen eine Politik aussprachen, die de facto dem entsprechen würde, was Sie von der ÖVP vorschlagen. Denn es war die einhellige Sicht der österreichischen Ökonomen, daß die massiven Beschäftigungsprobleme in Deutschland primär durch eine zu wenig keynesianische Politik verursacht sind, durch eine zu frühe Politik der Haushaltskonsolidierung, die dazu geführt hat, daß ein einmal eingetretener Konjunkturrückschlag sich dann zu einer chronischen Beschäftigungskrise entwickelt hat.

Das Rezept der ÖVP geht aber genau in diese Richtung einer Krisen- und Deflationspolitik, wenn Sie etwa in Ihrem Budgetkonzept darauf abzielen – und Sie sind ja noch stolz darauf –, die öffentlichen Ausgaben und die Zahlen der öffentlich Bediensteten kürzen zu wollen, um die Nettoverschuldung auf Null abzubauen. Das ist doch genau das, was hier der Abgeordnete Zittmayr die ganze Zeit propagiert hat.

Sicherlich, für Leute, die nichts davon verstehen, klingt das vielleicht recht reizvoll. Aber, meine Damen und Herren, jeder seriöse Ökonom wird Ihnen sagen, daß eine solche Restriktionspolitik, daß ein solches Zurückziehen des Staates aus der konjunkturpolitischen Verantwortung mindestens zu den Wirkungen führen würde, die der vorschnelle Defizitabbau in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hat, zu einer Arbeitslosenrate, die mindestens doppelt so hoch läge, wie wir sie jetzt haben, das heißt konkret, mindestens 50 000 bis 60 000 zusätzliche Arbeitslose, die Sie von der ÖVP dann zu verantworten hätten.

Meine Damen und Herren! Wir von der Sozialistischen Partei werden alles tun, um zu verhindern, daß das österreichische Volk in dieser schwierigen Situation auf diesen Weg einer Deflationspolitik, auf diesen Weg einer Austerität-Politik gestoßen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich glaube, es ist damit hinreichend belegt, wenn wir Sozialisten den

Dr. Nowotny

österreichischen Weg, den wir in der Wirtschaftspolitik gegangen sind, für den richtigen halten. Aber wir sind uns selbstverständlich – und in aller Bescheidenheit darf ich das sagen – bewußt, daß in einer Zeit, in der es große weltwirtschaftliche und technologische Umwälzungen gibt, man es nie bei dem Erreichten belassen kann, daß Vollbeschäftigungspolitik in so einer Zeit selbstverständlich eine ständige, immer wiederkehrende Aufgabe ist.

Es ist uns durch eine expansive Budgetpolitik gelungen, einen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall zu verhindern, und das macht die rund 2½ Prozentpunkte aus, die die österreichische Arbeitslosenrate tiefer ist als die in der BRD, beziehungsweise das erlaubte uns die Beschäftigungsexpansion – etwa im Gegensatz zur Schweiz, deren Beschäftigtenzahlen bekanntlich um 350 000 gesunken sind.

Das Problem, das nun neben diesem erfolgreichen Nachfragemanagement sozusagen als Restgröße bleibt, ist das des Strukturwandels, die Strukturverbesserung, die wir für die österreichische Wirtschaft gerade mit dem hier vorgelegten Programm anstreben. Wir haben daher jetzt seit einigen Jahren schon eine Politik, die in der letzten Budgetrede als Polit-Doppelstrategie für Beschäftigung und Strukturwandel gekennzeichnet worden ist. Dabei geht es im wesentlichen darum – von einer gesicherten Nachfragebasis aufbauend –, den Strukturwandel in der österreichischen Wirtschaft zu beschleunigen. Gerade die Untersuchungen von Professor Kausel haben ja gezeigt, daß diese Strukturwandlung schon im Gang ist, daß hier schon wesentliche Erfolge erreicht werden konnten.

Hohes Haus! Strukturwandlungen sind etwas, was sicherlich in jeder Wirtschaft erforderlich ist, was permanent vor sich geht. Es gibt eine Fülle von Faktoren, wie Branchenprobleme, wie Technologieprobleme, Fragen der Betriebsgrößenstrukturen und anderes. Daneben spielt selbstverständlich auch die Frage eines leistungsfähigen Managements eine große Rolle. Wir sehen hier in Österreich sicherlich in vielen Bereichen sehr große und sehr beachtliche Managementleistungen.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, man muß andererseits doch auch einmal ein offenes Wort sprechen über einen ganz besonderen Faktor, der in Österreich für viele Strukturprobleme verantwortlich ist, die jetzt von einer sozialistischen Regierung gelöst werden müssen. Dabei möchte ich auf Strukturprobleme à la Vöslauer gar nicht eingehen, aber nehmen wir etwa ein anderes Beispiel. Wir hatten etwa in Österreich Ansätze zu einer Autoindustrie, und der Ruf von Steyr war durchaus mit dem anderer

Werke zu vergleichen. Tatsächlich aber hat ein Management, von dem man zumindest sagen muß, daß es nicht sehr expansiv war, in den fünfziger und sechziger Jahren Steyr fast jeglicher industrieller Dynamik beraubt. Sie werden sich wohl daran erinnern, daß man damals gesagt hat, die Steyr-Werke sind eher eine Bank als ein Industrieunternehmen.

Ein anderes schwerwiegendes Strukturproblem Österreichs ist der Bereich der ehemaligen Alpine, deren Schicksal ich mir gar nicht ausmalen möchte, wenn wir hier nicht Strukturmaßnahmen getroffen hätten, die gegen den heftigsten Widerstand durchgekämpft werden mußten. Aber auch dort ist eine der wesentlichen Ursachen der Strukturprobleme in einer zu wenig dynamischen Unternehmenspolitik gelegen.

Nun ist die Frage, wer hat denn in diesen früheren Zeiten diese erfolglosen Manager bestellt und so lange gestützt? Sie werden sehen, in allen Fällen ist es letztlich die ÖVP, die hier die dominierende Kraft war. Nun verfügt die ÖVP zweifellos über ebenso viele tüchtige und geschulte Leute wie andere Gruppen, das sei absolut unbestritten. Die Frage ist nur: Wieso dann diese systematischen Mißerfolge?

Ich möchte hier nichts unterstellen, meine Damen und Herren. Aber es ist eine Tatsache, daß es in der ÖVP immer Leute gab, die eben einfach ein Interesse daran hatten, daß industrielle Unternehmen im direkten oder indirekten Eigentum des Bundes nicht allzu sehr expandieren sollen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine Unterstellung!*) Es ist eine Tatsache, daß es im Wirtschaftsband eine starke Gruppe von Importeuren gibt, die gar kein Interesse daran haben können, daß hier Konkurrenzprodukte aufgebaut werden. Meine Damen und Herren! Es gibt eben auch harte Ideologen, denen es lieber ist, daß zukunftssträchtige Unternehmungen in ausländische Hände fallen, als daß sie sich hier in öffentlichem Eigentum befinden. (*Abg. Dr. Zittmayr: So schlecht ist es den Unternehmern noch nie gegangen wie jetzt!*)

Da möchte ich Sie nur erinnern an die wirklich skandalösen Vorgänge, die innerhalb der ÖVP erst vor ganz kurzer Zeit im Fall Optyl vorgegangen sind. Ich darf Sie auch erinnern, wenn Sie das letzte „profil“ studieren, wo hier wieder ein neuer Schattenfinanzminister der ÖVP kreiert wird, dessen schmückendes Beiwort „Möchte-gern-Reprivatisierer“ ist. Meine Herren, das sind halt doch Dinge, die in der ÖVP nach wie vor drinnenstecken, wobei ich nicht anstehe, anzuerkennen, daß es sicherlich viele Mitglieder der ÖVP gibt, die ehrlich und eifrig am Aufbau auch der öffentlichen Industrie in Österreich mitgewirkt haben. Aber all diese

Dr. Nowotny

Leute mußten es eben tun in einem Klima enormer ideologischer Schwierigkeiten, in einem Klima enormer Widerstände gegen eine Vielzahl selbstsüchtiger Einzelinteressen, die sich der ÖVP und insbesondere des Wirtschaftsbunds bedienen. Man muß leider sagen, eines der großen Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft ist wohl die Struktur der ÖVP, die eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik lange Zeit verhindert hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Herren! Das ist natürlich ein Strukturproblem, das wir Sozialisten nicht lösen können, aber wir werden alles tun, um die österreichische Wirtschaft vor den Folgen dieses Strukturproblems zu bewahren.

Meine Damen und Herren! Es ist ja jetzt die Zeit der beliebten Spiele mit Meinungsumfragen, und auch die ÖVP läßt zweifellos Meinungsumfragen in Hülle und Fülle anfertigen. Wenn Sie sich da im stillen Kämmerlein die ungeschminkten Resultate betrachten, so werden Sie – darauf wurde schon hingewiesen – erstens sehen, daß die Wertschätzung für Ihren Obmann Dr. Taus ungefähr diese „schwindelnden Höhen“ erreicht, die in Deutschland sein Kollege Kohl aufweist. Ich sehe auch schon in Ihrer Fraktion einige Sträube und Biedenkopfs, die hier auf ihre Gelegenheit nur warten. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Lassen Sie das unsere Sorge sein!)* Bitte, melden Sie sich nur, es steht jedem frei, sich hier zu melden. *(Abg. Dr. Zittmayr: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kreisky und Androsch!)*

Aber, meine Herren, Sie werden zweitens sehen – und das ist, glaube ich, ein wesentlicherer Punkt... *(Abg. Dr. Zittmayr: Warum wird denn im Mai gewählt? – Damit der Streit zwischen Kreisky und Androsch nicht in die Öffentlichkeit kommt!)* Den Beliebtheitstest zwischen Taus und Kreisky, den nehmen wir gerne auf, das kann ich Ihnen sagen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Damit der Streit nicht aufkommt, müssen wir früher wählen!)* Auf das können wir uns gut verlassen. Vor dem Test zwischen Kreisky und Taus, meine Herren, da brauchen wir keine Angst haben. Aber Sie wissen sehr genau, daß Sie hier eine Menge Angst haben müssen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Ihr seid ja schon dreigeteilt! – Abg. Hatzl: Eine Dreiteilung ist eine Spezialität der ÖVP!)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir vom Persönlichen absehen... *(Abg. Dr. Zittmayr: Wegen des Streites Kreisky-Androsch wählen wir früher!)* Auf das lassen wir uns gerne ein. Das kann ich Ihnen sagen. Aber daß es Ihnen unangenehm ist, das glaube ich Ihnen gerne. *(Abg. Dr. Zittmayr: Uns ist es nicht unange-*

nehm! Euch ist es unangenehm!) Ihnen offensichtlich, das zeigt sich ja aus Ihren Reaktionen.

Meine Herren! Ich möchte aber neben dem Personellen doch noch auf eine zweite Sache hinweisen. Bei allen Umfragen hat die Bevölkerung der SPÖ die wesentlich größere Lösungskapazität für den Problembereich der Arbeitsplatzsicherung zugetraut.

Und sehen Sie, meine Damen und Herren: Wenn so etwas kontinuierlich durch neun Jahre auftritt, dann können Sie nicht sagen, das Volk irrt sich eben, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß die Menschen in diesem Land sehr wohl urteilen können, daß sie aus Erfahrung und aus Vergleich wissen, daß es die Sozialisten sind, deren Politik die Vollbeschäftigung in Österreich gesichert und deren Politik in Österreich den Wohlstand vermehrt hat. Und so wird es auch bleiben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat heute auf seine Erklärung anlässlich der Budgetdebatte hingewiesen und neuerlich die Horrorzahl eines 50-Milliarden-Defizits, netto nach Abzug der Tilgungen immerhin 34 Milliarden Schilling, hier im Hause zugegeben.

Und, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, ich wundere mich eigentlich, wenn Sie hier angetreten sind mit der Erklärung, Sie wollen sich mit den Fakten der Kritik auseinandersetzen, daß Sie dann nichts anderes getan haben, als beim Professor Kausel geistige Anleihen zu nehmen, und sich nicht mit jener Kritik auseinandergesetzt haben, die im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen von einer ganzen Reihe von Experten auch Ihrer Fraktion mit aller Deutlichkeit geäußert wurde, nämlich daß die ganze Arbeitsplatzsicherung, die Sie so bejubeln, eine Arbeitsplatzsicherung auf Pump ist. Und das ist ja auch der Grund, weshalb die Regierung in vorzeitige Wahlen flüchtet! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es sind zwei Gründe, die zu diesem Horrordefizit von 50 Milliarden Schilling geführt haben. Der eine ist die vermeintliche Arbeitsplatzsicherung, wobei ich Ihnen und der Regierung zugute halte, daß Sie ernsthaft glauben *(Abg. Haas: Wir haben! Nicht „wir glauben“!)* – vorsichtig, ich werde mich im Gegensatz zu Ihnen mit den Argumenten auseinandersetzen; ich billige Ihnen zunächst einmal zu, daß Sie es wirklich glauben und nicht nur vorgeben –, Sie könnten

12028

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dkfm. DDr. König

mit diesem Monsterbudgetdefizit Arbeitsplatzsicherung auf Dauer betreiben.

Der zweite Grund – ich bezeichne die Arbeitsplatzsicherung aber als vermeintlich; ich werde es Ihnen beweisen, und zwar anhand unverdächtiger Zeugen, sozialistischer Zeugen –, der zweite Grund also ist die ungeheure Verschwendung, die von der Regierung betrieben wird. Das ist nämlich die zweite Wurzel des gewaltig aufgeblähten Budgetdefizits.

Schauen Sie, es hat der Herr Bundeskanzler in seinem Wirtschaftsbericht die stolze Feststellung getroffen – wörtlich auf Seite 3 –:

„Diese und zahlreiche andere Symptome haben die Bundesregierung zu einer Politik maximaler wirtschaftspolitischer Bereitschaft veranlaßt.“

Und er hat weiters hinzugefügt – mit Bezugnahme auf das Bundesinvestitionsprogramm – auf Seite 7: „Berechnungen zufolge bewirken allein die darin enthaltenen Bundesinvestitionen ... die Sicherung von rund 130 000 Arbeitsplätzen auf Dauer.“

Nun, eben diese Behauptung wird mit allem Nachdruck nicht nur bestritten, sondern widerlegt von der Studie der Budgetvorschau für die Jahre 1978 bis 1982 des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Und schauen Sie, Herr Dr. Nowotny, da sitzen Praktiker drinnen. Ich habe – nicht die intellektuelle Überheblichkeit, Ihnen vorzuhalten, daß ein Wirtschaftsprofessor nur Theoretiker wäre und von der Praxis nichts verstünde, denn auch die Theorie ist zweifellos ein wichtiger Partner der Praxis. Aber diese intellektuelle Überheblichkeit, die Sie hier demonstriert haben, den Managern der Betriebe, die draußen an der Front stehen, vorzuhalten, daß sie sämtlich versagt hätten, weil sie unter der Last der Belastungen dieser Regierung nicht mehr weiterkönnen, das ist ein starkes Stück! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Dr. Nowotny: Sie müssen nur zuhören, Herr Dr. König! Das ist alles!)*

Herr Dr. Nowotny, ich darf Ihnen hier ein paar Bekannte aus Ihren Reihen nennen: Ferdinand Lacina, Professor, Arbeiterkammer; Erich Schmidt, ÖGB; Otto Zöllner, Arbeiterkammer. Die sind alle Mitwirkende in diesem Beirat. Und zu welchen Ergebnissen, bitte, kommen die?

Da darf ich Ihnen zunächst einmal etwas zu der Frage sagen, wie denn das eigentlich so ist mit der Arbeitsplatzsicherung auf Dauer durch wachsende Ausgaben, also sprich wachsende Ausgabenüberhänge, wie es der Herr Finanzminister nennt, größere Defizite, sagen wir. Hier heißt es auf Seite 14: „Der Anteil des Schuldendienstes wird größer, sodaß der Anteil der

unmittelbar beschäftigungswirksamen Ausgaben zurückgeht.“

Also wenn Sie die Zukunft so gesichert wännen, wenn Sie gesagt haben, wir gehen wesentlich besser in die Zukunft als alle anderen Staaten, so ist das ja gar nicht wahr. Hier sagen auch Ihre Praktiker: „Der Anteil des Schuldendienstes wird größer.“ Klar: weil diese Riesendefizite immer größere Rückzahlungen bewirken. Auf Seite 14 steht, daß der Anteil des Schuldendienstes am Nettosteueraufkommen 1978 bereits 23,6 Prozent des gesamten Netto-steueraufkommens des Bundes beträgt und, wenn es so weitergeht und nichts geschieht, wenn Sie so weiterwirtschaften würden, auf 30,4 Prozent steigen müßte. Das sagen bitte Ihre Praktiker. *(Abg. Dr. Nowotny: Was ist Ihre Alternative? Hätten Sie keine Arbeitsplatzsicherung betrieben?)*

Herr Professor Nowotny! Ich wehre mich dagegen, daß Sie sagen, daß mit der Arbeitsplatzsicherung auf Pump, die Sie betrieben haben, für die Zukunft bestens vorgesorgt wäre. Das Gegenteil ist geschehen. *(Zwischenruf des Abg. Nowotny.)* Lassen Sie mich auch ausreden! Ich habe Ihnen hier sehr ruhig zugehört, um mich mit Ihren Argumenten auseinanderzusetzen! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Nowotny: Bitte sehr!)*

Ich sage, daß Ihre eigenen Leute behaupten, daß das steigende Defizit die Rückzahlungen erhöht, den Schuldendienst erhöht und daher immer weniger Ausgaben in der Zukunft beschäftigungswirksam zur Verfügung stehen. Bei den Investitionen ist nur ein unterdurchschnittlicher Zuwachs projiziert, heißt es, während andere weniger beschäftigungswirksame Ausgaben stärker zunehmen.

Sehen Sie, das ist die zukünftige Entwicklung. Sie haben kurze Zeit mit den großen Defiziten den Eindruck erweckt, Sie können die Arbeitsplätze sichern. Jetzt aber, wo uns diese Schuldenlast auf den Kopf fällt, flüchten Sie in Neuwahlen, stellen Sie sich hierher und behaupten, wir sind für die Zukunft bestens gerüstet. Wenn Sie es ernst nehmen mit einer fachlichen Auseinandersetzung, dann hätte ich erwartet, daß Sie hier herausgehen und nun widerlegen, was Ihre eigenen Leute sagen, und widerlegen, warum das nicht so ist. Statt dessen behaupten Sie etwas, ohne überhaupt den geringsten Beweis dafür anzuführen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Nowotny: Herr Kollege König! Sie haben immer noch nicht geantwortet: Was wäre Ihre Alternative?)* Ich werde Ihnen das gleich sagen.

Sie haben hier den Abgeordneten Taus, unseren Bundesparteibeamten, angegriffen und

Dkfm. DDr. König

gesagt: Ein Wahnsinn seine Politik, die Defizite zu senken. – Wissen Sie, was hier Ihre Kollegen vorgeschlagen? Lacina, Schmidt, Zöllner und andere? (*Abg. Dr. Nowotny: Da war ich auch dabei!*) Die sagen hier:

„So erscheint eine Politik der schrittweisen Reduktion der Nettodefizite in Prozenten des Bruttonationalprodukts bis zum Ende der Vorschauperiode als geeignet“ – als geeignet, bitte –, „die Struktur der Ausgaben zu verbessern und den konjunkturpolitischen Spielraum des Haushaltes für kommende Rezessionen zu vergrößern.“

Sehen Sie: Genau das, was Taus vorschlägt, schlägt auch der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen vor. Und da, muß ich sagen, befinden wir uns in bester Gesellschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben hier das Gutachten zitiert, das Professor Kausel im Auftrag des Finanzministers erstellt hat. Warum, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, wenn Ihnen an einer sachlichen Auseinandersetzung liegt, haben Sie sich denn nicht mit der Studie des Professors Seidel auseinandergesetzt, Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes? (*Abg. Dr. Nowotny: Die habe ich zitiert!*) Sie werden sie doch wohl kennen! (*Abg. Dr. Nowotny: Ich habe sie ja sogar zitiert!*)

Dann darf ich Ihnen das vorhalten, was hier Seidel sagt. Bitte, das ist herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, das ist die offizielle Ausgabe, Seite 8. Jetzt werde ich Ihnen sagen, was Seidel zu der Politik sagt, die Sie hier so bejubelt haben. Er sagt hier:

„Die sprunghafte Vergrößerung des Budgetdefizits in der Rezession 1975 erschien zunächst ein angemessener Preis dafür, daß der Konjunkturrückgang in Grenzen gehalten und die Vollbeschäftigung gewahrt werden konnte.“ Es schien so, sagt Seidel. „Aus dem vorübergehenden ‚konjunkturbedingten‘ Defizit des Jahres 1975 entwickelte sich jedoch in der Folgezeit ein dauerndes, ‚strukturelles‘ Defizit“ – sagt Seidel, nicht die böse ÖVP und Opposition –, „das trotz verschiedener ausgabensparenden und einnahmensteigernden Maßnahmen nur wenig verringert werden konnte.“

Jetzt kommt es ganz dick: „Da sich gleichzeitig herausstellte, daß die über das Budget geschaffene zusätzliche heimische Kaufkraft zunehmend ins Ausland floß (das Budgetdefizit wurde immer weniger beschäftigungswirksam und immer mehr zahlungsbilanzwirksam), lag es nahe, die bisherige wirtschaftspolitische Strategie zu überdenken und zahlungsbilanzkonforme Methoden der Beschäftigungspolitik zu entwickeln.“

Also, das sind keine wirtschaftspolitisch vernünftigen Maßnahmen gewesen, das schien so, natürlich war's locker und einfach, zunächst zu sagen, wir machen große Schulden, damit können wir die Leute beschäftigen. Aber das war eben ein Fehler, ein Fehler in der Wirtschaftspolitik, der sich jetzt bitter rächt. Und weil Bundeskanzler Dr. Kreisky, seit er Koren in der Nationalbank hat, weiß, wie es wirklich um die Finanzen bestellt ist, gibt es doch die massiven Spannungen zwischen ihm und dem Finanzminister, und deshalb wird früher gewählt, weil diese Situation keinen Aufschub mehr duldet. Das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Soll ich Ihnen noch weiter vorlesen, was auf Seite 9 Professor Seidel sagt, und er hat immerhin einige auch theoretische Erfahrung, Sie werden ihm seinen Rang nicht absprechen. Er sagt hier folgendes: „Obschon sich weder für die Höhe der Staatsschuld noch für ihre jährliche Zunahme eindeutige Grenzen festlegen lassen, spricht vieles dafür, daß die gegenwärtigen und die in absehbarer Zeit zu erwartenden Defizite im Staatshaushalt zu hoch sind. Die Budgetkonsolidierung bleibt daher auch nach dem Maßnahmenpaket vom Herbst letzten Jahres“ – das Sie uns da so großartig verkauft haben –, „eine vordringliche gesamtwirtschaftliche Aufgabe.“ Sie bleibt für die nächste Regierung, weil Sie sie nicht gelöst haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie sieht es denn mit den Investitionen aus, von denen der Herr Bundeskanzler sagt, daß Sie damit 130 000 Arbeitsplätze auf Dauer gesichert hätten. Bitte, dazu weist Professor Seidel in seinem Gutachten darauf hin, daß die Brutto-Investitionen – hören Sie, Herr Dr. Nowotny – nicht gestiegen sind, sondern gesunken sind in Ihrer Zeit. Sie berauschen sich an nominell hohen Zahlen, aber das ist doch alles nur dank der Inflation so hoch! (*Abg. Dr. Nowotny: Was wollen Sie eigentlich? Mehr Investitionen oder weniger Schulden? Beides geht nicht!*)

Nein, das ist kein Widerspruch, bitte, wenn Sie jetzt nicht intellektuell unredlich sind, dann ist das kein Widerspruch. (*Abg. Dr. Nowotny: Dann müssen Sie sagen, wo Sie Kürzungen wollen!*)

Nein, der Beirat sagt, daß die steigenden Defizite immer mehr zur Schuldendeckung dienen und zu sonstigen nicht beschäftigungswirksamen Ausgaben, und ein immer kleinerer Teil geht in die Investitionen. Das ist ja nur logisch, daß die Investitionen sinken, weil die nicht beschäftigungswirksamen Ausgaben steigen, und die erhöhen das Defizit. Da ist kein Widerspruch drinnen.

Sie haben hier im Jahre 1969, ÖVP-Regierung

Dkfm. DDr. König

bitte: Brutto-Investitionen: 1,41 Prozent Anteil am Brutto-Nationalprodukt. Sie haben jetzt unter der SPÖ-Regierung im Jahre 1976 nur mehr 1,26 Prozent, 1977 1,17 Prozent. Bitte, das sind die Zahlen des offiziellen Berichtes des Finanzministeriums, gestützt auf die Arbeit des Leiters des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Man soll uns doch nicht erzählen, daß die Regierung hier mit ihren Investitionen mehr täte als früher. Sie geben mehr aus, nur wirksam ist es nicht, und Sie können nachlesen auf Seite 86, was Seidel sagt, wer in Wahrheit die Beschäftigungspolitik betreibt. Da steht nämlich: Die Flexibilität der Privatbetriebe und – auch erwähnt (*Abg. Dr. Nowotny: Einer der Faktoren!*), zugegebenermaßen einer der Faktoren – die Sozialpartnerschaft, die sich bewährt hat, die in Österreich das gutmacht, was die Regierung versäumt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre schön gewesen, Sie hätten sich mit dieser Kritik auseinandergesetzt, statt nur das zu wiederholen, was Kausel in seiner Eloge über die Wirtschaftspolitik des Finanzministers gesagt hat. Denn man soll sich doch mit der Kritik auseinandersetzen und nicht einfach Behauptungen oder Beweihräucherungen in den Saal stellen. Schauen Sie, was sagt hier Seidel auf Seite 106 zu den direkten Bundesinvestitionen? – Diese direkten Bundesinvestitionen, bitte auf dem Bausektor, machen heiße 14 Prozent des gesamten Bauvolumens der österreichischen Wirtschaft aus.

„Ähnlich verhält es sich“, heißt es hier, „mit den Ausrüstungsinvestitionen. Der Bund einschließlich Bundesbetriebe vergibt hauptsächlich Aufträge an den Waggonbau, die Fahrzeugindustrie und die Schwachstromindustrie. Die in diesen Zweigen tätigen Firmen können durch öffentliche Aufträge bestenfalls stabil, aber nicht antizyklisch beschäftigt werden“. Ja, es ist halt in erster Linie den kleineren und mittleren Betrieben in Österreich zu danken, daß wir heute diese Situation noch haben, und das soll auch einmal anerkannt werden, auch von Ihnen, das würde Ihnen gar nicht schlecht anstehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun haben Sie mich gefragt, was wir denn eigentlich anderes empfehlen würden als das, was Sie gemacht haben. Ich darf Ihnen hier das zitieren, was Seidel sagt, und Sie werden eine frappante Ähnlichkeit mit den Vorschlägen der Volkspartei, die Sie so kritisiert haben, feststellen.

Seidel sagt auf Seite 83: „Damit ergibt sich folgender Befund: Sollten nicht einschneidende budgetpolitische Maßnahmen getroffen werden“ – die haben wir nämlich vorgeschlagen, das ist das Taus-Konzept –, „dann werden sich die Defizite der Jahre 1975 bis 1978, die noch vor

wenigen Jahren außerhalb des Überlegungsbereichs der Wirtschaftspolitik und des Vorstellungsvermögens der Staatsbürger gelegen haben“ – ich erinnere Sie, 7 bis 8 Milliarden Defizit, hat der Bundeskanzler gesagt, ist ja ein wirtschaftlicher Wahnsinn, bitte –, „in Zukunft perpetuieren.“

Was passiert dann? Das lesen Sie auf Seite 87. „Leistungsbilanzdefizite bedeuten, daß die heimische Wirtschaft insgesamt mehr ausgibt, als sie einnimmt. Es liegt nahe, zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Ausgabenüberschuß (dem Leistungsbilanzdefizit) und dem Ausgabenüberschuß des Bundesbudgets (dem Budgetdefizit) Beziehungen zu vermuten, zumal beide Größen nicht sehr verschieden sind und sich in die gleiche Richtung entwickelten.“

Sagen wir das, werfen Sie uns wieder vor, wir machen die Wirtschaft schlecht! Bitte, das sagt Seidel: Leistungsbilanzdefizit, Budgetdefizit sind korrelierende Größen (*Abg. Dr. Nowotny: Lesen Sie doch weiter!*). Ich bin noch nicht fertig, aber ich bin mit den Zitaten sehr konsequent.

Auf Seite 89 sagt nun Seidel, was das bedeutet: „Auf die Dauer ist es nicht möglich, Beschäftigungsrisiken, die aus einer passiven Leistungsbilanz resultieren, durch Budgetdefizite zu neutralisieren.“ Das ist genau das, was ich Ihnen entgegengehalten habe. Kurzfristig können Sie so tun, als ob alles bestens in Ordnung ist. Wir pumpen uns das Geld, wir leisten uns auf Pump Vollbeschäftigung, aber auf die Dauer, so sagt Seidel, ist es nicht möglich, Beschäftigungsrisiken, die aus einer passiven Leistungsbilanz resultieren, durch Budgetdefizite zu neutralisieren.

Jetzt brennt der Hut, weil wir bei 50 Milliarden Defizit angelangt sind – viel mehr als budgetiert war, denn als wir das Budget bekommen haben, ist ja das Defizit wieder frisiert worden –, jetzt brennt der Hut, und deshalb haben wir vorzeitige Wahlen. Das können Sie nicht bestreiten, das ergibt sich hier ganz eindeutig. Was schlägt Seidel vor, bitte: „Diese Fakten und Überlegungen“ – Seite 91 – „münden in eine einfache Schlußfolgerung, die für ein kleines, stark vom Außenhandel abhängiges Land im Grunde selbstverständlich ist, aber häufig übersehen wird.“ – Ich weiß nicht, ob Sie es übersehen haben, aber wenn nicht, dann hätten Sie sich hier damit auseinandersetzen sollen, denn Seidel sagt hier: „Die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades hängt auf mittlere Sicht entscheidend davon ab, ob es gelingt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu steigern.“ Das ist das Entscheidende. – Nicht immer höhere Budgetdefizite, und Sie sagen dann hier: Wollen Sie was

Dkfm. DDr. König

anderes machen? – Natürlich, ich sage mit Seidel: Entscheidend ist, daß man die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft steigert.

„Der Budgetpolitik“ – so sagt Seidel im Widerspruch zu Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny – „kommt aus dieser Sicht nur eine ergänzende beschäftigungspolitische Funktion zu. Sie ist jedoch zumindest auf die Dauer nicht imstande, das zu heilen, was in der Einkommenspolitik oder in der Strukturpolitik versäumt wird.“ Und diese Versäumnisse hinterlassen Sie der nächsten Regierung als ein trauriges und schweres Erbe. Mit diesen hätten Sie sich auseinandersetzen sollen, nicht Behauptungen in den Raum stellen und sagen: Es ist ohnehin alles bestens, wenn die Manager nicht so schlecht wären, dann ginge es auch in der verstaatlichten Industrie viel besser. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da hat der Herr Finanzminister in seiner Erklärung erklärt: „Wir sind jedenfalls mit den tiefgreifenden turbulenten und explosionsartigen Veränderungen in all diesen Jahren besser fertig geworden als die meisten anderen Staaten.“ Das ist auch eine jener bescheidenen Selbstdarstellungen, die auch Sie hier unterstrichen haben, Herr Dr. Nowotny. Wie schaut es denn wirklich aus mit diesem Besser-fertig-werden? – Ich zitiere Ihnen bitte nur auch von Ihnen anerkannte Autoritäten. Seidel auf Seite 47: „... die Aufkommenselastizität der Lohnsteuer betrug in diesen 3 Jahren“ – gemeint ist 1975 bis 1978 – „1,96% (die Lohnsteuereinnahmen wuchsen fast doppelt so stark wie die Lohnsumme).“

Das ist einer der Punkte, über die sich die Österreicher in den letzten drei Jahren besonders freuen konnten. Wir sind viel besser fertig geworden. Doppelt soviel Lohnsteuereinkommen wie Lohnsummensteigerung. Fürwahr eine Arbeitnehmerpolitik, wie man sie sich von einer sozialistischen Regierung nur erträumen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Seite 49. Der Herr Finanzminister sagt doch immer, durch seine Steuermaßnahmen wäre insgesamt gesehen die Steuerbelastung geringer geworden. Und sehen Sie, mit Statistiken läßt sich trefflich streiten. Seidel nimmt diese Frage aufs Korn und analysiert sie. Und er sagt: Ja das stimmt bei den Ledigen zum Beispiel durch die Individualbesteuerung. Aber bitte, wie sieht es bei jener Gruppe aus, die für uns besonders wichtig ist, die Kinder hat, die einmal unsere Pensionen zahlen sollen?

Hier auf Seite 49 sagt Seidel: „Für Alleinverdiener mit 2 Kindern hat ab mittleren Einkommensstufen“ – nicht erst ab hohen – „die

Steuerbelastung zugenommen.“ Und das nicht wenig.

Auch das ist ein Ergebnis Ihrer Steuerpolitik. Eine unsoziale Politik, die ein für allemal damit aufräumt, daß Sozialismus gleichzusetzen ist mit sozial. Mitnichten. Denn eine schlechte Wirtschaftspolitik führt auch immer letzten Endes dazu, daß auch eine schlechte Sozialpolitik die Folge ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Schauen Sie, dann wird immer gesagt – Sie haben es auch gesagt –: Wir sind so gut, wir stehen mit Japan an der Spitze. Ja, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, auf Seite 96 werden Sie finden, daß die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben des Bruttonationalproduktes in Österreich, die bereits in den Jahren 1973 bis 1975 38,5 Prozent betragen hat, seither ist sie weiter gestiegen – ich verwende aber diese offiziellen Zahlen von Seidel –, nur geringer ist als in den skandinavischen Staaten und in den Niederlanden. Sogar in Finnland ist es noch besser. Nur in diesen so lange sozialistisch regierten Staaten ist sie höher. Alle anderen haben eine geringere Belastung mit Steuern und Sozialabgaben. Und da sagt der Herr Finanzminister: Wir haben alle diese Veränderungen viel besser bewältigt als alle anderen.

Und jetzt darf ich Ihnen auch noch einen Vergleich zur ÖVP-Regierung bringen. Haben Sie wirklich diese Zeit besser bewältigt als wir? Sie haben nämlich gesagt: Ja, was hätten denn Sie getan? Sehen Sie, was hat die ÖVP getan. Ich lasse wieder Seidel sprechen. Er stellt das dar und er sagt: „Der Bund hat bisher zweimal konjunkturpolitisch motivierte Budgetdefizite in Kauf genommen: 1958/1959“ – Koalitionsregierung sage ich dazu – „und 1967/1968“ – Alleinregierung füge ich hinzu –. Und jetzt sagt er weiter: „In beiden Fällen gelang es, das Defizit im Konjunkturaufschwung ganz oder großteils abzubauen. ... In beiden Perioden lag ferner die Hauptlast der Sanierung auf den Ausgaben. ...“

Sehen Sie, das ist der Unterschied gewesen zwischen der Koalitionsregierung und der ÖVP-Alleinregierung. Es waren beide Male Rezessionen, in denen der Bund konjunkturpolitisch motivierte Budgetdefizite in Kauf genommen hat. Bitte, man kann natürlich sagen, die Situation ist eine andere. Aber eines können Sie nicht bestreiten. Sie können nicht bestreiten, daß unsere Maßnahmen bei der Rezession – was immer auch das auslösende Moment gewesen sein mag, sicher mögen es andere auslösende Faktoren sein, das Faktum der Rezession ist unbestritten damals wie heute gegeben gewesen; man hat es damals bewältigt, indem man die Ausgabenerhöhung und das konjunkturpolitisch in Kauf genommene Defizit sofort wieder

Dkfm. DDR. König

abgebaut hat – zweifellos unpopuläre Maßnahmen waren. Wir haben ja die Wahlen damals verloren, nicht weil Sieso gut waren, sondern weil die Leute halt die Last der Sanierung gespürt haben. Aber wir, die Volkspartei, waren ehrlich damals unter Klaus und haben den Staatshaushalt wieder in Ordnung gebracht, haben die Konjunktur eingeleitet, von der Sie heute noch leben und wo die OECD gesagt hat, das ist die Saat, die jetzt aufgeht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie scheuen sich, dieselbe Ehrlichkeit an den Tag zu legen und das zu tun, was notwendig wäre, weil es unpopulär ist. Zugegeben, weil man damit nicht Wahlen gewinnen kann. Und Sie wollen den Leuten einreden, daß man so weiter tun könnte. Weil Sie selbst wissen, daß das nicht geht, müssen eben jetzt vorzeitige Wahlen her.

Sehen Sie, dann hat der Herr Finanzminister erklärt: „Gleichzeitig wurde die erste Gelegenheit benützt, die zur Rezessionsbekämpfung notwendige Ausweitung der Staatsverschuldung anteilig wieder zu verringern.“

Eine stolze Behauptung, kann ich nur sagen. Bitte, was sagt dazu Seidel. Auch das bitte eine Erklärung eines auch von Ihnen anerkannten Wirtschaftsfachmannes. Was sagt Seidel auf Seite 31: „... die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben, die im Rezessionsjahr 1975 entstand, wurde in den beiden folgenden Jahren nicht geschlossen.“ Was sagt der Finanzminister? – Sie sei wieder verringert worden. Dazu Seidel: „... die Defizitquote blieb 1976 nahezu unverändert; 1977 sank sie nur wenig und (wie der bisherige Budgetvollzug 1978 vermuten läßt)“ – wie wahr!, sage ich dazu –, „wahrscheinlich nur vorübergehend.“

Wir wissen, daß alles Dagewesene noch in den Schatten gestellt wurde. Wir sind schon wieder bei 50 Milliarden Defizit. Also behaupten Sie doch bitte nicht, Herr Finanzminister, Sie hätten sofort wiederum das Defizit abgebaut und die Staatsschuld anteilig verringert. Das war ja ganz geringfügig und hat sofort wieder ins Gegenteil umgeschlagen, ist sofort wieder aufgeholt worden.

Und wie haben Sie gemeint, Herr Professor Nowotny? – Wir wären für die Zukunft so gut gerüstet? Seite 36, Seidel: „Selbst wenn man statt dem Brutto-Nationalprodukt, das durch die Rezession stark gedrückt wurde, das nominelle Produktionspotential zum Vergleich heranzieht, stiegen die Staatsausgaben noch etwa doppelt so stark. Sie wurden damit auf ein Niveau angehoben, das auch bei Volllauslastung des Produktionspotentials keine automatische Normalisierung der Defizite erwarten ließ.“

Also nichts ist drinnen. Auch bei Volllausla-

stung des Produktionspotentials, bei einer Konjunktur, die ja nicht da ist, ist es nicht möglich, eine automatische Normalisierung dieser Defizite zu erreichen. Keine Rede davon.

Und er weist auch darauf hin, daß man das eigentlich hätte wissen müssen. Er sagt nämlich: „Historische Erfahrungen ließen zwar erkennen, daß die konjunkturorientierte Budgetpolitik das Risiko in sich birgt, zu einer ‚Einbahnstraße‘ zu werden: es ist leichter, Budgetdefizite einzugehen, als sie abzubauen ...“

Darum flüchten Sie ja in die Neuwahlen. Schulden eingehen ist leicht, Schulden wieder abzahlen, das überlassen Sie der nächsten Regierung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich gebe Ihnen zum Abschluß mit, was Seidel sagt, Seite 40: „Der Umstand, daß hohe Budgetdefizite nicht nur als vorübergehende Konjunkturstütze fungieren, sondern chronisch zu werden drohen, zwingt dazu, die gesamtwirtschaftliche Steuerungsfunktion des Budgets neu zu überdenken.“

Sehen Sie, dazu lade ich Sie ein, das gemeinsam mit uns zu tun, sich das Tauspapier anzusehen, ernsthaft zu prüfen, was hier zu machen ist. Sie sollten sich nicht hierherstellen und sagen, wir sind die besten, wir sind die größten, die Zukunft ist gesichert, sondern die Situation überdenken, die gar nicht so rosig ist, sondern, wenn man ehrlich ist, eine Situation ist, die in dieser Form nicht weitergehen kann, wenn wir nicht in den Abgrund hineinlaufen wollen.

Ich habe Ihnen gesagt, die zweite Wurzel ist die Verschwendungspolitik dieser Regierung, durch die wir heute mit einer so aufgeblähten Ausgabenpolitik des Staates haben und so gewaltige Defizite.

Schauen Sie, da hat sich der Herr Bundeskanzler hierhergestellt und hat gesagt: Hier einen Hunderter sparen, dort einen Hunderter sparen bringt zwar nicht viel, aber es zeigt den Staatsbürgern, auch die Regierung spart.

Wenn wir uns den Rechnungshofbericht anschauen, dann muß ich sagen, da hat der Herr Minister Lütgendorf gewaltige Beträge für Repräsentationsausgaben aufgewendet und unter Marschverpflegung der Truppe verbucht. So schaut die Sparsamkeit aus! Da ein Hunderter, dort ein Tausender.

Sie sagten: Zunahme der Beamten, ja wollen wir denn bei den Beamten einsparen? Weniger Beamte – das ist doch nicht vernünftig und nicht denkbar. O ja, das geht und gar nicht so schlecht. Wissen Sie, da bestätigt uns der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, daß die ÖVP-Regierung das Kunststück zusammenge-

Dkfm. DDr. König

bracht hat. Da heißt es nämlich auf Seite 31: „... bis 1970 gab es einen Rückgang um rund 5 500 auf 271 000.“ Bitte, es wird nachher angefügt, daß in dieser Zeit die Bildungsexplosion war, daß ungeheuer viele Landeslehrer eingestellt werden mußten. Dennoch ist es der Volkspartei gelungen, die Zahl der Beamten einzuschränken. „Die Aufstockung“, so heißt es hier, „erfolgte erst in den siebziger Jahren.“

Sehen Sie, und das ist ein Faktum, das Sie zu verantworten haben. Sie haben zu verantworten, daß es zu dieser gewaltigen Aufstockung kam. Im besonderen wird ja darauf hingewiesen, daß das in den Zentralleitungen war, also in der Zentralverwaltung, in den Zentralstellen.

Wir brauchen ja nur zu schauen, was sich bei Bahn und Post abgespielt hat, wie dort die Direktionen und die Abteilungen vermehrt wurden. Der Bereich ist mir besonders geläufig.

Oder die Verschwendungspolitik, die Sie bei den Bundesunternehmen betrieben haben. Ihnen ist es vorbehalten geblieben, statt 500 000 S Pachteinahmen bei den Bundesapotheken zuerst 1 Million Schilling und dann nahezu 2 Millionen Schilling Defizit zu erwirtschaften. Ein Muster sozialistischer Wirtschaftspolitik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler ist als Oppositionsführer landauf, landab gelaufen und hat gesagt: Es ist unerträglich, wie hoch das Bundestheaterdefizit ist. – Bitte: Seit Sie an der Regierung sind, explodiert das Bundestheaterdefizit. Es explodiert! Wir haben schon 1 Milliarde Schilling Bundestheaterdefizit. Wo bleibt die Versprechung des Herrn Bundeskanzlers? – Aber so ist es ja: Mit den Versprechungen sind Sie immer sehr groß, mit dem Halten weniger.

Der Herr Bundeskanzler hat ja dankenswerterweise in seinem Bericht auch darauf hingewiesen, wie viele Wohnungen eigentlich gefördert wurden. – Wie wenig, muß ich sagen: „Heiße“ 257 000, sagt er stolz, in den Jahren seit 1970. Das sind knapp über 30 000 im Jahr. Wir waren schon über 40 000, und das Versprechen war: Jedes Jahr um 5 000 mehr. Ein klares Wahlversprechen: Versprochen und gebrochen! So wie das Versprechen, sechs Monate Wehrdienst sind genug: Versprochen und gebrochen! So wie das Versprechen bezüglich der Südbahn, die gleich nach den Wahlen gebaut werden sollte: Versprochen und gebrochen. – Das sind Ihre Wahlversprechen! Diesbezüglich weiß die Bevölkerung Gott sei Dank heute schon, was sie davon zu halten hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wie, bitte, hat der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny hier gemeint? – Die schlechten Manager haben Sie bestellt; wer hat denn die

ausgewählt, hat er gesagt. – Bitte, schauen Sie sich das Bundesbahndefizit an – ich meine jetzt das reine Defizit, das betriebliche – mit 3,8 Milliarden Schilling. Oder schauen Sie sich an, was wir insgesamt für die Bundesbahnen aufwenden. Stellen Sie sich dann die Frage, die der Abgeordnete Nowotny hier gestellt hat. Wer hat denn einen auch nach der Meinung des sozialistischen Generalsekretärs Pregant ausgezeichneten Generaldirektor in die politische Zwangspension geschickt? Wer hat den Generaldirektor Kalz hier mit politischer Mehrheit zwangspensioniert? Wer hat gesagt, es muß ein Bundesbahnkonzept her, damit das Defizit gesenkt wird? – Und was ist in Wahrheit geschehen? Gestiegen ist es.

Also sagen Sie doch nicht, daß es vielleicht das Verschulden der Opposition oder der ÖVP-Regierung vor acht Jahren gewesen wäre, wenn jetzt so gewaltige Defizite auflaufen.

Auch hier bitte darf ich Ihnen sagen: Selbst Androsch sagt in seinem Bericht – er zitiert dankenswerterweise die OECD, die das sagt –, daß „mehr als die Hälfte des derzeitigen Budgetdefizits auf Zuschüsse an die Bundesbahnen und das Sozialversicherungssystem“ entfallen. Es „scheinen“ daher „defizitsenkende Maßnahmen in diesen beiden Sektoren angebracht“.

Das sagt bitte die OECD, auf die Sie sich berufen haben. Ja bitteschön: Was kritisieren Sie dann Dr. Taus? Er sagt in seinem Konzept: Wir müssen bei den Bundesbahnen einsparen, so kann es nicht weitergehen. – Das befindet sich doch in Übereinstimmung mit der OECD.

Aber davon sagt hier der Herr Professor Nowotny nichts. Das steht nicht in seinen Büchern. Es ist leichter, bei Herrn Kausel Anleihen zu nehmen, als sich mit der Kritik der OECD – wenn einmal eine Kritik geäußert wird – oder mit der Kritik der Fachleute im Wirtschaftsbeirat auseinanderzusetzen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich will gar nicht erst auf das Wegwerfschulbuch zu reden kommen – der Herr Abgeordnete Peter hat das sehr deutlich hier gesagt –: Wir nähern uns der Milliardenengrenze. Ein Staat, der die Staatsbürger auffordert zu sparen, kann es doch einfach nicht verantworten, daß jährlich um Hunderte und Aberhunderte Millionen Schilling Schulbücher in die Mülltonnen wandern. Das ist ja ein Hochmut sondergleichen. Ich meine: Diese Art der Verschwendung – und die Kinder noch zur Verschwendung erziehen – ist, bitteschön, durch nichts zu rechtfertigen, schon gar nicht, daß man glaubt, man kann eine einmal getroffene Maßnahme nicht mehr zurücknehmen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dkfm. DDr. König

Sie bewegen sich immer weiter auf dem Weg. Was sagt der Herr Minister Sinowatz wegen des „Souffleurkastens“? – Die Lehrer können das ja wegwerfen, wenn Sie es nicht verwenden wollen. – Wir haben es ja. Die Regierung hat es. Mit dem Wegwerfen sind wir ganz groß da. Nur mit dem Sparen – mit dem Sparen! – hapert es bei Ihnen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich meine: Seit heute früh wundert man sich, daß wir vom Herrn Außenminister gehört haben, wie stolz er ist, daß das Parlament – mit Ihrer Mehrheit, bitte – 2,5 Millionen Schilling für kulturelle Veranstaltungen aus Anlaß der Eröffnung der UNO-City – die bei Gott schon teuer genug war – ausgibt, während es auf allen anderen Ecken und Enden fehlt. Ja ist das notwendig? Muß denn das sein? Müssen da noch einmal 2,5 Millionen Schilling hinausgeworfen werden? Der Herr Bundeskanzler sagt: Die UNO-City ist voll. Muß man dann noch einmal 1,5 Millionen Schilling für Information, sprich Regierungspropaganda, hinauswerfen? Haben Sie kein G'spür dafür, was man der Bevölkerung zumuten kann, wenn man sie überall zum Sparen auffordert, wenn man die Steuern so stark erhöht, wenn man die Progression so stark erhöht, dann aber so sorglos mit dem Geld der Steuerzahler umgeht?

Das ist die Politik der Verschwendung, die die zweite Quelle der steigenden Defizite im Staatshaushalt ist, eine Politik, die wir ändern wollen und die wir ändern werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf mit zwei Bemerkungen auf die Feststellungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers zur Energiepolitik zu sprechen kommen. Hier hat der Herr Bundeskanzler erklärt, ein österreichisches Energiekonzept habe darauf Bedacht zu nehmen, daß die zukünftige Energieversorgung Österreichs ohne die Verwendung der Kernenergie konzipiert werden muß.

Ja bitteschön: Wo ist der Energieplan? Wir verlangen ihn doch dauernd. Es gibt auf diesem Gebiet bitte nichts. Sie können es sich ja anschauen in den Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Da haben Sie es ja dargestellt, was hier der Beirat dazu sagt – Seite 20 –:

„Dazu kommt, daß manche Investitionen aus politischen Gründen unterbleiben oder verschoben werden. Die Gegnerschaft der Umweltschutz- und Antiatomenergie-Bewegung spielt hier vielleicht eine geringere Rolle als die internationale Unentschlossenheit in der Energiepolitik.“

Wir machen wirklich einen Vorreiter in der

Unentschlossenheit. Es gibt bis heute keinen Energieplan. Kein Wirtschaftsbetrieb weiß, was auf diesem Gebiet in Zukunft geschehen soll. Dabei sagt der Beirat:

„In den achtziger Jahren und bei konjunkturellen Aufschwungsphasen werden sich allerdings die weltweit knapper werdenden Ressourcen an konventioneller Energie in Form von Preissteigerungen bemerkbar machen.“

Er sagt es, wir wissen es. Und was geschieht? – Die Regierung läßt alles treiben. Es geschieht auf diesem Gebiet faktisch nichts. Im Gegenteil. Auf Seite 55 heißt es:

„Der Anteil der E-Wirtschaft“ – an den Haftungen ist gemeint – „ist dagegen dauernd gesunken.“

Sehen Sie: Sie unterlassen die notwendigen Maßnahmen. Und da gibt es eine so ausgezeichnete Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zu „kurz- und mittelfristigen Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung“. Da steht auch drinnen, was man tun kann. Das sind Dinge, die genau das bestätigen, was wir hier immer wieder im Parlament gesagt haben: Hier wird über die volkswirtschaftliche Bedeutung der kleinen Wasserkraftwerke gesprochen und auf Seite 149 gesagt, daß sie „insgesamt eine Leistung von 400 bis 600 Megawatt erbringen könnten“; das wäre eine Menge von 600 000 Tonnen Öl im Jahr an Einsparung.

Wir haben hier einen Antrag eingebracht für die Kleinkraftwerke. Es ist der Antrag Graf – König. Wenn es der Kollege Fischer ernst nimmt mit der Verwirklichung dringender Materien, dann hoffen wir, daß Sie diesem Antrag die Zustimmung geben werden. Hier in dieser Studie des Beirates steht:

„Das ausschlaggebende Kriterium für die Instandhaltung bestehender beziehungsweise die Errichtung neuer Kleinkraftwerke ist die Rentabilität der notwendigen Investitionen und damit die Frage des von den Landesgesellschaften für Stromeinspeisungen in das öffentliche Netz zu bezahlenden Entgeltes.“ *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Wie lange haben wir den Herrn Handelsminister aufgefordert, hier etwas zu tun. Geschehen ist nichts!

„Bereits im Oktober 1974“, heißt es hier, „wurden mit der Gründung des Energiesparbeirates, dem nunmehrigen ‚Beirat für sinnvollen Energieeinsatz‘, die Weichen für die Schaffung von Grundlagen für sinnvolleren Energieeinsatz gestellt.“

1974! Später gründet der Herr Bundeskanzler einen Verein, macht sich zum Präsidenten,

Dkfm. DDr. König

vergißt auf seinen Beirat beim Handelsministerium, und es geschieht wieder nichts. Und was sagt schließlich abschließend die Studie – Seite 161 –:

„Es geht weniger darum, diese Liste durch neue Varianten zu bereichern, als vielmehr um die rasche Anwendung schon bekannter Technologien.“

Wir haben hier zwei konkrete Anträge. Meine Damen und Herren! Wir laden Sie ein, die steuerliche Förderung energiesparender Maßnahmen – der Wärmedämmung, der Kraft-Wärme-Kupplung, der Solarenergie – und die Förderung der kleinen Wasserkraftwerke noch zu beschließen. Die Anträge sind bereits dem Finanzausschuß zugewiesen. Es liegt nur mehr an Ihrem guten Willen, ob Sie tatsächlich auf diesem Gebiet etwas tun wollen. Wir werden Ihnen diese Nagelprobe abnehmen. Wir werden Ihnen die Ausrede nicht gelten lassen, daß Sie ohnehin etwas tun wollten, aber es seien nur die Länder zuständig. Hier hat der Bund die Kompetenz, und wir werden von Ihnen die Probe auf den Wahrheitsgehalt Ihrer Aussagen verlangen. Wir wollen sehen, ob es stimmt, was der Kollege Fischer immer wieder sagt, er sei bereit, noch alles zu tun, was hier anhängig ist und was abgeschlossen werden kann. Das kann geschehen, weil es dem Ausschuß zugewiesen ist, und einen Finanzausschuß müssen wir haben. Es wird an Ihnen liegen, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Wir werden Ihnen diesen Wahrheitsbeweis abfordern. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hier stolz erklärt hat, wir werden auch weiterhin Arbeitsplatzsicherung durch große Budgetdefizite in Kauf nehmen, weil uns die lieber sind als die Gefährdung von Arbeitsplätzen, dann bitte muß ich ihm vorhalten, würde er besser daran tun, seine eigenen Experten im Beirat zu befragen und sich auseinanderzusetzen mit den Folgen dieser Politik, die heute noch nicht sichtbar sind, wo Sie heute noch so tun können, als ob die Bevölkerung mit dieser Regierung bestens bedient gewesen wäre und die Arbeitsplätze ohnehin erhalten sind; in Wahrheit aber nur auf Pump, nur kurzfristig, während wir alle die Lasten werden tragen müssen, die diese sehr leichtfertige Politik verschuldet hat. Zu dieser Entscheidung werden die Wähler aufgerufen. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jetzt schon sehr hellhörig geworden ist, und wir werden ja sehen, wem die Bevölkerung bei den kommenden Wahlen, die Sie vorzeitig einberufen haben, weil Sie nicht mehr weiterkönnen, das Vertrauen geben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Dkfm. Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wer gestern die lange Einleitung zur relativ kurzen und, wie ich glaube, nicht sehr aussagekräftigen Wirtschaftserklärung des Herrn Bundeskanzlers anhörte, sollte wohl den Eindruck bekommen, daß es der SPÖ gelungen wäre, inmitten einer unheilen, inflationslabilen, krisengeschüttelten und von Arbeitslosenheeren bedrohten Welt hier bei uns in Österreich sozusagen eine Insel der Seligen aufzubauen, wo es dies alles nicht oder vielleicht nur kaum gebe.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Unwillkürlich kommt dabei die Erinnerung, wie die oppositionelle SPÖ vor 1970 immer wieder reagierte, wenn unter der damaligen ÖVP-Regierung Vergleiche mit dem Ausland angestellt wurden, obwohl wir damals, vor allen Dingen hinsichtlich der Staatsverschuldung, auch der Beschäftigungslage und der Inflationslage, hinsichtlich Wirtschaftswachstum und so weiter, keinen Vergleich zu scheuen brauchten. Aber dann hieß es immer, wir leben ja in Österreich, was schaut ihr über die Grenze, sorgt euch um die Fragen hier in Österreich. Ich glaube, das werden wir heute mit allem Recht auch dieser SPÖ-Regierung jederzeit zu sagen haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese letzte wirtschaftspolitische Erklärung der auslaufenden sozialistischen Alleinregierung entspricht in ihrem Schmalformat sicherlich auch der Inkonsequenz und Hilflosigkeit des Herrn Bundeskanzlers mit seinem verbrauchten Team, das hier nach jahrelangem falschem Wirtschaftskurs – wir haben heute schon stundenlang darüber diskutiert – heute in sich uneinig ist und nun nach außen versucht, Einigkeit zu zeigen. Nachdem das aber doch alles nicht gelungen ist, hat man das letzte Halbjahr der Legislaturperiode nicht mehr auslaufen lassen, sondern flüchtet in vorzeitige Neuwahlen.

Wir wissen, daß zweifellos die Staatsverschuldung und alle jene Schwierigkeiten, die vielleicht heute noch mühselig übertüncht werden können, mit der Anlaß sind zu diesen vorzeitigen Neuwahlen. Ich glaube aber, diese vorzeitige Neuwahlflucht ist sicherlich wahrscheinlich noch das Positivste, was diese Regierung in den letzten dreieinviertel Jahren dieser auslaufenden Periode vorzuschlagen hatte.

Meine Damen und Herren! Je rascher eine Wählerquittung über Ihren unglücklichen bisherigen Kurs, über Ihre Widersprüchlichkeiten in Theorie und Praxis, aber auch über Ihre Belastungspolitik auf der einen Seite und Ihre öffentliche Verschwendung auf der anderen Seite herbeigeführt werden kann, umso besser

Dkfm. Gorton

wird es zweifellos sein für die Familie Österreich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nicht umsonst wird seit längerer Zeit bereits aus allen Wirtschaftskreisen immer wieder der Ruf nach einem Kurswechsel immer lauter. Wohin führte denn letzten Endes auch dieser sozialistische Kurs der Regierungspolitik, der in den gestrigen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und seines anscheinend von ihm nicht mehr so sehr geliebten Finanzministers so rosig dargestellt wurde? – Daß jetzt knapp vor den Wahlen immer wieder eine Revision des Kurses ins Auge gefaßt wird und sicherlich in den letzten Wochen ja auch der Versuch gemacht wird, hier eine gewisse Revision einzuleiten. – Eine Revision, weil Sie plötzlich erkennen müssen, daß hier bei uns in Österreich kein zufriedenstellendes Investitionsklima mehr herrsche, daß aber dieses Investitionsklima natürlich letzten Endes die unbedingte Voraussetzung für jede Arbeitsplatzsicherung darstellt.

Meine Damen und Herren! Für mich ist es an und für sich nichts Neues, wenn ein sozialistisch-marxistischer Kurs in eine Richtung führt, die durch immer neue zusätzliche Belastungen der Betriebe, höhere Besteuerung des Eigentums und Einkommens, Verteufelung der Gewinne – da spricht man ja nur von Profitmacherei und so weiter –, durch die geschilderten Maßnahmen Macht und Einfluß des Staates vergrößert und all die Abhängigkeit von staatlichen Instanzen in das Credo aller politischen Entscheidungen letzten Endes auch miteingeschlossen wird.

Sie haben es nämlich mit Ihren rollenden Belastungslawinen der letzten Jahre dazu gebracht, daß hier dieses Investitionsklima natürlich immer mehr gestört wurde. In der gestrigen Erklärung des Herrn Finanzministers wird diese Sache zweifellos eher verschwiegen oder auf Seite 10 nur einmal mit dem „Maßnahmenpaket“ leise angerührt, was Sie nämlich in den letzten Jahren hier an Belastungslawinen über die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung in Österreich ergehen lassen haben.

Sprechen wir es doch immer wieder aus, was Sie alles in den wenigen letzten Jahren an Maßnahmen hier gesetzt haben. Ich möchte daran erinnern: In der Periode 1975 bis 1977 Steuer- und Gebührenerhöhungen, die Umsatzsteuererhöhung, die Bundesmineralölsteuererhöhung, die Kraftfahrzeugsteuererhöhung, die Vermögensteuererhöhung um 33 Prozent, die Rechts- und Stempelgebührenerhöhung, Patent- und Markenschutzgebührenerhöhungen; an Tarif- und Preiserhöhungen die dreimalige Erhöhung der Zigarettenpreise, zweimalige Erhöhung der Salzpreise, Telefongebühren, Postgebühren, Telegrammgebühren, Bahntarife

in mehreren Etappen und schließlich der Abbau der Milchstützung, der ja seinerzeit natürlich auch auf Kosten der Bevölkerung gegangen ist, die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Abbau der Sparförderung; dann weiter in der Periode Mitte 1977 bis 1978: wiederum Erhöhung der Bahntarife, über 66prozentige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für eine Reihe von Gütern, der dritte Mehrwertsteuersatz, der Verlust des Vorsteuerabzuges bei Pkw und Kombis, sonstige steuerliche Verschlechterungen, steuerliche Verschlechterungen in der Pensions- und Abfertigungsrücklage im 2. Abgabenänderungsgesetz.

Meine Damen und Herren! Diese Pakete gehen ja immer weiter: die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung, Erhöhung der Rezeptgebühren, Abzweigung von Familiengeldern aus dem Familienlastenausgleichsfonds, Abzweigung der für den Telephonbau zweckgebundenen Fernmeldegebühren in Milliardenhöhe, letzten Endes seit dem letzten Jahr die Einführung der Transportsteuer, die neuerliche Erhöhung der Postgebühren. Die Litanei und die Liste gehen immer weiter.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mit diesen Belastungslawinen haben Sie zweifellos zunächst auch eine gesunde Eigenkapitalbildung, welche ja die Grundlage der Unternehmungen für die Sicherung der Arbeitsplätze darstellt, verhindert und verschlechtert. Sie haben dadurch weite Unternehmenskreise gezwungen, die Reserven und die Substanz aufzuzehren. Die gestiegenen Insolvenzziffern, von denen heute schon gesprochen wurde, sind keineswegs ausschließlich oder in großem Maße auf ein Versagen des Managements zurückzuführen – davon wird von Ihnen gerne gesprochen –, sondern in diesen steigenden Insolvenzziffern – wir haben von 1977 auf 1978 eine Steigerung von 1 020 auf 1 300 Insolvenzfälle in Österreich zu verzeichnen gehabt – spiegeln sich die Verhältnisse und die Entwicklungen der gesamten Wirtschaftspolitik. Wir müssen auch darauf hinweisen, daß daran zweifellos die Regierungspolitik mit einem großen Anteil Schuld trägt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ein Investitionsklima – das muß man sich merken – kann man zweifellos mit solchen Belastungslawinen nicht erzeugen. Vor allen Dingen dann nicht, wenn man auf der einen Seite den Betrieben durch Steuern und Belastungen die notwendigen Eigenmittel nimmt und glaubt, durch wenn auch etwas verbilligte Kredite, also durch Fremdmittel, einen Ausgleich zu schaffen, um die Investitionen wieder ankurbeln zu können. Sicherlich, Kredite gehö-

Dkfm. Gorton

ren auch dazu. Aber das muß auch in einem vernünftigen Ausmaß zur Eigenkapitalaufbringung und zur Eigenkapitaleinbringung stehen. Denn Kredite muß man letzten Endes auch wieder zurückzahlen in der Lage sein. Und das geht zweifellos nur über entsprechende Erträge, sprich Gewinne.

Sie haben auch immer ein gestörtes Verhältnis zu einem gesunden Gewinndenken gehabt, es heißt, wie ich schon angedeutet habe, ja bei Ihnen immer nur Profitmacherei. Sicherlich paßt ein Gewinn nicht in Ihre marxistische Ideologie. Das wird Ihrerseits vielleicht höchstens noch in der verstaatlichten Industrie anerkannt oder toleriert, und dort hat der Herr Bundeskanzler ja letzten Endes im vergangenen Jahr doch auch eine nicht zu übersehende Äußerung gemacht, wenn er nämlich im Mai 1978 wörtlich sagte: „Die Verstaatlichte beschäftigt alle Leute – und macht gigantische Verluste. Das kann man ein, zwei Jahre lang machen, aber dann ist Schluß. Die Verluste kann ja niemand decken, und wenn sie der Staat deckt, so kann er das nur ganz kurz machen. Das ist die Problematik.“

Zweifellos ist es eine Problematik, wenn man nicht mehr in der Lage ist, Gewinne zu machen, wenn man nicht mehr in der Lage ist, entsprechend ertragreich zu produzieren, und wenn man natürlich dann auch nicht in der Lage ist, entsprechend mit Eigenmitteln Investitionen anzukurbeln.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen von der linken Seite nochmals sagen: Ringen auch Sie sich doch endlich zu einem gesunden Leistungs- und Gewinndenken durch, das für ein Investitionsklima grundsätzliche Voraussetzung ist! Ringen Sie sich da durch, das ist sicherlich die beste Arbeitsplatzsicherung. Ich möchte dazu einen Ausspruch meines Freundes Arthur Mussil zitieren, der einmal hier gesagt hat: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.“

Da Sie gestern die Gewinne verteuerten, haben Sie heute zuwenig Investitionen und dadurch haben Sie bereits die Arbeitsplätze von morgen gefährdet. Das möchte ich Ihnen auch sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben durch Ihre Zickzackpolitik, die natürlich immer weiter in eine linksdrallige Staatsabhängigkeit hineependelt, in diesen Tagen einen der grotesksten Zustände Ihrer Budgetpolitik herbeigeführt. Dadurch wird auch die Planlosigkeit all Ihrer Überlegungen offen aufgezeigt, und ich möchte kurz darauf verweisen.

Anfang Jänner erschien im Bundesgesetzblatt wie jedes Jahr in der ersten Ausgabe das

Bundesfinanzgesetz. Heuer das Bundesfinanzgesetz 1979, über das wir im vergangenen Monat ja tagelang hier diskutiert haben – wir haben ja damals auch Wirtschaftsdebatten geführt – und welches dann mit Ihren Stimmen beschlossen wurde.

Am 18. Jänner, also nur etwa zwei Wochen nach Erscheinen dieses Gesetzes, bringen Sie nunmehr die erste Novelle zu diesem Bundesfinanzgesetz ein.

Darin mögen Maßnahmen enthalten sein, die wir grundsätzlich positiv beurteilen können. Aber ich glaube, wenn Sie nicht in der Lage waren, im Dezember schon hier festzustellen, was in dieses Bundesfinanzgesetz an wirtschaftsfördernden Maßnahmen alles eingebaut gehört, damals darüber diskutiert wurde und nichts darüber gesagt wurde, und Anfang Jänner kommt Ihnen auf Ihrer Konferenz oder was immer Sie da abgehalten haben plötzlich die Erleuchtung, so kann man doch nicht von einer mittelfristigen, geschweige denn von einer längerfristigen Budgetplanung und von entsprechenden Maßnahmen reden, wenn am 1. Jänner das Gesetz erscheint und am 18. Jänner schon die erste Novellierung hier vorgelegt wird. Das ist meiner Meinung nach keine Wirtschaftspolitik und keine mittel- oder längerfristige Politik, die wir in Österreich zweifellos gerade in der Wirtschaft dringend benötigen würden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte im Zusammenhang mit dieser Regierungsvorlage nur zu einigen der geplanten Maßnahmen dieses Zweiten Strukturprogramms, wie Sie, Herr Finanzminister und Vizekanzler, es nennen, einiges sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat in den letzten Jahren immer wieder Euphorie für industrielle Großprojekte erweckt. Ich erinnere an den Austro-Porsche, ich erinnere an die Ölmühle, und jetzt taucht wieder das Zellstoffwerk auf.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Austro-Porsche hat, ich möchte das bedauernd feststellen, ein Begräbnis erster Klasse erfahren. Das freut uns nicht, aber ich glaube, daß es zweifellos auch nicht richtig war, zunächst einen solchen Luftballon, wenn ich das so nenne, hochzulassen, der dann in sich zusammenfallen mußte.

Die Frage der Ölmühle ist sicherlich auch durch das Fehlen einer rechtzeitigen Verhandlungsbasis und entsprechender Vorbereitung mit den Amerikanern über die Ölsaatenanbauförderung nicht in ein realisierbares Stadium getreten. Ich möchte also auch davon nicht mehr sprechen.

Die Frage der Zellstofffabrik mag sicherlich

Dkfm. Gorton

unter diesen drei Projekten auf Grund des Holzaufkommens und verschiedener anderer Möglichkeiten noch am nächststehenden sein.

Ich entnehme dieser Regierungsvorlage und den Erläuternden Bemerkungen, daß dieses Sulfatzellstoffwerk nach Niederösterreich kommen soll. Das ist jetzt in den Erläuternden Bemerkungen eindeutig festgelegt.

Ich möchte nur am Rande bemerken, daß der Landeshauptmann von Kärnten im Zusammenhang mit dem sich in größten Schwierigkeiten befindenden Zellstoffwerk in Rechberg bei der Bundesregierung vorgesprochen hat. Er hat sich mit seiner Verbalforderung anscheinend in keiner Weise durchsetzen können. Kärnten ist ja bei den Großprojekten der Bundesregierung nie im Vordergrund gestanden, so sehr wir uns auch darum bemühten. Aber man hat ja Hüttenberg geschlossen, ohne Ersatzbetriebe dorthin zu schaffen, es wird sicherlich auch Rechberg das Überleben wahrscheinlich nicht mehr erleben können, und auch dort wird kein Ersatz sein.

Ich möchte also nur feststellen, daß die Standortbestimmung mit Niederösterreich festgelegt wurde, und nun steht also hier drinnen: Wenn sich dieses Werk „rechnet“ – so sagen die Schwaben –, dann würde es hier gebaut werden. Das heißt, der Bund würde sich entsprechend beteiligen.

Die heutigen Weltmarktpreise für Zellstoff bewegen sich zwischen 400 und 430 Dollar pro Tonne. Die Rechnung – nach Auskunft von Fachleuten – ginge aber nur auf, wenn Zellstoffpreise von 550 bis 560 Dollar pro Tonne erzielbar wären. Das ist leider nicht der Fall. Es ist daher wohl auch anzunehmen, daß bei dieser Rechnung auch dieses Zellstoffwerk sicherlich keiner Realisierung entgegensehen kann.

Ich will aber hier nicht in Pessimismus machen, sondern nur feststellen, daß man auch jetzt anscheinend wieder Hoffnungen für irgendwelche Projekte erweckt, die nach der Kalkulation und nach allen Voraussetzungen anscheinend doch nicht zu realisieren sind. *(Abg. Wille: Den Pessimismus würden wir Ihnen ja nicht abnehmen!)*

Das freut mich, Herr Kollege Wille, daß Sie mich für einen Optimisten halten. Aber wenn die Verhältnisse der Rechnung so aussehen, so sehe sogar ich mich gezwungen, die Sache nur pessimistisch zu betrachten.

Meine Damen und Herren! Sie scheinen sicherlich bei der Verfolgung all solcher Projekte nie die Zweckdienlichkeit entsprechender Diskretion zu wahren. Ich glaube, man soll sich um Projekte bemühen, man soll alle Möglichkeiten ergründen. Aber in die Öffent-

lichkeit zu gehen vor allem in einem Stadium, wo es für die Öffentlichkeit kaum als spruchreif angesehen werden kann, das halte ich für falsch. Das ist in einer Industriepanik meiner Meinung nach nicht am Platz.

Wenn Ihnen jetzt hier in einer Torschlußpanik vor den von Ihnen heute mit Einbringung eines Antrages herbeigeführten vorzeitigen Wahlen noch alles mögliche einfällt, was eingebracht werden muß und was jetzt zum Teil in einem Huch-Pfusch-Verfahren möglicherweise noch zu einer Beschlußfassung heransteht, möchte ich doch in jeder Hinsicht davor warnen, übereilte Maßnahmen zu treffen, ob es sich nun um Wahlzuckerln auf dem sozialen Sektor oder auf sonstigen Gebieten handelt.

Wesentlich ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, daß wir zu einer Kurskorrektur kommen. Bei Ihren Zickzackkursen muß ich das leider nach wie vor bezweifeln.

Wenn man nur die Frage der Streichung der Investitionssteuer ansieht, eine Streichung, die wir begrüßen und die auch richtig ist: Man hat sie vor drei Jahren sistiert, dann wieder eingeführt, jetzt streicht man sie wieder. Ich bin für die Streichung, ich war damals schon für die Sistierung, aber für die ständige Sistierung. Das hätte die Investitionen in den letzten Jahren zweifellos zusätzlich ankurbeln können. Sie haben das nicht gemacht, sondern Sie machen einmal ruck-zuck, gehen von links nach rechts und wählen einen Kurs, der zweifellos für eine mittelfristige und längerfristige Planung der Wirtschaft das schlechteste ist, was wir uns wünschen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Wirtschaft braucht Möglichkeiten der mittel- und längerfristigen Planung, das aber auch in der Steuer- und Investitionsförderungs politik. Hierzu gehört zweifellos auch die Überprüfung der übertriebenen Hartwährungspolitik, unter der unsere Exportwirtschaft stärkste Einbußen auf sich zu nehmen hat; auch das wurde heute schon weitgehend erörtert.

Ich möchte auch erinnern an die Exportausgleichsfähigkeit besonders für die Lohnsummensteuer, an die Absenkung der gewinnunabhängigen Steuern, besonders auch der Vermögensteuer, zur möglichen Bildung von Eigenkapital und dadurch auch zur möglichen Förderung entsprechender Investitionstätigkeit.

Meine Damen und Herren! Die Systemwidrigkeiten des 2. Abgabenänderungsgesetzes 1977 sowie die Kreditsteuer, das alles sind Fragen, die sicherlich nach den Wahlen einer entsprechenden Korrektur bedürfen werden.

Dkfm. Gorton

Meine Damen und Herren! Achten und lesen Sie unsere Programme der neuen Wege für Österreich, das Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze. Wir haben für alle Gebiete unsere Programme entwickelt. Ich glaube, die österreichische Bevölkerung würdigt das bereits heute.

Sie haben unter dem Druck der Neuwahlen jetzt vielleicht eine gewisse Kurskorrektur mit den Maßnahmen angezeigt, die Sie setzen wollen. Die Wähler werden uns aber zweifellos am 6. Mai die Möglichkeit geben, die Kurskorrektur, die Österreich dringendst benötigt, endgültig in die Wege zu leiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Während der gestrigen und während der heutigen Debatte wurde zum wiederholten Male das Zunehmen der Insolvenzen behandelt. Man hat dabei die Auffassung vertreten, daß die Insolvenzen auf die Belastungspolitik der Bundesregierung zurückzuführen wären. *(Ruf bei der ÖVP: Unter anderem!)* Unter anderem, das schaut schon besser aus. Ich wäre froh gewesen, wenn das jeder gesagt hätte.

Immer wieder bin ich sehr skeptisch, wenn ich in den Zeitungen, im Fernsehen oder hier höre, es gibt tausend Insolvenzen in Österreich, und dann ist die Meldung beendet. Ich frage mich: Warum hört hier die Meldung auf? Wir haben uns doch zu fragen: Warum gibt es denn tausend Insolvenzen, und was sagen die Kreditschutzverbände dazu? Da gibt es doch Interessenvertretungen, die das analysieren, warum tausend Betriebe zugrunde gegangen sind.

Die letzte Aussendung, die ich in der Hand habe, sagt, die Hauptursachen der Zahlungsunfähigkeit sind: Unsachlichkeit 44 Prozent, Fahrlässigkeit 29 Prozent, persönliches Verschulden 15 Prozent und 11 Prozent Kapitalmangel. Das heißt: 90 Prozent persönliches Verschulden *(Abg. Dr. Mussil: Der Regierung!)* und 10 Prozent Kapitalmangel. *(Abg. Dr. Mock: Hauptsache, die anderen sind schuld!)*

Herr Kollege Mussil! Ich werde Ihnen noch einen Fall aus Ihrem Wahlkreis schildern. Sie werden noch damit beschäftigt werden. *(Abg. Dr. Mussil: Erzählen Sie mir nichts über meinen Wahlkreis, den kenne ich besser als Sie!)* Das heißt also, das entscheidende ist ja zu wissen, warum gehen Betriebe zugrunde? Ist es die Belastungspolitik der Regierung, oder ist es das Unvermögen einzelner Unternehmer?

Aber nicht nur in den Medien und nicht nur

am Rednerpult ist davon die Rede, auch seitens der Bundeswirtschaftskammer. Und ich möchte ganz deutlich sagen: Es wird zu einer Belastung der Partnerschaft, wenn man beispielsweise in einer Belangsendung der Bundeskammer behauptet: „Für sichere Arbeitsplätze kann nur eine gesunde wettbewerbsfähige Wirtschaft sorgen“ – richtig –, „die Regierung kann bloß dafür sorgen, daß Ministersekretären auch ohne einschlägige Vorbildung gut bezahlte Posten zugeschanzt werden.“

Das ist keine Argumentation, Herr Generalsekretär. Mit dieser Argumentation können Sie sich genießen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In Wirklichkeit macht es ja auch die Industriellenvereinigung nicht anders. Man macht zwar den Gewerkschaften den Vorwurf, sie würden dieser Regierung die Mauer machen, doch bitte ich Sie, einmal nachzuprüfen, wann die Gewerkschaften mit einem derartigen Stil einer Regierung geholfen haben.

Die Industriellenvereinigung schreibt beispielsweise in einer Belangsendung im ORF: Jetzt ist es so weit, heißt es in der Industriellenvereinigung. Jetzt ist es so weit. Immer haben wir es schon gesagt, jetzt gibt es endlich die Kündigungen. Wortwörtlich! *(Abg. Dr. Mussil: Latrinengerüchte!)* Wortwörtlich heißt es: früher als erwartet. Ein sehr renommiertes Exportunternehmen mußte sich von rund tausend Mitarbeitern trennen. – Das ist für die Betroffenen hart, das hat die Industriellenvereinigung auch entdeckt.

Und wissen Sie, was das für ein Unternehmen ist? Ich habe Ihnen immer wieder gesagt: Bringen wir hier keine Firmen ins Spiel. Aber etwas muß ich Ihnen heute sagen, nachdem immer wieder davon geredet wird.

Die Firma EUMIG, ein renommiertes Industrieunternehmen erster Klasse, ohne jeden Instinkt für gesellschaftliche Notwendigkeiten *(Abg. Dr. Mussil: Diskriminieren Sie hier nicht die Firmen! Achten Sie lieber auf Ihren eigenen Instinkt!)*, erklärt eines Tages, tausend Beschäftigte müssen gekündigt werden. Und wissen Sie, was daraus geworden ist? Jetzt, sechs Wochen danach, sind es auf einmal 400. Warum geht denn die Industriellenvereinigung und die Bundeswirtschaftskammer in die Öffentlichkeit und erklärt, ein renommiertes Unternehmen müßte tausend Mitarbeiter kündigen, wenn das gar nicht notwendig ist? *(Abg. Dr. Mussil: Machen Sie da keine Latrinengerüchte!)*

Außerdem wird die Firma EUMIG in die Geschichte der österreichischen Sozialpolitik eingehen. Denn daß es nun ein sogenanntes Frühwarnsystem geben wird, verdanken wir niemand anderem als einem Unternehmen, das

12040

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Wille

an einem Freitag der staunenden Öffentlichkeit mitteilt: Wir werden tausend Mitarbeiter kündigen. – So kann man mit uns nicht verfahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich möchte Ihnen jetzt auch noch etwas erzählen aus Ihrem Wahlkreis. Dort haben Sie auch einen so „tüchtigen“ Unternehmer. *(Abg. Dkfm. Gorton: Herr Wille! Zum Renommieren in Aichfeld-Murboden ist Ihnen die Firma EUMIG gut genug gewesen!)* Ist auch genug gefördert worden! Und kein Wort gegen die Firma EUMIG, wenn sie ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommt.

Nun zur Firma Eisert. In Heidenreichstein gibt es ein Unternehmen der Metallwarenindustrie, das 600 Menschen beschäftigte. Diese 600 Menschen sind seit Wochen nicht in der Lage, mit einem Vorstandsmitglied, das in England ist, zu reden. Auch mit den Eigentümern zu reden, deren Holdings in der Schweiz sitzen, ist nicht möglich. Es ist ein Skandal, der nicht zu überbieten ist. Dieser Betrieb ist einer der Bankrotteure, die die 90 Prozent der Insolvenzen ausmachen.

Wir sind seit Wochen bemüht, mit jemandem zu reden, weil in einem Grenzgebiet mit 10 Prozent Arbeitslosigkeit ein Betrieb in Gefahr ist, der 600 Menschen beschäftigt. 100 Millionen Schulden bei 50 Millionen Eigenkapital – ohne jegliche Führungsqualität! Kein Mann ist da ... *(Abg. Dkfm. Gorton: Herr Wille! So werden Sie kaum ausländische Investoren nach Österreich bringen!)*

Der ordentliche Unternehmer wird nicht unterscheiden, ob er ein Inländer oder ein Ausländer ist. Jeder ordentliche Unternehmer wird unterscheiden, ob er seinen unternehmerischen und gesellschaftlichen Verantwortungen nachkommt. Das sind die Kriterien, nach denen wir fragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun, Herr Kollege Gorton, Sie waren ja auch einer von denen, die von den Belastungen so gestöhnt haben. Stöhnen Sie nicht! Das ist Ihnen nicht abzunehmen.

Auf Grund einer Untersuchung – nicht nur von Professor Kausel, da gibt es ja genug andere auch noch – von Professor Horst Knapp rechnet dieser nach: 1977 gab es in Österreich Einkünfte aus Unternehmung und Besitz von rund 108 Milliarden Schilling. Die Einkommensteuer hat 16 Milliarden Schilling ausgemacht. Das ist die Belastung!

Und jetzt sage ich Ihnen, was Professor Horst Knapp dazu sagt: Mehrheitlich handelt es sich bloß um eingebildete Kranke, Steuerhypochoonder, Fiskalneurotiker und so weiter. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Jetzt werde ich Ihnen, Herr Kollege Gorton, noch etwas sagen. Der eine Unternehmer des Waldviertels, der zugrunde geht, weil angeblich die Belastungen so hoch sind, wissen Sie, daß der ... *(Abg. Dkfm. Gorton: Horst Knapp wollte den Erzberg einmotten! Zitieren Sie ihn nur!)*

Ja, das ist ja im Grunde genommen eine recht vorsorgliche Maßnahme. Er hat ja nicht gesagt: Werfen S' den Erzberg weg!, sondern heben wir uns Rohstoffe auf.

Aber es ist ja darum gegangen, daß Sie die Belastung nicht ertragen können.

Schauen wir uns wieder die Firma Eisert an, die zugrunde gegangen ist. Ich habe schon gesagt: 50 Millionen Eigenkapital. Dazu 30 Millionen Kredite und Förderungen zu besten Bedingungen, Grenzlandkredite mit 1 Prozent Verzinsung. 30 Millionen Förderungen. Und jetzt kommt noch dazu, daß die Löhne in diesem Unternehmen um 40 Prozent unter den Löhnen eines vergleichbaren Wiener Unternehmens liegen.

Jetzt geht ein derartiger Bankrotteur vor die Hunde, und dann wird uns erzählt, die Belastungspolitik wäre an den Insolvenzen schuld. Das können Sie uns nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun einige Worte zum Auto. *(Abg. Dr. Mussil: Ich werde Ihnen dann flüstern, warum der zugrunde gegangen ist!)*

Investitionsklima, Herr Kollege Gorton. Wenn man weiß, daß es in Österreich jahrelang eine Sonderkonjunktur und in der ganzen Welt eine miese Konjunktur gegeben hat, dann wird halt das Investitionsklima darunter leiden, und das ist unser Problem.

Zum Auto. Herr Kollege Gorton, Ihnen ist dazu nichts eingefallen, als daß ein Austro-Porsche im Gespräch war und daß das ein Luftballon war, der geplatzt ist.

Wissen Sie, was geplatzt ist? Ihre falschen Hoffnungen, daß nichts draus wird. Jeder Unternehmer weiß, wenn er ein Projekt anfängt, dann wird nicht das erste Vorhaben den Nagel auf den Kopf treffen. Wir haben mit einem Projekt begonnen, das grundsätzlich am sinnvollsten ist: Kleine Serien, hohe Qualität.

Wir sind auf Grund dieser Initiativen weiter gegangen. Der Grund war ja die Handelsbilanz. Die Handelsbilanz und die Leistungsbilanz 1977 haben uns gezeigt, daß 30 Milliarden fehlen; 20 Milliarden geben wir aber allein für das Auto aus und 20 Milliarden für die Energie. Also ist es naheliegend, etwas auf dem Autosektor zu tun. Und warum?

Wille

Natürlich, Sie haben den Stil fortgeführt, den die österreichische Presse so lang gepflegt hat: „Österreich-Ausverkauf“, „Austro-Porsche kein Mittel gegen die Zahlungsbilanz“; Glossen: „Heimat bist du großer Autos“, „Parte für Austro-Porsche“, „Statt Austro-Porsche Ersatzteile“, „Die Blamierten“ – weil nichts daraus geworden ist –, „Die FPÖ gegen Renommierprojekte“; so geht das weiter, seitenweise.

Aber der Kollege Gorton hat kein Wort davon gesagt, daß jetzt unter anderem 60 Firmen bereits dabei sind, Teile-Lieferungen ins Ausland zu bewerkstelligen, die allein im Jahr 1979 um 2 Milliarden Schilling zunehmen werden. Das entspricht ungefähr 9 000 bis 10 000 Arbeitsplätzen.

Warum, Kollege Gorton, verdrängen Sie die positivsten Entwicklungen? Ich habe Ihnen bestätigt: Sie sind doch sicher kein negativer Mensch. Warum sehen Sie nicht auch das Positive? Das stünde Ihnen so gut!

Was ich absolut nicht verstehen kann: Was kann das für eine Interessenvertretung sein, die den Mitgliedern alle Tage einredet, daß alles mies aussieht? Das wäre nicht einmal dann gerechtfertigt, wenn es irgendwo stimmt. Es stimmt aber gar nicht, weil kein Grund dazu da ist.

Wie oft müssen wir unseren Mitgliedern sagen: Es wird weitergehen, es wird vorwärtsgehen, uns wird etwas einfallen. Wann sagt das die Industriellenvereinigung und die Bundeswirtschaftskammer? Oft habe ich den Eindruck, der Wirtschaftsflügel, der immer von unternehmerischer Initiative redet, ist in der ÖVP nicht mehr da. Sie jammern nur. Alle Tage jammern Sie. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn Sie sagen, das Autoprojekt sei eine Seifenblase: Wissen Sie, was da alles geschieht? Bei der Kupplungsaufbereitung ein neuer Betrieb, ein neuer Betrieb für Sicherheitsgurte, Alu-Felgen: ein neuer Betrieb entsteht. Alu-Aufbauten werden in Ranshofen entwickelt, Batteriekästen – österreichische Erfindung – werden verkauft, Bremsseile für die größten deutschen Unternehmen werden verkauft, Spezialbremsbacken sollen erzeugt werden, ein neuer Personenkraftwagen wird in wenigen Wochen in Betrieb gehen, nämlich der H2 in Steyr.

Es ist ein Erfolg, daß wir eine neue Leichtdieselmotorenproduktion errichten mit 100 000 oder 200 000 Motoren. Aber das Auto ist für einen Vertreter der Industrie zur Luftblase geworden. Ich rede kein Wort noch davon ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ich rede noch kein Wort davon, ob das mit Ford was wird oder nicht. Aber wenige sind so

weit gekommen, wie wir heute sind. Wir sind unter anderem deshalb so weit gekommen, weil es in diesem Lande eine sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung und einen sozialen Frieden gibt, eine Partnerschaft, und diese sollen Sie nicht mit Ihrer einseitigen parteipolitischen Propaganda besudeln und in Frage stellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt lassen Sie mich noch etwas zu den Wirtschaftsvergleichen sagen, über die wir schon einen Tag reden, weil ich auch dazu etwas sagen möchte. Eigentlich ist ja das überhaupt nichts Neues, was der Herr Kausel geschrieben hat. Es hat schon der Finanzminister darauf hingewiesen, daß Ihr Bundesparteivorsitzender das erste Mal in große Verlegenheit gekommen ist, als er einen Tag Bundesparteiobermann war, denn da hat es noch die Werbebroschüren der Girozentrale gegeben, und diese sind der Regierungspropaganda um nichts nachgestanden. *(Abg. Dr. Mussil: Endlich einmal sagen Sie „Regierungspropaganda“!)*

Aber dann, was kam denn dann? Dann erschien in der „Financial Times“ ein Artikel darüber: Wer hat denn die großen wirtschaftlichen Entwicklungen sinnvoll gemeistert? Das war 1975. *(Abg. Dr. Mussil: Wir werden Sie zum Ober-Kausel ernennen!)* Und in der „Financial Times“ heißt es: „Wenn jemand den Europa-Cup oder den Welt-Cup bekäme“ – nun, Herr Kollege Mussil, wer wäre denn das? Österreich wäre das! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann ist der Kausel Nr. 1 gekommen. Herr Kollege Mussil, Sie werden ja lesen, was die Industriellenvereinigung schreibt. *(Abg. Dr. Mussil: Die lese ich genausowenig wie Ihre Blattln!)* Die Industriellenvereinigung – ich weiß schon, Sie mögen sie nicht recht – hat am 28. 1. 1977 die erste Kausel-Studie veröffentlicht, und die erste Kausel-Studie unterscheidet sich von der jetzigen zwar im Umfang, aber in der wesentlichen Aussage durch gar nichts. *(Abg. Dr. Mussil: Kausel 1 ist gleich Kausel 2!)* Der Kausel sagte bereits damals, also im Jänner 1977:

„Die bisher schwerste internationale Rezession der Nachkriegszeit konnte in Österreich ungleich besser gemeistert werden als in nahezu allen anderen Ländern der westlichen Welt. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits abzusehen, daß Österreich den in der Krise gewonnenen ... Vorsprung ... nicht wieder preisgeben wird.“ *(Abg. Dr. Mussil: Das wird entsetzlich sein, wenn das so weitergeht!)*

Und nun etwas zur jetzigen Kausel-Untersuchung. – Herr Mussil, Sie sollten vorsichtiger sein. Das wundert mich in Ihrem Alter, denn da müßte man ja bereits ein gefinkelter Hase sein.

Wille

Also etwas mehr Vorsicht tut Ihnen gut, denn die Kausel-Studie ist ja nur eine, da kommen ja noch einige nach (*Abg. Graf: Entsetzlich!*), und wir werden dann sehen, um wieviel sich die anderen von der ersten unterscheiden (*Abg. Dr. Mussil: Die Differenz zur Wirklichkeit wird immer größer!*), weil der Kausel selber gesagt hat: Wenn fünf führende Wissenschaftler etwas sagen, dann werden auch da unterschiedliche Auffassungen und Bewertungen erlaubt sein.

Aber jetzt noch etwas zum Kausel. Nun, wer ist denn der bessere Volkseinkommensrechner? (*Abg. Dr. Mussil: Der Wille ist der beste!*) Wo ist denn noch einer, der Volkseinkommensrechnungen in Österreich seit Jahrzehnten anstellt? Wir kennen ihn ja alle miteinander seit Jahrzehnten.

Und nun kommt der Bundesparteivorsitzende der ÖVP und zeigt uns plötzlich ein Interview in einer Zeitung, nämlich im „Unternehmer“, aus dem klar ersichtlich ist, wie man versucht hat, den Kausel immer wieder in die Ecke zu drücken, indem man ihm gesagt hat: Wollen Sie ein Roter sein? Wollen Sie einer sein, der der Regierung hilft? Bis der Kausel gesagt hat: Nein, ich will sagen, was wahr ist!

Und dann waren Sie recht unglücklich, denn unter anderem, nach allem Hin und Her in diesem Interview, sagt Kausel: „Ich halte den Inhalt meiner Studie für Vizkanzler Androsch für völlig realistisch. Es wird mich niemand widerlegen können.“ Haben Sie gehört? „Es wird mich niemand widerlegen können“, sagt er! – „Die Zahlen sind unanfechtbar. Die Realität spricht auch klar für mich.“ (*Beifall bei der SPÖ.*) Das sagt der Kausel in dem „Unternehmer“-Interview. (*Abg. Dr. Mussil: Also ihm ist keiner gewachsen!*)

Und nun möchte ich Ihnen sagen: Sehr unfair war es, wie sich heute Ihr Parteivorsitzender mit dem Wissenschaftler Kausel auseinandergesetzt hat!

Wir kennen das: Da ist irgendwo ein großkopfter Generaldirektor, der es mit irgendeinem Angestellten zu tun hat, der sehr tüchtig ist, aber ihm gefällt er nicht mehr. Da wird man alles finden, obwohl er die höchste Qualität hat, um ihn hinauszuekeln.

Und genau so war der Vorgang: Niemand ist in der Lage, zu sagen, der Kausel wäre nicht der führende Wirtschaftswissenschaftler. Und wie ist er hergestellt worden! Wie ein kleiner Bub, der nichts kann, der sich in hundert Widersprüchen verfängt! – So etwas tut man einfach nicht, selbst wenn man eine andere Meinung hat! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und abschließend möchte ich Ihnen dazu

noch etwas sagen, was die Metallarbeiter gemacht haben, weil sie geglaubt haben, sie müssen sich das halt auch anschauen. Ich möchte sogar zugeben: Bei dem, was in allen großen Zeitungen seit Jahren betrieben wird, nämlich bei dem sogenannten internationalen Wettbewerb, bei der Wirtschaftsolympiade – nicht wir haben das angefangen, nicht wir haben die zehn Länder ausgesucht; zehn europäische Industriestaaten werden gewertet nach Wachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit; nicht wir haben es angefangen, wir haben auch die Staaten nicht ausgesucht –, sind wir immer an erster Stelle.

Mir ist es ja peinlich, das zu sagen. Es ist ja kindisch. Ob wir die ersten, die zweiten, die dritten oder die vierten sind, ist doch gleich! Das ist doch ein ernstes Anliegen von uns allen, Fragen zu lösen, Probleme zu lösen, und nicht, der erste zu sein. Wirtschaft und Existenz ist mehr als ein Sport und mehr als ein Spiel, aber wir sind der erste. Warum sollen wir es denn verheimlichen oder verhindern?

Und nun könnte man sagen: Aha, mit der Belastungspolitik – alle zahlen sich da krumm und blöd – wird das dann halt finanziert. – Nun, schauen Sie sich die Belastungsquoten an. Ob da 36 oder 39 Prozent gerechnet werden – das deutsche Bundesfinanzministerium rechnet uns vor, wir haben 36, wir sagen, wir haben 39 –, also was immer da genommen wird: Wir liegen im europäischen Mittelfeld und kein Jota darüber!

Jetzt könnte einer noch sagen: Ja aber die Schulden, die Schulden, die Regierung macht ja so viele Schulden! Und da sind wir unter diesen zehn Ländern mit 27 Prozent, gemessen am Bruttonationalprodukt, an vorletzter Stelle! Alle anderen haben wesentlich höhere Schulden! Aber wir stehen da und lassen uns alle Tage von Ihnen ansingen und anjammern, nur weil Sie nicht die Courage haben, wirkliche Mängel aufzudecken, und nicht die Fähigkeit, wirkliche Fehler zu finden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und abschließend möchte ich aus diesem Grunde in aller Ruhe auf unseren gemeinsamen Freund Abgeordneten Keimel zurückkommen und auf das, was der Präsident der Tiroler Industrie und der Vizepräsident der Österreichischen Industriellenvereinigung anlässlich des Tiroler Empfanges der Industrie gesagt hat. Er hat unter anderem gesagt, wir sollen zueinander fair sein. Wir haben Probleme; lösen wir sie gemeinsam. Wir haben es ja bisher auch gekonnt, warum soll es jetzt nicht mehr gehen. Und er sagte dann, wir müssen voreinander Achtung haben. Er sagte weiter: „Ich halte nichts von persönlichen Diffamierungen von Menschen, Politikern oder Regierungsmitgliedern.“ (*Zwischenruf bei der SPÖ: Das hat aber*

Wille

nicht der Keimel gesagt!) Das war der Präsident der Tiroler Industrie, der Präsident Heiss. Und er setzte fort: „Angriffe, wie sie in den letzten Wochen und Monaten gegen den Finanzminister geführt worden sind, halten wir weder für zielführend noch für sinnvoll.“

Und jetzt muß ich Ihnen noch dazu sagen: Alle Angriffe gegen den Finanzminister sind geboren und entwickelt und gestartet worden in Tirol, vom Obmann des Tiroler Wirtschaftsbundes, vom Kollegen Keimel! Und seine eigenen Funktionäre ermahnen ihn immer wieder, er soll den Pfad der Anständigkeit nicht verlassen. Es gibt in Tirol keinen Unternehmer, ich bin noch keinem begegnet, der diese Art gedeckt hätte.

Darum: Hören wir damit auf! Ich bin der Meinung, wie sie Heiss hier so sauber ausspricht. Ich muß das als Gewerkschafter über den Präsidenten der Industriellenvereinigung sagen: Sauber drückt er sich aus! Wir bekennen uns dazu! Gemeinsam wollen wir die Schwierigkeiten meistern, denn nur so sind wir dahin gekommen, wo wir heute sind, und nur so werden wir auch die nächsten Jahre meistern! Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Brandstätter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Brandstätter (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir natürlich völlig klar, daß es sehr schwer ist, diese Regierung zu verteidigen und diese Fehler ... *(Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ.)* Daß Sie hier leicht lachen haben, das verstehe ich, denn Ihnen ... *(Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Sie können ruhig so weitertun! Ich habe meinen Kollegen versprochen, daß ich in zehn Minuten Schluß machen werde *(Unruhe bei der SPÖ)*, weil ich Verständnis für jene Kollegen unter uns habe, deren Züge am Abend fahren und die morgen zu Hause schon wieder irgendwelche Verpflichtungen haben. Ich selber bin mit dem Auto da, ob ich also jetzt eine Stunde früher oder später nach Hause komme, spielt mir überhaupt keine Rolle. Aber ich hätte auch für andere Kollegen Verständnis. *(Ruf bei der SPÖ: Was soll das? - Abg. Tonn: Da wäre besser, sich streichen zu lassen!)* Das wäre euch natürlich das Allerliebste, wenn die Opposition nichts mehr reden würde und der Bevölkerung nicht aufzeigen würde, was hier wirklich getan wird!

Sie können hier eine Show abziehen. Der Herr Kollege Wille hat es auch versucht. Nunsage ich Ihnen eines: Denjenigen, die heute um die Arbeitsplätze zittern - ob das irgendwo bei den VEW, bei EUMIG oder sonstwo ist -, denen ist

nicht zum Lachen, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Situation, in der viele unserer Mitbürger sind, weil sie nicht wissen, ob sie auch in Zukunft ihren Arbeitsplatz behalten werden, die ist alles andere als zum Lachen. Aber Sie versuchen es einmal mit einer Show und das nächste Mal mit der Methode: Haltet den Dieb! Alle anderen sind schuld, natürlich nicht der Finanzminister, der ununterbrochen Schulden gemacht hat, die ihm jetzt über den Kopf wachsen. Natürlich nicht er ist schuld, sondern die Unternehmer sind es.

Das ist ja das Allereinfachste: Die Unternehmer sind schuld, weil die nicht wirtschaften können, weil die nicht in der Lage sind, ihre Betriebe entsprechend zu führen! Das hören wir jetzt immer wieder. Solange es gut geht, sind die Arbeitnehmer die Ursache, da sind die brav, tüchtig, fleißig - Gott sei Dank sind sie das, ja -, da ist alles auf die Mitarbeiter zugeschnitten; wenn es gut geht. Und wenn es einmal schlecht geht, dann sind die Unternehmer schuld daran.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen eines: Wer von sich behauptet, daß er noch keinen Fehler gemacht hat, dem sage ich auf den Kopf zu, daß er noch nichts gearbeitet hat! *(Abg. Dr. Fischer: Das stimmt!)* Jeder, der arbeitet, wird auch einmal einen Fehler machen, und es wäre sicherlich nicht richtig, wenn man behaupten würde, es habe eine Unternehmensführung noch keinen Fehler gemacht. Nur eines: Diese Fehler sind immer schon passiert, die sind vor fünf Jahren, vor zehn Jahren und immer passiert und sie passieren heute in keinem stärkeren Ausmaß, als das früher einmal der Fall war. Der Unterschied ist nur der, daß heute eben durch diese Regierung die Betriebe in solch schwierigen Situationen sind, daß sie manchen kleinsten Fehler vielleicht nicht mehr verkraften. Das hat ein Betrieb vielleicht vor zehn Jahren noch ohneweiters verkraftet, denn - wie ich schon gesagt habe - Fehler sind immer gemacht worden. Aber wenn einmal ein Betrieb so weit ist, wie ihn diese Regierung gebracht hat, dann kann der kleinste Fehler zu einer Katastrophe führen.

Aber eines, weil Sie EUMIG genannt haben, Herr Abgeordneter Wille: Daß bei EUMIG in erster Linie die Luxussteuer schuld ist, das wissen Sie auch *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch)*, und hier zu sagen: Das sind die Unternehmer!, also das ist auf jeden Fall unfair.

Und Sie sind derjenige, der von Besudeln geredet hat, der sich dagegen verwahrt, daß besudelt wird. Was ist denn das sonst? - Das ist also sicherlich keine Art. *(Bundesminister Dr. Androsch: Welche Luxussteuer ...?)*

Brandstätter

Ich sage Ihnen nur ein Beispiel, wie hier vorgegangen wird – ich habe das gar nicht im Sinn gehabt, aber ich sage es, weil so auf die Unternehmer losgegangen wird.

Mir hat erst in der allerletzten Zeit ein Lkw-Transportunternehmer gesagt, daß er für ein Unternehmen immer die Transporte geleistet und für die Aufträge pro Tonne 90 S als Entschädigung bekommen hat. Wissen Sie, was die Bundesbahnen gemacht haben, die immer sagen: Der Transport soll auf die Schiene kommen!? – Die Bundesbahnen haben gesagt, sie fahren mit ihren Lkw – bitte, nicht mit der Bahn: mit den Lkw! – um 60 S. So wird hier vorgegangen!

Mir ist schon klar, daß das bei den Bundesbahnen keine Rolle spielt, ob die bei 17 Milliarden Schilling Defizit ein paar Hunderttausend mehr oder weniger haben. Das spielt bei den Bundesbahnen keine Rolle. Nur: Einem solchen Unternehmer dann zu sagen, daß er selber schuld sei, weil er nicht imstande sei, seinen Betrieb zu führen, dafür gebührt ein Ausdruck, den ich hier nicht gebrauchen will. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe mir natürlich die Berichte angeschaut, und man muß sagen: Es ist wirklich enorm, welche Kunststücke hier unternommen werden, wie man versucht, selbst die unangenehmsten Dinge noch in ein rosarotes Licht zu setzen.

Hier geht es um das Defizit der Handelsbilanz. Hier steht von einem „Jahresergebnis für 1978, das selbst optimistische Erwartungen übertrifft“. Und wie schaut dieses Ergebnis aus? – Das steht weiter unten: „Diese Entwicklung spiegelt sich in einem Rückgang des Handelsbilanzdefizits um 18 Milliarden Schilling auf 56 Milliarden Schilling oder um rund ein Viertel wider.“ Ein Defizit von 56 Milliarden Schilling wird also als Großtat der Regierung gepriesen!

Wissen Sie, was mir da eingefallen ist? – Es ist ein Vergleich, der natürlich sehr hinkt und der, wenn Sie wollen, auch makaber ist: Mir kommt das so vor, wie wenn Sie jemanden einen Meter unter Wasser drücken, und dem gelingt es, daß er sich 25 Zentimeter emporarbeitet, und dem sagen Sie dann, welch große Leistung Sie erbracht haben für ihn.

Ich weiß schon, daß das ein makabrer Vergleich ist, und ich sage auch gleich dazu, damit Sie mir nicht sagen, daß ich schon wieder miesmache: Wir haben noch genug Luft, wenn wir auch 75 Zentimeter unter Wasser sind, wir haben noch genug Luftreserven, daß wir das noch eine Zeitlang aushalten. Nur: Eine nochmalige sozialistische Regierung würde diese

Wirtschaft nicht aushalten! Das kann ich Ihnen auch sagen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen jetzt wirklich nur noch – weil also von den Arbeitsplätzen immer die Rede ist und davon, daß alles für die Arbeitsplätze getan wird – eines sagen, und zwar aus meinem Bezirk Neunkirchen: Wir gelten ja noch als Industriebezirk. Wir haben hier 1970 13 437 Beschäftigte in der Industrie gehabt, 1977 sind es nur mehr 10 900. Wir haben also in diesen sieben Jahren fast ein Fünftel unserer Industriebeschäftigten im Bezirk Neunkirchen verloren.

Sicherlich können Sie hier auch behaupten, daß die Unternehmer schuld sind – nur: Die Tatsachen schauen wesentlich anders aus. Das wissen alle jene, die die Verhältnisse dort kennen.

Daß das nächste natürlich das Problem der Pendler ist, das ist ganz klar, und daß diese Pendler immer mehr werden, daß diese Pendler immer weiter fahren müssen, das ist ebenfalls die Folge dieser Regierung.

Ich wollte noch ein paar Sätze zur Landwirtschaft sagen, weil gerade in letzter Zeit immer mehr Bauern gezwungen sind, unselbständig erwerbstätig zu werden, irgendwelche unselbständige Arbeiten anzunehmen: Das ist auch eine Folge dieser Regierungspolitik, und wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten, dann darf ich Ihnen sagen, daß der Arbeitsplatz des Bauern genauso viel wert ist wie der Arbeitsplatz irgendeines Unselbständigen und daß daher alles getan werden muß, auch die Arbeitsplätze der Bauern zu erhalten und zu festigen.

Es ist das Zellstoffwerk schon genannt worden, ich möchte nur noch zusätzlich etwas dazu sagen: Man kann sicherlich nicht, Herr Minister, die Berechnung nur davon abhängig machen, ob dieses Werk für sich allein ein positives Ergebnis erbringen kann oder nicht. Man muß die ganze Forstwirtschaft dazurechnen, und es muß einem klar sein, daß die Forstwirtschaft 20 000 Menschen zusätzlich Arbeitsplätze bieten kann, und darum geht es einfach. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß wir auf eine zusätzliche Wertschöpfung von etwa 15 Milliarden, mit der gerechnet wird, verzichten können, daß wir es uns leisten können, daß wir unser Schwachholz nach wie vor im Wald verrotten lassen, daß wir dieses Holz nicht nutzen, aber daß wir dafür Devisen ausgeben, um den Zellstoff zu importieren. Das kann ich mir einfach für die Zukunft nicht vorstellen. Und daher kann man das nicht getrennt für sich sehen, sondern muß das im Zusammenhang sehen.

Brandstätter

Ich möchte zum Abschluß sagen: Es ist wirklich höchste Zeit, daß eine entsprechende Wirtschaftsführung hier wieder Platz greift. Der Wunschtraum, den Sie haben, daß die Opposition einfach nichts sagt, daß sie mit allem einverstanden ist, dieser Wunschtraum wird sicherlich nicht in Erfüllung gehen.

Unsere österreichische Bevölkerung ist bereit, mit ihren Leistungen unser Land wieder in die Höhe zu arbeiten. Diese Bevölkerung darf nur nicht von einer sozialistischen Regierung daran gehindert werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Vetter** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Wille hat sich unter anderem auch mit der Firma Eisert in Heidenreichstein beschäftigt; das ist eines der größten Probleme im Verwaltungsbezirk Gmünd. Er hat die Krise oder die momentane triste Situation ausschließlich auf die mangelnde Führungsqualität des derzeitigen Managements geschoben.

Herr Abgeordneter Wille, das ist objektiv gesehen falsch. Es mag Probleme in dieser Richtung geben, aber sie sind auf jeden Fall nicht die einzigen. Unter anderem steht auch fest, daß dieser Betrieb seine Produkte zu 93 Prozent nach Amerika exportiert und daß dies vor allem auch seit Jahren eine währungspolitische Frage darstellt und diese Firma eben preislich gesehen in größte Schwierigkeiten gekommen ist. Aber sicherlich – und das ist gerade im Grenzland nicht zu bestreiten, die weite Entfernung von den Ballungsräumen – sind es die zusätzlichen Belastungen, die die Preis- und Kostensituation dieses Produktes, nämlich des Feuerzeuges der Firma Eisert, sicherlich erschwert haben.

Herr Abgeordneter Wille, im Jahre 1976 war diese Firma auch einmal in Schwierigkeiten. Da hat sich der Herr Bundeskanzler in einer Pressekonferenz persönlich dafür verbürgt, er werde diesem Betrieb helfen; persönlich. Ich habe das Protokoll dieser Pressekonferenz hier.

Ich frage Sie: Was hat der Herr Bundeskanzler getan seit dem Jahre 1976? Denn damals hat es diese Führungsschwächen höchstwahrscheinlich noch nicht gegeben. Und Sie kommen jetzt plötzlich darauf, daß in diesem Betrieb Löhne bezahlt werden, die 40 Prozent unter dem vergleichswisen Wiener Durchschnitt liegen.

Ja, Herr Abgeordneter Wille, wo leben Sie denn? Wissen Sie bis heute noch nicht, daß im Waldviertel die Löhne allgemein 30 bis 40 Pro-

zent unter dem Durchschnitt liegen? Sie brauchen einen konkreten Fall, damit Sie draufkommen, daß es unterentwickelte Gebiete sind mit Niedrigstlöhnen. Die Arbeitnehmer, die Arbeiter und Angestellten dieses Gebietes leiden schon seit vielen Jahren darunter, und Ihr Bundeskanzler war es, der vor Jahren versprochen hat, Europalöhne in Österreich einzuführen, und der bei der vorletzten Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat, das Europalohnniveau wäre in Österreich erreicht. Sagen Sie das den Arbeitern und Angestellten droben im Waldviertel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers.

Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ist, soweit ich das kontrollieren konnte, eine der kürzesten. Davon ist ein Viertel noch für die Einleitung, sozusagen als Vorwort, verwendet worden. Kein Wort, keine Zeile, daß es in gewissen Regionen, daß es in gewissen Branchen Probleme gibt, eben diese 10 Prozent Arbeitslosigkeit in den nördlichen niederösterreichischen Bezirken Zwettl oder Gmünd zum Beispiel.

Ebenso auch die Erklärung des Herrn Vizekanzlers. Auch hier ist mit keinem Wort und mit keiner Zeile auf diese Probleme hingewiesen. Ja, in der Beilage steht sogar die Formulierung – vom Herrn Vizekanzler wahrscheinlich –, den Österreichern gelang das Kunststück einer sehr niedrigen Arbeitslosenrate.

Meine verehrten Damen und Herren! In den Grenzregionen bei 10 Prozent ist davon nichts zu bemerken. Im Bezirk Gmünd gibt es 1 360 arbeitslos Gemeldete, und ein Ansteigen ist gerade durch den Fall Eisert leider oder höchstwahrscheinlich noch zu erwarten.

Auf solche Kunststücke, nämlich Kunststücke in der Berichterstattung, kann verzichtet werden. Vor allem können darauf verzichten jene Hunderte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, jene Hunderte, die um ihren Arbeitsplatz zittern, und jene Hunderte Eltern, die nicht wissen, wo sie ihre Söhne und Töchter unterbringen können oder bisher unterbringen konnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hat auch die Bevölkerung das Gefühl, daß ein Kurswechsel vor allem in der Wirtschaftspolitik notwendig ist, und hier bietet sich als Alternative die Österreichische Volkspartei an. Wir haben schon im Jahre 1977 ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze vorgelegt. Sie haben es nicht einmal der Mühe Wert gefunden, darüber zu diskutieren. Aber eines steht fest: Die Bevölkerung weiß, daß die ÖVP einfach besser wirtschaftet, und wer besser wirtschaftet, ist der beste Garant für die Sicherheit der Arbeits-

Vetter

plätze, für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften und für einen weiteren sozialen Ausbau! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir versprechen der Bevölkerung durch mehr Leistung mehr Sicherheit, mehr Sicherheit der Arbeitsplätze, mehr Sicherheit der sozialen Leistungen; die sind bei der Österreichischen Volkspartei besser aufgehoben. Denn wer durch Belastungswellen in bisher nie dagewesener Art, wer durch neue Steuern und Abgaben der Wirtschaft nicht mehr tragbare Belastungen aufbürdet und gleichzeitig den Steuerzahler schröpft, wo und wann es immer nur geht, wer jährlich 50 Milliarden Schilling Defizit aufweist, 50 Milliarden Schilling rund neue Schulden macht, wer in einem Jahr mehr Schulden macht als alle Regierungen zwischen 1945 und dem Jahre 1970, wer 36 Milliarden Schilling jährlich zur Rückzahlung braucht oder 100 Millionen Schilling täglich, der kann nicht sagen, er hat gut gewirtschaftet, sondern der muß, wenn er Bilanz zieht – und das haben Sie bei diesen Berichten gemacht –, eingestehen, er hat abgewirtschaftet. Ja, abgewirtschaftet! Und das ist aus diesen Berichten auch ersichtlich.

Wer abgewirtschaftet hat, wer mit solchen Problemen nicht fertig wird, der hat auch kein moralisches Recht zu solch optimistischen Berichten, wie sie gestern vorgelegt worden sind.

Einige Sätze auch zur Stellungnahme von Hofrat Professor Dr. Kausel. Werte Damen und Herren! Ich bin sicherlich nicht berechtigt, an der Qualifikation dieses Beamten zu zweifeln. Aber wenn ich hier Worte finde wie „österreichisches Beschäftigungsphänomen“, „Dauerzustand der Vollbeschäftigung“ und einen Satz, es fehle „jedweder Ansatz von Jugendarbeitslosigkeit“ und dann dieses Traumbild, diese Theorie der Realität in den Grenzregionen Zwettl, Gmünd, Waidhofen und noch weiter herunter gegenüberstelle, dann glaube ich die Meinung vertreten zu können, daß ein Wissenschaftler an dieser Tatsache nicht vorbeigehen darf *(Zustimmung bei der ÖVP)* und daß wir mit Recht dann Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Berichtes haben. Ich hätte mir vorstellen können, daß anstelle einer dienstrechtlich und organisatorisch dem Bundeskanzleramt zugeteilten Stelle vielleicht doch eine unabhängigere, eine objektivere und daher glaubwürdigere Institution für einen solchen Bericht gefunden hätte werden können.

Beispiele aus der Realität gibt es genug. Insolvenzen: 1 300 im Jahre 1978, 400 Ausgleiche, 900 Konkurse. Ich glaube, diese Zahlen genügen. Man könnte sie jeden Tag aus der Zeitung vorlesen. Gestern haben wir die Kündigungen der VEW diskutiert. Es gibt auch

andere Meldungen von vielen, vielen Betrieben tagtäglich in der Zeitung nachzulesen. „Wer steigt bei Rella ein?“ – Ich will die Firmen gar nicht nennen, aber das ist jederzeit nachweisbar, und da ist es doch unsinnig, so wie es der Herr Abgeordnete Wille getan hat, plötzlich alles dem Unternehmer in die Schuhe zu schieben. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Na, Rella!)* Auch hier gibt es mehrere Gründe, Herr Vizekanzler, und nicht nur den einen. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)*

Ich glaube, daß es unsinnig und unrichtig ist, zu behaupten, der österreichische Unternehmer und seine Mitarbeiter wären plötzlich unqualifiziert und unfähig geworden, im Wettbewerb zu bestehen. Die Unternehmerschaft ist gleich tüchtig und die Arbeiter und Angestellten sind gleich fähig und fleißig geblieben. Die Wirtschaft wäre auch grundsätzlich gesund, aber Ihre Wirtschaftspolitik ist für viele einfach ruinös geworden.

Wer seit 1975 – auch das könnte man vorlesen, nur möchte ich Sie damit nicht belästigen; Sie werden das ja alle wissen – wie Sie laufend Steuern, Gebühren, Tarife und Preise erhöht, ja Neues auf diesem Gebiet sozusagen erfindet, wer eine Belastungslawine nach der anderen lostritt, den darf es dann nicht wundern, wenn vieles unter dieser Last zusammenbricht, wenn die Belastbarkeit ein Ende gefunden hat.

Ihre Belastungswelle hat viele Menschen in unserem Lande besonders hart getroffen. Diese Politik hat neue Ungerechtigkeiten, neue Probleme geschaffen. Neue Unterschiede sind aufgetaucht, und zwar ungerechtfertigte, ja oftmals beschämende. Sie haben sich aber beharrlich geweigert, diese zu beseitigen.

Die Österreichische Volkspartei hat allein 16 Anträge in den letzten drei Jahren in dieser Richtung gestellt, die versuchen sollten, Hilfestellung zu leisten und Abhilfe zu bringen. Ich darf sie nur stichwortweise erwähnen.

Ein Antrag auf Nachziehung der Einheitswertgrenze im Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde eingebracht. Warum? – Weil vor allem die Nebenerwerbslandwirte die ersten sind, die ihren Arbeitsplatz verlieren, und der Ausschluß dieser Arbeitnehmer aus dem Arbeitslosengeldbezug, diese Ablehnung ist einfach unsozial.

Wir haben die Erhöhung der Familienbeihilfe sowie die Staffelung nach Alter und Anzahl der Kinder verlangt. Unverständlich ist Ihre Ablehnung, weil jedem Österreicher klar ist, daß mehr Kinder und ältere Kinder stärker steigende Kosten verursachen. Ihr IFES-Institut mit Ihrem Abgeordneten Nationalrat Blecha hat am 25. Jänner 1978 – heute vor einem Jahr – ein

Vetter

Ergebnis veröffentlicht, wo bewiesen wurde, daß kinderreiche Familien unter die Armutsgrenze fallen. Auch diese Diffamierung, diese Diskriminierung der Mehrkinderfamilie ist als unsozial zu bezeichnen.

Wir haben das Karenzgeld für die selbständig erwerbstätige Mutter, die Anrechnung der Zeiten der Kindererziehung als Ersatzzeiten und die Einführung einer Teilzeitbeschäftigung für pragmatische Bundesbedienstete verlangt. All das wurde abgelehnt. Das zeigt, daß Sie die neuen sozialen Probleme der Gegenwart nicht anerkennen wollen und familienpolitischen Fragen nur geringe Bedeutung zumessen.

Wir haben den Antrag gestellt, den Hiloflorenzuschuß einkommensunabhängig zu bestimmen. Meine Damen und Herren! Niemand in Österreich, mit normalem Hausverstand ausgestattet, versteht, daß der Hiloflorenzuschuß nach der Pensionshöhe bemessen und gewährt wird und nicht nach dem Grad der Bedürftigkeit. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dieses Unrecht an den Ärmsten unserer Gesellschaft wird von Ihnen noch verteidigt. Das ist echt skandalös, unverständlich und unsozial!

Wir haben die Berücksichtigung der Familie im Steuerrecht verlangt, weil nicht einzusehen ist, daß ein Alleinverdiener, der gleich viel verdient wie zwei Nichtalleinverdiener, mehr Steuer zahlen soll als die beiden anderen zusammen.

Sie haben vor allem die Einführung eines Pendlerpauschales abgelehnt. Gerade in der heutigen Zeit, in der die Mobilität der Arbeitnehmer zwangsläufig größer geworden ist und größer werden wird, ist dieser Arbeitnehmerkreis besonders hart von Ihrer Politik betroffen. Ich denke dabei nur an die Luxussteuer. Ein Arbeitnehmer, der nur 15 km zu seinem Arbeitsplatz hat und täglich zweimal fahren muß, verbraucht 5 000 S an reinen Benzinkosten. Da ist noch kein Service dabei, kein Schilling für die Reparatur, kein Groschen für den Neukauf eines Pkw. Tausende Arbeitnehmer müssen sogar noch viel weiter fahren.

Der Herr Sozialminister auf der einen Seite spricht von einer steigenden Notwendigkeit der Mobilität, der Herr Finanzminister auf der anderen Seite ist hartherzig, wenn es darum geht, diese steigenden Unkosten der Mobilität anzuerkennen. Wie soll man diese Haltung nennen? – Unverständlich, unsozial!

All diese Anträge, verehrte Damen und Herren, haben Sie abgelehnt. Nur jetzt kurz vor der Wahl werden Sie munter, so ungefähr nach dem Motto: Am Abend werden die Faulen fleißig. Jetzt wollen Sie mit Wahlzuckerln Ihr

bisher schlechtes soziales Gewissen überdecken. Ich glaube, das wird nicht gelingen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie leben anscheinend noch immer in einer Welt, in der Sie bestimmen, in der die SPÖ bestimmt, was in Österreich sozial und notwendig ist. Meine Damen und Herren! Das ist ein alter Hut, der nicht mehr zu verkaufen ist, denn nur eine bessere Wirtschaftspolitik, wie sie die ÖVP garantiert, ist ein Garant für Sicherheit und sozialen Fortschritt.

Nochmals zurück zu den Beschäftigungsproblemen, und zwar im Zusammenhang mit meinem Heimatbezirk, dem Verwaltungsbezirk Gmünd. Am 22. Jänner, also vor wenigen Tagen, gab es dort 1 360 Arbeitslose. Das ist ein Prozentsatz von 9,42 Prozent, wobei ein Ansteigen leider noch zu befürchten ist.

Wissen Sie, was das bedeutet? Wissen Sie, wie viele Einzelschicksale in dieser Zahl enthalten sind? – Das bedeutet plötzliche Notsituationen, fehlende Einkommen zur Tilgung entstandener Belastungen zum Beispiel beim Eigenheimbau und keine Ausweichmöglichkeiten in dieser Region.

Diese Situation ist unerfreulich, aber die Entwicklung seit dem Jahre 1970 ist noch unerfreulicher. Wir hatten im Jahre 1970 noch vier Betriebe mit 800 und mehr Mitarbeitern. Heute gibt es nur mehr einen.

Die Stadt Heidenreichstein allein hat in diesem Zeitraum ungefähr 800 bis 1 000 produktive Arbeitsplätze verloren. Hunderte Arbeitsplätze weniger, für Hunderte Familienerhalter keine Existenzmöglichkeit! Das bedeutet Zwang zum Pendeln, das bedeutet Zwang zur Abwanderung. Das ist eine Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung. Das bedeutet Steuerverlust für die Gemeinde und ferner, nachdem die Jüngeren abwandern, eine Überalterung dieses Gebietes. Das bedeutet weniger Geburten, das bedeutet weniger Hoffnung für die Zukunft. Das ist eine ganze Kette von negativen Erscheinungen und Konsequenzen, die sich aus dieser Situation ergeben.

Diese Entwicklung, verehrte Damen und Herren – das können Sie nicht abstreiten –, fällt in die Zeit der sozialistischen Alleinregierung. So schlecht wie jetzt war es noch nie. Konkurse und Ausgleichsverfahren erschüttern das Wirtschaftsgefüge dieses Bezirkes.

Gott sei Dank gibt es noch andere, die unter großem persönlichem Einsatz und auf Grund der Tüchtigkeit und Fähigkeit ihrer Mitarbeiter beste Qualitätsware produzieren und ihre gesunde Struktur behaupten können. Aber anderen wurde diese Chance genommen, und

Vetter

zwar eben durch Ihre Wirtschaftspolitik. Ich verweise nur auf die anhaltenden Billigstimporte im Textilbereich, die zu Dumpingpreisen hereinkommen, die andere Arbeitsplätze verunsichern, die den Markt ruinieren und einen fairen Wettbewerb überhaupt nicht mehr möglich machen.

Ich bringe nur ein Beispiel aus der Firma Patria, derzeit zum Vöslauer-Konzern gehörig; eine Frage, die hoffentlich noch gelöst wird, sodaß ein Großteil der Arbeitsplätze erhalten werden kann. Vor Jahren hat dieser Betrieb eine Strumpffabrik mit eigenen Maschinen in Rumänien errichtet, und zwar mit Zustimmung des Herrn Handelsministers, und sich gleichzeitig verpflichtet, Millionen Strumpfhosen zu diesen Dumpingpreisen, die ich genannt habe, nach Österreich zu importieren. *(Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Androsch.)*

Herr Vizekanzler! Der Herr Handelsminister hat von diesem Maschinenverkaufsvertrag gewußt. Und er wäre ein schlechter Handelsminister, wenn er nicht auch gewußt hätte, daß diese Medaille eine zweite Seite hat und Millionen Strumpfhosen importiert werden müssen. Dort ist die Schuld zu suchen, nicht woanders! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese Vorgangsweise hat in Rumänien Arbeitsplätze gesichert und in Österreich Arbeitsplätze gefährdet. Ich halte das für wirtschaftlich unsinnig. Das ist einfach nicht möglich. So kann man keine heimischen Arbeitsplätze sichern, wie Sie es auf allen Plakaten in Österreich momentan schreiben.

Noch einige Worte zur Firma Eisert. Das war einer unserer größten Betriebe mit rund 800 Mitarbeitern in den besten Zeiten. Die Produktion ist derzeit stillgelegt. Es gibt keine Ausweichmöglichkeit für diese Arbeiter und Angestellten in unserem Bezirk, außer sie wandern ab. Und das ist das Tragische, verehrte Damen und Herren der sozialistischen Fraktion!

Was macht die SPÖ? – Die SPÖ verteilt Flugblätter in den Betrieben, auf denen sie der ÖVP und dem ÖAAB die Schuld gibt. Nur kenne ich mich jetzt nicht ganz aus. Hier schreibt etwa die sozialistische Gewerkschaft, damit ich nicht falsch informiere:

„Der verantwortlichen Mehrheit im Land ist es nicht gelungen, die positiven Ergebnisse der Bundespolitik auf Niederösterreich umzulegen und die regionalen Schwierigkeiten in unserem Bundesland zu meistern.“

Da wird weiters angeführt: „Akuter Arbeitsplatzmangel im Grenzland. Die Abwanderung geht weiter. Tausende Arbeitsplätze gingen in den traditionellen Industriegebieten verloren.“

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Was stimmt jetzt? Das, was in den zwei gestern vorgelegten Berichten drinnen steht, was heute vom Herrn Bundeskanzler, vom Herrn Vizekanzler und von allen sozialistischen Rednern behauptet wurde, oder das Flugblatt, daß Tausende Arbeitsplätze verloren gingen? *(Ruf bei der ÖVP: Wo ist der Wille jetzt?)*

Kollege Wille war ja auch einer der Befürworter dieser Schönfärberei, dieser rosaroten Färberei der Berichte, dieser theoretischen Darstellung, dieses Traumbildes, das den Österreichern vorgegaukelt wurde. Meine Damen und Herren! Anstatt dieses Flugblatt zu verteilen, wäre es gescheiter gewesen, die verantwortlichen Herren der Gewerkschaft wären zur Bundesregierung gegangen, und zwar damals, als begonnen wurde, eine Belastungswelle nach der anderen einzuführen und die Wirtschaft derart zu belasten, sodaß sich eben heute diese Konsequenzen zeigen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich hätte eine Frage an den Parteivorsitzenden und an die Herren Zentralsekretäre, die ja folgende Aussagen auf den Plakaten zu verantworten haben: „Hand auf's Herz, uns allen geht es besser!“ „Der österreichische Weg.“ Oder: „Jetzt erst recht Arbeitsplätze sichern!“ Ich frage Sie als Sozialistische Partei, ob Sie noch schlafen können, wenn Sie daran denken, daß es in manchen Bezirken 10 Prozent Arbeitslosigkeit gibt. Diese Plakate, diese optimistischen Berichte, wie wir sie hier vorliegen haben, das Verschweigen der Probleme, das Bild einer völlig heilen Wirtschaftswelt ohne Probleme widersprechen nicht nur der Realität, sondern bedeuten meiner Meinung nach eine Verhöhnung, eine Verspottung, eine Diffamierung, eine Mißachtung all jener, die heute in dieser schlechten Situation leben und damit fertigwerden müssen. Dies gilt besonders für die Grenzregionen, wo der Herr Bundeskanzler vor Jahren versprochen hat, einen breiten Gürtel des Wohlstandes zu schaffen. Auch das wollen wir nicht vergessen. Das müssen wir ihm immer wieder vorhalten.

Heute ist die Situation schlecht. Die Bevölkerung hat das Gefühl, daß dieser Regierung eine Besserung der Situation nicht mehr zuzutrauen ist. Die einzige Möglichkeit, verehrte Damen und Herren, ist ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, ein Kurswechsel mit der Österreichischen Volkspartei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kittl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kittl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Am Beginn der Übernahme der Regierungsverantwortung der sozialistischen Bundesregierung im Jahre 1970 wurde die Frage gestellt, ob es der Regierung Dr. Kreisky gelingen wird, aus dem Wirtschaftstal, aus der Talfahrt herauszukommen und die Wirtschafts- und Einkommenspolitik an die Verhältnisse der anderen Industriestaaten in Europa heranzuführen.

Es gibt heute in der gesamten österreichischen Presse keinen einzigen Beitrag dahin gehend, daß etwa die Einkommensverhältnisse seit dem Jahr 1970 nicht wesentlich verbessert worden sind. Es wird sowohl im Inland als auch im Ausland bestätigt, daß der österreichische Weg der Republik und ihrer Bevölkerung Erfolg gebracht hat.

Dieser österreichische Weg wird voll anerkannt, es wird neidlos festgestellt, daß die Regierung Kreisky in der Einkommenspolitik, in der Vollbeschäftigungspolitik, bei der Senkung der Arbeitslosenrate und bei der Bekämpfung der Preissteigerungen die größten Erfolge erringen konnte, die es je in Österreich gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die älteren Abgeordneten im Haus können sich sehr wohl daran erinnern, daß es der Regierung Dr. Klaus in den Jahren 1966 bis 1970 nicht möglich war, die Europa-Verträge unter Dach und Fach zu bringen. Die Regierung Kreisky hat die Verhandlungen in den Jahren 1970 und 1971 sehr intensiv geführt, und bereits im Sommer 1972 konnten die Europa-Verträge in einer Sondersitzung im Parlament beschlossen werden. Sie brachten nicht nur eine weitere gute Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten, sondern auch eine hervorragende Zusammenarbeit mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die schließlich zu großen wirtschaftlichen Erfolgen geführt hat.

Diese Europa-Verträge haben besonders in den Jahren nach der großen Weltwirtschaftskrise 1973/74 enorme Bedeutung erlangt. Nur durch diese Verträge konnte die Zusammenarbeit mit diesen Staaten enger geknüpft werden, und Österreich wurde nicht an die Wand gedrückt, auf Österreich wurde nicht vergessen, so wie das etwa in der Ersten Republik der Fall war.

Aber, Hohes Haus, es ist gerade in unserer Zeit immer wieder notwendig, der Bevölkerung Österreichs die Aufwendungen für die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise seit 1974 darzulegen und die Bevölkerung ausreichend zu informieren. Aus unseren Haushaltsplänen, die wir ja haben, können wir entnehmen, daß Ende 1973 die Finanzschuld des Bundes 56 Milliarden

Schilling betrug, und Ende 1978 werden es 200 Milliarden Schilling sein.

Aber, Herr Kollege, wer nein sagt zu dieser Finanzschuld des Bundes, der sagt ja zu mehreren hunderttausend Arbeitslosen, wer nein sagt zur Finanzschuld des Bundes, sagt ja zur Verschlechterung der Einkommensverhältnisse breiter Bevölkerungskreise, zur Verschlechterung der Pensionspolitik, zur Verschlechterung der Familienpolitik, zur Verschlechterung der Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft und vieles andere mehr.

Obwohl die Vertreter beider Oppositionsparteien wiederholt angekündigt haben, viele, viele Ausgaben des Bundes wären nicht gerechtfertigt, haben sie es geflissentlich versäumt, Anträge zu stellen, was von den Leistungen des Bundes eingeschränkt oder was auch unter anderem gestrichen werden soll.

Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die heute noch immer andauernde Wirtschaftskrise wird die Frage nach den Grenzen der Finanzschuld, nach den Grenzen der Staatsschuld gestellt. Und auch hier – wir haben das heute schon in mehreren Varianten durchdiskutiert – gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vertretern der Regierungspartei und der Opposition. Sie können aber auch meine Zahlen, die ich nunmehr bringen werde, dem Bericht des Finanzministers zum Haushalt 1979 entnehmen.

Die Staatsschuld in Prozenten der Budgetausgaben für das Haushaltsjahr 1977 – hier haben wir die letzte volle statistische Darlegung – wird in Österreich mit 69,5 Prozent ausgewiesen. Günstiger – und ich zitiere jetzt einige ausländische Staaten – liegt Frankreich mit 49,5 Prozent. Aber so reiche Staaten wie Schweden werden mit 76,9 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland mit 87,7 Prozent, die Schweiz, sie weist ebenso wie Schweden auf eine durch viele Jahrzehnte währende Friedenspolitik hin, wird mit 106 Prozent ausgewiesen. Ich zitiere noch einmal die Vergleichszahl: Österreich mit 69,5 Prozent, Japan wird mit 114,2 Prozent, Belgien mit 137 Prozent, Großbritannien mit 144 Prozent, die USA mit 164 Prozent ausgewiesen, und in Italien wird die Ziffer von 220 Prozent genannt. Österreich liegt nach dieser statistischen Darlegung an vorletzter Stelle. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eine weitere Darlegung über die Gesamtschuld des Staates, über die öffentlichen Schulden, wird aber darüber hinaus auch wieder auf einer anderen Basis ausgewiesen durch die Abbildung 26, die uns der Bundesminister für Finanzen bei seiner Einleitungsrede zum Haushaltsplan 1979 zur

12050

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Kittl

Verfügung gestellt hat, und zwar in einer Abrechnungsform nach den D-Mark-Werten auf Grund einer Untersuchung einer großen Hamburger Zeitung.

Hier wird dargelegt, daß diese Liste von Amerika und von Belgien angeführt wird, je Einwohner liegen sowohl Amerika als auch Belgien mit 9 800 D-Mark pro Kopf der Bevölkerung gleich, gefolgt von der Schweiz mit 7 800, Schweden mit 7 300, Niederlande mit 6 900, Großbritannien mit 6 300 D-Mark, die Bundesrepublik Deutschland mit 5 300 D-Mark und Japan mit 4 000 D-Mark pro Kopf der Bevölkerung. Österreich liegt mit 3 700 D-Mark an drittletzter Stelle.

Wir haben – das wird auch in diesem Gutachten von Prof. Kausel ausgeführt – gegenüber diesen europäischen Staaten und außereuropäischen Staaten niedrige Staatsschulden und eine hohe Kreditwürdigkeit.

Finanzminister Dr. Androsch hat bereits darauf hingewiesen, daß nach dem Gutachten von Prof. Dr. Kausel in Wahrheit die österreichische Wirtschaft kerngesund ist, daß alle klassischen Wirtschaftsprobleme, wie Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Zahlungsbilanz, Verteilungsgerechtigkeit, Infrastruktur und sozialer Friede, gut gelöst sind und daß dies in keinem anderen Land der Welt besser verwirklicht wird.

Meine Damen und Herren! Wir wissen schon, daß es in Fragen von Begutachtungen immer ganz verschiedene Grenzfälle gibt, und ich werde dann noch einmal darauf hinweisen.

Es hat Kollege Gassner auch ausgeführt, daß es offenbar von der sozialistischen Bundesregierung verabsäumt wurde, für Forschungsaufgaben wesentliche Beträge zur Verfügung zu stellen.

Ebenso in diesem Bericht zum Haushaltsplan 1979, den der Finanzminister zur Verfügung gestellt hat, wird auf Seite 100 – ich zitiere daraus – folgendes dargelegt:

„Forschung – Anschluß an das OECD-Niveau.

Die laufenden Förderungszuwendungen für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung werden im Bundesvoranschlag 1979 auf 151 Mio S (1978: 144 Mio S) sowie für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft auf 221 Mio S (1978: 170 Mio S) angehoben.

Zwischen 1970 und 1979 werden somit die Ausgaben der beiden Fonds von 124 Mio S auf 372 Mio S, also um 200 Prozent angehoben.

Im Bundesvoranschlag 1979 sind die gesamten der Forschung zuzurechnenden Ausgaben in

Höhe von 4,6 Mrd S veranschlagt. Dies ist gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 eine Zunahme um rund 459 Mio S oder um 10,9 Prozent. Seit 1970 konnten die gesamten der Forschung zuzurechnenden Ausgaben von 1,15 Mrd S um 3,5 Mrd S oder um 307,6 Prozent erhöht werden.“ Und das, glaube ich, ist eine großartige Leistung der sozialistischen Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wir haben heute schon von den beiden Oppositionsparteien mehrmals gehört, daß sie beklagt haben, daß der Bundeskanzler sehr wenig anwesend ist, aber ich glaube, daß auch der Führer der großen Oppositionspartei, der Abgeordnete Taus, sehr, sehr wenig anwesend ist. *(Ruf bei der ÖVP: Er hat auch keinen Bericht vorgelegt!)*

Dr. Taus hat heute schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Bürstenabzug aus einer Zeitung vorgetragen, den offenbar er nur allein bekommen hat. Jetzt bin ich fast versucht zu sagen, ich weiß nicht, ob er sich nicht um einen zweiten Bürstenabzug bemüht, und daß er in den Wiener Theatern schon herumgeht und schaut, ob nicht ein neues Trauerspiel bereits angekündigt wird unter dem Titel „Die unchristliche Ehe des Dr. Taus, des Peter mit der Alexandria“. *(Ruf bei der ÖVP: Sehr witzig!)* Ich glaube allerdings, daß dieses Trauerspiel weder vor dem 6. Mai noch nach dem 6. Mai jemals aufgeführt werden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wir haben im Jahre 1974 – allerdings nur mit den Stimmen der sozialistischen Abgeordneten des Hauses – das Bodenbeschaffungsgesetz beschlossen. Mit diesem Bodenbeschaffungsgesetz sollten dem Grunde nach drei soziale Probleme besser gelöst werden.

Es ging erstens darum, die Preisentwicklung bei den Grundstücken in den Ballungsräumen wesentlich einzubremsen, zweitens sollte der soziale Wohnbau in den Städten intensiv fortgesetzt werden, und drittens sollte auch das Pendlertum der Arbeitnehmer nach Möglichkeit eingegrenzt werden. Wir wissen heute – die Stenographischen Protokolle weisen das aus –, daß gerade die beiden Oppositionsparteien ja immer wieder auf dieses Problem aufmerksam gemacht haben.

Wir haben uns in der Stadt Salzburg um die Anwendung dieses Gesetzes bemüht, aber die ÖVP im Lande Salzburg hat der Stadtbevölkerung dieses sozialpolitische Instrument verweigert. Und jetzt in allerletzter Zeit – gerade deswegen komme ich darauf zu sprechen – werden nunmehr der Stadtgemeinde Salzburg Grundstücke zu ganz enormen Grundstückspreisen angeboten, und zwar handelt es sich um

Kittl

Spekulationsgründe, die für den freifinanzierten Wohnbau gedacht waren, der offenbar nicht mehr im bisherigen Ausmaß fortgesetzt werden kann.

Ich stehe nicht an zu erklären: Solange die Österreichische Volkspartei nicht bereit ist, derart wesentliche sozialpolitische Aufgaben in Angriff zu nehmen, kann man nicht davon reden, daß sich die Österreichische Volkspartei tatsächlich um soziale Aufgaben kümmert.

Denn dem Grunde nach verweigert sie der Stadtbevölkerung die Fortsetzung des sozialen Wohnbaues; sie leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des Pendlerwesens, und mit der Weigerung der Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes werden nur jene Spekulanten gestützt, die in ununterbrochener Folge den freifinanzierten Wohnbau vorantreiben, jene Wohnungen, die für die Lohnempfänger einfach unerschwinglich sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben darüber hinaus in Salzburg noch ein besonderes Problem, auf das ich noch hinweisen möchte, weil es eigentlich ein Beispiel ist, wie die Entwicklung nicht vorangetrieben werden soll und wie sie auch von der Bevölkerung nicht verstanden wird.

Wir haben in Salzburg ein altes Bürgerhaus, Platzl 5, und hier ist ein ungeheurer Rechtsstreit entstanden. Kollege Frauscher, ich könnte eigentlich belustigt sagen: Es ist ein Rechtsstreit zwischen den Konservativen, zwischen jenen Personen, die sonst eigentlich das Mieterschutzgesetz in Grund und Boden verdammen, auch geführt - dieser Rechtsstreit - von einigen wackeren Vertretern des blauen Fähnleins.

Hier wird schon zwei Jahre prozessiert. Im Rahmen dieses Rechtsstreites ist daraus ein Abbruchsprojekt geworden. (*Abg. Dr. Blenk: Die schlechte Wirtschaftslage in Österreich!*) Der Anblick jetzt, Herr Kollege Blenk, ist so bedauerlich und erinnert im Grunde an die Zeit vom Dezember 1944; so hat die Kaigasse nach einem Bombenangriff ausgesehen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß bei voller Anwendung der Mietrechtsnovelle 1974 der Bevölkerung Salzburgs dieses unwürdige Schauspiel erspart geblieben wäre. Es ist nur sehr zu hoffen, daß endlich dieser Rechtsstreit beendet wird, daß endlich das Mietengesetz voll angewendet wird.

Ich möchte nur noch einen Hinweis auf die Gutachten machen, die der Herr Dr. Taus heute so kritisch betrachtet hat und von denen er so getan hat, als ob sie etwas Außergewöhnliches und etwas Fürchterliches wären.

In diesem fast zwei Jahre währenden Rechts-

streit wird von einem nachfolgenden Gutachter immer das vorhergehende Gutachten in Frage gestellt. Es ist wirklich nicht abzusehen - ich glaube, es liegt schon das sechste oder achte Gutachten auf dem Tisch -, wann die unterschiedliche Gutachtereier endlich ein Ende nimmt. Ich fürchte nur, daß der Hausbesitzer das Haus gar nicht mehr halten kann, daß es versteigert wird, denn es ist unmöglich, wenn die Prozeßkosten schon den Wert des Hauses übersteigen.

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß sich die Herren Konservativen wacker mit dem Mieterschutzgesetz streiten, wenn es um ihre eigenen Rechte geht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt keinen Zeitabschnitt der österreichischen Geschichte, in dem so viele Bauwerke von Wien bis Vorarlberg errichtet wurden wie in der Zeit der sozialistischen Bundesregierung, vom Bau der UNO-City in Wien bis zum Arlbergtunnel, Schulbauten, Universitätsbauten, Wohnbau, Wasserwirtschaftsfonds, Autobahnen, Bundesstraßen und vieles mehr. Den großen Leistungen der sozialistischen Bundesregierung stehen die bescheidenen Beiträge in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung gegenüber.

Ich erinnere mich noch sehr wohl an die potentielle Arbeitslosigkeit in den Jahren 1966 bis 1970 sowohl in Salzburg als auch in den anderen Bundesländern, und daher soll die Regierung Kreisky die Arbeit für die Vollbeschäftigung fortsetzen und damit auch eine gute Zukunft für Österreich bauen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Kittl wird mir nachsehen, daß ich nicht auch über Vorarlberger Mietrechtsprobleme und alte Bürgerhäuser spreche. Wir sollten an sich jetzt ja eine Problematik diskutieren, die für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist: die Frage der Wirtschaftspolitik, die beiden Berichte, die wir gestern vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Finanzminister gehört haben.

Meine Damen und Herren! Wenn man die heutige Debatte verfolgt hat, dann hat man zweifellos - das sage ich jetzt als über einzelnen Beiträgen zu stehen Versuchender - einen sehr widersprüchlichen Eindruck. Ich würde also eines sagen, und vielleicht können wir uns darauf einigen: In der Wirtschaftspolitik ist es zweifellos so, daß die Frage der inneren

12052

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Dr. Blenk

Einstellung zum ganzen wirtschaftspolitischen Geschehen und vor allem zu den Wirtschaftserwartungen ein entscheidender, objektiver Faktor in der tatsächlichen Beeinflussung des Ganges der Dinge ist.

Eines sollte man aber nicht tun: Man sollte weder einseitig optimistisch noch auch einseitig pessimistisch sein – man sollte realistisch sein.

Meine Damen und Herren! Das ist nun jener Punkt, bei dem alle Sprecher meiner Partei die Berichte des Bundeskanzlers, des Finanzministers und auch die Ausführungen der Herren Sprecher der Regierungsfraktion zu kritisieren haben.

Die Kritik geht dahin, daß man in einer unververtretbaren Weise, in einer verzerrenden, die Dinge in ein falsches Licht stellenden Weise nur jene Dinge herausgezogen hat, die offensichtlich ein heiles, rundes, schönes Bild der ganzen Wirtschaft zeigen sollen.

Ich möchte dem Herrn Klubobmann Fischer, der nicht im Saal weilt, eines sagen: Wenn er gemeint hat, daß jede positive Aussage, die irgendwo zu treffen sei, und jede positive Aussage, die er selbst hier formuliert hat, uns nicht angenehm sei, dann irrt er. Ich sage Ihnen, ganz im Gegenteil: Wir freuen uns und würden uns noch mehr freuen, wenn wir das mit mehr Überzeugung tun könnten, über jeden positiven Aspekt, den wir in der Wirtschaft von heute, in der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit und in den Wirtschaftsaspekten der Zukunft sehen. Denn davon, meine Damen und Herren, und auch das sind letztlich Binsenwahrheiten, auf die wir uns alle einigen können, davon hängt ja das ganze zukünftige Schicksal von uns allen, das Schicksal im sozialen Bereich, auf dem Arbeitsmarkt, in unserem allgemeinen Wohlbereich ab.

Ich glaube, Herr Klubobmann Fischer hat falsch getan, wenn er angefangen hat zu sinnieren über Optimisten und Pessimisten und gemeint hat, wir, die Regierung, die SPÖ, sind eben Optimisten, wir sehen nur das Gute, die anderen sind die Pessimisten. Dem ist nicht so, meine Damen und Herren.

Ich möchte aber einen Vorwurf hier ganz konkret formulieren, einen Vorwurf, der heute schon einige Male in den Raum gestellt wurde, der sich vor allem an den Herrn Finanzminister richtet. Dem Herrn Bundeskanzler würde ich es nachsehen; sein Bericht ist eher dürftig gewesen, und er hat ja mehrfach erklärt, daß er von den Dingen, die mit Wirtschaftspolitik zu tun haben, nichts versteht; das möchte ich jetzt gar nicht näher werten.

Aber dem Herrn Finanzminister muß ich den

Vorwurf machen, daß er offensichtlich in einer sehr einseitigen, und zwar gewollt einseitigen Darstellung ein Bild hier entworfen hat, das einfach eine rosige, problemlose Situation darstellen soll.

Ich begründe das mit der schon zitierten Tatsache, daß er etwa aus einem Bericht, den er, wie wir inzwischen hören, in Auftrag gegeben hat, einen Satz nicht nur zitiert, sondern an den Beginn seiner Darlegungen stellt, aus dem man nur entnehmen kann, wir leben schlicht in einem Paradies.

Allerdings möchte ich sagen, Herr Finanzminister: Wenn man den Satz genauer liest, wäre er vielleicht nicht unbedingt in Ihre Rede einzubauen gewesen. Es heißt hier im großen und ganzen: Österreich wäre in der Lage – so der schon zitierte Hofrat Dr. Kausel –, alle klassischen Wirtschaftsprobleme ohne Zielkonflikte zu lösen. – Und dann kommen einige jener vielfach euphorischen Formulierungen, wenn er etwa sagt: „... wie dies in dieser Vollkommenheit“ – bitte, man möge das einmal auf der Zunge zergehen lassen – „von keinem anderen Land der Welt verwirklicht wird.“

Ich pflichte Herrn Dr. Kausel insoweit bei, als ich sage: „Wir wären in der Lage, die Wirtschaft Österreichs ...“ – Nur, wie es aussieht, meine Damen und Herren, das ist eben eine etwas andere Sache. Ich meine, Herr Finanzminister, meine Herren von der sozialistischen Seite, die ganze Darstellung, die sehr interessant, aber doch sehr problematisch ist, die ganze Darstellung von Hofrat Kausel wird doch heute in einem Licht darzustellen sein, daß ich glaube, der Herr Finanzminister würde heute, wenn er seinen Bericht neu fassen könnte, diese Formulierung Kausels oder ein Zitat Kausels kaum mehr aufnehmen.

Sie gehen wochenlang – man muß sich das einmal vorstellen – spazieren mit diesem Bericht des Herrn Hofrats Dr. Kausel, und dann müssen Sie sich von ihm selbst Dinge sagen lassen, die diesen Bericht immerhin sehr stark relativieren. Ich meine jetzt gar nicht jene Formulierung, wo er selber sagt: „Die anderen arbeiten ... gediegener als ich.“ Da kann man sagen, gut, das ist eine sehr bescheidene Selbsteinschätzung. Da bin ich durchaus nicht der Meinung, daß das tragisch ist. Aber daß er etwa, befragt zum Thema Steuersituation in Österreich, sagt, natürlich sei er der Meinung, daß die Mehrwertsteuer viel zu hoch sei, daß bei der Einkommensteuer der Plafond erreicht sei, daß er weiter etwa sagt – und das ist alles in dem Bericht enthalten –, natürlich sei es so, daß die Verschlechterung der Arbeitskosten, die er in der letzten Zeit als gegeben bezeichnet, von ihm falsch formuliert sei, und er nehme diese Äußerung mit dem

Dr. Blenk

Ausdruck des Bedauerns zurück, und dann fügt er an, diese Behauptung sei nur dann richtig, wenn er sie auf die Jahre 1970 bis 1978 beziehe, denn, so sagt er wörtlich: „Davor ... gab es enorme Verbesserungen“ – auch das müssen Sie, Herr Vizekanzler, sich sagen lassen!

Sie müssen sich weiter sagen lassen – und das ist, glaube ich, keine sehr ruhmreiche Aussage für Sie –, daß der Fortschritt der österreichischen Wirtschaft natürlich kein kurzfristiger ist und nicht etwa auf das Konto oder in die Schale der jetzigen oder überhaupt der letzten acht Jahre der Regierung der SPÖ zu schreiben sei, sondern daß dieser Fortschritt auf dem Boden der vorherigen Regierungen langfristig gewachsen sei, und daß natürlich nicht erst ab 1970, sondern selbstverständlich schon früher unter der ÖVP-Alleinregierung jene Saat gelegt worden sei, die jetzt aufgehe. (*Präsident Pansi übernimmt den Vorsitz.*)

Dem Herrn Abgeordneten Wille möchte ich schon vorweg sagen, weil er heute ein gar so, ich möchte sagen, klassenkämpferisch negatives Bild des Unternehmers gezeichnet hat und im selben Atemzug diesen Herrn Dr. Kausel so gelobt hat, er möge doch jenen Satz dann einmal sehr genau lesen, in dem Herr Dr. Kausel sagt, es steht um die österreichische Wirtschaft – und nun, Herr Abgeordneter Wille, vielleicht hören Sie wenigstens mit dem einen Ohr zu – so gut, weil die Unternehmer sozial und tüchtig sind, weil sie auch in schwierigen Zeiten Arbeitskräfte halten, weil sie sinnvoll investieren und weil sie tüchtige Exporteure sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Das bitte ich Sie einmal im Lichte der bisherigen Debatte zu vergleichen. Nur am Rande – ich kann jetzt nicht auf Details eingehen –: Diese für den Herrn Finanzminister wahrscheinlich unangenehme Selbstkritik des Herrn Hofrates Kausel ist natürlich längst schon von Wirtschaftspolitikern, die seinen Bericht genauer analysiert haben, vorweggenommen worden. Es sind eine Reihe von Darstellungssünden für einen Wirtschaftspolitiker enthalten, die beginnen mit der Tatsache, daß er etwa die Arbeitskosten in der Industrie ohne Soziallohn berechnet, eine Tatsache, die gerade bei unserem Spitzensoziallohn, lies Lohnnebenkostenbereich, verzerrend wirkt, genauso wie etwa die Tatsache, daß die Arbeitskosten in der Gesamtwirtschaft durch einen, wie ich meine, unzulässigen Vergleich der Lohnentwicklung einerseits und der Produktivität der Erwerbstätigen andererseits verglichen werden, was man fast als ökonomischen Unsinn bezeichnen muß. Ich bitte um Nachsicht für diese Formulierung, aber es ist so. Wenn man die Exporte pro Kopf vergleicht, wenn man

überhaupt ein außenwirtschaftliches Verflechtungsbild mit Staaten ähnlicher Größe geben will, dann kann man das eben nur gegenüber Staaten mit ähnlicher Größe mit geographisch ähnlichen Standortbedingungen tun. Sonst könnte man ebenso hergehen und etwa Importe pro Kopf beispielsweise mit der Bundesrepublik vergleichen, Dinge, die zu völlig verzerrten Bildern führen würden.

Wir haben heute auch schon darauf hingewiesen, daß die sehr lange Periode, die Herr Hofrat Kausel für die Berechnung seiner Entwicklungen nimmt, deswegen irreführend ist, weil – und das ist nun einer jener grundlegenden Fehler, die bei jedem statistischen Vergleich, der nur Zahlen unterschiedlicher Ausgangsbasis vergleicht, bestehen – das Ausgangsniveau ein bestimmender Faktor für jede vergleichende Darstellung ist.

Ich gebe Ihnen dafür einen Vergleich, der sehr interessant ist und der das bestätigt, was ich meine, ein Vergleich im übrigen, der sich weitgehend durch die ganze Studie Kausel durchzieht. Das Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner in US-Dollar, aus einem OECD-Bericht, der hier verwendet wurde: Österreich verglichen mit der Bundesrepublik, die ja Hofrat Kausels beliebter Vergleichspartner ist, und mit der OECD. Vergleich 1960/1978, Österreich jeweils 100, die BRD im Jahre 1960 164, im Jahre 1978 146, also ein prozentueller Rückgang. Österreich liegt hier, wie angeblich bei neun von zehn verschiedenen Vergleichsbereichen, vorne. Ähnliches, gleiches gilt für die OECD: Österreich jeweils 100, OECD 1960 159 und, siehe da, 1978 abgefallen auf 140.

Aber wie schaut das in der Praxis aus? Wir haben hier schon einmal gesagt, wenn ich heute das Wirtschaftswachstum eines Entwicklungslandes messe, kommen natürlich andere Prozentsteigerungen heraus. In der Wirklichkeit sieht das nämlich so aus, daß das Brutto-Inlandsprodukt in Dollar berechnet im Vergleich 1960/1978 in Österreich um etwa 1 200 Dollar zugenommen hat, in der BRD von einer höheren Grundlage aus um 1 700 Dollar und in der OECD um 1 550 Dollar. Wir liegen also hier, obwohl die Statistik so schön für uns spricht, ganz eindeutig – eben wegen der verschiedenen Ausgangslage – hinten. Das als Bemerkung zum Kausel-Bericht.

Der Finanzminister hat sich sehr breit und in seinen Augen sehr ruhmvoll mit dem OECD-Bericht, mit der OECD-Analyse auseinandergesetzt. Ja, Herr Finanzminister, wir haben hier im Hause schon manche Debatten über Wert und Unwert von OECD-Berichten gehabt. Sie sind zum Teil sehr interessant, sie sind aber deswegen doch sehr relativ interessant, weil sie

Dr. Blenk

einerseits ja, wie wir alle wissen, nur dann veröffentlicht werden, wenn sie vorher das Placet der Bundesregierung haben. Ich erinnere an die Debatte, die wir vor kurzem etwa zum Energieforschungsbericht der OECD hatten oder zum Energiebericht der OECD: sehr betrübliche Daten.

Und zum zweiten wissen wir auch – auch das ist ein Stil, Herr Bundesminister, den Sie leider auch praktiziert haben –, daß man natürlich jene Dinge heraussuchen kann, die einem passen.

Ich möchte Ihnen nun einiges sagen, was auch aus den OECD-Berichten der letzten Zeit hervorgeht: daß etwa die österreichische Wechselkurspolitik bedenklich sei, weil sie zu einer – in der Übersetzung müßte man sagen – „frühzeitigen Vergreisung“ der österreichischen Wirtschaft führe, weil sie gleichzeitig zu einem ständigen Druck auf die Leistungsbilanz führe, daß die Wirtschaftspolitik zu interventionistisch, zu wenig global sei, daß die Inflation reduziert werden müsse, daß im Zahlungsbilanzbereich leider noch keine Trendumkehr festzustellen sei, daß die Währungspolitik ebenfalls problematisch sei, daß trotz guter internationaler Vergleichswerte etwa die Kostenexplosionen durch die Belastungspolitik nicht gebremst werden können.

Herr Bundesminister, auch das sind Aussagen, und ich meine nur, wenn man einen Bericht gibt, dann soll man ihn so realistisch und so objektiv wie möglich geben. Ich bin der letzte – ich wiederhole es –, der hier sagt, man soll alles nur verteufeln. Es ist – das meine ich damit – verfehlt, sich in der Wirtschaftspolitik nur auf die Statistik einzurichten, umsomehr dann, wenn man sie so verwendet, wie ich eben an einem Beispiel dargetan habe. Es ist aber noch verfehelter, wenn man sich auf willkürlich ausgesuchte statistische Daten stützt, Herr Bundesminister. Ausrichten muß man sich dabei auf die Wirtschaft selbst, und was ich damit meine, möchte ich Ihnen am Beispiel Arbeitsmarkt sagen. Die schönste Arbeitsmarktstatistik nützt nichts, wenn keine ausreichende Beschäftigung da ist.

Und, Herr Bundesminister, das, was wir gestern in der dringlichen Anfrage diskutiert haben, das, was wir heute zur ganzen Frage der Arbeitsmarkt- und der Firmensituationen, der Kündigungen, der Konkurse und so weiter gesagt haben: Wie Sie das werten, ist Ihr Problem, ob Sie sagen, das ist unfair oder nicht.

Aber ich glaube, eines ist uns doch allen klar, meine Damen und Herren: daß sich in den letzten Wochen, Monaten und Tagen die Berichte, und bei Gott nicht nur aus der Luft gegriffene Berichte, über ungeheure Probleme

in kleinen, großen und größten Betrieben häufen, daß wir hier Situationen haben, denen wir einfach nicht dadurch begegnen können, daß wir sagen: Und die OECD stellt fest, wir hätten angeblich den geringsten Arbeitslosenanteil. Denn, meine Damen und Herren, auch das muß man dazusagen: Es liegen hinreichend Untersuchungen und Feststellungen von anerkannten Wissenschaftlern, von Professor Seidel bis zu Professor Rothschild, vor, die immer wieder, wenn man über die Arbeitsmarktstatistik spricht, darauf verweisen, daß hier eben sehr große Kosmetiken gemacht würden. Wir wissen das alles, angefangen von den Karenzurlaubenden und, und, und.

Und der Herr Finanzminister meinte, es sei eine Folge seiner Konjunkturprogramme, daß sich diese statistisch errechnete Arbeitslosenzahl von 2,8 auf 2 Prozent ermäßigt habe. Herr Finanzminister, wir können uns sicher darauf einigen, daß wir hier, um überhaupt zu einer halbwegs vertretbaren Aussage zu kommen, echt differenzieren müssen, und zwar in zweifacher Richtung differenzieren müssen: einerseits regional und andererseits betriebsstrukturell. Es ist keine Aussage, wenn ich sage, wir haben heute in Österreich eine Arbeitslosigkeit von 2 Prozent – das hat hier gestern Klubobmann Mock in der dringlichen Anfrage schon gesagt –, wenn wir feststellen, daß wir etwa im Burgenland eine Arbeitslosenrate – und das ist nicht mehr nur eine friktionelle – von 6,7 und in Kärnten von 7,6 Prozent haben.

Bitte, es wird ausgeglichen durch andere Zahlen. Etwa in meinem Bundesland, in Vorarlberg, haben wir 0,3 Prozent. Das läßt verschiedene Schlüsse zu. Ich glaube, daß der Schluß richtig ist, der gestern hier gezogen wurde, daß hier eben Regionen unterschiedlich geführt werden, denn es ist kein Zufall etwa, daß diese beiden Bundesländer sozialistische Bundesländer sind – nicht nur Zufall, meine ich –, daß die Bundesländer eben leichter oder schwerer fertig werden mit den ganzen Bürden, die die Regierungspolitik ihnen auflagt. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*)

Nein, wir haben vielleicht eine andere Situation, eine andere Mentalität und eine andere Wirtschaftspolitik, wenn Sie von hinten reden. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*) Wer sagt das? Sie? (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*) Pardon, pardon! Die Förderung der Bundesregierung ist, glaube ich, für das Burgenland nicht geringer als für Vorarlberg. Ich muß dazu mehr sagen. Sie meinen, sie haben keine Grenzgänger, oder was? (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*)

Ich meine, Herr Bundesminister, Argumente

Dr. Blenk

gibt es viele. Nur, den Eisernen Vorhang heute nach 35 Jahren zu zitieren, damit macht man es sich, glaube ich, allzu leicht.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, weil Sie heute immer wieder von den Erfolgen der Bundesregierung im Beschäftigungsbereich reden. Herr Bundesminister, Ihnen ist bestimmt jene Statistik bekannt – es ist im übrigen eine Statistik, die beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einschaubar ist –, die besagt, daß sich im Zeitraum 1971 bis 1977 folgende Beschäftigungszunahmen, das heißt also Steigerungen der Zahl der unselbständig Beschäftigten, nach Betriebsstrukturen ergeben: Alle Betriebe zusammen 11,3 Prozent; davon die Klein- und Mittelbetriebe 19,1 Prozent, die Großbetriebe 5,3 Prozent und die Betriebe der verstaatlichten Industrie 3,2 Prozent.

Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Das heißt, daß tatsächlich das stimmt, was hier immer wieder von unserer Fraktion, von meinen Freunden behauptet und festgestellt wird: daß die Arbeitsmarktsituation in Österreich gehalten und so gut gehalten wurde von den kleinen und mittleren Betrieben der Privatwirtschaft (*Zustimmung bei der ÖVP*) und nicht von jenen, die Sie immer als Ihre Kinder betrachten.

Meine Damen und Herren! Es ist allerdings auch eine Tatsache, daß die der österreichischen Wirtschaft aufgebürdeten Belastungen zusehends die Dynamik dieses entscheidenden, vor allem für die Jugendbeschäftigung entscheidenden mittel- und kleinstrukturierten mittelständischen Bereiches gefährden, daß die Sicherung der Arbeitsplätze damit gefährdet wird.

Hofrat Kausel hat schon darauf verwiesen, daß etwa die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in den letzten Jahren immer gleich hoch gestiegen sind. Das bedeutet, daß sich die relativen Stabilitätserfolge der letzten Jahre vor allem in den Verbraucherpreisen niedergeschlagen haben, daß aber die Erzeugerpreise und damit die Situation in allen jenen Bereichen, die letztlich für die Zukunft eines Unternehmens und damit der Arbeitsplätze entscheidend sind, verschlechtert wurden.

Mit anderen Worten: Die Belastungspolitik der Regierung ging zu Lasten der Erträge und damit der Investitionsmöglichkeiten und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das heißt, die zunehmende Belastung führt, wie ich sagte, zu einer Ertragsminderung. Es wird heute – das wurde schon gesagt – weitem unter den Kostenmargen verkauft, vor allem im Export, wo es einfach darum geht – und die Zahlen täuschen eben, wenn man sie nur als solche

nimmt –, die Märkte und die Beschäftigung zu halten.

Ich meine daher – und das werde ich Ihnen gleich an einigen kurzen Daten beweisen –: Die Verschuldung der Unternehmen wächst, die Gewinne sinken, die Investitionen werden schwieriger und schließlich damit die Arbeitsplätze gefährdet.

Der Abgeordnete Mühlbacher als Obmann des Freien Wirtschaftsverbandes und immerhin als Kenner, glaube ich, betriebswirtschaftlicher Strukturen hat hier heute gemeint, die ÖVP habe überhaupt nicht von den wesentlichen Dingen gesprochen. Die wesentlichen Dinge, das sei der Arbeitsmarkt, das sei die Stabilitätspolitik und das sei die Wachstumspolitik. Die ÖVP, so hat er sehr ironisch und abwertend gemeint, der Bundesparteiobermann Taus habe nur von den Heiztemperaturen im Bundeskanzleramt gesprochen.

Ich möchte auf dieses Niveau gar nicht eingehen, ich möchte nur eines sagen: Es wird für ihn vielleicht nicht nur so nebenbei interessant sein zu hören, daß sich etwa – und die Quelle ist das Österreichische Statistische Zentralamt – die Eigenkapitalquote der Unternehmen in den letzten acht Jahren ständig reduziert, und zwar das Eigenkapital ohne Rückstellungen von 38 Prozent der Bilanzsumme der Aktiengesellschaften im Jahre 1970 auf 34 Prozent im Jahre 1974 und auf 31 im Jahre 1976.

Wenn das für den Herrn Mühlbacher uninteressant ist, dann bitte!

Oder weiters: Beim Cash-flow der Industrie etwa, also beim Gewinn vor Steuern, ist ein ständiger Abfall von 1974 bis 1978. Ich erspare mir die Jahre, ich nenne Ihnen nur die Zahlen. Zunächst noch plus 3,84, 0,11, 0,30, im Jahre 1977 bereits ein Minusertrag, ein Minusgewinn von 1,42, 1978 minus 2,42.

Und da muß ich zum Herrn Abgeordneten Wille kommen, wenn er in seiner, wie ich schon einmal gesagt habe, fast klassenkämpferischen, abwertenden Art so gemeint hat: Ja, dann sollen eben diese Bankrotteure vor die Hunde gehen.

Herr Wille, es ist nicht so, daß diese Dinge so egal sind, wie Sie es darstellen. Ich würde mich persönlich auch – ganz objektiv – von solchen statistischen Aufschlüsselungen, wie sie Kredit-schutzverbände machen, deswegen distanzieren oder sie zumindest relativieren, weil erstens auch Ihnen als Kenner gewisser betrieblicher Vorgänge, Herr Abgeordneter Wille, bekannt ist, daß sich ein Konkurs, eine Insolvenz eines Unternehmens niemals auf Grund einer klar zuzuordnenden Problematik ergibt, sondern daß

Dr. Blenk

das eine Summe von Umständen ist, bei denen dann irgendwann einmal das Faß überläuft. Aber wenn ich diese Daten, diese betriebswirtschaftlich relevanten Daten der ständigen Verminderung des Eigenkapitals, der ständigen Verminderung der Gewinne, der Ertragsmöglichkeiten, des Cash-flow, wenn ich diese Dinge vergleiche, dann muß ich sagen: Bei Gott, herzugehen und zu sagen, das sind nur Bankrotteure, die vor die Hunde gehen sollen – Herr Wille, das ist eine Mentalität, die Sie für sich behalten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es ist kein Wunder, daß auch die Investitionen entsprechend herabsinken. Ich habe hier eine Statistik, wiederum vom Wirtschaftsforschungsinstitut, Investitionstest seit dem Jahre 1970: Der Anteil der Industrieinvestitionen an den gesamten Bundesinvestitionen geht zurück. Bitte, das in einer Zeit, von der wir sagen müssen: In ihrer letzten Phase haben wir auch schrumpfende öffentliche Investitionen. Ich habe hier zum Beispiel aus diesem Bericht die drei letzten Jahre 1977, 1978, 1979. Wissen Sie, daß etwa das gesamte Industrieinvestitionspotential real von Jahr zu Jahr sinkt? Ja, kein Wunder bei dieser Ertrags-, bei dieser Eigenkapitalsituation! Und nebenbei sinkt auch der Anteil der Investitionen der Industrie an den gesamten Bruttoinvestitionen.

Das sind die Dinge, meine Damen und Herren, um die es hier geht, und das sind die Dinge, von denen ich meine, daß ein Finanzminister, Herr Vizekanzler Dr. Androsch, nicht im Wissen um diese Dinge hergehen und sagen dürfte: Als Wirtschaftspolitiker bin ich befriedigt. Als Finanzpolitiker habe ich gewisse Einwände und Einschränkungen, aber als Wirtschaftspolitiker bin ich befriedigt.

Ich muß Ihnen sagen, Herr Bundesminister, so überspielen können und sollten Sie die tatsächlichen Kenntnisse der Dinge nicht.

Ich habe schon gesagt, der Herr Abgeordnete Mühlbacher als Chef und Präsident des sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes hat also diese ganzen Dinge als ebenso uninteressant und unbedeutend abqualifiziert, wie es der Herr Vizekanzler gemacht hat.

Er hat dann gemeint, das Wachstum – ich komme nur noch mit einigen Bemerkungen zu dieser Frage – ist interessant. Und der Herr Kittl hat gemeint, ja die Europaverträge haben uns hier sehr weitergebracht. Nur eines darf ich zu Ihrer Information sagen, Herr Abgeordneter Kittl: Die sogenannten Europa-Verträge – gemeint wahrscheinlich die Assoziationsabkommen mit der EG – sind zwar in der Regierungszeit der SPÖ am Beginn realisiert worden. Aber wenn Sie schon zurückgreifen in jene Zeit, in

der Sie auch noch nicht in diesem Hohen Hause waren, dann müßten Sie wissen, daß jahrelang gegen den massiven Widerstand der SPÖ – die Worte Bürgerblock, Kapitalistenblock sind hier schon gefallen – diese Vorarbeiten in der ÖVP-Verantwortung getroffen wurden. Das aber nur am Rande.

Was ich sagen wollte, ist, die jährlichen Zuwachsraten von 1964 bis 1977 – das zum Thema Wachstum – sind grundsätzlich in Industrie und Gewerbe mit 4,8, 4,9 Prozent gleich. Wenn wir nun, und das ist eine sehr interessante Aufgliederung, diese Phase von 1964 bis 1977 aufgliedern in zwei etwa gleich lange Phasen, 1964 bis 1970 und dann 1970 bis 1977, dann ergibt sich folgendes: in der ersten ÖVP-Phase, wenn ich so sagen darf, Industriewachstumszuwachs im Schnitt 6,1 Prozent, in der zweiten Phase 3,9 Prozent.

Wie haben Sie gesagt, Herr Abgeordneter Kittl? Wir mußten 1970 aus diesem Wellental, das uns die ÖVP hinterlassen hat, wieder herausfahren? Bitte, Sie beantworten sich damit selbst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beim Gewerbe ist es ähnlich. In der ÖVP-Zeit 5,6 jährliche Zuwachsraten, 4,1 jährliche Zuwachsraten in der SPÖ-Zeit. Und nun zum realen Brutto-Inlandsprodukt. Das sind Daten, Herr Finanzminister, die auch Ihnen nicht unbekannt und auch für Sie nicht unbedeutend sein dürften – im Vergleich zur OECD und zu Deutschland der letzten Jahre, und das ist interessant. Wenn Sie etwa vergleichen: Im Jahre 1978 hat der Wert für Österreichs Inlandsprodukt um eineinhalb Prozent zugenommen; im Jahre 1979 sollen es prognostiziert 3 Prozent sein. Bleiben wir bei 1978: OECD-Durchschnitt 2,7. Die immer wieder zitierte BRD, Bundesrepublik 3,0, das ist fast doppelt so hoch wie hier.

Wo sind diese großen Wachstumserfolge, die Sie langfristig oder kurzfristig für sich in Anspruch nehmen? Für das Jahr 1979 lauten die Prognosen ähnlich: Wir sind wieder sowohl hinter dem OECD-Durchschnitt, der 3,4 betragen soll, als auch hinter dem BRD-Durchschnitt mit 4,0. Unsere Prognose lautet 3,0.

Meine Damen und Herren und Herr Finanzminister! Daß sich das natürlich auch im Handelsbilanzdefizit ausdrückt, ist für Sie auch klar. Daß die Exporte bei sinkenden Erträgen eine Situation ergeben, die gesamtwirtschaftlich einfach längerfristig und schon mittelfristig bedenklich ist, ist auch klar.

Und nur nebenbei gesagt, weil man sich immer derzeit so sehr auf die ungeheuer, wie soll ich sagen, rosige und zukunftssträchtige Außenhandelsituation beruft: Ich habe hier

Dr. Blenk

wieder einen OECD-Bericht: „Statistics of Foreign Trade“ der OECD, der folgendes sagt: Vergleich Jahr 1970 zu 1977: In Österreich hat der Anteil der Warenexporte am Inlandsprodukt um 0,2 Prozent zugenommen. Vergleiche: in Deutschland um 4,5, in der Schweiz um 4,1, in Italien um 8,9, in Belgien, Luxemburg um 3,6, in Norwegen 2,1, in Schweden 3,7. Heute sind wir im absoluten Anteil, Herr Bundesminister, der Warenexporte am Brutto-Inlandsprodukt hinter all den von mir soeben aufgezählten Nationen. Und da gehen Sie her und malen ein Bild, als würden wir in einer rosigen Situation stehen und in eine noch rosigere gehen.

Herr Bundesminister, meine Herren von der sozialistischen Fraktion! Die Handels-, die Leistungs-, die Zahlungsbilanz sieht genauso aus. Ich habe hier Statistiken der letzten acht Jahre. Das sind ja gigantische Steigerungen, die etwa bei den Defiziten der Leistungsbilanz von 500 Millionen 1970 über 4 Milliarden, 7 Milliarden, 8 Milliarden, 26 Milliarden auf 49 Milliarden hinaufsteigen. Bei der Handelsbilanz ist es nicht viel anders: 18 Milliarden, 30 Milliarden, 32 Milliarden, 52, 71 Milliarden Defizite. Das sind die Entwicklungen, meine Damen und Herren, vor denen wir stehen und die ich darunter verstehe, wenn man heute ein Bild der österreichischen Wirtschaft, und zwar nicht pessimistisch, sondern so, daß man weiß, wo man ansetzen muß, zeichnet.

Herr Bundesminister! Wenn Sie die Bilder, die Sie heute hier gezeichnet haben, als Grundlage für die Maßnahmen der Regierung nehmen, dann kann ich nur sagen, dann ist das, was Sie uns in Ihrem Bericht vorlegen als die vorgesehenen Konjunkturmaßnahmen, sicherlich nur eine auf die Wahl hin ausgerichtete euphorische Darstellung einer bei Gott viel weniger euphorischen Situation. *(Abg. Dr. Gradenegger: Lassen Sie Gott aus dem Spiel!)*

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren, und meine also, diese Berichte, die gestern gegeben wurden, sind – das wurde schon gesagt – ganz eindeutig unter dem Aspekt der Wahlvorbereitung geschaffen worden. Ich glaube, daß diese vorzeitige Flucht der sozialistischen Regierung aus ihrer Verantwortung nicht nur – sicherlich primär – mit den Zerwürfnissen und Unzukömmlichkeiten innerhalb der Regierung und der Partei zusammenhängt, sondern auch mit der Tatsache, meine Damen und Herren, daß sich ganz offensichtlich und zunehmend für jeden sichtbar die Schwierigkeiten im kleinen und im großen Wirtschaftsbereich mehren. Das lesen wir täglich in den Zeitungen, das sehen wir vor allem aus den Bildern der wirtschaftspolitischen Analysen und Prognosen.

Ich bin auch überzeugt, daß die Berichte, die gestern gegeben und heute diskutiert wurden, ein rosig sein sollender, aber leider sehr betrüblicher Abgesang sozialistischer Wirtschaftspolitik sind, wie wir sie eben nie verstanden haben, einer Wirtschaftspolitik, von der ich meine und sage, daß sie eben immer nur und vorrangig und damit zum Nachteil einer gesunden Entwicklung unter dem Aspekt einer ideologischen Umänderung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur gestanden ist. Niemand hat – wenn man Sie ernsthaft darauf angesprochen hat – daran einen Zweifel gelassen, Herr Vizekanzler.

Es wurde schon zitiert; im Bericht des Bundeskanzlers heißt es: ... ist es immanente Folge des Wirtschaftssystems. Das ist doch nur das Ende einer langen Reihe von ständigen Verunglimpfungen dieser Sozialen Marktwirtschaft, des freien Unternehmers, den heute der Herr Wille wieder ins letzte Eck gestellt hat; jener Sozialen Marktwirtschaft und jenes freien Unternehmers, der unbestritten in den ganzen Jahrzehnten seit 1945 jenen Wohlstand und jene Wirtschaftssituation im allerbesten Sinne erbracht hat, von der wir bis heute zehren.

Meine Damen und Herren, Sie haben eben nicht vermocht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß tatsächlich alles das eintritt, was wir brauchen. Es geht eben nicht an, daß man immer nur belastet, daß man bremst, daß man gefährdet, daß man Leistung bestraft. Man muß fördern, man muß die Leistung honorieren, man muß jene stützen – und das haben Sie immer, schon von Ihrer ideologischen Ausgangsbasis her, zwangsläufig unterlassen –, die die Grundlagen für den Wohlstand und für die Erhaltung der Arbeitsplätze schaffen.

Diese Regierung hat vieles von dem, was sie im Jahre 1970 und in jeder seither folgenden Regierungserklärung versprochen hat, nicht gehalten. Ich erinnere nur daran, wie euphorisch Bundeskanzler Kreisky 1970 sagte: Und eines werden wir tun, künftig werden wir jedes erhöhte Einkommen nicht mehr konfiskatorisch besteuern. Wir wissen, daß genau das Gegenteil eingetreten ist. Die Situation ist heute so, wie ich sie hier in aller zwar nicht Leidenschaftslosigkeit, aber, wie ich meine, Objektivität dargestellt habe. Und der Schluß, meine Damen und Herren, ist für mich und sicher für Österreich zwingend. Es ist höchste Zeit, daß ein Kurswechsel in diesem Lande kommt, daß Sicherheit durch Leistung, daß Sicherheit im sozialen und wirtschaftlichen Bereich durch Anerkennung und Honorierung der Leistung wieder Platz greift. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Pansi**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

2. Punkt: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Kunstbericht 1977 (III-138 der Beilagen) des Bundesministers für Unterricht und Kunst (1171 der Beilagen)

Präsident **Pansi**: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Kunstbericht 1977.

Berichterstatte ist der Ausschußobmann Abgeordneter Dr. Schnell. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatte Dr. **Schnell**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte im Auftrag des Unterrichtsausschusses über den Kunstbericht 1977 des Bundesministers für Unterricht und Kunst (III-138 der Beilagen).

Der gegenständliche 7. Kunstbericht des Bundesministers für Unterricht und Kunst bietet eine detaillierte Übersicht über alle Förderungsmaßnahmen in den Bereichen bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik und Festspiele, Literatur und Verlagswesen, Film und Lichtbildstellen, Staatspreise, Stipendien und Grillparzerringe.

Der Unterrichtsausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 18. Jänner 1979 der Vorberatung unterzogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem vorgesehenen Berichterstatte Heßl die Abgeordneten Peter, Dr. Kaufmann, Luptowits, Ing. Amtmann, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Eduard Moser, Dr. Schnell sowie der Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz.

Der Ausschuß beschloß einstimmig, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle den Kunstbericht 1977 des Bundesministers für Unterricht und Kunst (III-138 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Pansi**: Ich danke dem Herrn Berichterstatte für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren seit 10 Uhr vormittag die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes, und ich habe Verständnis dafür, daß für diese Probleme ein großer Zeit- und Kraftaufwand verwendet wurde und verwendet wird. Ich habe Verständnis deshalb, weil ich glaube, daß es

wichtig ist, die Blößen zu bedecken, wie Friedrich Schiller einmal in einem Distichon sagt: Bedeckt die Blöße, dann werden sich alle anderen Sorgen und Nöte auch leichter ertragen.

Doch scheint es mir, daß die Gewichtung etwas zu kraß ist. Denn wenn Sie um diese Zeit den Kunstbericht diskutieren sollen, dann, glaube ich, ist diese Frage, die mit dem gesamten Kulturbereich des Landes zusammenhängt, doch nach meiner Auffassung ungefähr gleichgewichtet. Ich vertrete folgende Auffassung – aber nicht nur hier, sondern schon seit vielen Jahren –: Wenn man den gleichen Aufwand an Zeit und Kraft für den kulturellen Bereich aufwenden würde oder aufgewendet hätte, wären die Probleme der Kulturpolitik sicherlich in besserer Weise oder noch günstiger gelöst worden.

Wir diskutieren also heute über den 7. Kunstbericht. Die Erfahrungen, die wir mit diesen Kunstberichten gemacht haben, sind sehr positiv. Waren die ersten Kunstberichte mehr oder weniger Subventionsberichte, so kamen im Laufe der Jahre in der Diskussion im Ausschuß Anregungen, wurden Erfahrungen vermittelt, die in diesem Kunstbericht ihren Niederschlag gefunden haben. Es war sehr erfreulich, daß im Ausschuß die Sprecher der beiden Oppositionsparteien – Kollege Kaufmann und Kollege Peter – sich sehr positiv zu diesem Kunstbericht, zu dem 7. Kunstbericht, geäußert haben.

Ich glaube, daß der Herr Bundesminister auf Grund seiner konziliannten und vornehmen Art immer daraus aus war, Anregungen, ganz gleich, von welcher Seite sie kamen, aufzunehmen und sie als Erfahrung weiterzugeben. Ich glaube, wir sollten alle diese Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gesammelt haben, als Grundlage für neue Maßnahmen setzen.

Ich glaube, wir sollten hier in diesem Punkte Gotthold Ephraim Lessing folgen, dessen 250. Geburtstags wir am 22. Januar gedacht haben. Er schreibt nämlich in seiner „Hamburgischen Dramaturgie“ im letzten Stück: Wir waren auf dem Punkte, uns alle Erfahrungen der vergangenen Zeit mutwillig zu verschmerzen.

Was Lessing mit diesem Satz im Zusammenhang literarischer Überlieferung rügte, glaube ich, gilt auch für alle anderen Bereiche. Wir sollten deshalb, Herr Bundesminister, alle diese Anregungen, die hier vorgetragen wurden, als Grundlage für weitere Maßnahmen auf kulturpolitischem Gebiete ansehen.

Der Kunstbericht ist gleichzeitig, glaube ich, ein Spiegelbild der Kulturpolitik dieser Bundesregierung. Es ist nicht von ungefähr, daß gerade die sozialistische Bundesregierung es war, die diese Kunstberichte eingeführt hat, und daß es

Luptowits

gerade der derzeitige Bundesminister Sinowatz war, der immer wieder das Gespräch mit den Künstlern gesucht hat, um eben die Künstler in diese Gesellschaft zu integrieren, ihnen den Weg zu erleichtern und sie aufzufordern, mitzuwirken an der Gestaltung dieser Gesellschaft.

Ich persönlich habe immer dem Grundsatz gehuldigt: Willst Du der Meister Werk verstehen, mußt Du in ihre Werkstatt gehen. Das heißt: Man muß dorthin gehen, wo die Künstler ihre Werke schaffen, damit sie das Gefühl haben, daß sie mit ein Teil dieser konkreten Verfassungsgesellschaft sind und daß sie konkret mitarbeiten sollten an dieser Gesellschaft.

Wenn es heute noch nicht soweit ist, was wir manchmal bedauern, dann sollte doch auch dieser Weg fortgeschritten werden. Wenn manchmal Ereignisse eingetreten sind oder Mißverständnisse da waren, dann sollte man diese Mißverständnisse sofort und rechtzeitig ausräumen, um hier überhaupt nicht dem Unwillen Platz bieten zu können.

Der Kunstbericht zeigt aber auch Wege auf, wie die regionalen und örtlichen Kräfte zu mobilisieren sind. Denn nur so kann, glaube ich, die kulturelle Landschaft in Österreich belebt werden, abgesehen davon, daß die verfassungsmäßige Zuständigkeit ja bei den Ländern liegt und der Bund nur subsidiär die Kunstpolitik und die Kulturpolitik fördert.

So, glaube ich, sollte man alle zusammen – die regionalen und örtlichen Gegebenheiten und die Kräfte, die da vorhanden sind – einbinden in einen gemeinsamen Strom, um diese Kulturpolitik neu zu beleben und immer wieder aufs neue zu beleben.

Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß der Herr Bundesminister regelmäßige Konferenzen mit den beamteten Verantwortlichen in den Regionen draußen abhält, aber auch auf politischer Ebene diese Gespräche führt, weil ich meine, daß es für die Innenpolitik, für die kulturelle Innenpolitik dieses Landes, aber auch für die Wirksamkeit nach außen, für die kulturelle Außenpolitik entscheidend ist, wie die Regionen sich präsentieren hier im Inland, aber auch gegenüber dem Ausland.

Ich glaube, daß wir hier durch verschiedene Ausstellungen und durch verschiedene Begegnungen einen Weg gezeigt haben, den wir weiter ausbauen sollten. Gerade die Erfahrung zeigt, daß dort, wo wir die örtlichen Kräfte mobilisieren können, sich der Erfolg auch entsprechend einstellt. Ich glaube, das zeigt nicht nur bei uns diese Erfahrung. Ich selbst habe bei zwei konkreten Unternehmungen, bei den Komödienspielen und auch beim Internatio-

nen Chorwettbewerb, diese Erfahrung gesammelt: Wenn man die Leute motiviert und sie mittun an diesem Geschehen und diese Veranstaltungen getragen werden von einem breiteren Kreis von Persönlichkeiten, dann ist auch das Echo in der Bevölkerung entsprechend groß.

Diese Art der Kunstpolitik und Kulturpolitik deckt sich auch mit den Empfehlungen der 29. Generalkonferenz der UNESCO vom November 1976 in Nairobi. In diesen Empfehlungen steht folgendes:

Die Mittel und Wege der Kulturarbeit seien so zu demokratisieren, daß jeder einzelne gemäß den Erfordernissen des sozialen Fortschritts umfassend und frei am Kulturschaffen und seinen Segnungen teilnehmen kann.

Das, meine Damen und Herren, ist es, was wir hier in den letzten Jahren praktiziert haben, und wir sollten auf diesem Weg fortschreiten.

Nicht umsonst hat sich die UNESCO ja als Ergebnis der Arbeit, der vielen Arbeit in den einzelnen Nationen, in den einzelnen Ländern dies zu eigen gemacht und diese Empfehlung ausgegeben.

Und wir sollten, meine Damen und Herren, gerade in unseren Demokratien der Kultur einen höheren Stellenwert geben. Ich habe manchmal den Eindruck, daß der demokratische Westen die Kultur ziemlich ignoriert. Oder wie sagte denn einmal der deutsche Bundeskanzler Erhard, der ja überhaupt ein gestörtes Verhältnis zur Kultur hatte? Er sagte, das sei sein Sträußchen am Hute.

Ich glaube, wenn man solch eine Auffassung von der Kulturpolitik hat, dann darf einen nichts mehr wundern, was sich an kultureller Entwicklung vor uns abspielt.

Ich bin der Auffassung, alle demokratischen Parteien sollten langfristiger denken und planen. Dabei ist die Entwicklung neuer Lebensformen für mich entscheidender als Wirtschaft und Rüstung.

Unsere kulturelle Aufgabe, meine Damen und Herren, wird stets darin bestehen – das war in der Vergangenheit so, und das wird in Zukunft wahrscheinlich auch so sein –, schön und verständig zu sammeln und zu präsentieren, aber auch unserer künstlerischen Gegenwart immer wieder ans Licht zu verhelfen. Denn eines dürfen wir nicht übersehen: daß das Erbe der kommenden Generation die Kunst von heute ist.

Wenn wir diesen Satz uns nicht genau tagtäglich vor Augen halten, dann, glaube ich, können wir kein Verständnis für die Kulturpolitik haben. Wir sollten daher den jungen Schößlingen immer einen Platz in der Kultur der Gegenwart verschaffen.

Luptowitz

Die Kulturpolitik und die Kultur sollten bei uns einen hohen politischen, aber auch einen kulinarischen Wert haben, denn wir dürfen doch nicht übersehen, daß sehr starke Entkultivierungsprozesse eingetreten sind, die von den Aspekten unserer Auto- und Fernsehkultur unterstützt werden. Dem müssen und sollten wir entgegenreten, denn es könnte ja passieren, daß diese Kultivierungsprozesse ihre Faszination verlieren. Ich glaube, daß dies ein sehr bedauerlicher Weg wäre, den ich mir nicht vorstellen kann, daß eine öde, leere und wüstenähnliche Landschaft sich uns darbieten könnte, von der ich dann sagen müßte, daß das Leben in dieser Landschaft sicherlich nicht mehr lebenswert wäre.

Nun zu einzelnen Punkten des Kunstberichtes.

Zum Kleinbühnenkonzept. Ich glaube, es war ein gutes Unterfangen, ein guter Beginn, daß der Herr Bundesminister dieses Kleinbühnenkonzept entwickelt hat. Wie sich zeigt, leisten diese Kleinbühnen, die ja, ich möchte fast sagen, sozusagen der Humus für die gesamte Theaterlandschaft in unserem Lande sind, ganz hervorragende Arbeit.

Es wäre nur wünschenswert, daß aufgrund der Förderung der vergangenen Jahre nun eine Art Verlaufsbericht gegeben wird, um zu zeigen, wie sich diese Kleinbühnen aus den Anfängen entwickelt haben und wo sie heute stehen. Ich glaube, daß es auch für den Subventionsgeber wichtig wäre zu wissen, wie das investierte Kapital sich in der Arbeit dieser Kleinbühnen niederschlägt.

Als zweites Faktum aus diesem Kunstbericht möchte ich die Musikschulen herausheben. Die Musikschulen wurden laut Bericht gegenüber 1976 mit dem doppelten Betrag subventioniert. Das ist für mich sehr, sehr erfreulich. Denn man redet so viel vom Musikland Österreich. Aber wenn wir hier nicht die Grundlage schaffen, nämlich von der Elementarklasse her und von allen Stufen, dort, wo musikalische Begabung vorhanden ist, dann, glaube ich, müßte uns eines Tages bange sein um den Nachwuchs auf diesem Gebiet. Und wir sollten alle Projekte überregionaler oder regionaler Art fördern, die dazu dienen, diese Musiklandschaft und diese Musikausbildung zu verbessern. Denn nur aufgrund einer Breitenwirkung können wir dann zur Spitze auf diesem Gebiet vorstoßen. Und unsere Orchester, die hervorragenden Orchester, die wir in Österreich besitzen, werden nur dann in der Lage sein, ihren Nachwuchs zu bekommen, wenn eine Breitenarbeit in der Musikschule, in den einzelnen Ländern geleistet wird.

Natürlich setzt das voraus, daß wir die

entsprechenden Musikpädagogen haben, die auf der Hochschule und in den Konservatorien ausgebildet werden. Ich weiß, daß es dabei gewisse Schwierigkeiten gibt. Die entsprechenden Fachkräfte bemühen sich, die Voraussetzungen für die Lehrkräfte zu sammeln, damit diese später ihre Kenntnisse in der Volks- und in der Jugendbildung, der musikalischen Jugendbildung, weitergeben können.

Ein Punkt, den ich auch noch herausgreifen möchte, ist die Förderung der bildenden Kunst. Ich habe manchmal den Eindruck, daß die bildende Kunst ein wenig ein Stiefkind unserer Gesellschaft ist. Es waren vor wenigen Wochen die Vertreter des Berufsverbandes der bildenden Künstler bei mir und haben mir ihre Sorgen vorgetragen, haben mir konkrete Vorschläge unterbreitet, wie nach ihrer Auffassung die bildenden Künstler in verstärktem Maß in den Blickpunkt der Gesellschaft gestellt werden könnten.

Ich weiß, daß es ein sehr schwieriges Unterfangen ist, denn gerade die bildenden Künstler haben ja einen viel, viel schwierigeren Stand als ein Musiker oder ein Schriftsteller. Wir sollten uns tatsächlich dieser Gruppe annehmen, weil es sehr, sehr betrüblich wäre, wenn gerade die bildenden Künstler den Eindruck hätten, daß die Gesellschaft nur sehr wenig Sinn für ihre Arbeit hat.

Es ist sicherlich schon ein Weg dadurch beschritten worden, daß man zusammen mit den Bundesländern Ausstellungen verlegt, daß man die Ankäufe den einzelnen Verantwortlichen in den Bundesländern überträgt und auf diese Art und Weise vielleicht die Nähe zu dem Künstler schafft, die notwendig ist, um den bildenden Künstlern eben das Gefühl zu geben, daß sie nicht vergessen sind und kein Aschenputteldasein in unserer Gesellschaft führen sollen.

Ich möchte, Herr Bundesminister, noch auf den Kulturpolitischen Maßnahmenkatalog hinweisen. Vielleicht könnten Sie in einem Bericht einmal darlegen, wie sich diese Kulturservicestelle, die ja erst vor kurzem eingerichtet wurde, bewährt hat, wie die Nachfrage nach diesem Kulturservice, nach dieser Stelle ist.

Ich glaube, daß das eine gute Idee war, nur muß man jetzt abwarten, ob das auch angenommen wird, denn das ist ein Angebot, ob es angenommen wird von denen, die glauben, daß sie in der Zentralstelle jemanden finden, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht.

Schließlich möchte ich noch die Förderung der Kulturzeitschriften erwähnen, von denen ich sagen muß, daß sie für mich äußerst wichtig sind. Denn die Kulturzeitschriften sind ja auch ein Spiegelbild der kulturellen Entwicklung

Luptowits

eines Landes. Ich will keine besonderen Namen hier nennen, aber ich glaube, daß gerade die „Pannonia“ weit über die Grenzen, also grenzüberschreitend, wirkt. Wenn man die Beiträge, die dort erscheinen, liest, dann sieht man, daß es doch eine Wechselwirkung zwischen der innerösterreichischen Kulturpolitik und der Kulturpolitik jenseits der Grenzen gibt. Wir sollten diese Begegnungen, diese Ströme natürlich fördern und weiter ausbauen.

Letztlich das größte Sorgenkind, das wir in Österreich auf kulturellem Gebiet neben den Theatern, den Bundesländertheatern haben – die will ich aber hier gar nicht anführen, weil sie immer in einem eigenen Kapitel behandelt werden –, nämlich die Filmförderung. Es würde zu weit führen, hier ein Situationsbild der Lage des österreichischen Filmes zu geben. Wer sich dafür interessiert, findet ja genügend Material, Publikationen über diese Frage.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß der Film als Kunstmittel viel zu wenig anerkannt ist. Die Bedeutung des Films wird viel zu sehr unterschätzt. Und ich glaube, man sollte die Bestrebungen fördern, die oftmals im kleinen Rahmen vorhanden sind. Ich denke vor allem an den ländlichen Raum, an die Bedeutung der Filmklubs, die sich wirklich bemühen, eine Hebung des filmkulturellen Niveaus herbeizuführen; oftmals mit bescheidenen Mitteln und oftmals nicht gern gesehen, vor allem vom Filmverleih nicht gern gesehen.

Das ist wieder ein eigenes Problem. Ich glaube also, man sollte all diese Bestrebungen – ich denke hier an die Aktion „Der gute Film“, die wirklich bahnbrechend auf diesem Gebiet wirkt, aber alles das reicht noch nicht aus – fördern. Ich habe gehört, daß es jetzt doch gelungen ist, hier zu einem Kompromiß zu gelangen, und ich hoffe, daß wir so etwas Ähnliches wie eine Filmförderungsanstalt bekommen, wo wir in der Lage sein werden, die Filmindustrie in unserem Lande entsprechend zu fördern, damit wir nicht sozusagen als Stiefkind gegenüber den anderen Ländern hinstehen müssen.

Wir haben im Vorjahr in Lissabon bei einer Tagung des Europarates über den europäischen Film diskutiert und haben festgestellt, daß die Crux des Films und der Filmförderung nicht beschränkt ist auf einzelne Länder, sondern, ich möchte fast sagen, weit gestreut ist. Wir haben uns dort bemüht, eine Empfehlung zu entwickeln, die dann an die einzelnen Mitgliedstaaten des Europarates gesandt wird, wo drinnen steht, wie und auf welche Art und Weise der Film als hervorragendes Mittel der Kultur- und Kunstpolitik eben gefördert werden soll.

Meine Damen und Herren! Damit möchte ich

auch schon meine Betrachtungen zum Kunstbericht abschließen. Natürlich gäbe es noch viele, viele Dinge zu dem zu sagen, was hier in diesem Bändchen vereinigt ist. Aber ich möchte mich auf diese einzelnen, punktuellen Probleme, die ich genannt habe, beschränken und möchte sagen: Hegel schrieb in seiner „Philosophie des Rechtes“ einmal folgenden Satz: „Was vernünftig ist, das ist wirklich, und was wirklich ist, das ist vernünftig.“

Gilt dieser berühmte Satz auch heute noch? Ich meine, er gilt auch heute noch, vielleicht sogar im verstärkten Maße, denn es scheinen heute Vernunft und Wirklichkeit auseinanderzufallen. Es melden sich Vorbehalte mit mehr oder weniger revolutionärem Geist gegenüber dem Gewordenen und dem Werdenden in der Kunst, in der Kultur. Und dann spricht man von einer „Kulturkrise“.

Gegen diese modischen Vokabel müssen wir auftreten durch eine gezielte Arbeit, durch eine gezielte Kulturpolitik, eine Kulturpolitik, die weit über den Rahmen der Kunstpolitik hinausgehen wird müssen. Wir müssen der Sehnsucht nach Alternativen entgegenkommen, alternative Herrschaftsstrukturen entwickeln, alternative Lebensformen entwickeln und schließlich und endlich alternative Denkweisen entwickeln. Die Frage lautet, ob das noch Kulturpolitik ist.

Ich glaube, meine Damen und Herren – und damit möchte ich auch schließen –, daß gerade diese zuletzt von mir genannten Alternativen Kulturpolitik im besten, im umfassendsten Sinne sind. Und wenn wir das Leben lebenswert erhalten sollten, dann sollten wir diesen Alternativen immer wieder unsere Kraft leihen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Pansl: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Abgeordneter Dr. Kaufmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Luptowits, dessen Kunstverständnis ich sehr schätze, zustimmen, wenn er lobend anmerkt, daß dieser 7. Kunstbericht, den wir heute behandeln, der übersichtlichste, der gegliedertste in dieser Reihe ist. Er enthält Motivenberichte, er enthält Vergleichszahlen. Wir wollen anerkennen – und darin stimme ich mit dem Kollegen Luptowits überein –, daß er wirklich ein Spiegelbild der Kunstförderung des Ministeriums gibt und daß er auch für den Laien einsichtig ist. Ich möchte auch anerkennen, daß viele unserer Einwände, die wir seinerzeit vorgebracht haben, berücksichtigt wurden. Und das ist auch der Grund dafür, daß

Dr. Kaufmann

meine Fraktion diesen Bericht zur Kenntnis nehmen wird.

Im Gegensatz allerdings zum Kollegen Luptowitz muß ich sagen, daß das nicht heißen kann, daß wir auch die Förderungspraktiken des Ministeriums, wie sie dieser Kunstbericht widerspiegelt, gutheißen können. Hier haben wir Kritik, und zwar eine sehr nachdrückliche Kritik anzumelden und eine Reihe von Einwänden vorzubringen. Denn so klar dieses Spiegelbild der Kunstförderung durch diesen Kunstbericht geworden ist, so klar ist aber auch damit zutage getreten, was dieser Kunstförderung fehlt: die Schwerpunktbildung – wir haben das schon mehrmals kritisiert –, der Mut zum Außergewöhnlichen. Weitgehend geblieben ist leider das Gießkannenprinzip, der, wenn ich so sagen kann, kulturelle Fleckerlteppich und die konventionelle Administration, aufgelockert durch Jurien, über deren Zusammensetzung und Arbeitsweise man stundenlang debattieren könnte.

Was soll man zum Beispiel davon halten, wenn es im Kunstbericht wörtlich heißt – ich zitiere –: „... daß die Empfehlungen der Jurien zwar die Grundlage der Entscheidung des Bundesministers bilden, daß aber schon im Hinblick auf die Ministerverantwortlichkeit die Entscheidung des Ressortchefs in eigener Verantwortung getroffen wird.“

Ja, was soll das heißen, wenn dann der Herr Bundesminister im Ausschuß etwa sagt: Im Grund genommen haben wir uns ohnehin immer an diese Empfehlungen der Jurien gehalten. Da muß man sich dann fragen: Wenn diese Jurien wirklich so gut arbeiten, wozu dann eigentlich noch der Ressortminister, derselbe Ressortminister, der seinerzeit die von uns geforderte stärkere Mitbestimmung der Kunstschaffenden mit dem Hinweis abgelehnt hat, er könne keine Kulturpolitik ohne Entscheidungsgewalt machen?

Der Kunstbericht beschäftigt sich unter anderem auch mit dem neuen Finanzausgleich, der seit 1. Jänner für 6 Jahre in Kraft ist. Und das, Hohes Haus, ist für die Ländertheater ein trauriges Kapitel. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Diesem Finanzausgleich zufolge erhalten die Länderbühnen für die nächsten 6 Jahre pro Jahr vom Bund insgesamt statt bisher 55 Millionen Schilling nunmehr 86 Millionen Schilling. Ein stolzer Betrag, hat der Herr Bundesminister im Ausschuß gemeint und sich darüber recht zufrieden gezeigt.

Hohes Haus! Ich kann diese Zufriedenheit ganz und gar nicht teilen, weil diese 86 Millionen Schilling, die sich ja zunächst ganz

hübsch ausmachen mögen, der eklatanteste Beweis dafür sind, wie die Länderbühnen immer mehr gegenüber den Bundesbühnen und den Bundestheatern zurückbleiben (*Zustimmung bei der ÖVP*), was eines Tages die Frage befürchten läßt, inwieweit diese Länderbühnen überhaupt noch beispielbar sein werden.

Herr Bundesminister! Wir waren uns Anfang der siebziger Jahre einig, daß der Bundeszuschuß an die Länderbühnen etwa 10 Prozent des Abganges der Bundestheater betragen sollte. Mit den 55 Millionen Schilling des alten Finanzausgleichs waren wir Anfang der siebziger Jahre nahe daran. Und dann ist es schrittweise damit bergab gegangen. Im Zuge der Inflation sind diese 55 Millionen Schilling von Jahr zu Jahr weniger geworden, während in der gleichen Zeit der Abgang der Bundestheater die Milliardengrenze erreicht hat. Und jetzt, Hohes Haus, im neuen Finanzausgleich, fangen wir mit den 86 Millionen gar nicht mehr in der Nähe der 10 Prozent an, sondern gleich einiges darunter, sodaß in den kommenden 6 Jahren auch bei nur mäßiger Inflationsrate ein Absinken der Relation bei steigendem Bundestheaterabgang überhaupt unter 5 Prozent zu befürchten ist.

Ich kann wirklich nicht verstehen, wie man als Kunstminister, der ja auch den horrenden Abgang der Bundestheater zu vertreten hat, da zufrieden sein kann.

Hohes Haus! Ich will jetzt angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf nähere Details des Kunstberichtes gar nicht eingehen. Ich will vielleicht nur einen Punkt herausgreifen und mich mit der Problematik der Kunstförderung im allgemeinen ganz kurz auseinandersetzen.

Es geht ja nicht nur darum, was man im einzelnen fördert und was nicht, darüber wird man immer streiten können. Es geht vor allem, Hohes Haus, um die Schwerpunkte, um die Tendenzen der Kunstförderung, weil nur Schwerpunktbildungen Kulturpolitik widerspiegeln können. Alles andere, Hohes Haus, ist Gießkanne und ist der kulturelle Fleckerlteppich, von dem ich am Anfang gesprochen habe.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man nun den Kunstbericht durchblättert, dann drängt sich einem der Eindruck auf, daß diese Gießkanne nach wie vor das bewährte und oberste Instrument unserer staatlichen Kulturpolitik ist.

Der Herr Bundesminister hat das auch im Ausschuß im großen und ganzen ehrlicherweise nicht abgeleugnet und sehr blumig von einem Netz der Förderung gesprochen, das sich über das gesamte Land spannt. Er hat auch etwas vom Zugzwang gesagt, von einer Art Nötigung des

Dr. Kaufmann

Kulturpolitik, alle kulturellen Regungen im Lande zu beachten und zu würdigen.

Selbstverständlich! Ich möchte die Schwierigkeiten, vor denen da ein Kulturpolitiker steht, gar nicht ableugnen oder bagatellisieren. Aber warum hat man dann, so frage ich mich, zu Beginn der siebziger Jahre so großspurig von der völlig neuen Phase der Kulturpolitik geredet, wenn im Prinzip ja doch wieder alles beim alten geblieben ist oder beim alten bleibt?

Man hat Schwerpunkte versucht, ich will nicht einseitig sein und möchte das auch durchaus anerkennen. Ich stimme auch hier mit dem Kollegen Luptowitz überein. Es ist anzuerkennen, daß etwa mit dem Kleinbühnenkonzept eine solche Schwerpunktbildung versucht wurde und daß man in gewissen traditionellen Sparten Einsparungen versucht hat.

Aber der große, der angekündigte große Wurf ist ausgeblieben. Das bleibt zu kritisieren. Die großen Pläne sind ausgeblieben.

Und so muß hier festgestellt werden, daß die Versprechungen, die man seinerzeit in der Kulturpolitik gemacht hat, nicht eingehalten worden sind und daß man uns vieles davon bis zum heutigen Tag schuldig geblieben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Es ist nicht das erstemal, daß wir das feststellen. Man hat uns bisher überzeugend nicht widerlegen können. Ich möchte auch noch feststellen, und zwar mit Nachdruck feststellen, daß natürlich nichts dagegen zu sagen ist, daß man alle kulturellen Regungen im Lande beachten soll und muß. Aber es ist etwas dagegen zu sagen, daß man darüber auf die wenigen Schwerpunkte vergißt, die ein Kulturland wie Österreich braucht, um auch auf der internationalen Kunstszene von morgen ein führendes Kulturland zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und was ist da geschehen? Man hat geschickt und schickt etablierte hoch dotierte Institutionen mit vielen Millionen ins Ausland, um unseren Ruf als Kulturland zu festigen. Man freut sich, wenn das Ausland Austria nicht mit Australia verwechselt. Schön, das soll so sein. Österreich kann diese Sendboten unserer traditionellen Kultur, unserer kulturellen Tradition brauchen.

Man veranstaltet ein paar Ausstellungen im Ausland, über deren Größe und Bedeutung man zweierlei Meinung sein kann. Ich persönlich, Hohes Haus, bin der Meinung, daß man seit Jahren keine einzige wirklich repräsentative Ausstellung mehr im Ausland gezeigt hat.

Man läßt auch ein paar zeitgenössische Autoren in der Weltgeschichte herumreisen und

aus ihren Werken lesen. Auch das soll sein, selbstverständlich! Man soll im Ausland sehen, daß wir einen Peter Handke, einen Thomas Bernhard haben, um vielleicht nur zwei Namen zu nennen. Aber man hat so vieles unterlassen, um im Lande selbst zu dokumentieren, daß wir nicht nur eine große Tradition haben, daß wir nicht nur Mozart-Festspiele machen können, sondern daß auch das Bedeutende von heute, das künstlerische Ereignis von morgen bei uns eine Heimstatt hat; mehr noch, daß dieses Bedeutende, daß diese Ereignisse bei uns initiiert und vorbereitet werden.

Ich muß mich wiederholen – ich habe es schon oft gesagt, aber man kann es nicht oft genug sagen, denn leider ist es eine Tatsache –: Die hoch dotierten etablierten Kulturinstitute gehen heute vielfach am Heutigen, am Gegenwärtigen vorbei. Gerade daß man noch – um wieder nur ein Beispiel zu nennen – in der Musik einen Gottfried von Einem kennt.

Alles, Hohes Haus, was sonst draußen in der Welt geschieht, kennt man bei uns bestenfalls vom Hörensagen. Sehen und hören kann man das meiste davon in Österreich nicht, geschweige denn, daß man es etwa fördern, ermutigen und anregen würde.

Eine „documenta“, Hohes Haus, findet in Kassel statt und nicht in Österreich. Moderne Komponisten, auch Österreicher, erleben ihre Uraufführungen nicht in Österreich, sondern in Stockholm, in Chicago, in Hamburg oder in Paris. Das große Theatertreffen mit den besten Inszenierungen des Jahres, eine Dokumentation der neuen Tendenzen im Theater, findet in Berlin statt. Von den Filmfestivals, den internationalen Filmfestivals ist die hiesige Viennale, international gesehen, eines der unbedeutendsten. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen.

Aber wenn schon. Wenn schon diese etablierten Institute eine Berührung mit der Gegenwart weitgehend scheuen und ihre Millionen lieber in pomphafte Aufführungen stecken, dann sollte eine nicht nur der Administration und der Breite verpflichtete Kulturpolitik wenigstens jenen die Mittel und die Förderung geben, die diese Aufgabe übernehmen möchten, aber aus finanziellen Gründen nicht übernehmen können.

Und diese Institutionen, Herr Bundesminister, gibt es in Österreich. Auch in den Bundesländern. Diese würden solche Produktionen machen, an denen die etablierten Institutionen vorbeigehen. Sie haben nur nicht das Geld dazu. Sie können es ohne kräftige Hilfe nicht realisieren.

So kann es dann passieren – das ist symbolhaft –, daß man etwa im „Steirischen Herbst“ eine neue Oper initiiert hat, für die das

Dr. Kaufmann

Ministerium anerkennenswerterweise ein großzügiges Auftragshonorar ausgesetzt hat – anerkennenswerterweise! –, doch die Oper kann dann nicht im „Steirischen Herbst“ gespielt werden, weil einfach die Mittel dafür fehlen.

Gut. In diesem Fall mag das nur für die Initiatoren schmerzlich sein, weil diese natürlich auch einen Ehrgeiz haben, den man nicht zu gering schätzen sollte. Der Sache hat es in diesem Fall nicht geschadet, weil nun diese Oper – es handelt sich um eine Oper von Cerha – bei den Salzburger Festspielen herausgebracht werden soll, die das Geld und auch die technischen Mittel dafür haben. In diesem Fall kann man noch zufrieden sein.

Aber wie ist es mit den vielen Werken, die in Österreich nicht stattfinden? Wie ist das etwa bei „Paradise lost“ von Penderecki? Eine Uraufführung, die in Chicago stattgefunden hat, in Mailand, Aufführungen, die in München und in Stuttgart stattfinden werden und die wahrscheinlich in Form eines Gastspiels in Wien 1980, Jahre später, stattfinden werden.

Während eine Eigenproduktion, eigenständig und zur rechten Zeit, etwa in Graz, nicht stattfinden kann und nicht stattfinden konnte, weil einfach die Mittel dafür fehlten.

Hier, Hohes Haus, liegt die Problematik der Förderung. Hier geschehen Versäumnisse, hier fehlt es an der Schwerpunktbildung in einer bedrohlichen Weise.

Modernität allein, meine Damen und Herren, durch die nun auch schon zum alten Hut gewordenen Provokationen unverbesserlicher Linker anzubieten gerät in Gefahr, nicht das Abendland zu erschüttern, wie mancher besorgte Österreicher glauben mag, sondern einfach fad und provinziell zu werden.

Auch darüber, Hohes Haus, kann man im Kunstbericht sehr vieles nachlesen.

Zum Abschluß möchte ich nur eines sagen: Wenn diese Bundesregierung auf anderen Gebieten so stolz ist auf gewisse Großtaten oder angebliche Großtaten und Großbauten, in der Kulturpolitik fehlen sie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Pansi**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? – Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-138 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu

erheben. – Der Bericht ist einstimmig zur Kenntnis genommen.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (993 der Beilagen): Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) (1047 der Beilagen)

Präsident **Pansi**: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Hydrographiegesetz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Maier. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Maler**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat in seiner Sitzung am 2. November 1978 die Regierungsvorlage in Verhandlung gezogen. In der darauffolgenden Debatte, an der sich die Abgeordneten Dkfm. Gorton, Pfeifer, Hietl und Meißl sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Deutschmann und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden beteiligten, wurde von den Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer und Meißl ein gemeinsamer Abänderungsantrag betreffend § 9 Abs. 3 der Regierungsvorlage eingebracht. Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unter Berücksichtigung dieses gemeinsamen Abänderungsantrages einstimmig angenommen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (993 der Beilagen) mit der dem Ausschußbericht begedruckten Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident **Pansi**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kriz. Ich erteile es ihm. *(Abg. A. Schlager: Kurz fassen!)*

Abgeordneter **Kriz** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich brauche den Appell weder von links noch von rechts. Ich halte mich sowieso kurz.

Man wird noch wenig hier im Hohen Haus über die Aufgaben der Hydrographie gehört haben. Die Hydrographie ist aber keine Erfindung unseres 20. Jahrhunderts.

Kriz

Schon die Hochwasserkatastrophen in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts haben zur Erkenntnis geführt, daß verlässliche Grundlagen über das natürliche Wasserdargebot zwingend notwendig sind, um geeignete Schutzmaßnahmen treffen zu können; und deshalb wurde schon 1893 auf der Grundlage eines aus damaliger Sicht umfassenden Organisationsstatuts der Hydrographische Dienst eingerichtet.

Die Wasservorräte unseres Kontinents sind zwar für absehbare Zeiten ausreichend – sofern sie nicht durch menschliche Eingriffe, wie zum Beispiel unkontrollierte Entnahme von Oberflächen- oder Grundwasser, drastisch vermindert werden. Das Wasserangebot der Natur, ob Oberflächenwasser, unterirdisches Wasser, Niederschlag, Verdunstung, kann heute – wie wir täglich erfahren, meine Damen und Herren – nicht mehr von Wirtschaft und Technik ausgeklammert werden. Vor allem benötigt man Unterlagen für die Wasserwirtschaft, die Raumordnung und für den Umweltschutz.

Es gibt Wasserüberschuß- und Wassermangelgebiete. Letztere können natürlicher Art, das heißt, klimatisch bedingt sein. Es kann aber auch, wie es uns die Entwicklung unserer Städte in den letzten 150 Jahren vor Augen geführt hat, durch die starke Industrialisierung und den damit verbundenen Bevölkerungszuwachs aus einem ehemals mit Wasser ausreichend versorgten Raum ein Wassermangelgebiet werden.

Die modernen und zeitgemäßen Aufgaben der Hydrographie bestehen auch darin, die Abflüsse in den Gewässern systematisch zu ermitteln, Niederschlagsereignisse im Zusammenhang mit den Abflüssen zu analysieren, das unterirdische Wasser zu erkunden, die Eisbildung in den Gewässern sowie auch Temperatur und Verdunstung zu beobachten. Das erfordert umfangreiche Messungen, um brauchbare Angaben über die während des Jahres sehr schwankenden Abflüsse zu erhalten.

Dieses ständige Messen, Beobachten und Auswerten, das ja nicht unterbrochen werden darf, weil sonst nicht mehr schließbare Lücken zum dauernden Nachteil der gebotenen Kontinuität entstehen würden, dieses ständige Messen ist aber keineswegs eine rein abstrakte naturwissenschaftliche Tätigkeit, etwa nur zur Bereicherung wissenschaftlicher Archive. Das damit gewonnene Datenmaterial wird vielmehr von der Praxis nahezu tagtäglich benötigt.

Die Erfordernisse der Praxis verlangen heute auch mehr denn je naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Man denke nur an die Gewässerbelastungen, Kanalisationen, an Wasserversorgungen.

Heute ist daher der Hydrographische Dienst in Anbetracht der gestiegenen und noch weiter steigenden Ansprüche an das Wasser sowie im Hinblick auf die intensivere Nutzung unseres Lebensraumes noch viel unentbehrlicher geworden als früher. Seine Aussagen über den Niederschlag und die Verdunstung, über die Oberflächengewässer und über das unterirdische Wasser bilden heute die Grundlage für alle wasserwirtschaftlichen Vorhaben und für alle wasserrechtlichen Entscheidungen.

Vor allem aber gibt die Hydrographie auch wichtige Nachrichten und Vorhersagen für die Schifffahrt; und nicht zuletzt ermöglicht ihr ständiges Beobachten und Messen der natürlichen Abflußvorgänge die rechtzeitige Warnung bei Hochwassergefahren zur Rettung von Menschenleben und zur Sicherung von Hab und Gut.

Wir werden weitere Wasserkraftwerkanlagen, wie es uns die derzeitige Energiesituation zwingend vorschreibt, bestimmt benötigen. Entscheidungsgrundlagen, die halten müssen, sind bei der immer komplizierter werdenden Materie heute notwendiger denn je. Wir benötigen hand- und fußfestes Material für alle weiteren Großvorhaben, weil in allen diesen Fällen die Wassermenge eine entscheidende Rolle spielt und weil in allen diesen Fällen eine Fehleinschätzung der Wasserquantität zu hohen volkswirtschaftlichen Verlusten führen würde.

Für die Planung und für den Bau und Ausbau von Industrieanlagen, Ausweitung von Siedlungen benötigt man unbedingt gewässerkundliches Datenmaterial. Eine etwaige Fehleinschätzung von Hochwässern führt zu hohen volkswirtschaftlichen Verlusten. Die hydrographischen Daten sind also auch für die richtige Dimensionierung der Hochwasserschutzbauten von grundlegender Bedeutung.

Hohes Haus! Die hydrographischen Nachrichten und Vorhersagen sind auch für unsere Unterliegerstaaten von größter Bedeutung und daher auch Gegenstand zwischenstaatlicher Vereinbarungen.

Auch die von der UNESCO organisierte Internationale Hydrologische Dekade sowie das Internationale Hydrologische Programm bezwecken die Intensivierung der Hydrographie. Österreich arbeitet an diesem langfristigen und weltweiten Vorhaben auf Grund von Beschlüssen der Bundesregierung mit. Dadurch rückt die Hydrographie auch immer mehr in das internationale Blickfeld. Sie dient damit vor allem auch der regionalen Zusammenarbeit im Donau- und im Bodenseeraum.

Wir begrüßen daher die vorliegende gesetzliche Regelung über die Erhebung des Wasserkreislaufes.

Kriz

Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz verfolgt in diesem Sinne drei klare Ziele. Darf ich zusammenfassen:

Erstens eine gesicherte Ausstattung der Beobachtungsnetze mit gewässerkundlichen Einrichtungen;

zweitens eine angemessene personelle Leistungskapazität; und

drittens eine ausreichende Bereitstellung finanzieller Mittel für die hydrographischen Anlagen, Erhebungen und Auswertungen.

Dieses Hydrographiegesetz schließt damit endlich jene Lücke, die jahrzehntelang mangels einer näheren bundesgesetzlichen Regelung bestanden und die die Hydrographie daher gezwungen hat, ihre so bedeutungsvollen Aufgaben nur unter sinngemäßer Anwendung des seinerzeitigen Organisationsstatuts ausüben zu müssen.

Noch einmal: Diese klare, eindeutige und zielbewußte gesetzliche Regelung war notwendig, denn nur sie ist geeignet, der nationalen und internationalen Bedeutung der Hydrographie für alle mit dem Wasser in Verbindung stehenden Lebens- und Wirtschaftsbereiche in gebührender Weise gerecht zu werden.

Zum Schluß möchte ich noch einen Antrag einbringen. Wir sind der Meinung, dieses Gesetz kann nicht rückwirkend in Kraft treten. Die Bundesländer sollen für die Bedeckung ihres Aufwandes und damit für die Gewährleistung einer reibungslosen Vollziehung Vorsorge treffen können.

Antrag

der Abgeordneten Kriz und Genossen betreffend Bundesgesetz vom . . . über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) (993 der Beilagen) in der Fassung des Ausschlußberichtes (1047 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Im § 12 wird das Datum „1. Jänner 1979“ durch das Datum „1. Jänner 1980“ ersetzt.
(Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Pansi**: Der soeben eingebrachte Abänderungsantrag der Abgeordneten Kriz und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entwurf eines Hydrographiegesetzes.

Da ein Abänderungsantrag vorliegt, lasse ich getrennt abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über § 1 bis einschließlich § 11 in der Fassung des Ausschlußberichtes 1047 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ist einstimmig angenommen.

Zu § 12 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Kriz und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages samt Titel und Eingang zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

4. Punkt: Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (998 der Beilagen): Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland (1172 der Beilagen)

Präsident **Pansi**: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit der Republik Finnland.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Haas**: Hohes Haus! Die finnische Regierung hat schon seit einigen Jahren den Wunsch erkennen lassen, eine Intensivierung des kulturellen Austausches mit Österreich herbeizuführen, ein Wunsch, dem Österreich aufgeschlossen gegenüberstand. Die finnische Seite hat anfangs vorigen Jahres den Entwurf eines Kulturabkommens übermittelt, nach dessen Prüfung und Beantwortung in der zweiten Aprilwoche 1978 Verhandlungen mit einer finnischen Delegation in Wien stattgefunden haben. Die Verhandlungen verliefen erfolgreich, sodaß am 5. Mai 1978 in Helsinki ein Kulturabkommen unterzeichnet werden konnte.

Der Unterrichtsausschuß hat das gegenständliche Abkommen in seiner Sitzung am 18. Jänner 1979 in Verhandlung genommen.

Haas

Nach einer Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Eduard Moser wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses dieses Abkommens zu empfehlen.

Der Unterrichtsausschuß hält im vorliegenden Fall die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung für entbehrlich.

Der Unterrichtsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland (998 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt. Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Pansi**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich niemand. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 998 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ist einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (1076 der Beilagen): Zweite Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1166 der Beilagen)

Präsident **Pansi**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Zweite Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Lenzi**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Philippinen gehören dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) als vorläufiges Mitglied seit 9. August 1973 an.

Durch den Beschluß des GATT-Rates vom 11. November 1977 wurde die provisorische Mitgliedschaft der Philippinen bis zum Wirksamwerden der definitiven Mitgliedschaft beziehungsweise bis längstens 31. Dezember 1979 verlängert.

Die erwähnte Niederschrift ist gesetzändernd und darf daher nur mit Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz abgeschlossen werden.

Der Zollausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 17. Jänner 1979 in Verhandlung gezogen.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Zollausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Zweite Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt der Philippinen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1076 der Beilagen), wird verfassungsmäßig genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident **Pansi**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet ist niemand.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 1076 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ist einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (1077 der Beilagen): Elfte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1167 der Beilagen)

Präsident **Pansi**: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Elfte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen.

12068

Nationalrat XIV. GP - 118. Sitzung - 25. Jänner 1979

Präsident Pansi

Berichterstatte r ist der Herr Abgeordnete Lafer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatte r Lafer: Herr Präsident! Hohes Haus! Tunesien gehört dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) als vorläufiges Mitglied seit 12. November 1959 an.

Durch den Beschluß des GATT-Rates vom 11. November 1977 wurde die provisorische Mitgliedschaft Tunesiens bis zum Wirksamwerden der definitiven Mitgliedschaft beziehungsweise bis längstens 31. Dezember 1979 verlängert.

Es entspricht dem handelspolitischen Interesse Österreichs, die Anwendbarkeit der GATT-Bestimmungen auf den Warenaustausch mit Tunesien auch weiterhin sicherzustellen.

Die erwähnte Niederschrift ist gesetzändernd und darf daher nur mit Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz abgeschlossen werden.

Der Zollausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 17. Jänner 1979 in Verhandlung gezogen.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Zollausschuß ist der Meinung, daß in diesem Falle die Erlassung eines Bundesgesetzes - im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung - zur Überführung dieses Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht notwendig ist.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Zollausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Elfte Niederschrift (Procès Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1077 der Beilagen), wird verfassungsmäßig genehmigt.

Wenn Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Pansi: Ich danke dem Herrn Berichterstatte r für seine Ausführungen.

Zum Wort ist niemand gemeldet.

Der Berichterstatte r verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 1077 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. - Ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 155/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 2305/J bis 2314/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Donnerstag, den 22. Feber 1979, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 25 Minuten